

ORTRUD BÜLOW

**Die Entwicklung des Jugendfürsorgegedankens
in Bayern**

**bis zum Inkrafttreten des Reichsgesetzes
für Jugendwohlfahrt vom 9. Juli 1922**

Die Entwicklung des Jugendfürsorgegedankens
in Bayern
bis zum Inkrafttreten des Reichsgesetzes
für Jugendwohlfahrt vom 9. Juli 1922

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der Philosophischen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität zu München



vorgelegt von
Ortrud B ü l o w
aus Ludwigshafen am Rhein

1959

5349/60

Referent: Professor Dr. Friedrich Schneider

Korreferent: Professor Dr. Martin Keilhacker

Tag der mündlichen Prüfung: 30. Juli 1959

Meinen Eltern
in Dankbarkeit

Inhaltsübersicht.

	Seite
Vorwort	1
A. Klärung und Abgrenzung des Begriffes "Jugendfürsorge"	5
B. Die Entwicklung des Jugendfürsorgegedankens in Bayern bis zum Inkrafttreten des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt vom 9. Juli 1922	9
I. Die Arbeit der freien Liebestätigkeit auf dem Gebiet der Jugendfürsorge vor dem staatlichen Eingreifen	9
1. Klöster und Spitäler als Mittelpunkte der gesamten Caritasarbeit	9
2. Errichtung eigener Anstalten für Findlinge und Waisen	12
3. Entstehung von Vereinen und Gründung von Anstalten zur Fürsorge für die gefährdete und verwahrloste Jugend	15
a) Erste Ansätze	15
b) Katholische Vereine	17
c) Anstalten caritativer Genossenschaften	25
d) Das evangelische Rettungshauswesen	38
e) Evangelische Vereine	50
4. Zusammenfassung und Überleitung	65
II. Die Entwicklung der gesetzlichen Maßnahmen auf dem Gebiet der Jugendfürsorge in Bayern bis zum Inkrafttreten des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt	69
1. Die geschichtliche Entwicklung der Zwangserziehung in Bayern bis zum Zwangserziehungsgesetz vom 10. Mai 1902	69
a) Landesgesetzliche Bestimmungen	69
b) Die Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuches	73
c) Der Rechtszustand in Bayern vor dem Erlaß des Bürgerlichen Gesetzbuches	76
d) Die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches und des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch	80

e) Das bayerische Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch	83
2. Das bayerische Zwangserziehungsgesetz vom 10. Mai 1902	85
3. Die Neufassung des Gesetzes: das bayerische Fürsorgeerziehungsgesetz vom 21. Juli 1915	111
III. Die ersten Bemühungen um eine Zusammenfassung aller auf dem Gebiet der Jugendfürsorge tätigen Kräfte nach dem Erlaß des Zwangserziehungsgesetzes vom 10. Mai 1902	123
IV. Die Einführung der Jugendgerichte	137
V. Die Organisation der Jugendfürsorge in Bayern nach Einführung der Jugendgerichte	144
1. Bemühungen der Regierung um Zusammenfassung der Jugendfürsorgearbeit	144
a) Die Gründung von Bezirks- und Kreisverbänden für Jugendfürsorge	144
b) Der Bayerische Landesausschuß für Jugendfürsorge	154
2. Organisation und Zusammenschluß der konfessionellen Jugendfürsorgearbeit	161
a) Erste Ansätze	161
b) Das Zustandekommen der katholischen Organisationen	162
c) Organisation auf evangelischer Seite	190
3. Die Jugendfürsorge des Bayerischen Lehrervereins	198
VI. Die Neugründung von Anstalten	200
1. Schwierigkeiten bei der Unterbringung von Zwangszöglingen	200
2. Die Staatserziehungsanstalten Wasserburg, Würzburg und Speyer zur Aufnahme männlicher Zwangszöglinge	205
3. Anstalten für weibliche schulentlassene Zwangszöglinge	215
4. Die Errichtung von Asylen und Beobachtungsheimen	216
5. Erste Ansätze zu einer Spezialisierung der Anstalten	226

	Seite
C. Die Reichsgesetze zur einheitlichen Regelung der Jugendfürsorge	228
I. Das Reichsgesetz für Jugendwohl- fahrt vom 9. Juli 1922	228
II. Das Jugendgerichtsgesetz vom 16. Februar 1923	232
D. Zusammenfassende Betrachtung der dar- gestellten Jugendfürsorgeentwicklung	234
Literaturverzeichnis	239

Anhang

- I Entwurf eines Gesetzes, die Zwangser-
ziehung betreffend
- II Das bayerische Zwangserziehungsgesetz
vom 10. Mai 1902
- III Die Ausführungsbestimmungen zum Zwangs-
erziehungsgesetz vom 28. Juni 1902
- IV Antrag der K.Staatsregierung zum Entwurf
eines Armengesetzes, betreffend die Abän-
derung des Zwangserziehungsgesetzes vom
10. Mai 1902
- V Das bayerische Fürsorgeerziehungsgesetz
in der Fassung der Bekanntmachung vom
21. Juli 1915
- VI Entwurf eines Sondergesetzes für das Ju-
gendgerichtsverfahren vom Herbst 1912
- VII Satzungen des Bayerischen Landesausschus-
ses für Jugendfürsorge

Vorwort.

Demjenigen, welcher den völligen Zusammenbruch Deutschlands im Jahre 1945 mit wachem oder gerade erwachendem Verstande miterlebt hat, will es heute erscheinen, als habe damals alles neu begonnen - ein neues Leben mit neuen Problemen, neuen Schwierigkeiten, ja auch mit neuen Gesetzen. Und doch ist das nicht richtig; denn fast in allen Bereichen hat man eine neue Form geprägt, zwar veranlaßt durch die völlig veränderte Situation, doch fußend auf Erfahrungen und Grundsätzen, welche vor dem nationalsozialistischen Zeitabschnitt schon bestanden.

Auf fürsorgerischem Gebiet entstanden Novellen zu Gesetzen, welche in den zwanziger Jahren in Kraft getreten waren. Diese Gesetze, in welchen damals das gesamte Fürsorgewesen einheitlich geregelt wurde - Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt, Reichsfürsorgepflichtverordnung und Reichsjugendgerichtsgesetz - waren und sind noch heute Gipfelpunkte jahrzehntelanger Bemühungen verdienter Männer und Frauen um notleidende und gefährdete Jugend.

Von den schon sehr weit zurückliegenden Anfängen der Hilfe für die in verschiedenster Weise bedürftigen Jugendlichen, über die Gründung von Anstalten und Heimen bis zur Schaffung von landes- und endlich reichseinheitlichen Gesetzen war es ein weiter Weg. Mit leisem Bedauern blickt der heute in der Fürsorge Tätige wohl manches Mal auf die Zeiten zurück, da die persönliche Hilfe ohne "Schema" noch den Vorrang hatte. Der heutige Stand des fürsorgerischen Bemühens ist nur dann recht zu verstehen, wenn alle bisher erstiegenen Stufen bedacht und betrachtet werden.

So möchte vorliegende Arbeit von den Anfängen ausgehend zeigen, wie mit der wechselnden Geschichte die wechselnde Not der Menschen, hier besonders der Jugendlichen, Hand in Hand ging, wie auf jede Not sich immer entsprechende Hilfe fand und wie so schließlich der Gedanke der Jugendfürsorge durch fortwährende Wandlungen eine Entwicklung erlebte, welche mit dem heutigen Tage noch nicht abgeschlossen sein wird.

Da eine gründliche Untersuchung über die Verhältnisse im ganzen Bundesgebiet eine viel zu ausgedehnte Arbeit ergeben hätte, lag es für eine Studierende der Universität München nahe, die Untersuchungen speziell im Lande Bayern anzustellen, zumal eine Zusammenstellung der betreffenden Bemühungen vor der reichsgesetzlichen Regelung für Bayern, trotz eingehender Prüfung der vorhandenen Literatur, nicht ausfindig gemacht werden konnte. Eine Darstellung der bayerischen Verhältnisse ist darüber hinaus auch deshalb von Interesse, weil Bayern schon früh Ansätze zu einer Jugendfürsorge besaß und darum in manchen Entwicklungsabschnitten derselben sogar beispielgebend für das übrige Deutschland voranging.

Das Material für vorliegende Arbeit war überaus umfangreich. Schwierig war es jedoch, aus der Fülle von Schrifttum, welches von den verschiedensten Voraussetzungen und Betrachtungsweisen ausgehend und in immer wieder anderen Zusammenhängen erscheinend, den Gedanken der Jugendfürsorge behandelte, den für unsere Betrachtungen wichtigen pädagogischen Gehalt herauszuschälen. Abgesehen von Veröffentlichungen über die verschiedenen Teilgebiete der Jugend- und Allgemeinfürsorge in Bayern, fehlte es nicht an Jahresberichten, Festschriften und Chroniken von

Anstalten und Heimen. Die Geschichte der verschiedenen Orden beleuchtete den Gegenstand wieder von anderer Seite. Die sachliche Kürze der Gesetzestexte und ihrer Kommentare wurde belebt durch das Studium der Verhandlungsprotokolle der Kammern der Abgeordneten und der Reichsräte. Zahlreiche Gespräche mit Persönlichkeiten, welche seit Jahrzehnten in der offenen oder Heimfürsorge tätig sind, sowie die Besichtigung von Heimen, Reisen zu Vereinszentralen und praktische Tätigkeit in verschiedenen Anstalten ergänzten das Literaturstudium auf ihre Weise. Aus Gründen der Übersicht und um nicht durch zu große Ausführlichkeit die Aufmerksamkeit vom Gegenstand abzulenken, mußten Zitate aus Gründungs-urkunden oder Teile aus Eröffnung- und Einweihungsreden, reizvoll wegen ihres Gehalts an Motiven zur Gründung der entsprechenden Einrichtung, weggelassen werden.

Wenn im Ganzen gesehen den praktischen Bemühungen in der Fürsorge für die Jugendlichen in dieser Arbeit mehr Raum gegeben wurde als dem gesetzlichen Teil, so deswegen, weil aus der Praxis der pädagogische Gehalt - das eigentliche Anliegen der Arbeit - deutlicher hervorgeht. Im gesetzlichen Teil beschränkten wir uns auf die Darstellung der erzieherischen Absicht, welche den Gesetzen zugrunde liegt. Auf die Wiedergabe von Ausschnitten aus den Verhandlungen mußten wir ebenfalls verzichten. Das Literaturverzeichnis bietet jedoch dem Interessierten die Möglichkeit, sich über die einzelnen Teilgebiete ausführlich zu informieren.

A. Klärung und Abgrenzung des Begriffes

"Jugendfürsorge".

Der Begriff "Jugendfürsorge" kann in weiterem und engerem Sinne verstanden werden. Im weiteren Sinne umfaßt die Jugendfürsorge alle Bemühungen, die Elterhaus, Schule, Gemeinde und Staat, wohltätige Vereine und sozial gesinnte Einzelpersonen für das Kind und den Jugendlichen aufwenden, um ihn zu einem in jeder Hinsicht gesunden und selbständigen Menschen heranzubilden. Hierbei wirken gesetzliche Vorschriften und praktische Leistungen zusammen, die den Jugendlichen fördern oder ihn vor Schaden bewahren.¹⁾

Im engeren Sinne versteht man unter Jugendfürsorge das Bestreben, Kindern und Jugendlichen, welche in nicht normalen Verhältnissen leben, das fehlende oder mangelhafte Elterhaus zu ersetzen oder sie aus einer sie gefährdenden Umgebung zu entfernen, um sie möglichst trotzdem zu körperlich, geistig und sittlich vollwertigen Menschen zu erziehen.

Ziel jeder Jugendfürsorge - man mag sie im weiteren oder im engeren Sinne verstehen - ist "die körperliche, geistige, sittliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Tüchtigkeit der Jugend". Das Mittel, dieses Ziel zu erreichen, ist die Erziehung.²⁾

Das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt vom 9. Juli 1922 definiert den Begriff "Jugendfürsorge" genauer. Als Oberbegriff erscheint in diesem Gesetz die Jugendwohlfahrtspflege. Diese hat die Jugendwohlfahrt zum Ziel.

1) Joh. Petersen, Jugendfürsorge, Berlin 1915, S. I

2) Heinrich Reicher, Die Fürsorge für die ver-
wahrloste Jugend, III. Teil, I. Bd., Wien 1908
S. 16

§ 1 RJWG. besagt, daß "jedes deutsche Kind ein Recht auf Erziehung zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit" hat. Diesen Anspruch hat die Familie in jedem Falle in erster Linie zu erfüllen. Die Familie in ihrer Arbeit zu u n t e r s t ü t z e n und zu e r g ä n - z e n , doch nicht sie von ihren Verpflichtungen zu befreien, ist Aufgabe der Jugendwohlfahrts- pflege. Erst wenn die Familie den Anspruch des Kindes auf Erziehung nicht erfüllt oder nicht erfüllen kann, tritt die Jugendwohlfahrts- pflege mit ihrer e r s e t z e n d e n Funktion ein. Sind die Maßnahmen zur Förderung der Jugendwohl- fahrt vorwiegend unterstützender und ergänzender Art, so handelt es sich um Jugendpflege, haben sie vorwiegend ersetzenden Charakter, spricht man von Jugendfürsorge. Somit umfaßt Jugendwohl- fahrts- pflege Jugendpflege und Jugendfürsorge. Hinzu kommt noch der Jugendschutz. Letzterer tritt im Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt nicht besonders stark in Erscheinung, weil seine Re- gelung damals eigenen Reichs- und Landesgesetzen vorbehalten blieb.

Wenn wir oben einschränkend von "vorwiegend" er- gänzenden und "vorwiegend" ersetzenden Maßnah- men sprachen, so soll damit zum Ausdruck kommen, daß die einzelnen Gebiete der Jugendwohlfahrts- pflege nicht scharf von einander zu trennen sind; Ja, sie dürfen es nicht einmal sein, wenn man davon ausgeht, daß der Erziehung die größte Be- deutung in der Jugendarbeit zugemessen wird. Die pädagogischen Funktionen der Jugendwohlfahrts- pflege im Rahmen der Gesamterziehung stellen bei Kurt Nachbauer³⁾ eine Rangfolge im Sinne der Sub-

3) Kurt Nachbauer, Über den pädagogischen Gehalt der Jugendwohlfahrts- pflege, Freiburg i. Brsg. 1959, S. 20

sidiarität von Jugendschutz, Jugendpflege und Jugendfürsorge dar. Jugendschutz unterstützt durch Gesetze, Jugendpflege ergänzt durch ihr gemäßige Maßnahmen das grundlegende Erziehungswerk in Familie, Schule und Betrieb; die Jugendfürsorge hingegen ist zwar Ersatz für die fehlende oder versagende Familienerziehung, enthält aber gleichzeitig unterstützende und ergänzende Momente. Sind die Übergänge zwischen den Teilgebieten der Jugendwohlfahrtspflege in der praktischen Arbeit auch fließende, so lassen sich doch die Maßnahmen in jugendpflegerische und jugendfürsorgerische trennen.

Zur Jugendpflege gehören Maßnahmen der öffentlichen Verwaltung, die vornehmlich der Förderung der körperlich, geistig und sittlich gesunden Jugend dienen. Hierunter fallen:

- a) die allgemeine Förderung von Organisationen und Einrichtungen der freien Jugendpflege,
- b) die allgemeine Beratung der Eltern und Jugendlichen (Erziehungsberatung),
- c) die Förderung von Kindergärten und Horten,
- d) die Sorge für die Errichtung von Jugendheimen, Jugendbibliotheken, Heimen der Offenen Tür, Sport- und Spielplätzen und Jugendherbergen,
- e) die Mitarbeit bei der Ausbildung von Jugendgruppenleitern,
- f) die Förderung der staatspolitischen Erziehung,
- g) die Förderung kultureller Veranstaltungen,
- h) die Förderung von Schüler selbstverwaltungen.

Die Jugendfürsorge umfaßt vor allem die behördlichen Maßnahmen für die gefährdete und verwaahrloste Jugend:

- a) Schutzaufsicht
- b) Fürsorgeerziehung
- c) Amtsvormundschaft
- d) Jugendgerichtshilfe⁴⁾

In den nun folgenden Darlegungen wollen wir von den ersten Anfängen an die Bestrebungen und Maßnahmen in Bayern verfolgen, welche sich auf den Kreis von Jugendlichen richten, für welche im Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt die Hilfe der Jugendfürsorge in Frage kommt.

Die Form der Jugendfürsorge erfuhr im Laufe der Zeit manche Veränderungen, ihr Gedanke hat sich entwickelt, der zu betreuende Kreis von Jugendlichen beständig erweitert.

4) Nach einer Vorlesung von Hans Wollasch über Jugendwohlfahrtsrecht an der Caritasschule in Freiburg i.Brsg., 1953/54

B. Die Entwicklung des Jugendfürsorgegedankens
in Bayern bis zum Inkrafttreten des Reichsgeset-
zes für Jugendwohlfahrt vom 9. Juli 1922.

I. Die Arbeit der freien Liebestätigkeit auf
dem Gebiet der Jugendfürsorge vor dem staat-
lichen Eingreifen.

1. Klöster und Spitäler als Mittelpunkte der
gesamten Caritasarbeit.

"Die freie Liebestätigkeit ist der älteste ge-
schichtliche Träger der Jugendfürsorge. Erst
langsam erkannte der Staat manchen ihrer Zwei-
ge als seine Pflichtaufgabe, als öffentliches
Arbeitsfeld, und er nutzte diese Erfahrungen
und den Rat, den sie in Jahrhunderten gesammelt."¹⁾

Umfangreiche Caritas übten schon in frühester
Zeit die Klöster in Bayern. Besonders die großen
Benediktinerabteien wurden zu Mittelpunkten der
Missionstätigkeit. Neben der Bebauung des Bodens
und der Ausübung der Armenpflege nahmen sie sich
vor allem auch der Erziehung und des Unterrichts
der Jugend an. In vielen Klöstern entfaltete sich
auch eine reiche wissenschaftliche Tätigkeit.
Schon im achten Jahrhundert wurden durch die bay-
erischen Herzöge Odilo und Tassilo II., die die
hohe Bedeutung des Benediktinerordens wohl er-
kannten, etwa dreißig Klöster gestiftet. Zu den
ersten Gründungen gehören die Klöster Wessobrunn,
Tegernsee, Benediktbeuern, Weltenburg.
Im zwölften Jahrhundert traten neben die Benedik-
tinerklöster noch zahlreiche Gründungen anderer
Orden; so u. a. die Augustinerprobsteien Au, Her-
renchiemsee und St.Zeno bei Reichenhall, ferner
Baumburg und Berchtesgaden; 1146 entstand das
Zisterzienserkloster Raitenhaslach.

1) Max Rehm, Das "ind in der Gesellschaft, München
1925, S. 476

Das caritative Wirken dieser Klöster richtete sich vor allem auf die Armenpflege, die Krankenfürsorge und die Betreuung der Fremden. Nach dem Muster Italiens und des Orients wurden oft bei den Klöstern eigene Hospizien für Reisende, Hospitäler für Arme und Kranke gegründet.

Nach Beendigung der Kreuzzüge nahmen sich die Ritterorden, von denen die Johanniter und Deutschherren in Speyer, Würzburg, Biebelried, Stadtprozelten, Nürnberg, Ganghofen in Niederbayern, Ellingen usw. Komtureien besaßen, besonders der Krankenpflege in eigenen Häusern an.²⁾ Die Deutschherren, denen die Übung der Barmherzigkeit neben den drei üblichen Gelübden erste und vornehmste Verpflichtung war, richteten ihre Sorge neben der Krankenpflege auch auf die Pflege und Erziehung von verlassenen, verwaisten und ausgesetzten Kindern.

Mit dem Aufkommen der Städte, die in Bayern ihre Blütezeit im 13. und 14. Jahrhundert erlebten, traten diese als Kulturzentren an die Stelle der Klöster, jedoch ohne die alten Stätten der Caritas auszulöschen. Kirche und Gemeinde wirkten im Mittelalter zusammen um der Not der Armen zu steuern.

Mittelpunkte der gesamten Armen- und Krankenpflege wurden nun die städtischen Hospitäler, die zuerst in den großen Städten, dann aber auch in den kleinen und kleinsten Gemeinwesen entstanden.

Große Bedeutung gewannen vor allem die Heilig-Geist-Spitäler, die ihre Vorbilder in Montpellier und Rom hatten. Sie wurden vielfach auch Bürgerspitäler genannt, da sie - unabhängig von

2) A. Mitterwieser, Die kath. Caritas in Bayern in vergangenen Jahrhunderten, in: Buchberger, "Die Kulturarbeit der kath. Kirche in Bayern", München 1920, S. 201

Domstift, Adel und Kloster - unter weltlicher Verwaltung standen und diese auf die Bürgerschaft als Ganzes überging.

Im 13. und 14. Jahrhundert entstanden solche Heilig-Geist-Spitäler in vielen bayerischen Städten.³⁾ Durch Gründung und Besenkung von Bürgerspitälern zeichneten sich vor allem die Wittelsbacher aus.

Während des ganzen Mittelalters übten die Heilig-Geist-Spitäler Wohltätigkeit auf den verschiedensten Gebieten: Sie beherbergten Fremde und Wandernde in der "Pilgerstube", verpflegten Kranke in der "Siechstube", erzogen Waisen und Findlinge in der "Findelstube" oder im "Kindshaus". Verarmte Bürger fanden in der "Pfründnerstube" Aufnahme, gefährliche Irre wurden im "Tollhaus" oder auch in festen Gelassen untergebracht. An Hausarme, Handwerksburschen und auch an Gefangene wurde Speise und Trank verabreicht.

Im Münchener Heilig-Geist-Spital wird schon in den Rechnungen vom 15. Jahrhundert die "Kindsstube" erwähnt. Die Kinder, die darin Aufnahme fanden, waren zum Teil uneheliche, die von ihren Müttern in die Kindsstube eingekauft oder von Wohltätern gegen Geldrechnisse in der Anstalt abgegeben worden waren, zum Teil Findlinge, schließlich auch eheliche Kinder von verarmten oder mittellos verstorbenen Eltern.⁴⁾ Bis zum Jahre 1783 blieb die Kindsstube mit dem Heilig-Geist-Spital vereint. Sie befand sich in einem kleinen Haus neben der Heilig-Geist-Kirche. Die Wirtschaft und Ordnung des Hauses besorgte eine Hebamme mit mehreren Mägden zusammen. In einer "neuen Ordnung" des Heilig-Geist-Spitals zu München, die im Jahre 1485 verfaßt wurde, heißt es

3) Eine Zusammenstellung dieser Gründungen mit den entsprechenden Jahreszahlen bei Mitterwieser, a.a.O. S.202

4) v.Destouches, Säkularbilder aus Münchens Vergangenheit, München 1884, S. 49

unter anderem: "...endlich hat die Meisterin in der Kinderstube acht zu geben, daß die Kinder da selbst gut gepflegt und genährt werden und daß dahin keine Narren kommen oder solche Menschen, die mit der fallenden Sucht (Epilepsie) behaftet sind. Diese Leute gehören in die große Stube".⁵⁾

Karl Theodor erteilte 1780 der Anstalt die Urkunde, daß alle aufgenommenen Kinder als legitimiert gelten sollten. Wenig später wurden die Kinder in einem eigenen, vom Heilig-Geist-Spital getrennten Haus, welches der Magistrat vor dem Sendlinger Tor gekauft hatte, untergebracht.⁶⁾

Die Fürsorge der Städte für die Findelkinder im Mittelalter gestaltete sich etwa folgendermaßen: Wurde ein Kind gefunden, so suchte man zunächst dessen Eltern zu ermitteln. Gelang dies, so wurden dieselben an ihre Pflicht erinnert und wenn nötig auch unterstützt. Von einer Bestrafung der Eltern ist nie die Rede. Konnten die Eltern nicht ausfindig werden, so ließ man das Kind entweder in einem Spital erziehen oder in einer eigenen Anstalt oder aber man suchte eine Familie, die das Kind aufnahm.⁷⁾

2. Errichtung eigener Anstalten für Findlinge und Waisen.

Im 16. Jahrhundert hörten die Spitäler allmählich auf alle Fürsorgearten in sich zu vereinigen. Sie dienten von da an hauptsächlich als Versorgungsanstalten für arme und alte Bürger, allenfalls auch noch als Krankenhäuser.

Findlinge und Waisen, die bis dahin in Klöstern, Spitälern und bei fremden Familien Aufnahme gefunden hatten, erhielten eigene Anstalten zur

5) Lipowsky, Urgeschichte von München, II. Teil, München 1815, § 107

6) Destouches, a.a.O. S. 49

7) Bärlechner, Entwicklung der caritativen Wohlfahrtspflege in Bayern, Nürnberg 1927, S. 90

Pflege und Erziehung; vor allem in größeren Städten, in einigen davon sogar mehrere.

In M ü n c h e n entstanden im Laufe der Zeit drei Waisenhäuser. Das Stadtwaisenhaus wurde 1605 vom Magistrat ausschließlich für arme Kinder eingerichtet. Das Hofwaisenhaus - von 1616 bis 1717 "Kurfürstliches Zuchthaus" genannt - war für die Waisen von Hofbediensteten bestimmt.⁸⁾

Ein drittes Waisenhaus in München, das Waisenhaus oh der Au, verdankte seine Entstehung Johann Michael Pöppel. Sein Mitleid mit den vielen Kindern, die in dem österreichischen Erbfolgekrieg (1740) ihre Väter verloren hatten, brachte ihn zu dem Entschluß, die Gründung eines Waisenhauses zu versuchen. Sein Hausherr stellte ihm gegen eine geringe Miete eine große Stube zur Verfügung. Um die nötigen Mittel zum Anfang seines Unternehmens zu erhalten, zog Pöppel von Haus zu Haus, schilderte mit begeisterter Beredsamkeit sein Vorhaben und bat um Unterstützung. Bald bezog er mit dreißig Kindern, Knaben und Mädchen, die gemietete Stube. Sieben Jahre lang hielt Pöppel seine Anstalt hier aufrecht; angewiesen auf die Almosen guter Menschen kleidete, ernährte und unterrichtete er die Kinder. Mit Hilfe einer öffentlichen Sammlung, die im Jahre 1749 in allen Kirchen der Stadt München und der Au für die durch den eben beendeten Krieg entstandenen Armen, Waisen und Krüppel veranstaltet wurde, konnte er ein Haus erwerben und dieses drei Jahre später mit seinen Kindern beziehen. Pöppel teilte seine Schützlinge in Klassen ein und arbeitete eine entsprechende Verfassung für die Anstalt aus.⁹⁾

8) Bärlechner, a.a.O. S. 120

9) J.M.Mayer, Münchener Stadtbuch, München 1868, S. 474; ferner Deutsche Illustrierte Rundschau, Sonderheft "Jugendfürsorge", Nr.21/22, Jahrg. 1926, S. 700

In A u g s b u r g hatte sich zur Zeit der Reformation das Almosenamnt oder der Almosensäckel gebildet. Diese hatten auch die Sorge für die Waisen zu übernehmen. Nachdem sich die Unterbringung der Waisen in Pflegefamilien als zu kostspielig erwiesen hatte, wurde 1572 ein Haus in der Bäcker-gasse für sie eingerichtet.

1702 wurde ein protestantisches "Armenkinderhaus" gegründet. Durch die Bemühungen des Dominikanerpaters Hyacinth Ferber gelang es 1709 auch ein Haus für katholische Mädchen und 1712 eines für katholische Knaben zu errichten.¹⁰⁾

In B a m b e r g entstand 1588 ein Waisenhaus auf dem Kaulenberg.

Vom Jahre 1787 an wurden auch die Räume eines ursprünglich als Armenhaus gedachten Gebäudes zur Aufnahme armer und verwahrloster Kinder verwendet. Die Hausordnung war in den beiden genannten Anstalten etwa die gleiche. Nach der Säkularisation wurde das Armenkinderhaus mit dem Waisenhaus auf dem Kaulenberg vereinigt.¹¹⁾

In W ü r z b u r g erhielten die Waisenkinder im Jahre 1704 ein eigenes Haus, in A m b e r g 1737, in E i c h s t ä t t 1757, in R o - t h e n b u r g o. T. 1763.

In N ü r n b e r g sind besonders die Findelanstalten zu erwähnen, die zu den ältesten in Deutschland gehören. Schon in einer Urkunde aus dem Jahre 1359 wird eine für Knaben und eine für Mädchen genannt.

1557 wurden beide Anstalten in das Barfüßlerkloster verlegt, nachdem die Mädchenfindel ein Raub der Flammen geworden war und die Verhältnisse in der Knabenfindel unhaltbar geworden waren. Als 1671 auch das Barfüßlerkloster niederbrannte, fanden die Findelkinder zunächst im Heilig-Geist-Spital Aufnahme.¹²⁾

10) Bärlehner, a.a.O. S. 131 f.

11) Bärlehner, a.a.O. S. 140 f.

12) Bärlehner, a.a.O. S. 154

In R e g e n s b u r g wurden eigene Waisen-
häuser erst verhältnismäßig spät errichtet. 1666
erfolgte die Gründung eines Waisenhauses für bür-
gerliche protestantische Kinder. 1731 wurde ei-
nes für katholische Waisen gestiftet.¹³⁾

Noch später, im Jahre 1749 entstand das P a s -
s a u e r Waisenhaus, gestiftet vom bürgerlichen
Schiffsmeister Lukas Kern und dessen Frau. Die-
se hochherzige Stiftung erhielt in der Folgezeit
noch weitere Schenkungen und Zustiftungen, sodaß
ihr Vermögen recht ansehnlich war.¹⁴⁾

In L a n d s h u t scheint um 1604 ein Waisen-
haus entstanden zu sein.

Wie ersichtlich verdankten die Findel- und Wai-
senhäuser ihre Entstehung weitgehend privaten
Stiftungen. Zahlreich sind solche im 12. bis
16. Jahrhundert. Ärmer an Werken der Liebe waren
das 16. und die erste Hälfte des 17. Jahrhunderts.
Der Dreißigjährige Krieg hatte zu viele Kräfte
und Mittel des deutschen Volkes verschlungen.
Erst im 18. Jahrhundert kam für die Wohltätig-
keit wieder ein neuer Frühling. Nach diesem
wirkte sich die Säkularisation verheerend auf
die Werke und Einrichtungen der Caritas aus und
ließ nur spärliche Ruinen zurück.¹⁵⁾

3. Die Entstehung von Vereinen und die Gründung von Anstalten zur Fürsorge für die gefährdete und verwahrloste Jugend.

a) Erste Ansätze

An die Hilfe durch großherzige Einzelstifter schloß
sich später die durch Vereine an.

Der älteste Verein, der sich in München in or-
ganisatorischer Form der bedürftigen Jugend an-
nahm, ist wohl die "Mildtätige Gesellschaft",

13) Bärlehner, a.a.O. S. 173

14) Bärlehner, a.a.O. S. 186

15) Buchberger, a.a.O., Das neuzeitliche Wirken
der katholischen Caritas in Bayern, S. 216

die im Jahre 1778 durch den Geistlichen Rat Hollmann und einen Gastwirt namens Albert gegründet wurde. Sie verfolgte ähnliche Zwecke wie der im Jahre 1743 unter Karl Alberts Regierung von frommen Privaten errichtete "freiwillige Liebesbund", nämlich: Notleidende, Hausarme, die "aus einem Gefühl von Ehre" sich des Bettelns schämen, verlassene Waisen, die ohne Erziehung als "künftige Taugenichts" erwachsen, Künstler und Handwerker, die ohne Hilfe ihr Gewerbe nicht anfangen können, zu unterstützen. Die Mitglieder zahlten monatliche Beiträge, wovon die Unterstützungen bestritten wurden. Diese Gesellschaft setzte sich aus fürstlichen, adeligen, den besseren bürgerlichen und geistlichen Kreisen zusammen. Kurfürst Karl Theodor trat ihr selbst als Mitglied bei. Das Hauptaugenmerk richtete die Gesellschaft auf die Ausbildung und Erziehung hilfsbedürftiger Kinder beiderlei Geschlechts zu Dienstboten und Handwerkern.¹⁶⁾

Unter der Regierung König Ludwigs I. begann mit dem vierten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts das mehr gemeinschaftliche Wirken in caritativen Vereinen und Genossenschaften.

Die Mitglieder des königlichen Hauses und des Adels wirkten bei der Neubildung von Vereinen aneifernd mit.

Der im Jahre 1833 begründete "Verein für Kleinkinderbewahranstalten für München links der Isar" stand unter dem Protektorat des Königs. 1834 entstand unter dem der Königin der "Frauenverein für Kleinkinderbewahranstalten für die Au und Haidhausen".

Aus den bei Errichtung der Kleinkinderbewahranstalten Münchens erlassenen allgemeinen Bestimmungen geht hervor, daß in ihnen Kinder von drei

16) L.Oblinger, Wohltätigkeitsanstalten Alt-Münchens, in: Bayerische Caritas-Blätter, 1903 Nr.9, S.143

bis sechs Jahren, für deren Erziehung Eltern oder sonstige Angehörige nicht sorgen konnten oder wollten, aufgenommen wurden. Die Leitung und Aufsicht in den einzelnen Anstalten wurde einem Pflegevater und einer Pflegemutter anvertraut, von deren Befähigung und Verlässigkeit ein Ausschuß sich vorher überzeugt hatte. Die Anstalten sollten den Kindern einen Ersatz für gute häusliche Erziehung bieten und sie schulfähig machen. Sie sollten "an geregelte Tätigkeit, an Aufmerksamkeit, an deutliches, richtiges Sprechen gewöhnt und zu pünktlichem Gehorsam, zur Ordnung und zur Übung kindlicher Tugenden, insbesondere aber auch zur Gottesfurcht und Frömmigkeit angehalten werden".¹⁷⁾ Zwanzig Jahre später, 1854, bildete sich der "Krippenverein in München links der Isar", dem sich 1864 ein zweiter Verein für die Vorstädte anschloß. 1915 wurden beide zum "Krippenverein München" vereinigt.

b) Katholische Vereine

München hat den Ruhm, den ersten Vinzenz-Verein in Deutschland ins Leben gerufen zu haben. Er wurde im Jahre 1845 gegründet, zwölf Jahre nach der Gründung des ersten Vereins dieser Art durch den Studenten Ozanam in Paris.

Der "Verein vom heiligen Vinzenz von Paul" sollte kein gewöhnlicher Wohltätigkeitsverein sein, sondern sein Bestreben hauptsächlich dahin gehen, den Notleidenden geistige Hilfe neben der leiblichen zu gewähren und hierdurch für eigene Heiligung zu wirken. Der persönliche Besuch der Armen in deren Wohnungen wurde den Mitgliedern zur heiligen Pflicht gemacht. Durch die Vermehrung der Mitglieder und die Vergrößerung der Stadt veranlaßt, entstanden bald neue Konferenzen. Die

17) Statuten für die Kleinkinderbewahranstalten in der Haupt- und Residenzstadt München, München 1852

Statuten waren für alle die gleichen, doch hatte jede Konferenz ihre Selbständigkeit. Zur Verwaltung des gemeinsamen Vereinsvermögens und zur Vertretung des Gesamtvereins nach außen, wurden die Konferenzen in einem Zentralverein zusammengeschlossen. Seine besondere Sorge wandte der Verein von allem Anfang an auch der Jugend zu.¹⁸⁾

Der Münchner "St. Elisabethen-Verein", der im Jahre 1842 - also noch vor dem Vinzenz-Verein - gegründet worden war, ist ebenfalls der älteste seiner Art in ganz Deutschland. 1851 wurden die Statuten des Vereins oberhirtlich bestätigt und derselbe zu einer geistlichen Kongregation erhoben. Die Ausdehnung der Stadt machte von 1870 an die Bildung von Pfarrkonferenzen notwendig. Der Hauptzweck des Vereins war die Unterstützung armer Kranker.¹⁹⁾ Er leistete aber auch Erziehungsbeiträge an Anstalten für Mädchen.

Speziell für die Aufgaben der Jugendfürsorge wurde in München im Jahre 1852 der "Katholische Verein zur Erziehung der verwahrlosten Jugend" gegründet. Von Anfang an faßte der Verein die Idee ins Auge, eine eigene Anstalt zu gründen, um in dieser die Kinder, die man vor Verwahrlosung schützen wollte, unterbringen zu können. Ein Beweis für die zunehmende Häufigkeit der Jugendverwahrlosung in jener Zeit ist darin zu sehen, daß sich, noch ehe der katholische Verein feste Formen angenommen hatte, auch auf evangelischer Seite ein solches Unternehmen bildete. Aus diesem ging alsbald eine Anstalt in Feldkirchen hervor.²⁰⁾

Der "Katholische Verein zur Erziehung der verwahrlosten Jugend" wurde allgemein, vor allem auch beim königlichen Hofe sehr beifällig aufgenommen.

18) In den ersten fünfzig Jahren seines Bestehens (bis 1895) waren 478 300 Mark für Kindererziehung ausgegeben worden.

19) Joh. Nep. Werner, Rückschau auf die katholischen Wohltätigkeitsvereine Münchens im 19. Jahrhundert, in: Bayer. Caritas-Blätter, 1903, Nr. 4, S. 61

20) Von den evangelischen Jugendfürsorgebestrebungen wird weiter unten noch ausführlich die Rede sein.

König Ludwig I. und eine Anzahl königlicher Prinzen traten dem Verein als Mitglieder bei. Da die Regierung einsah, daß ein solches Unternehmen in ihrem eigenen Interesse arbeiten würde, gewährte sie bedeutende Zuschüsse. Die Zahl der Vereinsmitglieder betrug nach dem ersten Verzeichnis aus dem Jahre 1853 schon 840. In diesem Jahre beschloß man nach langem Überlegen, die Kinder des Vereins vorläufig in der sogenannten "Armenindustrieschule" in der Vorstadt Au unterzubringen. Unter der Leitung eines Geistlichen und der Pflege Armer Schulschwestern versorgte der Verein dort zwölf Jungen und vier Mädchen. Aus ideellen und praktischen Gründen schloß sich der Verein 1853 an den Vinzentius-Verein in München an. Da an die Gründung einer eigenen Anstalt zunächst nicht zu denken war, schloß der Verein im Jahre 1855 mit dem Abt von St. Bonifaz, Daniel Bonifatius Haneberg, dem späteren Bischof von Speyer, einen Vertrag, wonach die Schützlinge des Vereins in der Klosteranstalt Andechs untergebracht und von den dortigen Klosterbrüdern erzogen und unterrichtet werden sollten. Der Verein kam für die Instandsetzung der erforderlichen Klosterräume, für den Unterhalt der unterrichtenden Klosterbrüder und für eine jährliche Pension für jeden Zögling auf. Die Zahl der untergebrachten Vereinszöglinge belief sich auf 36 bis 40. Als 1861 Andechs für die Aufnahme der Vereins-schützlinge nicht mehr ausreichend erschien, wurde ein neuer Vertrag mit den Barmherzigen Brüdern in Algasing geschlossen. Während des Kulturkampfes zog die Regierung ihre Unterstützung zurück; auch die Zahl der Vereinsmitglieder nahm von Jahr zu Jahr ab, sodaß der Verein nahe daran war sich aufzulösen und im Vinzentius-Verein aufzugehen.²¹⁾ Um das Jahr 1903 trat dann in den

21) Benno Auracher, Vortrag über die Entstehung und das Wirken des Vereins, abgedruckt in Bayer. Caritas-Blätter, 1906, Nr. 3, S. 60ff.

Verhältnissen des Vereins eine plötzliche Wendung zum Besseren ein.

Im Jahre 1857 hatte Gräfin Viktorine von Butler-Haimhausen mit mehreren Damen zusammen die Gründung des "St.Marienvereins zur Erziehung von Kindern" angeregt, aus dem sich später der "St.Marien-Ludwig-Ferdinand-Verein" entwickelte. Dieser kaufte 1883 ein Anwesen in Neuhausen und richtete dort eine Erziehungsanstalt ein.

Im Zusammenhang mit der Jugendfürsorge muß auch der 1885 in München durch Geistlichen Rat J.Werner gegründete "Verein Lehrlingsschutz" erwähnt werden. Erbprinzessin Helene von Thurn und Taxis übernahm das Protektorat. Sie brachte dem Verein großes Interesse entgegen und unterstützte ihn. Schon 1886 konnte ein Heim für die Lehrlinge eröffnet werden.²²⁾

Jugendschutz, Jugendpflege und Jugendfürsorge waren die drei Zielpunkte des "Seraphischen Liebeswerkes", das im Jahre 1889 in Ehrenbreitstein von Pater Cyprian Fröhlich O.M.C. ins Leben gerufen wurde. Den Namen "Seraphisches Liebeswerk" wählte man, weil das Unternehmen, welches ursprünglich "Liebeswerk für gefährdete Kinder" hieß, aus dem Orden des heiligen Vaters Franziskus Seraphikus herausgewachsen war.²³⁾ In Bayern fand dieses Werk im Jahre 1891 Eingang. Der nach Bayern zurückgerufene Pater Cyprian gründete neben anderen Niederlassungen in Bayern 1893 das Altöttinger Franziskushaus, in das im gleichen Jahre noch Mellersdorfer Franziskanerinnen mit den ersten Knaben einzogen. 1899 erstand eine Anstalt des Vereins in Herzogenaurach in Oberfranken. Das Seraphische Liebeswerk breitete sich rasch über alle deutschen Gebiete, in

- 22) Joh.Nep.Werner, Rückschau auf die kath. Wohltätigkeitsvereine Münchens im 19.Jahrhundert, in: Bayer.Caritas-Blätter 1903, Nr.7, S. 118 f.
23) Karl Rupprecht, Jugendfürsorge und Jugenderziehung der Ordensgenossenschaften und Klöster Bayerns, München 1922, S. 43

denen Katholiken wohnten, aus. 1893 wurde eine Teilung in eine norddeutsche und eine süddeutsche Abteilung notwendig. Im Jahre 1895 erlangte die süddeutsche Abteilung die Rechtsstellung eines eingeschriebenen Vereins mit dem Sitz in Altötting. In seinen Satzungen hat das Liebeswerk als seinen Zweck und seine Aufgabe aufgestellt: sittlich und religiös gefährdeten Kindern durch Unterbringung in geeigneten Familien und Erziehungsanstalten eine katholische Erziehung angedeihen zu lassen, armen Kindern zur Erreichung des für sie geeigneten Lebensberufes zu verhelfen.

Pater Cyprian Fröhlich war es auch, der zur Gründung eines katholischen Mädchenschutzes aufrief und diesem in den ersten Jahren der Entfaltung "durch begeisternde Reden Mitarbeiter, Mitglieder und Freunde zuführte".²⁴⁾

Im Jahre 1895 wies Pater Cyprian in einer Schrift über die Tätigkeit der Inneren Mission und des auf protestantischer Seite bestehenden internationalen Vereins der "Freundinnen junger Mädchen"²⁵⁾ darauf hin, daß die vielen bestehenden Klöster und katholischen Anstalten nicht wirksam genug seien zu Schutz und Hilfe für die katholischen alleinstehenden, stellensuchenden und reisenden Mädchen, da sie untereinander zu wenig Verbindung hätten.

Was Pater Cyprian schaffen wollte, war ein Verein, der, einer großen weltumspannenden Agentur gleichend, alle Stellen der katholischen Hilfstätigkeit zum Schutz der alleinstehenden, in der Fremde erwerbstätigen, der stellensuchenden und reisenden Mädchen von Stadt zu Stadt umschlie-

24) Festschrift, Katholischer Mädchenschutz 1895-1955, S. 5; die folgenden Ausführungen über den Mädchenschutz stützen sich auf die in der Festschrift zitierten Stellen aus den "Jahresberichten der Gründergeneration", S.16 ff.

25) Auf diesen Verein werden wir weiter unten noch zurückkommen.

Ben und verbinden sollte.

Um diesen großzügigen Plan zu verwirklichen, wandte sich Pater Cyprian an einige Frauen in München. Zunächst bildete sich unter Fräulein Luise Fagt ein vorbereitendes Komitee. Die Gründung des Vereins selbst erfolgte im gleichen Jahre (1895); er nannte sich "Marianischer Mädchenschutzverein" und hatte seinen Sitz in München. Die erste Vorsitzende war Gräfin Christiane Preysing. Ein anfangs geplanter Anschluß an den "Verein der Freundinnen junger Mädchen" unterblieb.

Von Anfang an bemühte sich der Verein darum, die Mitwirkung und den Anschluß der verschiedenen Klöster, Vereine und Anstalten zu gewinnen, die sich dem Schutz und der Bewahrung junger Mädchen widmeten. "Fast alle Bischöfe Bayerns nahmen mit großem Interesse Kenntnis von den Bestrebungen des Vereins und begrüßten seine Gründung."

Die Arbeit der vom Verein betriebenen Bahnhofsmision München zum Schutz alleinreisender Mädchen und Frauen setzte bereits im Jahre 1895 ein. 1897 hatte die Bahnhofsmision schon einen regelmäßigen Dienst und stand bis 1918 unter der Leitung von Frau Ellen Ammann.

Noch im Jahre 1895 wurde die erste Diözesanstelle gegründet: Speyer.²⁶⁾ Zu den Förderern des Mädchenschutzgedankens gehörte dort Dompfarrer Bettinger, ab 1903 geistlicher Beirat, der spätere Kardinal-Erzbischof von München-Freising. 1897 gab es in der Pfalz bereits 40 Auskunftstellen in Klöstern, darunter 37 mit Stellenvermittlung. "Erst durch den Mädchenschutz entfaltete sich in der Pfalz eine allgemeine Fürsorge für die weibliche Jugend".

In Würzburg konnte der Mädchenschutz, angeregt von München, gleichfalls noch 1895 an die Arbeit

26) Die Rheinpfalz war bis 1945 bayerischer Regierungsbezirk.

des schon bestehenden "St. Anna-Vereins" anknüpfen. Die Bahnmissionsgesellschaft setzte dort 1898 ein. Schon in den ersten Jahren seines Bestehens hatte der Mädchenschutz Würzburg 37 Vertrauensstellen in der Diözese. Förderung und Anregung erfuhr der Verein zur Zeit der Gründung durch seinen geistlichen Beirat, Domkapitular F. Schlör, der schon 1896 Bischof von Würzburg wurde.

Im Jahre 1897 erschien ein Handbuch katholischer Schutzhilfe, das "Führerbüchlein", in 3 000 Exemplaren, das allen reisenden und stellensuchenden katholischen Mädchen Adressen und Empfehlungen für alle Länder gab.

Das wichtigste Ereignis des Jahres 1897 war für den Verein die Gründung des internationalen katholischen Mädchenschutzverbandes. Er nannte sich "Oeuvre catholique de protection de la jeune fille" und hatte seinen Sitz in Freiburg in der Schweiz. Im Jahre 1897 entstand auch noch der Lokalverein Nürnberg, die Diözesanstelle Augsburg und die Vereinsdiözese Bamberg.

In Nürnberg, wo der spätere Erzbischof von Bamberg, Dr. Josef Kolb, als Stadtpfarrer von Nürnberg geistlicher Beirat des Mädchenschutzes war, lag das Hauptgewicht der Arbeit von Anfang an auf der vorbeugenden Fürsorge.

In Augsburg standen die Baroninnen von Thünefeld vom Jahre der Gründung an bis 1925 dem Verein vor. Der erste geistliche Beirat des dortigen Vereins, Dr. von Henle, wurde später Bischof von Regensburg.

1898 führte das Beispiel Bayerns zu weiteren Gründungen in Deutschland (Trier, Saargebiet) und in Österreich-Ungarn (Wien). Das Netz wurde ausgedehnt nach Nord- und Südamerika.

Bei der vierten Caritasversammlung in Augsburg im Jahre 1899 wurde angeregt, "daß der internationale Mädchenschutzverein beim Errichten der

Bahnhofsmissionen in Frankreich, der Schweiz etc. sich mit dem bayerischen Mädchenschutzverein in Verbindung setze und sie nach unserem Muster organisiere".

In engster Beziehung zur Jugendfürsorge steht auch der Münchener Caritasverband, dessen Gründung am 6. Dezember 1899 in München vollzogen wurde.

"Von der Überzeugung ausgehend, daß zur Erfüllung der wichtigen umfangreichen Arbeiten der katholischen Caritas ein geordnetes, einheitliches Zusammenwirken aller Kräfte dringend geboten ist, haben sich Ende des Jahres 1899 in München die katholischen, der Wohltätigkeit dienenden Vereine, Anstalten und Stiftungen, sowie eine größere Zahl von Caritasfreunden zu einem freiwilligen Verbands vereinigt, um unbeschadet der Selbständigkeit der einzelnen Vereine die Werke der Nächstenliebe in planmäßiger Weise zu fördern. Man empfand es als einen beklagenswerten Mißstand, daß die einzelnen Vereine, welche sich mit der Wohltätigkeitspflege befassen, unter sich in keiner Verbindung sind, daß sie, ohne gegenseitige Verständigung ihre Entscheidungen treffen und nicht einheitlich organisiert sind."²⁷⁾ Ähnliche Erwägungen hatten schon 1897 zur Gründung des Caritas-Verbandes für das katholische Deutschland zu Freiburg im Breisgau geführt, dem sich dann der Münchener Verband nach seiner Gründung als Mitglied anschloß.

Schon bei der Gründung des Münchener Verbandes war das Bestreben vorhanden, nicht nur die katholischen Caritaswerke Münchens, sondern die des ganzen Königreiches in das Arbeitsgebiet der neuen Caritasorganisation einzubeziehen; man wollte auch den auswärtigen caritativen Vereinen und

²⁷⁾ Münchener Caritas-Blätter, Nr.1/2 1902, S. I

Anstalten den Beitritt zu dem Verband und die Benützung seiner Einrichtungen ermöglichen. Diese Bestrebungen gelangten, wenn auch nicht gleich bei der Gründung, so doch schon im zweiten Jahre des Bestehens des Münchner Caritasverbandes zum Sieg. Sie wurden in den neuen Satzungen verankert und es setzte eine zielbewußte Werbung von Verbandsmitgliedern außerhalb Münchens ein. Damit war schon der feste Untergrund gelegt für einen bayerischen Landescaritasverband, der aber erst im Jahre 1917 zustande kam.²⁸⁾ Daß der Münchner Verband den Interessen der Caritas nicht nur in München, sondern in ganz Bayern dienen wollte, kam auch im Titel des Verbandsorgans zum Ausdruck. Mit dem Beginn des zweiten Jahrganges der monatlich erscheinenden Verbandszeitschrift (begründet 1902), wurde der ursprüngliche Titel "Münchener Caritas-Blätter" eingetauscht gegen den neuen "Bayerische Caritas-Blätter, Monatsschrift für die Caritas in Bayern". Die Zeitschrift gewann als Organ der Caritas in Bayern immer mehr Ansehen und Verbreitung. "Namentlich ihre Veröffentlichungen auf dem Gebiet der Jugendfürsorge haben weit über die unmittelbar beteiligten Kreise hinaus Beachtung gefunden".²⁹⁾

c) Anstalten caritativer Genossenschaften
Von entscheidender Bedeutung für das Aufblühen der caritativen Kinder- und Jugendfürsorge in Bayern, wie in Deutschland überhaupt, war die Entfaltung der caritativen Genossenschaften, die um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts einsetzte. Um diese Zeit kam es in Deutschland zu zahlreichen Neugründungen, die ihre Arbeit im Sinne des heiligen Vinzenz von Paul vor allem der Jugend widmeten. Sie gingen entweder unmittelbar aus der

28) Philipp Friedrich, Der katholische Caritasverband für Bayern, München 1919, S. 7

29) ebenda, S. 11

praktischen Jugendarbeit hervor oder setzten sich bei ihrer Entstehung diese zum Ziel.³⁰⁾

Um zu zeigen, wie sehr dieser "neue Ordensfrühling auf den Ausbau der caritativen Erziehungsanstalten fördernd eingewirkt hat", bringt Joseph Beeking eine Tabelle, in der dargestellt wird, wann die 1929 in Deutschland bestehenden katholischen caritativen Erziehungsanstalten, soweit die Gründungsdaten festgestellt werden konnten, errichtet worden sind:

vor 1700:	5	
1700-1800:	7	1871-1880: 40
1801-1830:	3	1881-1890: 91
1831-1840:	4	1891-1900: 123
1841-1850:	19	1901-1910: 115
1851-1860:	98	1911-1920: 131
1861-1870:	75	1921-1927: 87

Beeking fügt die Bemerkung bei: "Aus dieser Aufstellung geht vor allem hervor, daß die Zahl der caritativen Erziehungsanstalten in Deutschland bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts noch sehr gering war und erst durch die Neublüte des katholischen Ordenswesens einen außerordentlichen Aufschwung erlebte, der nur durch den Kulturkampf noch eine gewisse Hemmung erfuhr".³¹⁾

Unter den vielen der allgemeinen Jugendfürsorge und Mädchenerziehung dienenden Frauenvereinigungen war die religiöse Kongregation der Frauen vom Guten Hirten eine der ersten, die sich zielbewußt und opferwillig in den Dienst der Fürsorge für die gefährdete und gefallene weibliche Jugend stellte.

30) so u.a. die Franziskanerinnen von St.Mauritz in Münster i.W., die Franziskanerinnen von Erlenbad, von Mellersdorf, von Olpe, von Aachen, die Schwestern vom armen Kinde Jesu in Aachen, die Kongregation der Dienerinnen der hl. Kindheit Jesu in Würzburg-Oberzell, die Armen Dienstmägde Jesu Christi in Dernbach, die Niederbronner Schwestern vom Allerheiligsten Heiland, zunächst in Oberbronn, später auch in Neumarkt in Bayern und Bühl in Baden, die Josephsschwestern in Trier und zahlreiche andere. (Josef Beeking, Grundriß der Kinder- und Jugendfürsorge, Freiburg i.Br. 1929, S. 64)

31) Beeking, a.a.O. S.65

Die Gemeinschaft der "Frauen vom Guten Hirten" ging 1829 durch das besondere Mitwirken der Oberin von Angers, Maria von der hl. Auphrasia Pelletier, aus der schon 1644 von Pater Johannes Eudes in Caën gegründeten "Schwesternschaft vom der Zuflucht" hervor und verbreitete sich über die ganze Erde. Papst Gregor XVI. pries bei der kirchlichen Guttheißung im Breve vom 3. April 1835 die besondere Eigenart der Tätigkeit dieser Kongregation auf einem, trotz seiner großen Bedeutung für das ganze Volk, nur wenig bearbeiteten Jugend-erziehungsgebiet als die schönste Äußerung christlicher Liebe.³²⁾

Die erste deutsche Niederlassung der "Frauen vom Guten Hirten" entstand 1840 in München. König Ludwig I. berief den Orden nach Bayern und genehmigte durch Kabinettsorder vom 6. November 1839 die Gründung eines Klosters vom Guten Hirten in München. Als Wohnsitz und Arbeitsstätte wies der König den Frauen das in der Vorstadt Haidhausen gelegene Preißingschlößchen an. Die Einweihung fand am 9. November 1840 statt. Der Oberhirte der Diözese, Erzbischof Lothar Anselm von Gebstättel, der ein großer Wohltäter und Freund des Klosters wurde, nahm die kirchlichen Funktionen vor.

Zur Fundierung des Unternehmens wurden zuerst von den Bischöfen Bayerns eine Landeskollekte und Diözesansammlungen bewilligt, "dann unter dem Protektorat I.K.H. Frau Herzogin Ludowika Wilhelmine von Bayern im Jahre 1840 der 'Verein vom Guten Hirten' begründet, der in den ersten neun Jahren 80 000 fl. hierfür zusammenbrachte...Der Verein hat sich gegen das Jahr 1880 aufgelöst, da das Unternehmen genügend fundiert war und sich selbst erhalten konnte".³³⁾

32) K. Rupprecht, a.a.O. S. 108

33) Joh.Nep.Werner, a.a.O., Bayer.Caritas-Bl. 1903, Nr.4, S. 61

Im Jahre 1843 betrug die Zahl der im Kloster aufgenommenen Zöglinge schon 140. Das Kloster hatte bereits zu dieser Zeit drei verschiedene Abteilungen, die streng von einander getrennt waren:

1. ein Pensionat für kleinere schulpflichtige Mädchen aus achtbaren Familien (es bestand bis 1907);
2. eine Abteilung für Mädchen von zehn bis achtzehn Jahren, die irgendwie gefährdet waren oder deren Eltern sich nicht um ihre Erziehung kümmern konnten;
3. eine Abteilung für solche weibliche Personen, welche freiwillig zum Zwecke ihrer Lebensbesserung eintraten.

1844 beherbergte die Anstalt unter der Leitung von 26 Ordensfrauen schon 50 Zöglinge, 70 Schützlinge und 80 Büsserinnen.

1853 erfolgte die Gründung eines Klosters vom Guten Hirten in Mainz. Die Oberin und die ersten Schwestern für die neue Gründung wurden von München dorthin entsandt.

1855 wurde das Kloster in München zum Provinzialkloster für alle etwa in Deutschland zu gründenden Häuser der Kongregation erhoben. Die in den Jahren 1857 bis 1859 entstehenden Klöster vom Guten Hirten in Trier, Charlottenburg und Breslau und das 1862 in Köln-Melatten gegründete Haus erhielten die jeweilige Oberin und den Grundstock der Schwestern aus dem Provinzialhaus in München.

Im Jahre 1890 konnten 100 Klosterfrauen und 172 Zöglinge das fünfzigjährige Jubiläum des Münchener Klosters mitfeiern.

In den ersten fünfzig Jahren seines Bestehens hatte das Kloster 362 Schwestern gezählt, von denen 160 in andere Häuser der Kongregation entsendet wurden. Etwa 1 000 freiwillige Zög-

linge waren in dieser Zeit in der Anstalt erzogen worden, durch das Pensionat und die Schützlingsklasse waren ungefähr 1 450 Kinder gegangen.³⁴⁾

Eine zweite Anstalt der "Frauen vom Guten Hirten" wurde in Bayern 1861 eröffnet. Die Regierung beauftragte den Landrichter Ludwig von Klöckel aus Nabburg, die Gründung einer Rettungs- und Besserungsanstalt in Wernberg (Opf.) in Angriff zu nehmen. Dieser wandte sich an das Kloster der Frauen vom Guten Hirten in München, wo man sich zur Übernahme der neuen Anstalt bereiterklärte. Am 15. Juli 1861 eröffneten vier Schwestern, die die Münchener Provinzialoberin geschickt hatte, mit neun Zöglingen und vier Pfleglingen die Anstalt. Man sah sich jedoch bald genötigt, diese an einen anderen Platz zu verlegen, da die Ortslage für den Anstaltszweck keine günstige war. Im September 1866 übersiedelten die Schwestern mit 35 Kindern, meist Waisenkindern und solchen, die einen von der Regierung gestifteten Freiplatz hatten, in das ehemalige Marktschloß Ettmannsdorf. Die Zahl der Kinder nahm von Jahr zu Jahr zu. Im Jahre 1881 übertrug die Regierung der Anstalt die Erziehung jener Mädchen, die nach § 56 des Reichsstrafgesetzbuches durch die Gerichte in Erziehungsanstalten eingewiesen wurden. Hierdurch wurde eine Trennung der größeren Mädchen von den kleineren notwendig. Im Jahre 1887 begann man mit einem Neubau für die Besserungsanstalt, die 1890 vollendet und bezogen wurde. Es war damit nun Platz geschaffen für 90 Zöglinge und 60 Pfleglinge.³⁵⁾

34) Die vorstehenden Angaben über das Kloster vom Guten Hirten in München stützen sich auf die Festschrift "100 Jahre Fürsorge an der kath. weiblichen Jugend", zur 100-Jahr-Feier der Kongregation unserer Frau von der Liebe des Guten Hirten 1829-1929, die uns in diesem Kloster freundlicherweise zur Durchsicht gegeben wurde.

35) P. Seiffert, Deutsche Fürsorgeerziehungsanstalten in Wort und Bild, Halle 1912, S. 542/543

Im Jahre 1855 wurde auch in Würzburg eine Erziehungsanstalt für gefährdete und verwahrloste Mädchen katholischer Konfession von der Würzburgerin Antonie Werr geschaffen. Gleichzeitig gründete sie zur Leitung und Führung der Anstalt einen katholischen Jungfrauenverein, welcher seit der Anerkennung als religiöse Genossenschaft den Namen "Kongregation der Dienerinnen der hl. Kindheit Jesu aus dem dritten Orden des hl. Franz von Assisi" trägt.

Ausgangs- und Mittelpunkt der Ordensarbeit war und blieb das Mutterhaus in Oberzell bei Würzburg. Zuerst beherbergte ein kleines Haus die "Besserungsanstalt"; aber schon bald wurde sie in ein größeres Anwesen der "Wirtschaft zum Greifen" in Oberzell verlegt. Später wurden Um- und Neubauten erforderlich; denn im Laufe der Jahrzehnte blühte die Kongregation mächtig empor. 1893 errichtete die Generaloberin M. Philomena Wenninger im Anstaltsgebäude eine Haushaltungsschule für Mädchen.

Die drei Hauptaufgaben, die dem Mutterhaus zufielen, waren danach: Die Ausbildung der Schwestern für ihren Beruf in der Erziehung der Zöglinge, im Unterrichten der Wirtschaftsschülerinnen, in der Kinder- und Krankenpflege; ferner die Führung der Fürsorgeanstalt und schließlich der Betrieb der Hauswirtschaftsschule.

Die Erziehungsanstalt in Würzburg-Oberzell wirkte später, ebenso wie auch die Anstalten der Frauen vom Guten Hirten³⁶⁾, in großem Umfange bei der Durchführung der Zwangserziehung in Bayern mit.³⁷⁾

Die "Barmherzigen Schwestern vom hl. Vinzenz von Paul" richteten 1854 im Kloster Indersdorf eine Erziehungsanstalt für 210 Jungen und 100 Mädchen ein.

³⁶⁾ siehe oben Seite 26ff.

³⁷⁾ K. Rupprecht, a.a.O. S.171ff.

Die vom heiligen Vinzenz von Paul gegründete Vereinigung der "Töchter der christlichen Liebe" hat als besondere Lebensaufgabe die Übung der Werke der Barmherzigkeit, vor allem auf den drei Gebieten der Armen-, Kranken- und Kinderpflege. Schon 1665 wurde diese Frauenvereinigung als Kongregation approbiert. Ihre Regel wurde 1668 von Papst Clemens IX. bestätigt. Die Kongregation verbreitete sich zunächst rasch und weit in den romanischen Ländern. Nach Bayern kamen die Barmherzigen Schwestern im Jahre 1832 aus dem Straßburger Mutterhaus. Sie übernahmen zunächst in München die Pflege der Kranken (1836 das Heilig-Geist-Spital, 1840 das Krankenhaus rechts der Isar). Bald wurden sie von den Verwaltungen mehrerer Städte zur Leitung der Krankenhäuser verlangt. Ende 1903 gehörten zum Mutterhaus München 1 000 Mitglieder in 114 verschiedenen Kranken-, Kinder- und Armenanstalten und Spitälern.³⁸⁾

Die am 12. Juli 1854 von dem Orden übernommene Erziehungsanstalt in Haimhausen war am 2. Januar 1854 von der Gräfin Viktorine von Butler-Haimhausen gegründet worden. Das Elend der Landkinder, das sie aus eigener Anschauung kannte, hatte sie den Entschluß fassen lassen, für solche arme und zumeist heimatlose Landkinder im Anschluß an die Schloßökonomie und Gutsverwaltung Haimhausen eine Anstalt zu gründen, in der Kinder, die der gemeindlichen Armenpflege anheimfielen oder die von Behörden den Eltern wegen der Gefahr der Verwahrlosung abgenommen wurden, Aufnahme und Erziehung finden sollten, um sie vor dem gänzlichen körperlichen und sittlichen Zusammenbruch zu bewahren. Ziel der Erziehung sollte sein, gute ländliche Dienstboten aus ih-

³⁸⁾ Joh.Nep.Werner, a.a.O., Bayer.Caritas-Blätter 1903, Nr.4, S. 60

nen zu machen. 1856 wurde die Anstalt wegen Raummangels nach Indersdorf verlegt.³⁹⁾

In Regensburg rief im Jahre 1853 der Kindheit-Jesu-Verein das "Kind-Jesu-Haus" ins Leben. Dieser Verein hatte sich die Aufgabe gestellt, durch den Erwerb eines eigenen Hauses arme und verwahrloste Mädchen Regensburgs vor seelischer und körperlicher Verkümmern zu bewahren. Die Zahl der in das Haus aufgenommenen Mädchen stieg beständig: 1860 waren es 25 Mädchen, zehn Jahre später 30; 1882 mußte ein neues Haus bezogen werden. 1920 beherbergte die Anstalt, die von Barmherzigen Schwestern geleitet wurde, 95 Mädchen. Nach dem Inkrafttreten des Zwangserziehungsgesetzes von 1902 nahm die Anstalt auch Zwangszöglinge auf.⁴⁰⁾

In zahlreichen Krippen, Bewahranstalten, Waisenhäusern und Erziehungsanstalten Bayerns wirkten und wirken die Schwestern aus dem Mutterhaus der "Armen Franziskanerinnen des Dritten Ordens" in Mallersdorf.

Ihren Ursprung hat diese, schon 1858 von Erzbischof Gregorius von Scherr anerkannte Kongregation in der Pfalz, von wo sie im Jahre 1869 nach Mallersdorf übersiedelte.⁴¹⁾

Für Erziehung und Unterricht der weiblichen Jugend wurden die "Armen Schulschwestern d. N. D." in Bayern von großer Bedeutung.

Seit 1734 hatte in Stadtamhof (bei Regensburg) ein Kloster der "Chorfrauen de Notre Dame" bestanden. Es gehörte zu dem im 17. Jahrhundert von Petrus Forerius gestifteten Orden "von unserer

39) K.Rupprecht, a.a.O. S. 115 ff.

40) Bärlehner, a.a.O. S. 174

41) K.Rupprecht, a.a.O. S. 83 ff.

"In Bayern beträgt die Zahl der von den Schwestern geleiteten Krippen und Säuglingsheime (1922) ungefähr 10, die der Bewahrschulen rund 100, jene der Hortschulen für Knaben und Mädchen je 15, der Mädchenarbeitsschulen gegen 100, der Frauenarbeits- und Nähschulen über 50, der Waisenhäuser und Fürsorgeerziehungsanstalten an die 50; Haushalt und Erziehung leiten

lieben Frau". Die Säkularisation vernichtete am 30. August 1809 das Kloster und die ihm angegliederte Mädchenschule. Pfarrer Wittmann, dem späteren Bischof von Regensburg, gelang es, die Schule von einem seiner Hilfspriester besorgen zu lassen bis 1812 drei Mädchen als Lehrerinnen ausgebildet waren, denen die Schule übergeben werden konnte. Die jüngste dieser Lehrerinnen war Karoline Gerhardinger aus Stadtamhof, die später als Generaloberin den Orden der "Armen Schulschwestern" zu hoher Blüte brachte. Sie war die erste Oberin des 1833 in Neunburg vorm Wald gegründeten Instituts der "Armen Schulschwestern unserer Lieben Frau".

Da sich das Ordenswerk sehr schnell über ganz Bayern ausdehnte, wurde das Mutterhaus in Neunburg bald zu klein. König Ludwig I. überließ der Genossenschaft im Jahre 1842 das ehemalige Klarissenkloster am Anger in München, das umgebaut wurde und am 16. Oktober 1843 als Mutterhaus der "Armen Schulschwestern" feierlich eröffnet werden konnte.

Nicht nur in München und Bayern, sondern in ganz Deutschland entfaltete der Orden in der Folgezeit seine segensreiche Wirksamkeit; auch auf Österreich-Ungarn dehnte sich das Institut aus. Die Schwestern wirken hauptsächlich auf drei Gebieten der Erziehung und Fürsorge: in den äußeren Schulen, in den inneren (Anstalts-) Schulen und in Bewahranstalten, Waisen- und Rettungshäusern für Mädchen.⁴²⁾

In Wörishofen entstand 1842 eine Erziehungsanstalt für katholische Mädchen. König Ludwig I. übergab den Dominikanerinnen wieder das im Jahre

die Schwestern in je einem Krüppel- und Genesungsheim für Kinder, einer Anstalt für Taubstumme, einer Anstalt für schulentlassene weibliche Fürsorgezöglinge." (Rupprecht, a. a. O. S. 90)

42) K. Rupprecht, a. a. O. S. 91ff.

1802 aufgegebene, nahezu zweihundert Jahre alte Kloster und bestimmte, daß die Schwestern eine Erziehungsanstalt für arme, verwaiste und verwahrloste Mädchen errichten sollten. Im Herbst 1842 wurden die ersten Pfleglinge aufgenommen. Die Zahl derselben war anfänglich auf 24 festgesetzt. Der Konvent des Klosters übernahm die Erziehung und Bildung der Kinder unentgeltlich, nur für die Verpflegung und Kleidung hatten die Angehörigen beziehungsweise die Heimatgemeinde aufzukommen.

Der Zweck der Anstalt war: arme, verwaiste und verwahrloste Mädchen sittlich und religiös zu erziehen und sie mit allen Kenntnissen fürs Leben auszustatten, damit sie beim Austritt aus der Anstalt, der gewöhnlich mit fünfzehn bis sechzehn Jahren erfolgte, je nach Kraft und Befähigung einen Dienst übernehmen konnten. Da die Zahl der Zöglinge von Jahr zu Jahr stieg, wurde eine Vergrößerung der Anstalt durch Umbau notwendig. Nachdem dieser vollendet war, hatte die Anstalt Raum für rund 70 Mädchen im Alter von vier bis sechzehn Jahren.⁴³⁾

Außer den bisher genannten weiblichen Ordensgenossenschaften widmeten sich in Bayern auch die Englischen Fräulein, die Töchter des Allerheiligsten Erlösers, die Niederbronner Schwestern, die Franziskanerinnen von Dillingen und von Maria Stern in Augsburg neben anderen Aufgaben der Pflege und Erziehung von Kindern in Krippen, Bewahranstalten und Waisenhäusern.

Der Erziehung der männlichen Jugend galt in Bayern in erster Linie die Tätigkeit des Benediktinerordens. Die St.Nikolausanstalt in Andechs

43) P.Seiffert, a.a.O. S. 532

wurde schon im Zusammenhang mit dem "Katholischen Verein zur Erziehung der verwahrlosten Jugend" erwähnt.⁴⁴⁾ Als sich dieser Verein und das k. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulanlagen an den Abt des Benediktinerstiftes St. Bonifaz in München, D. Haneberg, mit der Anfrage wandten, ob das Stift zur Aufnahme einer Rettungsanstalt bereit sei, nahm sich der Abt dieser Angelegenheit sogleich mit großer Liebe und Begeisterung an. Im August 1856 zogen die ersten dreißig Jungen in das dem Stift St. Bonifaz gehörende Kloster Andechs ein. Neben den sogenannten Vereinszöglingen fanden in dem Kloster auch arme verlassene Knaben Aufnahme. Später richtete die Regierung das Gesuch an die Anstalt, auch straffällige Jugendliche aus Oberbayern aufzunehmen, die durch richterliches Erkenntnis verurteilt worden waren. Auf Wunsch des Staatsministeriums des Innern erweiterte sich der Kreis der Zöglinge vom 1. Januar 1880 an um die sogenannten Staatserziehungspfleglinge, Jugendliche von 12 bis 18 Jahren, die auf Grund des § 56 des Strafgesetzbuches eingewiesen wurden. Nach dem Inkrafttreten des Zwangserziehungsgesetzes von 1902 traten an die Stelle der Vereinszöglinge die Zwangserziehungszöglinge. Nachdem die Zahl der Kinder innerhalb einiger Jahre in beiden Abteilungen schon auf 140 gestiegen war, hielt es der damalige Abt des Stiftes St. Bonifaz - Andechs⁴⁵⁾ für angezeigt, die beiden Abteilungen zu trennen. Für die werktagsschulentlassenen Knaben wurde deshalb in Rothenfeld die St. Gregoriusanstalt erbaut, die am 10. Oktober 1910 offiziell eröffnet wurde. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten 2 470 Knaben in der Andechser Anstalt Unter-

44) Siehe oben S. 17/18

45) P. Gregorius Danner

richt und Erziehung erhalten.⁴⁶⁾

Eine andere Erziehungsanstalt des Benediktinerordens wurde im Jahre 1855 eröffnet. 1854 richtete der St. Johannis-Zweigverein an den damaligen Abt von St. Stephan in Augsburg, Theodor Gangauf, die Anfrage, ob das Stift⁴⁷⁾ geneigt sei, in dem Priorate Ottobeuern eine Rettungsanstalt für verwahrloste Kinder zu errichten. Der Staat stellte bereitwillig die nötigen Räume im Stiftungsgebäude zur Verfügung, der Landrat versprach Unterstützung, und so wurde es möglich, die Anstalt am 27. Dezember 1855 zu eröffnen. Mit Hilfe öffentlicher und privater Zuwendungen konnten jährlich 50 bis 60 Knaben mit sehr geringen Pflegekosten für die beteiligten Gemeinden oder Angehörigen erzogen werden.⁴⁸⁾ Nachdem das bayerische Zwangserziehungsgesetz in Kraft getreten war, trat die kgl. Regierung von Schwaben und Neuburg an die Anstaltsleitung in Ottobeuern mit dem Ersuchen heran, auch Zwangszöglinge in die Anstalt aufzunehmen. 1908 wurde Ottobeuern in das Verzeichnis der zur Zwangserziehung berechtigten Anstalten aufgenommen.⁴⁹⁾

Außer den Benediktinern nahm sich in Bayern auch der "Orden der Barmherzigen Brüder" vom hl. Johannes von Gott der Fürsorge für die männlichen Jugendlichen an.

Das eigentliche Arbeitsfeld dieses Ordens, der sich im Jahre 1572 nach der Augustinerregel konstituiert hatte und sich nach seiner Approbation

46) Seiffert, a.a.O. S. 534f.

47) 1835 waren Benediktiner von St. Stephan in Augsburg auf Veranlassung Ludwigs I. nach Ottobeuern gekommen, wo sie sich getreu der alten Ordenstradition der Erziehung der Jugend widmeten. Von da an war Ottobeuern abhängiges Priorat von St. Stephan in Augsburg.

48) Seiffert, a.a.O. S. 529f.

49) Seiffert schreibt 1911: "Bei einem Drittel der hier untergebrachten Zöglinge ist Zwangserziehung angeordnet. Von 1855 bis 31. Dezember 1911 wurden insgesamt 907 Knaben im Alter von 6 bis 14 Jahren gepflegt und erzogen". a.a.O. S. 530

durch Rom im Jahre 1617 bald über die ganze Erde ausbreitete, war die Pflege männlicher Kranker. Der Orden, der in Bayern eine eigene Provinz bildet und sich vor allem der Kranken- und Idiotenpflege widmet, übernahm im Jahre 1863 das Knabenerziehungsheim Algasing. Ursprünglich bestand dieses Heim nur aus dem Gehöft des Bauern Algasing, der das Haus zu einem wohlthätigen Zweck dem Pfarrer von Dorfen zur Verfügung stellte. Dieser bestimmte es zur Unterkunft für arme verlassene Kinder. Da die Betreuung dieser Kinder es bald notwendig machte, die Leitung der Anstalt stärkeren Händen anzuvertrauen, wandte sich der Pfarrer von Dorfen an den Orden der Barmherzigen Brüder und ersuchte ihn um Übernahme der Anstalt. Der Provinzial P. Markmiller kam der Bitte nach und schickte 1863 im Einverständnis mit Rom sechs Ordensbrüder nach Algasing. 1868 erwarb der Orden die Anstalt, die ursprünglich als Rettungsanstalt für arme, dem Elend oder der Verwahrlosung ausgesetzte Knaben gedacht war. Im Laufe ihrer Entwicklung änderte sie dieses Ziel. Später fanden in der Anstalt Knaben katholischer Konfession aus allen Ständen innerhalb der Altersgrenze vom 4. bis 13. Lebensjahr Aufnahme; ausgeschlossen waren Fürsorgezöglinge, schwachsinnige und krüppelhafte oder solche Knaben, die nicht gesund oder sittlich bereits verdorben waren. Im Jahre 1872 waren 100 Zöglinge in der Anstalt untergebracht, 1922: 251.⁵⁰⁾

Es ist unmöglich, hier alle katholischen Anstalten aufzuzählen, die zum großen Teil in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden, und die nach dem Erlaß des Zwangserziehungsgesetzes neben anderen Kindern dann auch Zwangs-

50) K. Rupprecht, a.a.O. S. 25ff.

zöglinge aufnehmen.

Nach einer Statistik bei Heinrich Reicher⁵¹⁾ über "Die Anstalten zur Aufnahme von Fürsorgezöglingen im Deutschen Reich" sollen im Königreich Bayern im Jahre 1904 schon 185 solcher Anstalten bestanden haben und von diesen 136 katholisch gewesen sein.

d) Das evangelische Rettungshauswesen
Die Anfänge des evangelischen Rettungshauswesens in Bayern reichen bis in die zwanziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zurück. Die Not der Jugend war der Anlaß zur Schaffung von Fürsorgeeinrichtungen, die für die weitere Entwicklung der Jugendfürsorge von großer Bedeutung werden sollten.

Die Anregungen der "Deutschen Christentumsgesellschaft" in Basel, das Beispiel Falks in Thüringen, Graf von der Recke-Vollmarsteins im Rheinland die - gestützt auf christliche Kreise - das Erziehungswerk an den armen und verwahrlosten Kinder begonnen hatten, führten auch in Süddeutschland zur Gründung von Rettungsanstalten für die verwahrloste Jugend. Württemberg ging voran mit der Gründung der "Paulinenpflege" auf Antrieb und unter Protektion der Königin Pauline (1820). Im Mai 1820 wurde die "freywillige Armen-schullehrer- und Armenkinderanstalt" in Beuggen, zwar auf badischem Boden, aber von dem Württemberger Zeller eröffnet.

Den Grund zu dem ersten Rettungshaus in Bayern, der Erziehungsanstalt Veilhof in Nürnberg, legte Karl von Raumer, ein Gehilfe und Gesinnungsge-nosse Pestalozzis und Freund Christian Heinrich Zellers, am 9. April 1824. Zu den drei armen

51) Heinrich Reicher, Die Fürsorge für die verwahrloste Jugend, I. Teil, Wien 1904, S. 175

Jungen, die Raumer zunächst aufgenommen hatte, kamen ständig neue hinzu; bald hatte er fünf- undzwanzig zu betreuen. Als Raumer 1827 nach Erlangen zog, vertraute er die Knaben dem Nürnberger Bürgermeister Scharrer an.

Das 1863 bezogene Gebäude wich 1901/1902 einem Neubau, der für 90 Zöglinge eingerichtet wurde. In der Anstalt, die den Zweck hatte, verwaiste, verlassene, schwer zu erziehende und verwahrloste Kinder beiderlei Geschlechts im werktagsschulpflichtigen Alter zu erziehen, zu unterrichten und nach ihrer Entlassung für ihr weiteres Unter- kommen zu sorgen, waren bis zum Jahre 1890 seit Gründung der Anstalt (1824) im ganzen 649 Knaben und 143 Mädchen untergebracht worden; von 1891 bis 1893 244 Kinder.

"Der starke pietistische Einschlag der Frömmigkeit der Zeit trieb zu den Werken der inneren wie auch der äußeren Mission. Vor allem war es die Erlanger Hochschule, welche belebend und vertiefend auf das heranwachsende Theologengeschlecht und durch die junge Geistlichkeit auf die Gemeinden im Lande umher einwirkte. Bestimmenden und nachhaltenden Einfluß übte hier die Persönlichkeit des Erlanger Professors Krafft, daneben besonders Schubert und Raumer. Glaubenseifrige Laien ließen sich zu tatkräftiger Mit- hilfe begeistern und pflichttreue Geistliche traten in die vordersten Reihen. Man nahm sich der verwahrlosten Jugend an und gründete Armenvereine..."⁵²⁾

Im gleichen Jahre wie in Nürnberg entstand auf Veranlassung des Pfarrers Krafft eine Mädchenrettungsanstalt. Schon 1822 traten eine Anzahl Frauen, die den Bestrebungen Pfarrer Kraffts großes Interesse entgegenbrachten, zur Bildung eines

⁵²⁾ K.Eichner, Zur Geschichte der Inneren Mission in Bayern, in: Blätter für Innere Mission in Bayern, 27. Jg., 1912, Nr. 7, S. 49 f.

Armenvereins zusammen, der es sich zur Aufgabe machte, ein Heim für arme Mädchen Erlangens zu gründen. Zusammen mit Stadtpfarrer Ackermann suchte Professor Krafft diese Gründung auf jede Weise zu fördern. Der Ausführung des Planes stellten sich jedoch so große Hindernisse entgegen, daß man schon an eine Auflösung des Vereins dachte. Als aber einige Wohltäter für dieses Unternehmen Stiftungen machten, entschloß man sich dazu, das Werk auch ohne Fonds anzufangen. Am 25. Februar 1824 wurde dann die "Armentöchteranstalt" mit vier Mädchen in einer gemieteten Kammer eines Schuhmachers eröffnet. Im August 1828 gelang es ein geeignetes Haus zu erwerben, das noch im selben Jahre, am 10. Dezember, eingeweiht und von 16 Mädchen bezogen werden konnte. Bis zum Jahre 1849, in welchem die Anstalt ihr 25jähriges Stiftungsfest feierte, waren 84 Mädchen durch die Anstalt gegangen. 1851 wurde die "Armentöchteranstalt" mit der noch zu erwähnenden Anstalt in Puckenhof vereinigt.⁵³⁾

1842 wurde in Bayreuth von dem dortigen Bürgermeister eine Erziehungsanstalt für gefährdete Kinder ins Leben gerufen. 1730 war in Bayreuth ein Waisenhaus mit Armenschule gegründet worden, da man schon in jener Zeit in Stadt und Land über die vielen verwahrlosten Kinder geklagt hatte. Die "nützliche Anstalt" wurde 1732 in einem Neubau untergebracht; 1791 die Ökonomie des Waisenhauses aufgegeben und die Kinder bei Bürgern und Landleuten untergebracht. Als sich 1841 die Klagen über "die verwilberte Jugend der untersten Stände" wieder verdichteten, erklärte der nachmalige erste Vorstand des geplanten Fürsorgevereins, Prodekan Vetter: "Eine Menge Kinder zieht

53) Das Rettungshaus Puckenhof, in: Blätter für Innere Mission in Bayern, 15. Jahrg., 1900, Nr. 16, S. 127

auf der Straße im traurigsten Zustande einher und geht dem geistlichen Tod entgegen". Es herrschten sehr schlimme Verhältnisse, da die Stadt arme verwahrloste Kinder im sogenannten Armenbeschäftigungshause untergebracht hatte, wo diese mit den sittlich anrücklichsten Personen zusammen waren.

Der Bürgermeister Bayreuths, von Hagen, der ein wirksamer Förderer des Jugendfürsorgegedankens war, nahm die Enthüllung des von König Max II. gestifteten Jean-Paul-Denkmals am 14. November 1841 zum Anlaß, auf die Notwendigkeit der Errichtung einer Anstalt für arme verwahrloste Kinder hinzuweisen. Sein Appell an die Festversammlung machte einen tiefen Eindruck und hatte die Gründung des "Jean-Paul-Vereins für Erziehung armer und verwahrloster Kinder in Bayreuth" zur Folge. Dem Verein wurde reichliche finanzielle Hilfe zuteil. Zu den zahlreichen Wohltätern gehörte auch die Witwe Jean Pauls. Nachdem die ersten Zöglinge des Vereins in Privathäusern untergebracht worden waren, ging man zur Anstalts-erziehung über. Als Lokal stand zunächst nur eine Stube des Armenbeschäftigungshauses für die 16 Pfleglinge zur Verfügung. 1846 wurden die Kinder in einem Schulhaus untergebracht; nach fünf Jahren gelang es, ein Anwesen für eine Anstalt zu erwerben. Mit Hilfe von Gönnern und bedeutenden Zuschüssen der Kreisregierung konnte man das "Jean-Paul-Stift" in einen besseren Zustand bringen und mit den für eine Erziehungsanstalt nötigen Dingen ausstatten. Am 20. Juni 1851 wurde das neue Haus bezogen. Die Anstalt war von Anfang an eine konfessionelle. Schon in den ersten Satzungen heißt es, daß die Kin-

der (Knaben und Mädchen) bis zur Konfirmation im Stift bleiben. Der katholische Pfarrer von Bayreuth gehörte jedoch zu dem Ausschuß des Jean-Paul-Vereins und der Erzbischof Urban von Bamberg spendete lange Zeit jährlich vier Krontaler. Anfangs wurden auch katholische Kinder in der Anstalt untergebracht. Da Zwistigkeiten nicht ausblieben, nahm man später nur noch evangelische Kinder von sechs bis sechzehn Jahren auf.⁵⁴⁾

Bis die Einflüsse, die von Wichern und dem "Rauhen Haus"⁵⁵⁾ in Hamburg ausgingen, die erste große Blüteperiode des Rettungshauswesens in Bayern heraufführten, blieben die drei genannten Anstalten die einzigen.

Im Jahre 1849 kam Wichern auch nach Bayern und besuchte Würzburg, Nürnberg, Erlangen, Augsburg und München. In Nürnberg half er bei der Einführung des Familienprinzips im Rettungshaus Veilhof mit.

In Erlangen berieten sich die Professoren Hofmann, Thomasius, Nägelsbach, Döderlein und von Raumer mit Wichern über die Ausgestaltung der Inneren Mission in Bayern.

Infolge der Ereignisse des Jahres 1848, die die tiefe sittliche Verderbnis großer Volksteile offenbar gemacht hatten, kümmerte man sich wieder mehr um die sittlich verdorbene Jugend der unteren Volksklassen.

In Erlangen hatte sich ein Verein für freiwillige Armenpflege gebildet. Dieser hielt am 22. Juni 1849 eine öffentliche Sitzung, in welcher Wichern von der Not des deutschen Volkes und der Christenpflicht, Hilfe zu bringen, sprach. Er zeigte Wege zur Abhilfe der Not auf und verstand es,

54) Dekan Rupprecht, Zum 75jährigen Jubiläum der Erziehungsanstalt Jean-Paul-Stift in Bayreuth, in: Blätter für Innere Mission in Bayern, 31. Jg., 1916, S. 107 ff.

55) 1833 von Wichern in Horn bei Hamburg gegründet.

so warme Teilnahme für die Innere Mission zu wecken, daß unmittelbar nach der Versammlung dem damaligen Stadtvikar Dr.Schunck 25 Gulden zur Gründung eines Rettungshauses übergeben wurden. Am 20. Juli 1849 trat ein Komitee zusammen, um das neue Werk in die Hand zu nehmen. Dieses Komitee bestand aus den damaligen Universitätsprofessoren Dr.Leupoldt, Dr.v.Raumer, Dr.v.Scheuerl, dem Advokaten Schnürer, dem Kaufmann Wölfling, dem Bäckermeister Schlegel und dem Stadtvikar Dr.Schunck, dem eigentlichen Gründer des Rettungshauses Puckenhof. Es wurde ein Aufruf um Gaben für die Gründung eines Knabenrettungshauses erlassen und in eineinhalb Jahren wurden 600 Gulden durch mehrere hundert in Erlangen aufgestellte Pfennigbüchsen gesammelt. Als Hausvater und Organisator der Anstalt, die am 5. Juni 1850 in Schallersdorf mit 24 Knaben eröffnet wurde, wurde auf Empfehlung Zellers der in Beuggen ausgebildete Jakob Aspacher berufen. Man hielt es für zweckmäßig, die neue Anstalt mit der bisherigen "Töchteranstalt" in Erlangen zu vereinigen und die Leitung des Ganzen dem Komitee für das Knabenrettungshaus zu übertragen. Dieses Komitee erwarb im August 1850 das Puckenhofer Schlößchen und im September zogen die Knaben von Schallersdorf nach Puckenhof, wohin am 17. September 1851 auch die Pflegerinnen der "Töchteranstalt" Erlangen⁵⁶⁾ übersiedelten. Am 19. Oktober fand die Einweihung der nun vereinigten Anstalt statt. Auf Anregung Wicherns übernahm am 30. Juli 1851 der bisherige Vorsteher des Rettungshauses Neinstedt im Harz die Leitung der Anstalt. Von dem Bestehen der Anstalt bis zum Jahre 1900 wurden 650 Kinder in der Anstalt erzogen, ver-

56) s.o. S. 38 f.

pfllegt und ausgebildet; nach den Aufzeichnungen der Anstalt konnten zwei Drittel der Entlassenen als gerettet angesehen werden. Als Hauptgebäude diente bis 1902 das Schloß, dann wurden umfangreiche bauliche Veränderungen notwendig.

Eine anfangs mit dem Rettungshaus verbundene "Bildungsanstalt für Handwerker zum Dienst der Inneren Mission" ging 1876 aus Mangel an Arbeitskräften und Arbeitsfeldern wieder ein. Der eigentliche Gründer des Rettungshauses, Stadtvikar Dr. Schunck, rief auch die "Puckenhöfer Blätter" ins Lebens, die vom Jahre 1886 an den Namen "Blätter für Innere Mission in Bayern" erhielten.⁵⁷⁾

Auch zur Gründung des Trautberger Hauses bei Castell in Unterfranken gab Wichern bei seinem Besuch in Bayern die Anregung, als er im Mai auf Einladung Würzburgs zu einer der Zeitlitzheimer Konferenzen kam. Auch hier begeisterte er für das Rettungswerk an der Jugend, und schon wenige Wochen später traten mehrere Männer zu einer freien Vereinigung zusammen, die als nächsten Zweck die Gründung eines Rettungshauses zur Erziehung armer verwahrloster Kinder verfolgte. Eine passende Stätte für das Rettungswerk fand sich bald - eine herrschaftliche Schäferei, der Trautberg genannt - welche vorher dem Graf zu Castell gehörte. Das Haus wurde entsprechend umgewandelt und bald mit drei ganz verkommenen Jungen die Anstalt eröffnet.⁵⁸⁾ Nach dem Jahresbericht für 1908 hatte das Trautberger Haus, eingerichtet für 34 Kinder beiderlei Geschlechts im werktagschulpflichtigen Alter, von der Gründung der Anstalt an bis zu diesem Zeitpunkt 433 Kinder aufgenommen, darunter seit 1903 15 Zwangszöglinge.⁵⁹⁾

57) Zur Geschichte der Inneren Mission in Bayern, in Blätter f.I.M. in Bayern 1.Jahrg.,Nr.10/11, S. 77f.; Die Innere Mission in Bayern im 19. Jahrhundert, Blätter f. Innere Mission, 15.Jahrg. Nr.19, S. 147; ferner Blätter f. I.M., 15.Jahrg. Nr.16, S. 127

Die von Wichern entfachte Bewegung zog immer weitere Kreise. Bei Geistlichen und Gemeinden kam es zu einem förmlichen Wettstreit in der Gründung von Rettungsanstalten. Innerhalb von acht Jahren entstanden 15 Rettungshäuser. In rascher Aufeinanderfolge wurden gegründet:

1850 die Rettungsanstalt für verwahrloste Kinder in Hof (gegründet von einem Verein),

1851 das Rettungshaus Martinsberg bei Naila (gegründet von Pfarrer Hübsch),

1852 das Rettungshaus Mariental bei Schweinfurt (gegründet von einem Verein),

1853 die protestantische Erziehungsanstalt in Feldkirchen bei München (gegründet von Vikar Schamberger),

das Rettungshaus in Wunsiedel (gegründet von der Armenpflege),

das Rettungshaus in Ansbach (gegründet von einem Verein),

das Rettungshaus in Marienberg bei Schwarzenbach a.d.S. (gegründet vom Pfarrer und Bürgermeister),

1854 die Kinderpflege des St.Johannis-Zweigvereins in Kempten (gegründet von Dekan Linde),

1855 das Rettungshaus Fassoldshof bei Schwarzach (gegründet von Pfarrer Glaser),

das Rettungshaus in Gunzenhausen (gegründet vom St.Johannis-Verein),

1856 das Rettungshaus in Altdorf (gegründet von Senior Marsching),

die Pflege- und Krippenanstalt in Nürnberg,

1857 das Rettungshaus Elisenstift bei Schillingsfürst (gegründet von Prinzessin Elise zu Hohenlohe-Schillingsfürst).⁶⁰⁾

58) Zur Geschichte der Inneren Mission in Bayern, in Blätter f. Innere Mission, 1.Jhrg.Nr.10 /11 S. 78; ferner: Die bayerischen evangelischen Rettungshäuser und Erziehungsanstalten, Sammelbericht des Landesvereins f. I.M. in der ev.-luth. Kirche in Bayern, S.6

59) Blätter f. Innere Mission, 24.Jhrg., Nr. 6, S.46

60) Sammelbericht, a.a.O. S. 9f.

Das Waisen- und Rettungshaus Mariental bei Schweinfurt verdankt seine Entstehung einem im Jahre 1851 gegründeten Hilfsverein. Schon am 1. April 1852 konnte mit dreizehn teils verwaisten, teils der Verwahrlosung ausgesetzten Kindern in einem gemieteten Lokal der Anfang des Rettungswerkes gemacht und im Mai 1854 ein eigenes Haus bezogen werden. 1905 wurden die Wohnräume für die Zöglinge verbessert, sodaß 45 Kinder von sechs bis vierzehn Jahren Aufnahme finden konnten.⁶¹⁾

Die Erziehungs- und Rettungsanstalt Feldkirchen bei München "entstand im Jahre 1853 zunächst aus rein religiöser Not, aus dem Bedürfnis, einen Mittelpunkt für den evangelischen Schulunterricht und besonders für den Konfirmandenunterricht der in der Umgegend Feldkirchens verstreut wohnenden protestantischen Kinder zu schaffen und ihnen dabei ein Heim zu bieten, wenn die Entfernung und das Wetter es ihnen verbot, immer zwischen Schule und Elternhaus hin und her zu wandern. Dazu kam, daß von Wohltätern eine Reihe protestantischer Kinder des nahen Münchens, denen zu Hause die notwendige Erziehung fehlte, in bürgerlichen Familien Feldkirchens untergebracht waren, daß aber die Zahl geeigneter Familien dem Bedarf nicht mehr genügte und damit die Gründung eines gemeinsamen Hauses für solche Kinder gebieterisch gefordert war."⁶²⁾

Die Anstalt, die am 4. April 1853 mit zehn Kindern, fünf Knaben und fünf Mädchen, eröffnet wurde, beherbergte in den ersten fünfzig Jahren ihres Bestehens 828 Kinder, 480 Knaben und 348 Mädchen. Aus den kleinen Anfängen heraus entwickelte sich die Anstalt immer mehr und bot im Jahre 1903 schon Platz für 120 Kinder von sechs bis vierzehn, eventuell

61) Sammelbericht, a.a.O. S. 9 f.

62) Lersch, Die Erziehungs- und Rettungsanstalt Feldkirchen bei München, Beilage zu Nr. 8/9 der Blätter für Innere Mission, 1917

sechzehn Jahren.⁶³⁾

Das Rettungshaus Marienberg wurde am 27. September 1853 mit zwei Knaben begonnen. Benannt wurde es nach der Königin Marie, die der Anstalt als Protektorin viel Gutes erwies.⁶⁴⁾

Ähnliche in dieser Zeit gegründete Anstalten, wie das Kinderversorgungshaus in Lindau (1854), der Weinberg bei Ansbach und die Kinderpflegeanstalt zu Öttingen (1855) hatten mehr die leibliche Versorgung neben der religiös-sittlichen Pflege armer Kinder im Auge. Die Anstalt auf dem Weinberg bei Ansbach ging später wieder ein.

Da der Bedarf an Anstalten durch die zahlreichen Gründungen zu Anfang der fünfziger Jahre für längere Zeit gedeckt war, kam es in den folgenden Jahren nur zu wenigen Neugründungen dort, wo besondere Anlässe gegeben waren.

1861 wurde von Löhe in Neuendettelsau ein Rettungshaus für sechs- bis dreizehnjährige Mädchen eingeweiht.

1873 bildete sich in München der evangelische Waisenhausverein, der für ein evangelisches Waisenhaus ein Anwesen in der Kaulbachstraße kaufte, da das städtische Waisenhaus in München nur katholische Kinder aufnahm. 1884 wurde noch das Nachbarhaus dazu erworben und eine Knaben- und eine Mädchenabteilung eingerichtet.⁶⁵⁾

Für verlassene und gefährdete Kinder vor allem aus der Diaspora Unterfrankens wurde die evangelische Kinderpflege in Würzburg (1881) und die Mädchenrettungs- und Kinderbewahranstalt in Willmars (1882) gegründet.

Im Jahre 1884 entstand für verwahrloste oder für-

63) Blätter für Innere Mission, 18.Jg., 1903 Nr.11, S. 85; vergl. auch S. 17 dieser Arbeit.

64) Zum Ausbau unserer Rettungshäuser und zum fünfzigjährigen Jubiläum des Rettungshauses Marienberg, in: Blätter für Innere Mission, 18.Jg. 1903 Nr.17, S. 129

65) Sammelbericht, a.a.O. S. 11

sorgebedürftige Kinder beiderlei Geschlechts das Martin-Luther-Stift in Münchberg i. Ofr. und die Binnwerk'sche Kinderbewahranstalt in Markt Einersheim in Unterfranken.⁶⁶⁾

In Rothenburg o.T. gründete der Stadtmagistrat 1867 das Erziehungshaus St. Leonhard.

Das im gleichen Jahre errichtete Rettungshaus in Schwabach nahm auch katholische Kinder auf.

In Ansbach entstand 1894 ein Rettungshaus, welches als solches ein Zweigverein des St.Johannisvereins war.

Die erste Anregung zur Gründung eines Rettungshauses für verwahrloste Kinder in der Rheinpfalz geht zurück in das Jahr 1849. Am 9. Juni 1850 fand die Grundsteinlegung zu dem Rettungshaus in Haßloch statt und am 24. April 1851 wurde dasselbe feierlich eröffnet. Das Haus wurde gleich von den Hauseltern und zehn Zöglingen bezogen. Im Laufe der Jahrzehnte kamen kleinere Wohn- und Ökonomiegebäude hinzu. 1906/07 mußte ein größerer Neubau errichtet und das alte Wohngebäude abgeändert werden. Danach war in der Anstalt Raum für 80 bis 90 arme, verlassene, verwaiste und verwahrloste Kinder beiderlei Geschlechts, die vom sechsten Lebensjahr an in der Anstalt aufgenommen wurden. Sie konnten nach Erfordernis über das werktagsschulpflichtige Alter hinaus in der Anstalt verbleiben.

Ein zweites evangelisches Rettungshaus in der Pfalz wurde im Jahre 1854 gegründet. Der Anfang des Rettungshauses Inkentalerhof bei Rockenhausen wurde mit zwei kleinen Bauernhöfen gemacht, die eine kleine Schar evangelischer Christen aus dem geistlichen und Laienstande mit der Bestimmung kaufte, daß hier "in einfachem Hause,

66) Sammelbericht, a.a.O. S. 12

in Familiengruppen geteilt, besonders in landwirtschaftlichen Arbeiten geübt, um ihrem Stande nicht entfremdet zu werden, Kinder in christliche Pflege und Erziehung genommen werden, um für Gott und Menschen getreue, gläubensfeste, fromme, arbeitstüchtige und arbeitslustige Christenmenschen zu bilden". An die Stelle der Bauernhäuschen, die im Laufe der Jahre abgerissen wurden, traten neue Anstaltsgebäude: drei große Wohnhäuser mit Scheune und Stallung. In der Regel waren in der Anstalt vierzig bis sechzig verwaiste und verwahrloste Kinder aus allen Teilen der Pfalz im Alter von vier bis vierzehn Jahren untergebracht.⁶⁷⁾

In einem Aufsatz "Zur Geschichte der Inneren Mission in Bayern" aus dem Jahre 1886 heißt es: "Man muß der bayerischen Regierung und insbesondere auch den Volksvertretern der einzelnen Kreise im Landtag das Zeugnis geben, daß diese dieses Werk der Inneren Mission nach Kräften insbesondere durch Bewilligung reichlicher Unterstützungen für die Unterbringung verwahrloster Kinder in diesen Anstalten und für diese daselbst förderten..."⁶⁸⁾

Schon im Jahre 1853 traten die Rettungshausväter zu regelmäßigen Konferenzen zusammen. 1866 referierte der Leiter der Puckenhofer Anstalt auf der Konferenz für Innere Mission in Baidorf bei Erlangen "über den Mangel einer organischen Verbindung der Rettungshäuser Bayerns". Es wurde damals schon vorgeschlagen, wechselseitige Inspektionen an den Anstalten einzuführen, aber trotz aller Versuche kam es noch lange Zeit nicht zu einem Zusammenschluß der verschiedenen Rettungshäuser zu einem Verbands. Erst im Jahre 1911 erfolgte die Gründung des "Verbandes evan-

67) Seiffert, a.a.O. S. 602 ff.

68) Blätter für Innere Mission in Bayern, 1866 Nr.10/11, S. 79

gelischer Erziehungsanstalten in Bayern"⁶⁹⁾, der sich aber nur auf das rechtsrheinische Bayern erstreckte.

e) Evangelische Vereine.

Der Mann, der berufen war, der christlichen Liebestätigkeit zu einer großartigen Ausgestaltung zu verhelfen und der Bahnbrecher der Inneren Mission in Bayern zu werden, war der Neuendettelsauer Pfarrer Wilhelm Löhe.

Im Jahre 1849 gründete er die "Gesellschaft für innere und äußere Mission im Sinne der lutherischen Kirche", deren Wurzeln in das Revolutionsjahr 1848 zurückgehen.

Der Begriff der "Inneren Mission" wurde von Wichern auf dem ersten evangelischen Kirchentag im Jahre 1848 geprägt und auf dem zweiten Kirchentage - im Jahre darauf - der "Kongreß für Innere Mission" gebildet. Da dieser Kongreß aber in seiner Zusammensetzung uniert war, konnten und wollten Löhe und seine Freunde, die an ihrer konfessionellen Eigenart festhielten, mit ihrer Arbeit in seine Gemeinschaft nicht eintreten. Bei ihrer ersten Jahresfeier am 19. Juni 1850 in Nürnberg stellte Löhe die Gesellschaft der kirchlichen Öffentlichkeit vor und legte in einer Rede dar, was für "Innere Mission" er meinte. "Sie soll Mission im Sinne des Missionsbefehls Jesu sein und soll das Evangelium zu den Menschen bringen, nur aber nicht zu den Menschen, die außerhalb der Kirche stehen, sondern zu den Getauften, die aber in Not und Elend sind und in Gefahr, was die Taufe ihnen geschenkt hat und schenken möchte, zu verlieren. Nicht um sogenannte Liebeswerke und Werke der Barmherzigkeit, die

69) Siehe unten S. 193

vor allem die Nöte des Leibes heilen wollen, handelt es sich, sondern um Barmherzigkeit mit der Seele, die von innen heraus helfen will und Kraft verleihen will, mit der inneren Not auch das äußere Elend zu überwinden. Darum muß dieses Werk auch im Sinne der Kirche und von uns eben im Sinne der lutherischen Kirche getrieben werden. Es werden uns an'sich nur wenige Mittel zur Verfügung stehen, darum mußten wir uns enge Grenzen stecken und haben die engen Grenzen der Konfession uns zum Wirkungskreis gemacht. Darum wollen wir auch Gesellschaft sein und kein Verein mit demokratischem Prinzip. Wir wollen aristokratisch sein und nur mit solchen uns zusammenschließen, die alle gleicher Gesinnung mit uns sind und das Gleiche mit uns wollen".⁷⁰⁾

Bezeichnend für die Liebestätigkeit im Löhe'schen Kreise war es, daß man sie als eine selbstverständliche aber ganz freie Frucht des Glaubens betrachtete.⁷¹⁾ "...Man bettelte und warb darum auch nicht um Mittel, die mußten von selbst zufallen, aus freier Liebe gegeben...Dadurch unterschied sich die Gesellschaft grundsätzlich von anderen Einrichtungen, die den Namen Innere Mission trugen: Die Gemeinde Christi ist nicht dazu berufen und nicht dazu verpflichtet, aller Not ein Ende zu machen. Was sie tut, muß Zeugnis ihres Glaubens sein, und nur soweit ihr Glaube reicht, nach dem Maß des Glaubens, kann sie wirken und schaffen. Also keine Vielgeschäftigkeit und Großartigkeit, sondern Echtheit und innere Wahrheit!"⁷²⁾

Löhe wollte mit der Gesellschaft ein kirchliches Hilfswerk in Gang bringen; er wollte die besseren

70) Das missionarische Erbe Wilhelm Löhes, Neundettelsau 1934, S.21

71) Vergl. ebenda S. 12

72) ebenda, S. 16

Glieder der Gemeinden sammeln, damit sie sich gegenseitig stärkten in dem, was sie als Glieder der lutherischen Kirche wissen und glauben sollten und gegenseitig aneiferten zu dem, was als Frucht des Geistes in ihrem Leben offenbar werden sollte und wollte. Die so Gesammelten und Gestärkten wollte Löhe in den Dienst der Inneren Mission und damit der Kirche stellen.⁷³⁾

Im Jahre 1854 gründete Löhe den "Lutherischen Verein für weibliche Diakonie".

Das Mutterhaus, zu dem am 23. Juli in Neuendettelsau der Grundstein gelegt und das am 12. Oktober eingeweiht wurde, sollte nach Löhes Absicht nur Ausbildungsstätte, nicht aber Mittelpunkt des Vereins werden. Am 13. März 1854 trat die Muttergesellschaft in Neuendettelsau zusammen und konstituierte sich.⁷⁴⁾

Während der Plan Löhes, neben der Muttergesellschaft Zweigvereine zu gründen, keine rechte Verwirklichung fand - es bildeten sich solche nur an wenigen Orten, z.B. in Nürnberg, Hersbruck, Memmingen - entwickelte sich das Mutterhaus in Neuendettelsau immer kräftiger. Schon zehn Jahre nach der Einweihung des Mutterhauses standen in Neuendettelsau ein Blödenhaus, ein Krankenhaus, ein Magdalenium und ein Rettungshaus. Bis zu Löhes Tod im Jahre 1872 war das von ihm gegründete und geleitete Diakonissenhaus bereits zum Mittelpunkt einer weitverzweigten Liebestätigkeit geworden.

Der "Lutherische Verein für weibliche Diakonie in Bayern" war zusammen mit dem von König Max II. in dem selben Jahre gestifteten St.Johannisverein auch besonders bemüht um das Wohl der

⁷³⁾ Das missionarische Erbe., S. 22

⁷⁴⁾ Wilh. Löhe, Etwas aus der Geschichte des Diakonissenhauses in Neuendettelsau, Gütersloh 1907, S. 5 ff., in: Hennig, Quellenbuch zur Geschichte der Inneren Mission, Hamburg 1912, S. 335. Hier sind auch die Statuten des "Lutherischen Vereins für weibliche Diakonie in Bayern" abgedruckt (S. 336).

Säuglinge in den sogenannten Krippen und der Kleinkinder in den Kinderbewahranstalten. Diesen beiden Vereinen ist die Gründung der Krippen in Fürth, Nürnberg, Nördlingen, Memmingen und Erlangen und der Kinderpflegeanstalten in Oettingen (1855), Kempten (1856), Nürnberg (1856), Fürth (1861) und Würzburg (1880) zu danken.⁷⁵⁾

Fast zur gleichen Zeit wie das Diakonissenhaus in Neuendettelsau (1854) wurde in Augsburg ein solches (1855) vom St.Johannisweigerverein gegründet. Daß dieses in seiner Entwicklung bedeutend hinter Neuendettelsau zurückblieb, erklärt sich daraus, daß es in den ersten zwanzig Jahren mit den größten örtlichen und anderen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte und erst 1872 für die Leitung der Anstalt ein eigener Inspektor angestellt werden konnte, während in Neuendettelsau Löhe von Anfang an mit hingebender Liebe das Werk leitete und das Mutterhaus dort auch aus dem ganzen Lande viel Liebe erfahren durfte. Beide Anstalten arbeiteten aber in schweesterlicher Liebe verbunden in hohem Segen miteinander.⁷⁶⁾

Das Werk der Rettung sittlich gefallener und gefährdeter Mädchen lag Löhe von Anfang an besonders am Herzen. Nachdem schon seit der Gründung der Diakonissenanstalt einige Gefallene mit den Schwestern in engster Gemeinschaft gelebt hatten, erstand im Jahre 1865 ein eigenes kleines Haus, Magdalenium genannt. Als der Raum im Laufe der Zeit zu klein wurde, beschloß man ein neues, größeres Haus zu bauen. Dieses konnte am 20. August 1890 eingeweiht werden und war für 40 Zöglinge eingerichtet. 1872 wurde auf Grund eines Vertrages mit dem Staat eine Erziehungs-

75) Blätter für Innere Mission in Bayern, 1886, Nr. 10/11. S. 80

76) Blätter für Innere Mission in Bayern, 12.Jhrg., Nr. 10, S. 73

anstalt begründet, in welcher Mädchen unter siebzehn Jahren erzogen und zu Hand- und Hausarbeiten angeleitet werden sollten. Diese Mädchen wurden der Anstalt von der kgl. Regierung zugewiesen, teils weil ihnen die Einsicht in die Strafbarkeit ihrer Handlung vom Gericht abgesprochen worden war und eine Bestrafung daher nicht in Betracht kam, teils weil sie in der Gefahr standen, sittlich zu verkommen. Die Zahl dieser Mädchen war immer recht klein.

Auf Löhe und seinen Einfluß war es zurückzuführen, daß sich in München ein Kreis von Männern und Frauen entschloß, zur Unterstützung der Magdalenenarbeit, wie sie in Neuendettelsau in Angriffen genommen worden war, einen Verein zur Fürsorge an gefährdeten und gefallenen Mädchen und Frauen evangelischer Konfession zu gründen.

Man wollte besserungswillige Mädchen in ein Heim aufnehmen und sie nach einer Probezeit in dem Magdalenum in Neuendettelsau unterbringen. Zuerst dachte man daran, das Magdalenenasyl mit der ebenfalls zu jener Zeit gerade entstehenden Diakonissenanstalt in München zu verbinden. Man kam aber von diesem Gedanken ab, da das Wirken der Diakonissenanstalt ein umfassenderes sein sollte und die Aufnahme der sogenannten Magdalenen die Arbeit der Diakonissenanstalt leicht hätte hemmen können.

So entstand am 1. Mai 1867 der evangelische Magdalenenverein. Ein ganz kleiner Kreis trug in den ersten Jahren die Last der Arbeit und der Ausgaben. Einen treuen Helfer hatten die Gründer für den Anfang in dem damaligen Vikar, nachmaligen Oberkonsistorialrat von Kelber.

Behördlicherseits begrüßte man die Bestrebungen des Vereins. Besonders die Polizeidirektion be-

trachtete den Verein als Helfer bei der Besserung der sittlichen Zustände in der Stadt. Der Vereinsausschuß bemühte sich, ein geeignetes Heim für die Mädchen zu finden, um sie ihrer schlimmen Gesellschaft möglichst schnell entziehen zu können. Ein Büchsenmacher erklärte sich bereit, mit seiner Frau zusammen die Mädchen gegen eine billige Vergütung zu beaufsichtigen und zu verpflegen. 1878 wurde dann eine Wohnung in der Kaulbachstraße gemietet und eine Asylmutter angestellt. Später brachte man das Asyl im oberen Stockwerk der Krippenanstalt in der Blumenburgstraße unter und übertrug die Leitung der Anstalt einer Schwester von Neuendettelsau, der eine Gehilfin beigegeben wurde. Als Vorasyl gab die Anstalt ihre besserungswilligen Zöglinge nach Neuendettelsau weiter. Pfarrer Kahl, der die Verlegung der Anstalt in die Blumenburgstraße veranlaßt und ermöglicht hatte, kannte den Schwestern auch bei der Polizei und den Gerichten die Wege für Besuche in den Gefängnissen und Krankenhäusern. Bei solchen Besuchen boten die Schwestern und die Damen des Ausschusses den Mädchen den Schutz des Asyls an. Unter dem Nachfolger Pfarrer Kahle, Pfarrer Veit, konnte ein eigenes Haus für die Anstalt gebaut werden. Am 16. April 1899 wurde dann das neue Asyl in der Magdalenenstraße in München-Gern eingeweiht und von sieben Mädchen bezogen. Die Mädchen wurden in den Hausarbeiten unterwiesen und für Dienststellen vorbereitet, in welchen sie später ihren Lebensunterhalt verdienen sollten. Die Haushaltungskosten konnten aus den Erträgen einer eingerichteten Wäscherei, aus Geschenken und staatlichen Zuschüssen (Johanniskapitel) bestritten werden. Im Jahre 1905 wurde das Nachbaranwesen

in der Magdalenenstraße dazu erworben und das Vorasyl zum Asyl umgewandelt, d.h. die Zöglinge wurden nun nicht mehr nach Neuendettelsau geschickt, sondern im Münchner Haus selbst erzogen. In den ersten vierzig Jahren des Bestehens waren 482 Mädchen durch die Anstalt gegangen. Vom Jahre 1905 an nahm die Anstalt auch Zwangserziehungszöglinge auf.⁷⁷⁾

Den Schutz und die Bewahrung junger Mädchen hatte sich der "Verein der Freundinnen junger Mädchen"⁷⁸⁾ als Hauptaufgabe gestellt. Die Vereinigung entstand im Jahre 1877 in Genf (amies des jeunes filles), wo sich im Anschluß an einen dort tagenden Kongreß zur Hebung der Sittlichkeit eine Gruppe von zwanzig evangelischen Frauen aus verschiedenen Ländern zusammenschloß, um über Mittel und Wege zum Schutze junger Mädchen zu beraten. Man wollte sich vor allem der Mädchen annehmen, die ihre Heimat verließen um auswärts ihr Geld und ihr Brot zu verdienen. Ausgangspunkt der Bewegung wurde Neuenburg in der Schweiz. Man begann damit, sich an verschiedenen Orten der Mitwirkung wohlwollender Frauen zu versichern, die sich verpflichteten, jungen Mädchen, die man ihnen empfehlen würde, beizustehen. 1877 waren es fünfzig "Freundinnen". Aus diesen kleinen Anfängen erwuchs im Laufe der Jahre ein großer, die ganze Erde umspannender internationaler Verein. Der erste Zweck des Vereins sollte sein: Schutz der ins Ausland gehenden Mädchen, die dort eine Stelle antreten wollen. "Der Verein beschränkt aber seine Tätigkeit nicht auf die in die Ferne Ziehenden, sondern eine christliche Frau wird sich ebenso für die in der Nähe interessieren."⁷⁹⁾ Der Verein will jungen Mädchen in

77) K. Baum, Aus der Geschichte des Evangelischen Magdalenenvereins in München zu seinem fünfzigjährigen Jubiläum, in: Blätter für Innere Mission, 32.Jg., 1917, Nr.5

78) s. o. S. 20 f.

79) Blätter für Innere Mission in Bayern, 7.Jg. Nr.10, S. 76

allen erforderlichen Fällen Rat erteilen und jedes alleinstehende Mädchen, das Hilfe braucht und sucht, sollte sich vertrauensvoll an ihn wenden können.⁸⁰⁾

In München gründete Fräulein Lilo von Parseval als erste "Freundin" Bayerns die Reunion für die jungen französischen Schweizerinnen. 1889 erschien die erste Liste von "Freundinnen". Frau von Wulffen war Vorsteherin des bayerischen Vereins. Die ersten bayerischen Städte, in denen nächst München Freundinnenarbeit geleistet wurde, waren Bayreuth und Augsburg; andere folgten. 1892 zählte der Gesamtverein 3 500 Freundinnen in 22 Ländern. Auf Bayern kamen davon nur 64 an 14 Orten; München allein hatte 32 "Freundinnen".⁸¹⁾ 1893 gab es Freundinnen bereits in Amberg, Ansbach, Aschaffenburg, Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Erlangen, Fürstenfeldbruck, Münchaurach, München, Kempten, Kaufbeuren, Kissingen, Kreußen, Landshut, Lindau, Mistelbach, Nürnberg, Oberau, Passau, Regensburg, Reichenhall, Rothenburg o.T., Rüdtenhausen, Staudach, Thüngen, Tegernsee, Wellenau und Würzburg. Jeder Kreis hatte seine Vorsteherin und seine Schriftführerin, nur in Mittelfranken waren diese Stellen noch unbesetzt. (Nürnberg hatte 17 "Freundinnen"). In der Rheinpfalz waren an 17 Orten "Freundinnen" vertreten.⁸²⁾

Frau von Wulffen nahm in München durchreisende und stellensuchende Mädchen zunächst in ihrem Hause auf und lenkte so die "Freundinnen" zuerst auf den Gedanken, eine "Heimat" für solche Mädchen zu gründen. Dieser Plan wurde dann 1905 verwirklicht, indem ein Haus zunächst für stellenlose Mädchen eröffnet wurde. Von 1914 an konn-

80) Blätter f. Innere Mission, IV.Jhrg., 1889, Nr. 4 S. 28

81) Blätter für Innere Mission, VII.Jhrg., 1892 Nr. 10, S. 76

82) Blätter f. Innere Mission, VIII.Jhrg., Nr. 20 S. 153

ten die Münchener "Freundinnen" dann in einem freundlichen Heim auf eigenem Anwesen auch junge Mädchen aufnehmen, die ein Studium betrieben oder einen Beruf ausübten. Frau Irmischer rief 1894 die Bahnhofsmision München ins Leben. Bei der ersten Generalversammlung des Lokalvereins der "Freundinnen" im Mai 1898 erwarb dieser die Rechte eines anerkannten Vereins.

Während die Bahnhofsmision in München vom "Verein der Freundinnen junger Mädchen" (von 1897 an im Zusammenwirken mit dem Marianischen Mädchenschutzverein⁸³⁾, der die gleichen Zwecke verfolgte) betrieben wurde, übernahm sie in Nürnberg vom Jahre 1897 an das Marthahaus (Mädgerherberge).

Die Fürsorge der Bahnhofsmision ist dreifacher Art: 1. vorangehende, 2. mitgehende und 3. nachgehende.

1. hat sie vor törichtem Zuzug in die Städte zu warnen und die Zuziehenden vor ihrer Ankunft zu beraten;
2. hat sie den Ankommenden mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und sie vor Gefahren zu bewahren und
3. hat sie den Angekommenen in ihren neuen Verhältnissen nachzugehen und ihnen Anschluß und Halt zu gewähren.

Am 8. März 1886 wurde in München von Dr. Frobenius, der von einer Anzahl jüngerer Theologen und gläubiger Laien unterstützt wurde, besonders von dem damaligen Vikar der St. Markuskirche, Gustav Holzhauser, ein "Christlicher Verein junger Männer" gegründet, wie er in anderen großen Städten bereits bestand. Da dieser Verein hauptsächlich jugendpflegerische Bedeutung hat, soll er hier nur erwähnt und nicht wei-

83) Siehe oben S. 20ff.

ter besprochen werden.⁸⁴⁾

Um die bereits bestehenden Anstalten und Vereine für Zwecke der Inneren Mission innerhalb der Landeskirche zusammenzufassen, damit ein Erfahrungsaustausch und gegenseitige Förderung möglich würde, wurde auf der Konferenz für Innere Mission in Nürnberg am 14. September 1886 der "Landesverein für Innere Mission in der evangelisch-lutherischen Kirche in Bayern" begründet. Seine wichtigste Aufgabe neben den genannten sah er darin, "den Sinn für christliche Barmherzigkeit zu wecken und zu stärken und neue Anstalten und zweckdienliche Einrichtungen ins Leben zu rufen". Nachdem schon in fast allen deutschen Ländern Landesvereine für Innere Mission entstanden waren, ging der bayerische Landesverein aus der "Konferenz für Innere Mission" hervor, die zum ersten Mal im Jahre 1866 in Baiersdorf bei Erlangen stattgefunden hatte.

Diese Konferenz hatte versucht, durch Versammlungen und Vorträge das Verständnis und das Interesse für die in der Not der Zeit unerlässlichen Werke der Barmherzigkeit zu wecken, und in ihrer zwanzigjährigen Tätigkeit die Abhilfe bei allen vorkommenden Notständen in den Bereich ihrer Aufgaben gezogen.

Um nun diesem Werk eine größere Stetigkeit und Festigkeit zu verleihen, als dies bei einer nur periodisch wiederkehrenden, stets wechselnden Konferenz möglich war, strebte man eine Vermehrung und eine nähere Zusammenfassung der zur Mitarbeit zur Verfügung stehenden Kräfte an und wandelte die Konferenz in einen Landesverein für Innere Mission um.

84) Über die Aufgaben und die Entwicklung des Vereins: Blätter für Innere Mission, 3.Jg., 1888, Nr. 3, S. 19; ferner: E. Stöckle, 25 Jahre christliche Jugendfürsorge in München, Festschrift zum 25jährigen Jubiläum des Christlichen Vereins junger Männer.

Nach § 2 seiner Statuten wollte der Landesverein, der seinen Sitz in Nürnberg hatte, zur Erreichung seines Zweckes überall in der Landeskirche die Bildung gleichartiger Vereine anstreben, welche sich in der Weise der für äußere Mission bestehenden Vereine mit ihm als Hauptverein zusammenschließen sollten. Die Zweigvereine sollten ihre Aufgaben selbständig verfolgen, aber jährlich dem Landesverein ihre Berichte über die Zahl ihrer Mitglieder und ihre Tätigkeit im abgelaufenen Jahr mitteilen. Organ des Vereins wurden die "Blätter für Innere Mission in Bayern", die früheren "Puckenhofen Blätter".⁸⁵⁾

§ 7 der Statuten sah eine alljährliche, mit einem Festgottesdienst verbundene, Generalversammlung des Landesvereins vor.

Unter dem 21. Oktober 1886 erfolgte die Anerkennung des Vereins seitens des Nürnberger Landgerichtes. Das kgl. Oberkonsistorium teilte dem Ausschuß des Landesvereins in einer Entschliebung vom 15. Dezember 1886 mit, daß es mit lebhaftem Interesse von der Gründung eines Landesvereines für Innere Mission in Bayern Kenntnis genommen habe und demselben ein reichgesegnetes Wirken wünsche.⁸⁶⁾

Bei der konstituierenden Versammlung des Landesvereins traten von den Anwesenden gleich ungefähr hundert dem Verein als Mitglieder bei. Im Laufe des ersten Jahres nach der Gründung des Landesvereins erklärten im ganzen zehn Vereine ihren An-

⁸⁵⁾ s. o. S. 43

⁸⁶⁾ Blätter für Innere Mission in Bayern, 1886, Nr. 18/19, S. 136 ff.; 2.Jg., 1887, Nr. 19, S. 147 ff.

Die erste Anerkennung der Inneren Mission von Seiten eines Kirchenregimentes war in Bayern erfolgt, und zwar im November 1848. Das diesbezügliche Schreiben des protestantischen Oberkonsistoriums ist abgedruckt bei Hennig, a.a.O. S. 301 ff.

schluß an denselben, nämlich sechs Lokal- beziehungsweise Parochialvereine⁸⁷⁾ und vier Distriktsvereine^{88) 89)}.

Bald nach seiner Gründung schloß sich der bayerische Landesverein an den "Bund der lutherischen Landesvereine für Innere Mission" an, der die Landesvereine vom Königreich Sachsen, von Mecklenburg, Reuß, Hannover, Schleswig-Holstein, Hamburg und Frankfurt a.M. umfaßte. Dieses Bündnis war im Jahre 1883 ins Leben getreten, um brüderliche Gemeinschaft zu pflegen, von einander zu lernen, sich gegenseitig zu stärken und die auf dem gemeinsamen Arbeitsgebiet gemachten Erfahrungen untereinander auszutauschen. Jährliche Delegiertenkonferenzen fanden an wechselnden Orten statt.

Als gemeinsame Aufgabe nahmen die lutherischen Vereine auf Anregung des Zentralausschusses für Innere Mission in Berlin, der Lutheraner, Reformierte und Unierte zum Werke der Inneren Mission zusammenschloß, die lutherische Seemannsmission in Angriff.⁹⁰⁾

Die ersten Lokalvereine für Innere Mission, die dem bayerischen Landesverein beitraten, waren die von München und Nürnberg. Der Münchner Verein für Innere Mission ging im Jahre 1885 aus dem Lokalausschuß für Innere Mission in München, den der spätere Oberkonsistorialrat, Dekan Buchrucker im Jahre 1884 ins Leben gerufen hatte, hervor. Als dieser Verein entstand, waren schon zahlreiche Anfänge auf dem Gebiet der Inneren Mission in München vorhanden. Die

87) München, Nürnberg, Kirchensittenbach, Ahornberg, Windsheim und Ingolstadt.

88) Seibelsdorf. Markt Einersheim, Kreuzwerthheim und Pappenheim.

89) Blätter für Innere Mission in Bayern, 2.Jg., Nr. 19, S. 147

90) Blätter für Innere Mission in Bayern, 3.Jg., 1888, Nr. 12, S. 92 ff.

Arbeiten der Inneren Mission hatten schon 1838 mit der Gründung des protestantischen Armenvereins begonnen. 1848 war der evangelische Handwerkerverein gefolgt, 1853 die Gründung des Rettungshauses Feldkirchen. 1858 war das Maria-Martha-Stift - eine Dienstbotenherberge, Pfründe und Haushaltungsschule - entstanden, 1869 das Diakonissenhaus, 1871 das evangelische Waisenhaus, das von Pfarrer Rodde begründet worden war, 1867 der Magdalenenverein.

Als dann im Jahre 1888 Pfarrer Karl Ostertag als Vereinsgeistlicher für München angestellt wurde, begann eine gesegnete und rasch wachsende Arbeit, die für ganz Bayern vorbildlich wurde.⁹¹⁾⁹²⁾

Aus Zweckmäßigkeitsgründen wurde dann aber nicht der Münchner, sondern der am 22. November 1885 in Nürnberg gegründete Lokalverein zum Landesverein erweitert.⁹³⁾

91) Blätter für Innere Mission in Bayern, 25.Jg., Nr. 2, S. 12

92) Über die Ziele des Münchner Vereins geben die Statuten in den Paragraphen 1 und 2 Aufschluß:

§ 1 Unter dem Namen "Verein für Innere Mission" (anerkannter Verein) wird ein Verein mit dem Sitz in München gegründet, der den Zweck hat, den Sinn für die Werke der Barmherzigkeit zu wecken und zu stärken, sowie den Anstalten derselben fördernd und helfend zur Seite zu stehen, auch neue Anstalten und zweckdienliche Einrichtungen ins Leben zu rufen. Er steht auf dem Bekenntnis der evangelisch-lutherischen Kirche.

§ 2 Das weitere Streben des Vereins ist, überall in der Landeskirche die Bildung gleichartiger Vereine anzuregen, welche sich nach Analogie der bestehenden Vereine für die Heidenmission mit ihm als Centralverein zusammenschließen. Auf diese Weise soll es zur Aufstellung eines eigenen Geistlichen für die Zwecke der Inneren Mission in der bayerischen Landeskirche kommen.

(Blätter für Innere Mission, 1886, Nr. 2, S. 15)

93) Blätter für Innere Mission in Bayern, 1886, Nr. 12/13, S. 89

Auch in Nürnberg hatte die Innere Mission schon lange bevor dieser Verein gegründet wurde, Arbeit auf den verschiedensten Gebieten geleistet; so z.B. im Rettungshaus Veilhof, in verschiedenen Armen- und Krankenvereinen, im evangelischen Arbeiterverein, in der Pflege- und Krippenanstalt und in der Herberge zur Heimat.

Da aber immerhin noch viele Arbeitsfelder der Inneren Mission unbebaut und viele Arbeitskräfte ungenutzt waren, wurde die Gründung eines Vereins für Innere Mission von Geistlichen und Gemeindegliedern für dringend notwendig erachtet. Der Verein zählte bei seiner Gründung 68 Mitglieder und verfolgte die gleichen Zwecke in Nürnberg wie der Lokalverein in München.

Aus der umfangreichen Tätigkeit des bayerischen Landesvereins soll hier zunächst nur noch erwähnt werden, daß er am 2. Juni 1890 in Nürnberg eine Landesdiakonenbildungsanstalt eröffnete, in der junge Männer für die verschiedenen Arbeiten auf dem Gebiet der Inneren Mission herangebildet wurden.

Im Jahre 1899 veröffentlichte der Landesverein eine Statistik aller Anstalten und Vereine für Innere Mission in Bayern.⁹⁴⁾

Nach dieser Statistik gab es zu diesem Zeitpunkt in Bayern 9 Krippen, in denen 20 Diakonissen aus dem Mutterhaus in Neuendettelsau, 1 Diakonisse aus Augsburg und 8 Gehilfinnen an 303 Pflegekindern und 20 Tageskindern arbeiteten, während im ganzen 409 Plätze vorhanden waren.

Kinderbewahranstalten waren im ganzen 120 vorhanden, von denen 69 eigene Häu-

94) Blätter für Innere Mission in Bayern, 14. Jg., S. 20, 37, 45, 46, 54, 55, 60, 62, 94, 172. Wir entnehmen dieser Statistik nur einzelne Angaben, die mit der Jugendfürsorge in Zusammenhang stehen.

ser hatten. Hier arbeiteten 43 Neuendettelsauer und 32 Augsburger Diakonissen, 44 weltliche Leiterinnen und 53 Gehilfinnen. In den Anstalten waren vorhanden: 9 976 Plätze, 4 172 Knaben, 4 441 Mädchen, im ganzen 8 613 Kinder. In 20 K i n d e r h o r t e n arbeiteten 6 Neuendettelsauer und 4 Augsburger Schwestern, außerdem mehrere Hilfskräfte. R e t t u n g s h ä u s e r führt die Statistik 23 auf, an welchen 7 Lehrer, 11 Schwestern aus Neuendettelsau und 2 aus Augsburg und 7 nicht ausgebildete Kräfte wirkten; außerdem als Hilfskräfte 7 Diakonissen, 1 Schulgehilfe und 13 Gehilfinnen. In allen 23 Rettungshäusern zusammen, von denen 7 eine eigene Anstaltsschule hatten, waren 792 Plätze vorhanden, jedoch nur 331 Knaben und 261 Mädchen, also zusammen 592 Kinder untergebracht. Unter Nr. 8 (E r z i e h u n g s v e r e i n e) erwähnt die Statistik einen Frauenverein in Memmingen, zur Unterbringung verwahrloster Kinder, der 1840 gegründet worden war und 1898 11 Knaben und 14 Mädchen in geeigneten Familien untergebracht hatte. B a h n h o f s m i s s i o n wurde in München und Nürnberg betrieben.⁹⁵⁾ Der "V e r e i n d e r F r e u n d i n n e n j u n g e r M ä d c h e n" hatte zu dieser Zeit seine Mitglieder schon in allen Teilen des Landes. Besonders hervorragend waren die Zweigvereine in München (85 Mitglieder), Nürnberg-Fürth (95 Mitglieder), Augsburg (13 Mitglieder), Kempten, Lindau (12 Mitglieder), Neu-Ulm, Nördlingen, Aegensburg (54 Mitglieder), Passau (30 Mitglieder) und Zwiesel. M a g d a l e n e n a s y l e gab es in München das 1867 gegründete, in dem 1 Diakonisse mit einer Gehilfin arbeitete; es hatte 7 Plätze und seit der

95) s. o. S. 57

Gründung 301 Aufnahmen und 295 Entlassungen zu verzeichnen. Die Mädchen wurden dort mit Waschen und Nähen beschäftigt und blieben durchschnittlich zwei bis drei Monate in dem Asyl. In dem von Pfarrer Löhe im Jahre 1865 gegründeten Magdalenenasyl in Neuendettelsau arbeiteten 9 Diakonissen und 3 Gehilfinnen. Es gab dort 48 Plätze.

4. Zusammenfassung und Überleitung.

Die freiwillige, hauptsächlich die kirchliche Liebestätigkeit hatte also in Bayern auf dem Gebiet der Fürsorge für die gefährdete, verlassene und verwahrloste Jugend schon eine sehr umfassende Wirksamkeit entfaltet, als der Staat seine Hand an das Werk legte.

Dieses Eingreifen des Staates bedeutete nicht eine Ablösung der persönlichen Verantwortung durch staatliche Machtmittel, sondern es war die Antwort auf eine Forderung, welche sich in der Arbeit der freien Liebestätigkeit im Laufe der Zeit herausgebildet hatte.

Bis zu dem Zeitpunkt, da der Staat sich mit gesetzlichen Maßnahmen in die Jugendfürsorgearbeit einschaltete, hatten sich Not und Hilfe fortlaufend gewandelt. War der Not von Kindern und Jugendlichen zunächst noch durch die Hilfe der Klöster zu begegnen, und reichten die von einzelnen hochherzigen Menschen gestifteten und gegründeten Anstalten anfänglich aus, so brachten die Wirren des dreißigjährigen Krieges und der nachfolgenden Jahrzehnte eine solche Fülle der Not mit sich, daß umfassendere Hilfe notwendig wurde. Die Hilfe einzelner wurde zwar immer noch geleistet, doch bildeten sich auch bald Vereine. Größere und kleinere Gruppen christlich

oder sonst edel gesonnener Persönlichkeiten schlossen sich zusammen, um gemeinsam wirksamer helfen zu können. Es gab hierbei keine Unterschiede des Standes; die kleinen Gaben der Handwerker und einfachen Leute wurden ebenso begeistert zu dem guten Zwecke gegeben wie die Spenden der Begüterten.

Die in jener Zeit überall entstehenden Waisenhäuser nahmen nicht nur elternlose und verlassene Kinder auf, sondern widmeten sich auch der Erziehung gefährdeter und verwahrloster Kinder. Eine grundlegende Wandlung brachte dann erst das 19. Jahrhundert.

Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umwälzungen, die mit der industriellen Entwicklung in Deutschland in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts einsetzten, führten zu einer wachsenden Not, Gefährdung und Verwahrlosung der Jugend. Den steigenden Anforderungen, die die Zeit an die Jugenderziehung stellte, stand auf der anderen Seite ein ständiges Absinken der Erziehungsleistungen in den Familien gegenüber. Die fortschreitende Industrialisierung wirkte sich auf das Familienleben nachteilig aus; denn der Vater, der bisher seinen Beruf weitgehend in der Familie ausgeübt hatte, mußte jetzt in der Fabrik arbeiten, um den Lebensunterhalt für sich und die Seinen zu erwerben. Damit ging das für die Erziehung der Kinder so wichtige und notwendige väterliche Element weithin verloren. Wenn dann auch noch die Mutter gezwungen war, in der Fabrik Arbeit und Verdienst zu suchen, blieben die Kinder völlig sich selbst überlassen und ohne jede Aufsicht, was fast mit Notwendigkeit ihre Verwahrlosung zur Folge haben mußte. Da die Entwicklung, die zu dieser Jugendnot ge-

führt hatte, jedoch nicht aufzuhalten war, ergab sich für die Gesellschaft die Notwendigkeit, einen großen Teil der Erziehungsaufgaben zu übernehmen.

"Das neunzehnte Jahrhundert hat unter dem Druck der beginnenden Industrienot die großen caritativen Genossenschaften und die freien Vereine hervorgebracht, die ihre Wirksamkeit eröffneten, als die altüberlieferte Fürsorge der Gemeinden vor dem Anwachsen des Massenelends nicht mehr ausreichte und doch noch kein Gedanke an irgendeine Sozialpolitik verwirklicht werden konnte. In solcher Übergangszeit war die Hilfe der christlichen Caritas doppelt nötig, zumal wenn die Ursachen der Leiden so sehr im Sittlichen lagen - im Materialismus der besitzenden wie in der Unerzogenheit der untersten Schichten."⁹⁶⁾

So entstanden im neunzehnten Jahrhundert die Rettungshäuser und Erziehungsvereine als Einrichtungen der beiden christlichen Konfessionen, die sich der verwahrlosten Kinder und Jugendlichen annahmen.

Die Erziehung des Kindes wird naturgemäß am besten in der Familie geleistet. Auch in kleinen Gemeinschaften kann die persönliche Beziehung zwischen dem Erzieher und dem zu Erziehenden, die ja tragendes Fundament jeder Erziehung ist, noch verhältnismäßig leicht zustande kommen. Je weniger familienähnlich die Umgebung ist, in die der gefährdete Jugendliche gebracht wird, desto mehr gerät diese persönliche Beziehung in Gefahr. Daher muß es zunächst befremden, daß / sich der Staat auf dem Gebiet der Jugendfürsorge in die private Tätigkeit einschaltete, und doch

96) Franz Schnabel, Die deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert, IV.Bd., Die religiösen Kräfte, 2.Aufl. 1951, S. 211

wäre auf die Dauer eine wirksame Jugendfürsorge ohne die Hilfe des Staates mit seinen Gesetzen nicht möglich gewesen.

Das Haupthindernis für die gedeihliche und erfolgreiche Wirksamkeit der freien Liebestätigkeit bestand darin, daß der Eintritt und das Verbleiben der Kinder in den Anstalten und Familien an die Zustimmung der Eltern gebunden war. Viele Eltern weigerten sich, ihre Kinder einer Anstalt anzuvertrauen oder sie ließen sich die unentgeltliche Erziehung gefallen, solange die Kinder noch nicht erwerbsfähig waren, nahmen sie aber zurück, sobald die Aussicht vorhanden war, aus der Arbeit der Kinder Gewinn ziehen zu können, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, ob die Erziehung das Kind bereits gebessert hatte und der Erfolg der Unterbringung einigermaßen gesichert war oder nicht.

In Bayern wurde dieses Haupthindernis, welches der Mißbrauch der elterlichen Gewalt der privaten Fürsorge für verwahrloste Kinder entgegengesetzte, durch das Zwangserziehungsgesetz von 1902 beseitigt und die Möglichkeit geschaffen, die Arbeit der freien Liebestätigkeit wesentlich zu erleichtern und zu fördern. Andererseits fehlte es aber auch auf seiten der freien Liebestätigkeit nicht an Befürchtungen, daß mit dem Eingreifen des Staates "an die Stelle des freien Wirkens der Persönlichkeit, die in der christlichen Nächstenliebe beider Konfessionen so Großes geleistet, das Nivellement der neutralen Prinzipien des Staates treten könnte, an die Stelle des Herzens das Schema, die wohl ausgebaute Ordnung von der breiten Grundlage bis zur dünnen Regierungsspitze, der behördliche Organismus mit all seinen Rücksichtnahmen und Gebundenheiten".⁹⁷⁾

97) Prieser, Staat und Jugendfürsorge, in: Blätter für Innere Mission in Bayern, 25.Jg., 1910, Nr. 16, S. 122

II. Die Entwicklung der gesetzlichen Maßnahmen
auf dem Gebiet der Jugendfürsorge in Bayern bis
zum Inkrafttreten des Reichsgesetzes für Jugend-
wohlfahrt.

1. Die geschichtliche Entwicklung der Zwangs-
erziehung in Bayern bis zum Zwangserziehungs-
gesetz vom 10. Mai 1902.

a) Landesgesetzliche Bestimmungen

"Wie bei anderen Zweigen der Sozialgesetzgebung, so läßt sich auch bei der Zwangserziehung beobachten, daß mehr oder weniger ausgebildete Ansätze längst auf verschiedenen Rechtsgebieten vorhanden waren und daß es der Neuzeit nur vorbehalten war, die zerstreut liegenden Rechtsgebilde in dem Gedanken der Staatsfürsorge zusammenzufassen und zu höherer Entwicklung zu bringen.

Die Anfänge des Zwangserziehungsrechts liegen auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts, des Strafrechts und des Armenwesens."¹⁾

Schon das bayerische Landrecht - Teil I, Kap. V, § 7 Nr. 1,2 - sah die Möglichkeit vor, dem Inhaber der väterlichen Gewalt diese zu entziehen, wenn er sich ihrer unfähig oder unwürdig erwies, indem er diese Gewalt mißbrauchte oder durch die Führung eines unsittlichen Lebenswandels Anstoß erregte. In diesen Fällen erfolgte der Entzug der väterlichen Gewalt kraft Gesetzes. An ihre Stelle trat eine Vormundschaft oder Pflegschaft.

Auch die Verordnungen über das Armenwesen vom 17. November 1816 Art. 33, 46 (aufgehoben durch das Armengesetz vom 29. April 1869) und über die Bettler und Landstreicher vom 28. November 1816 Art. 38 - 42 enthielten Bestimmungen,

1) Ferdinand Englert, Das Zwangserziehungsgesetz vom 10. Mai 1902, München 1902, S. 1

nach denen den Eltern das Recht der Sorge für die Person des Kindes entzogen werden konnte. Diese Verordnungen bestimmten, daß die Kinder von Bettlern und Landstreichern zum Schul- und Religionsunterricht und zur Arbeit anzuhalten seien. Kinder, deren Eltern in Polizeiarrest kamen, sollten zunächst bei unbescholtenen Leuten in Pflege gegeben werden. Hielten Bettler und Landstreicher ihre Kinder zu einem schlechten Lebenswandel an, oder wurden sie in ein Zwangsarbeitshaus eingesperrt, so sollten ihnen die Kinder genommen und bei guten Nähreltern untergebracht werden. In der gleichen Weise wurde auch für arme verlassene Kinder, Findlinge und Waisen gesorgt.

Diese anderweitige Unterbringung der Kinder hatte also ein schuldhaftes Verhalten der Eltern oder aber überhaupt ein Fehlen der Erziehungsberechtigten zur Voraussetzung.

Das bayerische Strafgesetzbuch vom 10. November 1861 befaßte sich in den Artikeln 76 - 78 und 90 mit dem strafbaren Verhalten des Minderjährigen selbst. Vorbildlich für diese Bestimmungen waren die Artikel 66 und 67 des Code pénal Napoleons vom Jahre 1810.²⁾

Artikel 76 des bayerischen Strafgesetzbuches von 1861 bestimmte, daß ein jugendlicher Angeeschuldigter, der zur Zeit der Tat das sechzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hatte, straflos blieb, wenn ihm die zur Unterscheidung der Strafbarkeit seiner Tat erforderliche Ausbildung gefehlt hatte. Er konnte jedoch in eine Erziehungsanstalt für verwahrloste jugendliche

2) In der Pfalz war das französische Strafgesetzbuch (Code pénal) bis zum 1. Juli 1862 in Kraft. Hiernach sollte der jugendliche Übeltäter, der wegen mangelnden Unterscheidungsvermögens (discernement) freigesprochen worden war, entweder seinen Eltern zur Erziehung überwiesen oder in eine Besserungsanstalt verbracht werden. (Vergl. Englert, a.a.O. S. 2)

Personen eingebracht werden, wenn ihm eine schwere Verfehlung zur Last fiel, die mit Todes- oder Zuchthausstrafe oder mit einer im höchsten Maße zwei Jahre übersteigenden Gefängnisstrafe bedroht war, und die Freisprechung oder Einstellung des Verfahrens lediglich deswegen erfolgen mußte, weil ihm die zur Unterscheidung der Strafbarkeit seiner Tat erforderliche Ausbildung gefehlt hatte. Die Ausführung der Anordnung oblag der Polizeibehörde. Die Bestimmungen über die Dauer des Aufenthalts in der Anstalt, die sich jedoch nicht über das achtzehnte Lebensjahr hinaus erstrecken durfte, hatte die Kreisverwaltungsbehörde zu erlassen, in deren Bezirk der Minderjährige beheimatet war. Soweit die Kosten weder aus dem Vermögen des Minderjährigen noch von seinen unterhaltspflichtigen Verwandten bestritten werden konnten, fielen sie der Staatskasse zur Last. Hatte der jugendliche Angeschuldigte die erforderliche Ausbildung zur Unterscheidung der Strafbarkeit seiner Tat besessen, so war nach Artikel 77, 78 des selben Gesetzes eine geringere als die gesetzliche ordentliche Strafe zu verhängen. In allen Fällen, in denen bei straffälligen Erwachsenen die Verwahrung in einer Polizeianstalt möglich war, hatte bei Jugendlichen unter sechzehn Jahren die Unterbringung in einer Erziehungsanstalt zu erfolgen.

Artikel 90 des Strafgesetzbuches ermächtigte das Polizeigericht, Jugendliche unter sechzehn Jahren in einer Erziehungsanstalt für verwahrloste jugendliche Personen unterzubringen, wenn sie innerhalb eines Jahres dreimal wegen Bettels oder Landstreicherei aufgegriffen worden waren und eine Verurteilung wegen Fehlens der zur Unterscheidung der Strafbarkeit der Handlung er-

forderlichen Ausbildung nicht erfolgte.

Eine Handhabe zu einer anderweitigen Unterbringung eines Minderjährigen bot dann Artikel 36 Abs.3 des Armengesetzes vom 29. April 1869, welcher bestimmte: "Wenn die Erziehung von Kindern, für welche Unterstützung aus der Armenkasse gewährt ist, von den Eltern oder deren Stellvertretern offenbar vernachlässigt wird, so kann der Armenpflegschaftsrat die Fortsetzung der Unterstützung davon abhängig machen, daß solche Kinder ihm zur besseren Unterbringung und Erziehung überlassen werden." Ein unmittelbarer Zwang konnte hier jedoch nicht ausgeübt werden. Nach Artikel 10 Ziffer 4 des Armengesetzes hatte die örtliche Armenpflege die Aufgabe, "armen Kindern die erforderliche Erziehung und Ausbildung zu verschaffen". Zu den Erziehungsaufgaben der örtlichen Armenpflege gehörte demnach nicht nur die Gewährung des gewöhnlichen Elementarunterrichts, sondern "die gesamte Tätigkeit, die notwendig ist, um geistig und moralisch tüchtige und arbeitsfähige Menschen heranzubilden"; also auch "die allenfalls veranlaßte Unterbringung armer Kinder in Erziehungsanstalten, Kinderbewahranstalten, Waisen- oder Rettungshäusern oder bei fremden Pflegeeltern".³⁾

Zu erwähnen ist endlich noch Artikel 81 des Polizeistrafgesetzbuches vom 26. Dezember 1871, der denjenigen mit Strafe bedrohte, der ihm angehörige oder anvertraute Kinder, Kranke, Gebrechliche, Blödsinnige oder andere dergleichen hilflose Personen in Bezug auf Schutz, Aufsicht, Verpflegung oder ärztlichen Beistand verwahrloste,

3) Ignaz Körbling, Handbuch der öffentlichen Armenpflege, 2. Aufl. München 1903, § 45, S.138 f.

und dem Strafrichter die Möglichkeit gab, im Urteil auszusprechen, daß die Polizeibehörde ermächtigt sei, in anderer Weise für die Unterbringung der betreffenden Person auf Kosten des Pflichtigen zu sorgen. Zum Vorgehen auf Grund eines solchen Urteils war (nach Verordnung vom 4. Januar 1872) die Distriktsverwaltungsbehörde zuständig.

b) Die Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuches

Das Reichsstrafgesetzbuch vom 15. Mai 1871, das am 1. Januar 1872 in Bayern zur Einführung kam, schränkte das bisherige - im bayerischen Strafgesetzbuch vom 10. November 1861 begründete - Zwangserziehungsrecht wesentlich ein. Dadurch, daß das Reichsstrafgesetzbuch in seinem § 55 Kinder unter zwölf Jahren für absolut strafunmündig erklärte, war die Möglichkeit, Kinder unter zwölf Jahren wegen strafbarer Handlungen in Erziehungsanstalten unterzubringen, beseitigt. Das Reichsstrafgesetzbuch ließ die Zwangserziehung nur in dem beschränkten Umfange des § 56 zu. Hiernach konnte das Gericht bestimmen, daß ein jugendlicher Angeschuldigter, der das zwölfte, aber nicht das achtzehnte Lebensjahr vollendet hatte und in Ermangelung der zur Erkenntnis der Strafbarkeit seiner Tat erforderlichen Einsicht freizusprechen war, in eine Erziehungs- oder Besserungsanstalt gebracht werden sollte. Diese auf Grund des § 56 StrGB durch richterlichen Urteilsspruch angeordnete Zwangserziehung ließ für landesgesetzliche Bestimmungen keinen Raum. Die Ausführung dieser Zwangserziehung wurde jedoch nicht durch das Gesetz geregelt, sondern blieb den Ausführungsbestimmungen der Länder vorbehalten. Diese sind für Bayern in der Entschließung des K.Staatsministeriums des In-

nern vom 31. Dezember 1871, die Unterbringung jugendlicher Personen in Erziehungs- und Besserungsanstalten gemäß § 56 des Reichsstrafgesetzbuches betreffend (Just.Min.Bl.1872, S.16), getroffen worden.⁴⁾

Die kgl.Regierungen, Kammern des Innern, wurden in dieser EntschlieÙung ausdrücklich beauftragt, bei der Erlassung der Bestimmungen über die Dauer des Aufenthalts der Jugendlichen in der Erziehungsanstalt oder Besserungsanstalt stets den Zweck der Erziehung im Auge zu behalten und sich über die Verhältnisse und Erziehungsergebnisse der in den Anstalten Verwahrten fortlaufend Kenntnis zu verschaffen.⁵⁾

4) Abgedruckt bei Englert, a.a.O. als Anhang A, S. 148 ff.

5) Ziffer VII der genannten MinisterialentschlieÙung.

Zur Unterbringung der betreffenden Jugendlichen wurden in Ziffer IV der EntschlieÙung die folgenden Anstalten bestimmt:

1. Für Knaben aller Konfessionen: k.Staats-erziehungsanstalt Speyer.

Ausgenommen katholische Knaben aus Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz und Schwaben; für diese wurde die St.Nikolausanstalt in Andechs, Bezirksamts Starnberg, bestimmt.

2. Für Mädchen

- a) aus dem rechtsrheinischen Bayern, und zwar
für katholische: Rettungshaus Ettmannsdorf, Bezirksamts Burglengenfeld;
für protestantische: Diakonissenanstalt Neuendettelsau, Bezirksamts Ansbach;

- b) aus der Pfalz, und zwar
für katholische: Armenkinderhaus Frankenthal; sittlich unverdorbene Mädchen konnten auch in das Waisenhaus Landstuhl, Bezirksamts Homburg, verbracht werden;
für protestantische: Rettungshaus Haßloch, Bezirksamts Neustadt a.d.H.

Die Kosten der Unterhaltung jugendlicher Personen in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt fielen, insoweit sie weder aus dem Vermögen des Untergebrachten noch von seinen alimentationspflichtigen Verwandten bestritten werden konnten, gemäß dieser Entschliebung der Staatskasse zur Last.

Die Überweisung zur Zwangserziehung auf Grund des § 56 StrGB. wurde jedoch recht selten vom Strafrichter ausgesprochen, da den jugendlichen Angeklagten in der Regel die "zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderliche Einsicht" vom Gericht zuerkannt wurde.

Im Jahre 1897 z.B. waren in Bayern wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze 6 764 Jugendliche verurteilt worden und nur 72 davon auf Grund des § 56 in eine Erziehungs- oder Besserungsanstalt überwiesen worden.⁶⁾

Die Notwendigkeit einer gesetzlichen Bestimmung, die es ermöglichte, auch gegen Kinder unter 12 Jahren, deren Verwahrlosung sich in strafbaren Taten äußerte, einzuschreiten, wurde immer deutlicher erkannt. Durch die Novelle zum Reichsstrafgesetzbuch vom 26. Februar 1876 wurde daher eine neue Grundlage für die Landesgesetzgebung zur Einführung der Zwangserziehung für Kinder unter 12 Jahren geschaffen, indem § 55 StrGB. einen zweiten Absatz erhielt, sodaß derselbe nun lautete:

"Wer bei Begehung der Handlung das 12. Lebensjahr nicht vollendet hat, kann wegen derselben strafrechtlich nicht verfolgt werden.

Gegen denselben können jedoch nach Maßgabe der landesgesetzlichen Vorschriften die zur Besserung und Beaufsichtigung geeigneten Maßregeln

6) Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten des bayerischen Landtags, 1901/02, Sten.Ber. Bd. 7 S. 204

getroffen werden. Insbesondere kann die Unterbringung in eine Erziehungs- oder Besserungsanstalt erfolgen, nachdem durch Beschluß der Vormundschaftsbehörde die Begehung der Handlung festgestellt und die Unterbringung für zulässig erklärt ist."

c) Der Rechtszustand in Bayern vor dem Er-
laß des Bürgerlichen Gesetzbuches
Im Gegensatz zu den meisten anderen deutschen Bundesstaaten, die auf dieser Grundlage neue Zwangserziehungsgesetze erließen⁷⁾, machte Bayern von dieser Befugnis keinen Gebrauch.
"Die k.bayerische Regierung ist damals nach Einvernahme der Oberstaatsanwälte und der Kreisverwaltungsstellen zu der Überzeugung gelangt, daß die Erlassung eines bezüglichen Landesgesetzes vorläufig nicht veranlaßt sei weil - abgesehen von anderen Erwägungen - eine entsprechende Handhabung des § 361 Nr.4 und 9 des Reichsstrafgesetzbuches, des Artikel 81 des Polizeistrafgesetzbuches und des Artikel 10 Ziffer 4, Artikel 17 Abs.3, Artikel 36 Abs.3 und Artikel 42 des Armengesetzes, ferner die Anwendung von Mahnungen und Warnungen der beteiligten Eltern usw., dann die Inanspruchnahme der Schuldziplin, endlich die Vermittlung der Unterbringung der Kinder bei braven Familien oder in Anstalten mit Zustimmung und auf Kosten der beteiligten Eltern und Gemein-

7) Preußen: Gesetz vom 13. März 1878,
Sachsen-Altenburg: Gesetz vom 20. März 1879,
Oldenburg: Gesetz vom 12. Februar 1880,
Sachsen-Weimar: Gesetz vom 9. Februar 1881,
Mecklenburg-Schwerin: Gesetz vom 10. Oktober
1882,
Lübeck: Gesetz vom 17. März 1884,
Baden: Gesetz vom 4. Mai 1886,
Schwarzburg-Rudolstadt: Gesetz vom 20. Okto-
ber 1886,
Hamburg: Gesetz vom 6. April 1887,
Hessen: Gesetz vom 11. Juni 1887.
(nach: Ludwig Schmitz, Die Fürsorgeerziehung
Minderjähriger, 5.Aufl., Düsseldorf 1917)

den immerhin für die Polizeibehörden ausreichend Gelegenheit böten, auf die gehörige Beaufsichtigung und Erziehung verwahrloster Kinder in angemessener Weise einzuwirken."⁸⁾

Diesen Standpunkt hielt die kgl.Staatsregierung auch noch im Jahre 1886 aufrecht, als von einem Mitglied der Kammer der Abgeordneten, unter Hinweis auf die entsprechenden Gesetze in anderen Bundesstaaten, gesetzliche Vorkehrungen für dringend notwendig erachtet wurden, um verwahrloste Kinder der Einwirkung schlechter Eltern entziehen und in staatlichen oder sonstigen Besserungs- oder Erziehungsanstalten oder auch in geeigneten Familien unterbringen zu können.⁹⁾

Der Rechtszustand in Bayern vor dem Erlaß des Bürgerlichen Gesetzbuches war also folgender:

Kinder, deren sittliche Verwahrlosung vor Vollendung des zwölften Lebensjahres in einer strafbaren Handlung ihren Ausdruck fand, blieben nicht nur straffrei (§ 55 Abs.1 StrGB), sondern es fehlte auch eine gesetzliche Bestimmung, die es ermöglichte, durch anderweitige Unterbringung ihre weitere sittliche Verwahrlosung zu verhüten.

Jugendliche Angeschuldigte, die das zwölfte, aber

8) Begründung zum Entwurf eines Gesetzes, die Zwangserziehung betreffend, (Verh. d. Kammer d. Abg., 1899/1900, Beil.Bd.2, Beilage 233, S. 849).

Die gesetzlichen Bestimmungen, auf die sich die kgl.Staatsregierung hier berief und die im Vorausgegangenen noch nicht erwähnt oder zitiert wurden, lauteten:

§ 361 StrGB: Mit Haft wird bestraft....

Nr.4 wer bettelt oder Kinder zum Betteln anleitet und ausschickt, oder Personen, welche seiner Gewalt und Aufsicht untergeben sind und zu seiner „ausgenossenschaft gehören, vom Betteln abzuhalten unterläßt;

.....

Nr.9 wer Kinder oder andere unter seiner Gewalt stehende Personen, welche seiner Aufsicht untergeben sind und zu seiner Hausgenossenschaft gehören, von der Begehung von Diebstählen, sowie von der Begehung strafbarer Verletzungen der

nicht das achtzehnte Lebensjahr vollendet hatten und in Ermangelung der zur Erkenntnis der Strafbarkeit ihrer Tat erforderlichen Einsicht freizusprechen waren, konnten in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt untergebracht werden (§ 56 StrGB).

Jugendliche zwischen zwölf und achtzehn Jahren, die bei Begehung der strafbaren Handlung die zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderliche Einsicht besessen hatten, wurden bestraft und nach der Verbüßung der Strafe ohne weiteres wieder in die Gesellschaft entlassen. Es bestand keine Möglichkeit, die aus der Strafhait entlassenen Jugendlichen zur besseren Aufsicht und Erziehung, beziehungsweise zur Verhütung ihres völligen sittlichen Verderbens anderweitig unterzubringen. In dieser Richtung erfuhren die reichsrechtlichen Grundlagen der Zwangserziehung erst durch den Erlaß der Novelle zum Strafgesetzbuch vom 25. Juni 1900 (Reichsgesetzblatt S. 301) eine Erweiterung, indem diese die Möglichkeit einführte, auch gegen bereits bestrafte Minderjährige Erziehungsmaßregeln anzuordnen. § 362 Abs.3 StrGB gestattete nun, eine wegen gewerbsmäßiger Unzucht bestrafte Minderjährige, die durch gerichtliches Urteil der Landespolizeibehörde überwiesen worden war, nach verbüßter Strafe statt in ein Arbeitshaus

Zoll- oder Steuergesetze oder der Gesetze zum Schutze der Forsten, der Feldfrüchte, der Jagd oder der Fischerei abzuhalten unterläßt.

Der angerufene Art.17 Abs.3 des Armengesetzes bestimmte:

Die Gemeinden sind befugt, die Unterstützung, Beschäftigung und Erziehung hilfsbedürftiger, sowie die Verpflegung kranker Personen im Wege freiwilligen Übereinkommens an andere Armenpflegen, Wohltätigkeitsanstalten, Vereine oder an geeignete Privatpersonen zu übertragen und zu diesem Zwecke Hilfsbedürftige vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen über den Aufenthalt auch in anderen Gemeinden des Königreiches unterzubringen.

In § 42 des selben Gesetzes ist schließlich nur gesagt, daß die örtliche Armenpflege durch die Verwaltungsbehörde überwacht wird.

in eine Erziehungs- oder Besserungsanstalt oder in ein Asyl zu verbringen. Bei Personen, die zur Zeit der Tat das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hatten, wurde die Unterbringung in einem Arbeitshaus überhaupt für unzulässig erklärt.

Die zu dieser Vorschrift erforderlichen Ausführungsbestimmungen ergingen in Bayern durch die Bekanntmachung der kgl.Staatsministerien der Justiz und des Innern vom 5. April 1901, Ziffer II.¹⁰⁾¹¹⁾

"Die in Bayern zur Verfügung gestellten gesetzlichen Waffen - - mußten im Kampf gegen die zunehmende Verwilderung und Verrohung der Jugend gerade in den dringendsten Fällen versagen; sie erwiesen sich als völlig unzureichend, um der mit der zunehmenden sittlichen Verwahrlosung der Jugend zusammenhängenden Steigerung der Straffälligkeit mit Erfolg entgegenzuwirken."¹²⁾

9) Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten 1885/86, Sten.Ber. Bd.5, S. 635 ff.

10) Abgedruckt bei Englert, a.a.O., Anhang B, S.154

11) In Nr.8 dieser Bekanntmachung wurden als Erziehungs- und Besserungsanstalten im Sinne des § 362 Abs.3 StrGB, zufolge Übereinkommens mit den betreffenden Verwaltungen, bestimmt:

- a) das St.Paulusstift in Herxheim, Bezirksamts Landau/Pfalz, für Katholikinnen aus der Pfalz und für Israelitinnen aus allen Regierungsbezirken;
- b) die Rettungsanstalt Ettmannsdorf, Bezirksamts Burglengenfeld, für erwachsene (über achtzehn Jahre alte) Katholikinnen aus den Regierungsbezirken rechts des Rheins;
- c) die Diakonissenanstalt Neuendettelsau, Bezirksamts Ansbach, für Evangelische aus allen Regierungsbezirken;
- d) die Besserungsanstalt in Oberzell, Stadtbezirk Würzburg, für jugendliche (unter achtzehn Jahre alte) Katholikinnen aus den Regierungsbezirken rechts des Rheins.

12) Jakob Reeb, Das bayerische Zwangserziehungsgesetz und seine Durchführung, München 1903, S. 9

Der § 81 des Polizeistrafgesetzbuches vom 26. Dezember 1871 setzte, wie oben¹³⁾ dargelegt, voraus, daß es wegen schuldhafter Verwahrlosung zu einer Bestrafung der Eltern gekommen war. Die Polizeibehörde hatte selten Gelegenheit, von der ihr in diesem Paragraphen gegebenen Ermächtigung Gebrauch zu machen, da die Unterbringung der betreffenden Personen nur "auf Kosten des Pflichten" erfolgen konnte. Wenn die Eltern - wie es in den meisten derartigen Fällen zutraf - vermögenslos waren, erwies sich die Bestimmung als wertlos und war ohne jede praktische Bedeutung. Außerdem war dieser Artikel nur anwendbar bei Verwahrlosung "in bezug auf Schutz, Aufsicht, Verpflegung oder ärztlichen Beistand", nicht aber bei sittlicher Verwahrlosung. Gegen die sittliche Verwahrlosung stellte auch § 361 Nr.4 und 9 StrGB nur ein sehr schwaches Kampfmittel dar. Ebenso konnte der § 36 Abs.3 des bayerischen Armengesetzes nicht befriedigen. Mächte der Armenpflugschaftsrat wirklich von seinem Recht Gebrauch, und überließen ihm dann die Eltern die Kinder auch zur besseren Unterbringung und Erziehung, damit sie der Unterstützung aus der Armenkasse nicht verlustig gingen, so forderten sie meist ihre Kinder wieder zurück, sobald diese nicht mehr schulpflichtig und ins erwerbsfähige Alter gekommen waren.

d) Die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches und des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch.

Mit dem Erlaß des Bürgerlichen Gesetzbuches, welches am 1. Januar 1900 im ganzen deutschen Reich in Kraft trat, begann eine neue Entwicklung des

13) S. 71 f.

Zwangserziehungsrechts. Neben die Zwangserziehung, die sich vorwiegend als polizeiliche Maßnahme oder als Strafersatz herausgebildet hatte, trat nun die Zwangserziehung als vom Vormundschaftsgericht angeordnetes Erziehungsmittel. Maßgebend waren hier die Bestimmungen der Paragraphen 1666 und 1838 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Unterbringung des Kindes zum Zwecke der Erziehung in einer geeigneten Familie oder Anstalt konnte hiernach jedoch nur dann erfolgen, wenn die Durchführung der angeordneten Maßregel ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel möglich war und - bei den unter elterlicher Gewalt stehenden Kindern - ein Verschulden der Erziehungsberechtigten nachgewiesen werden konnte.

Artikel 135 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch überließ es der Landesgesetzgebung, noch weitere Bestimmungen über die Zwangserziehung zu treffen. Der in diesem Artikel zugunsten der Landesgesetzgebung gemachte Vorbehalt wurde noch erweitert durch die Vorschrift des Artikel 3 desselben Gesetzes, in dem es hieß: "Soweit in dem Bürgerlichen Gesetzbuch oder in diesem Gesetz die Regelung den Landesgesetzen vorbehalten oder bestimmt ist, daß landesgesetzliche Vorschriften unberührt bleiben oder erlassen werden können, bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften in Kraft und können neue landesgesetzliche Vorschriften erlassen werden".

Damit war den Ländern der Weg zu einem weiteren Ausbau wie zu einer Neuregelung des Rechtsstoffes erschlossen. Es mußten hierbei nur die drei vom Reichsrecht in Artikel 135 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch gesetzten

Schranken eingehalten werden.¹⁴⁾

Der Landesgesetzgebung blieb sonach vorbehalten

- a) die Ausdehnung der Zwangserziehung über die Fälle der §§ 1666, 1838 BGB. und § 56 StrGB. hinaus auf die Fälle des Art. 135 EG.z.BGB. und des § 55 StrGB.¹⁵⁾,
- b) die Übernahme der Zwangserziehung auf öffentliche Kosten,
- c) die Bestimmung der für die Anordnung der Zwangserziehung zuständigen Behörde im Falle des § 55 StrGB.,
- d) im Falle der Übernahme der Zwangserziehung auf öffentliche Kosten: die Bestimmung der, abgesehen von dem Falle § 56 StrGB, für die Ausführung der Zwangserziehung zuständigen Behörde,
- e) die Regelung des Verfahrens innerhalb der reichsgesetzlich gezogenen Schranken.¹⁶⁾

14) Unbeschadet der Vorschriften der §§ 55, 56 StrGB. wurde die Zwangserziehung nur für zulässig erklärt, wenn sie vom Vormundschaftsrichter angeordnet wurde.

Die Landesgesetzgebung konnte den Kreis der Minderjährigen über die reichsrechtlich festgelegten Fälle der §§ 1666, 1838 BGB. nur ausdehnen auf solche Fälle, in denen die Zwangserziehung "zur Verhütung des völligen sittlichen Verderbens notwendig" war.

Die Ausführung der Zwangserziehung konnte nur dann einer Verwaltungsbehörde übertragen werden, "wenn die Unterbringung auf öffentliche Kosten zu erfolgen" hatte.

15) § 55 StrGB. erhielt durch Artikel 34 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch eine neue Fassung. Er bestimmte, daß neben der Anstaltserziehung auch die Unterbringung in einer Familie gestattet sei.

16) Englert, a.a.O. S. 7

Auf Grund dieser der Landesgesetzgebung gemachten Vorbehalte haben fast alle deutschen Bundesstaaten das Zwangserziehungsrecht neu geregelt. In Bayern geschah dies durch das Zwangserziehungsgesetz vom 10. Mai 1902.

e) Das bayerische Ausführungsgesetz zum
Bürgerlichen Gesetzbuch.

Im Dezember 1897 wurde von den kgl. Staatsministerien des Justiz und des Innern eine umfassende Erhebung eingeleitet, die der bayerische Lehrerverein schon im Mai 1897 in einer Eingabe an die genannten Ministerien angeregt hatte. Durch diese Erhebung sollte festgestellt werden, ob ein Bedürfnis zur Erlassung landesgesetzlicher Ausführungsvorschriften zu § 55 des Reichsstrafgesetzbuches und Artikel 135 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuches vorhanden sei. Die Mehrzahl der einvernommenen Behörden erachtete dieses Bedürfnis als gegeben.¹⁷⁾

Der Entwurf eines bayerischen Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch stellte jedoch die Regelung der Zwangserziehung zunächst zurück, da die Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit dazu nötigte, sich vorerst mit der Aufstellung derjenigen Vorschriften zu begnügen, deren Inkrafttreten sich nicht über den 1. Januar 1900 hinauschieben ließ, und die übrigen besonderen Gesetzentwürfen vorzubehalten.¹⁸⁾

Eine mit dem Zwangserziehungsrecht in Zusammenhang stehende, den Anstaltsvormund betreffende Bestimmung brachte das bayerische Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch in Artikel 100. Dieser lautete:

17) Vergl. Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten 1899/1900, Beil. Bd. 2 Beil. 233: Begründung zum Entwurf eines Gesetzes, die Zwangserziehung betreffend. S. 850; auch Englert, a.a.O. S. 9

18) Verh. d. Kammer d. Abg. 1898/99, Beil. Bd. 20, 1: Begründung zum Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch, S. 15

"Für eine unter staatlicher Verwaltung oder Aufsicht stehende Erziehungs- oder Verpflegungsanstalt kann durch Anordnung der zuständigen Staatsministerien bestimmt werden, daß der Vorstand der Anstalt die Rechte und Pflichten eines Vormundes für die zur Erziehung oder Verpflegung in der Anstalt aufgenommenen Minderjährigen hat. Der Vorstand behält die Rechte und Pflichten des Vormundes auch nach Beendigung der Erziehung oder Verpflegung bis zur Volljährigkeit des Mündels.

Dem Vormund stehen die nach § 1852 Abs.2 des Bürgerlichen Gesetzbuches zulässigen Befreiungen zu. Ein Gegenvormund ist nicht zu bestellen.

Der Vorstand hat die Aufnahme des Minderjährigen in die Anstalt dem Vormundschaftsgericht anzuzeigen.

Die Befugnis des Vormundschaftsgerichts, einen anderen Vormund zu bestellen, bleibt unberührt. Auf Antrag des Vorstandes ist ein anderer Vormund zu bestellen."¹⁹⁾

Durch Artikel 162 Nr.1 des bayerischen Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch wurde dem Artikel 81 Abs.2 PolStrGB.²⁰⁾ folgender Zusatz angefügt:

"Die Ermächtigung ist, wenn es sich um eine Maßnahme handelt, zu der eine Anordnung des Vormundschaftsgerichts erforderlich ist, von der Erlassung dieser Anordnung abhängig zu machen."

19) Die Einrichtung des Anstaltsvormundes war dem Rechte der rechtsrheinischen Landesteile Bayerns bis dahin fremd, dem pfälzischen Recht dagegen bekannt (Gesetz vom 15. pluviöse XIII und Dekret vom 19. Januar 1811). Vergl. Begründung eines Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch, Verh. d. Kammer d. Abg., 1898/99, Beil.Bd.20,1, S. 52

20) s. o. S. 71 f.

2. Das bayerische Zwangserziehungsgesetz vom 10. Mai 1902.

Am 6. Mai 1900 brachte die Staatsregierung den Entwurf eines Gesetzes, die Zwangserziehung betreffend, ein.²¹⁾

Dieser erledigte den der Landesgesetzgebung vorbehaltenen Rechtsstoff²²⁾ folgendermaßen:

- a) Die Zulässigkeit der Zwangserziehung ist über die Fälle der §§ 1666, 1838 BGB. und § 56 StrGB. hinaus auf die Fälle des Artikel 135 EG.z.BGB. und des § 55 StrGB. erstreckt mit der Beschränkung, daß die Zwangserziehung nach Vollendung des sechzehnten Lebensjahres nur in besonderen Fällen angeordnet, nach Vollendung des achtzehnten Lebensjahres nur in besonderen Fällen fortgesetzt werden soll. Zugleich sind diejenigen Fälle der §§ 1666, 1838 BGB., in welchen öffentliche Mittel nicht beansprucht werden müssen, und die Fälle des § 56 StrGB. von vornherein ausgeschieden und jene der rein reichsgesetzlichen Regelung, diese in der Hauptsache der Ministerialverordnung überlassen (Art.1, Art.6 Abs.4, Art.14 des Entwurfs).
- b) Die Kosten der Zwangserziehung sind zu zwei Fünftel der Heimatgemeinde, zu einem Fünftel der Distriktsgemeinde, zu zwei Fünftel der Staatskasse auferlegt; der Minderjährige und die zu seinem Unterhalt Verpflichteten haben Ersatz zu leisten (Art.8 bis 11 des Entwurfs).
- c) Die Anordnung der Zwangserziehung ist auch in den Fällen des § 55 StrGB. dem Vormundschaftsgericht übertragen (Art.1 am Eingang).
- d) Die Ausführung der Zwangserziehung ist der Distriktsverwaltungsbehörde übertragen; zu-

21) Wortlaut des Entwurfs s. Anhang I

22) s. o. S. 81

gleich ist derselben im vormundschaftsgerichtlichen Verfahren die Stellung der Staatsanwaltschaft eingeräumt (Art.3 Abs.2, Art.4 Abs.3, Art.5, Art.6 Abs.1,2).

- e) Das Verfahren ist nur in den wesentlichsten Punkten besonders geregelt (Art.2ff.); im übrigen sollen die allgemeinen gesetzlichen Vorschriften, insbesondere für die Zuständigkeit und das Verfahren der Gerichte die für Vormundschaftssachen geltenden Vorschriften maßgebend sein (Art.12).²³⁾

In der 145. öffentlichen Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 23. Mai 1900 wurde der Gesetzentwurf einem besonderen (dem XV.) Ausschusse zur weiteren Vorberatung überwiesen²⁴⁾, zu welcher es aber in jener Session nicht mehr kam.²⁵⁾ Sie erfolgte dann in vier Ausschußsitzungen am 3., 4., 5. und 6. Dezember 1901 in erster und zweiter Lesung.²⁶⁾ Der Ausschuß änderte die Regierungsvorlage in einigen Punkten ab; dem inzwischen veränderten § 362 Abs.3 StrGB. (durch die Novelle zum Reichsstrafgesetzbuch vom 25. Juni 1900)²⁷⁾ hatte die Staatsregierung selbst durch einen Abänderungsantrag zu Artikel 14 des Entwurfs Rechnung getragen.²⁸⁾

Die Kammer der Abgeordneten ließ sich in den Plenarsitzungen vom 19. und 20. Dezember 1901 und vom 8., 9. und 10. Januar 1902 von ihrem XV. (besonderen) Ausschuß über den Gesetzentwurf Bericht erstatten und hielt hierüber Beratung.²⁹⁾

23) Englert, a.a.O. S. 11

24) Verh.d.K.d.Abg. 1899/1900, Sten.Ber. Bd.4, S. 797

25) Am 16. Oktober 1901 trat der Abgeordnete Reeb (Zentrum) infolge einer Ersatzwahl in den XV., besonderen Ausschuß ein und wurde zum Referenten bestellt.

26) Verh.d.K.d.Abg. 1901/02, Sten.Ber. Bd.7, S. 209

27) Vergl. oben S. 77f.

28) Verh.d.K.d.Abg. 1901/02, Beil.Bd.7, Beilage 552, S. 1071

29) Verh.d.K.d.Abg. 1901/02 Sten.Ber. Bd.7, S.204ff.

"Die Verhandlungen ließen den wohlthuenden Eindruck gewinnen, daß sich auf dem Gebiet der Sozialgesetzgebung alle Abgeordneten ohne Unterschied der Partei in dem besten Willen und dem ernstlichen Bestreben zusammenfanden, für die gefährdete und verwahrloste Jugend etwas Gutes zu schaffen."³⁰⁾

Bei der namentlichen Abstimmung über den ganzen Gesetzentwurf am 10. Januar 1902 erfolgte die Annahme desselben mit 120 gegen die 8 Stimmen der anwesenden Sozialdemokraten.³¹⁾

Unter dem gleichen Datum wurde der Entwurf in der von der Kammer angenommenen Fassung der Kammer der Reichsräte mitgeteilt.³²⁾

Diese nahm in ihrer öffentlichen Sitzung vom 15. April 1902 den Gesetzentwurf bei der namentlichen Abstimmung einstimmig an.³³⁾

Unter dem 15. April 1902 wurde der Beschluß der Kammer der Reichsräte der Kammer der Abgeordneten³⁴⁾ und der Gesamtbeschluß dem König mitgeteilt.³⁵⁾

Die Sanktionierung erfolgte in der Staatsratssitzung am 10. Mai 1902; unter diesem Datum wurde das Gesetz, die Zwangserziehung betreffend, im Gesetz- und Verordnungsblatt verkündet.³⁶⁾

Durch Bekanntmachung der kgl. Staatsministerien der Justiz, des Innern beider Abteilungen und der Finanzen vom 28. Juni 1902 wurden die zum Vollzuge des Gesetzes vom 10. Mai 1902 nötigen Ausführungsbestimmungen erlassen.³⁷⁾

30) Englert, a.a.O. S. 12 f.

31) Verh.d.K.d.Abg. 1901/02, Sten.Ber. Bd.7, S. 307

32) Verh.d.K.d.Abg. 1901/02, Beil.Bd.8, Beilage 580, S. 25 ff.

33) Verh.d.bayer.Reichsräte, Sten.Ber.Bd.2, 1901/02, S. 136 ff.

34) Verh.d.K.d.Abg. 1901/02, Beil.Bd.8, Beilage 685, S. 605

35) ebenda, Beilage 686, S. 605

36) Wortlaut des Gesetzes, s. Anhang II

37) Wortlaut der Ausführungsbestimmungen s. Anhang III

Das Zwangserziehungsgesetz von 1902 muß als ein bedeutender Fortschritt auf dem Gebiet der staatlichen Fürsorge für die verwahrloste Jugend gewertet werden. Es zeigt deutlich, daß man bei seiner Abfassung bestrebt war, in erster Linie dem Erziehungsbedürfnis der gefährdeten und verwahrlosten Jugendlichen Rechnung zu tragen, von der Erkenntnis ausgehend, daß eine Besserung der Verhältnisse nur durch vorbeugende erzieherische Maßnahmen zu erreichen sei, nicht aber durch Strafgesetze, die erst dann wirksam werden können, wenn die Verwahrlosung bereits in Straftaten ihren Ausdruck gefunden hat. Bei der Tendenz des Gesetzes, die nach den Worten des k. Staatsministers Freiherr von Feilitzsch³⁸⁾ darin beruht, "daß solchen Kindern, die der Verwahrlosung entgegengehen oder teilweise schon verwahrlost sind, eine Zufluchtsstätte geschaffen wird außerhalb der Kreise, in denen sie die Verwahrlosung erfahren, und daß ihnen in dieser Zufluchtsstätte die Möglichkeit geschaffen wird, sich zu bessern und überhaupt nützliche Glieder der Gesellschaft zu werden", muß es befremden, daß man ihm den Namen "Zwangserziehungsgesetz" gab. Daß in diesem dem Strafrecht entnommenen Namen schon "etwas von einer gewissen polizeilichen Tätigkeit liege, die, wenn tunlich zu vermeiden wäre", wurde auch von der Regierung nicht verkannt.³⁹⁾

Sowohl in den Ausschußsitzungen als auch in den Verhandlungen beider Kammern wurden eine Reihe von Bedenken gegen den für das Gesetz gewählten Namen zum Ausdruck gebracht. Vor allem wurde die Befürchtung geäußert, daß sich an das Wort "Zwangserziehung" für den davon Betroffenen im späteren

³⁸⁾ Verh.d.K.d.Abg. 1901/02, Sten.Ber. Bd. 7 S. 223

³⁹⁾ ebenda

Leben leicht nachteilige Folgen knüpfen könnten. Man wies auf das entsprechende Gesetz in Preußen hin⁴⁰⁾, wo die Bezeichnung "Fürsorgeerziehungsgesetz" gewählt worden war.

Der Referent in der bayerischen Kammer, der Abgeordneten Reeb (Zentrum), erklärte, daß das Wort "Fürsorgeerziehung" die gesetzgeberische Absicht besser zum Ausdruck bringen würde als das Wort "Zwangserziehung"; die Bezeichnung "Fürsorgeerziehung" jedoch auch keine besonders glückliche - weil nicht eindeutig - sei, und zudem einen Gedanken zweimal ausdrücke; denn jede Erziehung sei streng genommen eine Fürsorgeerziehung.⁴¹⁾ Auch der Name "Pflegeerziehung" statt "Zwangserziehung" wurde vorgeschlagen. Von Seiten der Regierung wurde jedoch der Standpunkt vertreten, daß kein Anlaß gegeben sei, eine andere Bezeichnung zu wählen. Wenn das Gesetz "Zwangserziehungsgesetz" genannt werde, so befinde man sich damit völlig im Einklang mit den reichsgesetzlichen Bestimmungen. Da das Gesetz die Ausführung des Artikel 135 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch darstelle, in dem es ausdrücklich hieße: "unberührt bleiben die landesgesetzlichen Bestimmungen über die Zwangserziehung Minderjähriger", sei es gerechtfertigt und richtig, den Namen "Zwangserziehung" von diesem für die ganze Zwangserziehung grundlegenden Artikel zu übernehmen. Die Hauptsache sei, daß das Gesetz so vollzogen würde, daß im ganzen Lande künftig in dem Begriff "Zwangserziehung" nur eine Fürsorge erblickt würde; und wenn dies geschehe, dann käme es auf den Namen gar nicht mehr an.⁴²⁾

40) Fürsorgeerziehungsgesetz vom 2. Juli 1900

41) Verh.d.K.d.Abg. 1901/02, Sten.Ber.Bd. 7 S. 306

42) ebenda, S.223

Mit Ausnahme von Preußen hatten alle deutschen Bundesstaaten, auch soweit sie nach dem Erlaß des preußischen Gesetzes den Rechtsstoff regelten, den Artikel 135 EG.z.BGB. berücksichtigt und das Wort "Zwangserziehung" von diesem für ihre Gesetze übernommen.⁴³⁾

Unter "Zwangserziehung" im weitesten Sinne verstand man allgemein einen staatlichen Eingriff, der das den Eltern oder den sonst zur Erziehung von minderjährigen berufenen Personen zustehende Recht der Sorge für die Person des Kindes einschränkte oder aufhob. Der Zwang richtete sich also nicht gegen den zu Erziehenden, sondern vielmehr gegen den Erziehungsberechtigten, in dessen Rechtssphäre eingegriffen wurde.

Das bayerische Zwangserziehungsgesetz und die zu ihm erlassenen Ausführungsbestimmungen faßten den Begriff "Zwangserziehung" enger. Unter "Zwangserziehung" wurde hier nur die auf öffentliche Kosten zum Zwecke der Erziehung erfolgende Unterbringung eines Minderjährigen in einer geeigneten Familie oder in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt verstanden. Alle Fälle, in denen das Vormundschaftsgericht die anderweitige Unterbringung eines Minderjährigen ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel anordnete, berührte das Zwangserziehungsgesetz nicht, ebensowenig Erziehungsmaßregeln, die nicht in der Unterbringung in einer Familie oder Anstalt bestanden.⁴⁴⁾

Kein Zweifel bestand bei der Abfassung des Gesetzes darüber, daß die Zwangserziehung einen Notbehelf darstellt, der die ordnungsgemäße Er-

43) Ein kurzer Überblick über die Gesetzgebung der anderen größeren Bundesstaaten findet sich bei Th.von der Pfordten, Das bayerische Gesetz betreffend die Zwangserziehung vom 10. Mai 1902, München 1902

44) v.d.Pfordten, a.a.O., Anmerkung 1 zu Artikel 1

ziehung nicht zu ersetzen imstande ist, und daß ein so tiefer Eingriff in die Rechte der Eltern und der Familie, wie er mit der Zwangserziehung gegeben ist, nur im äußersten Notfall erfolgen darf, d.h. nur dann, "wenn die Erziehungsgewalt der Eltern oder sonstigen Erzieher und die Zucht-mittel der Schule, sowie anderweitige, der Gefahr sittlicher Verwahrlosung des Minderjährigen vorbeugende Maßregeln sich als unzulänglich erweisen und wenn dem Bedürfnis nach geordneter Erziehung nicht auf anderem Wege ausreichend entsprochen wird".⁴⁵⁾ (Grundsatz der Subsidiarität!).

In diesem Sinne ist dann auch der Artikel 1 des Zwangserziehungsgesetzes zu verstehen, der angibt, welches die Voraussetzungen zur Anordnung der Zwangserziehung sind.

Das Vormundschaftsgericht kann die Zwangserziehung anordnen

1. wenn sie unter den Voraussetzungen der §§ 1666, 1838 des Bürgerlichen Gesetzbuches⁴⁶⁾ erforderlich ist, um die sittliche oder körperliche Verwahrlosung des Minderjährigen zu verhüten (Artikel 1 Ziffer 1 ZwEG.);
2. wenn ein Minderjähriger im strafunmündigen Alter (also vor Vollendung des zwölften Lebensjahres) eine strafbare Handlung begangen hat und mit Rücksicht auf die Beschaffenheit der Handlung, die Persönlichkeit der Eltern

45) Begründung zum Entwurf eines Gesetzes, die Zwangserziehung betreffend, Verh.d.K.d.Abg. 1899/1900 Beil.Bd.2, Beilage 233, S. 851

46) § 1666 BGB. setzt voraus, daß der Vater das geistige oder leibliche Wohl des Kindes dadurch gefährdet, daß er das Recht der Sorge für die Person des Kindes mißbraucht, das Kind vernachlässigt oder sich eines ehrlosen oder unsittlichen Verhaltens schuldig macht. § 1838 BGB. bezieht sich auf die unter Vormundschaft stehenden Minderjährigen. Nach diesem Paragraphen kann das Vormundschaftsgericht ohne und sogar gegen den Willen des Vormundes anordnen, daß der Mündel zum Zwecke der Erziehung in einer geeigneten Familie

oder sonstigen Erzieher und die übrigen Lebensverhältnisse des Minderjährigen seiner weiteren sittlichen Verwahrlosung nur durch die Zwangserziehung vorgebeugt werden kann (Art.1 Ziffer 2 ZwEG.);⁴⁷⁾

3. wenn sie zur Verhütung des völligen sittlichen Verderbens des Minderjährigen notwendig ist (Art.1 Ziffer 3 ZwEG.).

In diesem Falle brauchte ein Verschulden der Eltern an der Verwahrlosung des Kindes oder eine Straftat des Minderjährigen nicht vorzuliegen; es kam allein auf die Tatsache und den Grad der Verwahrlosung an.

Während nach Ziffer 1 die Anordnung der Zwangserziehung schon erfolgen konnte, wenn sie zur Verhütung der Verwahrlosung erforderlich war, verlangte Ziffer 2, daß das Kind schon verwahrlost war - was aus den Worten "weitere sittliche Verwahrlosung" hervorgeht - und Ziffer 3 setzte voraus, daß schon der Anfang des Verderbens vorlag.

Allgemein bestimmte Artikel 1 Abs.2, daß die Zwangserziehung nach Vollendung des sechzehnten Lebensjahres nur noch in besonderen Fällen angeordnet werden sollte. Die gleichlautende Vorschrift des Regierungsentwurfes war zwar von verschiedenen Seiten kritisiert worden und hatte in der Kammer der Abgeordneten längere Debatten zur Folge gehabt, wurde dann aber doch unverändert in das Gesetz übernommen. Die Regierung vertrat die Auffassung, daß eine Zwangserziehung, die erst nach Vollendung des sechzehnten Lebensjahres angeordnet würde, kaum mehr Aussicht auf Erfolg hätte.⁴⁸⁾

oder in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt untergebracht werden soll. Ein Verschulden des Vormundes oder eine Vernachlässigung seiner Pflichten ist für die Anwendung des § 1838 BGB. nicht erforderlich.

- 47) Ziffer 2 enthielt also lediglich eine landesgesetzliche Ausführungsbestimmung zu § 55 StrGB. und Artikel 135 EG.z.BGB.

- 48) Begründung zu Artikel 1, a.a.O. S. 851

Der von der Kammer der Abgeordneten zur Vorberatung des Entwurfs eingesetzte Ausschuß hielt es jedoch für zweckmäßig, der Möglichkeit der Zwangserziehung bis zum Alter der Volljährigkeit eine Grenze nicht zu ziehen, und beschloß, den letzten Absatz des Artikel 6 des Entwurfs⁴⁹⁾ zu streichen und in Absatz 2 des Artikel 1 statt "sechzehnten" zu setzen "achtzehnten" Lebensjahres. Die Anordnung der Zwangserziehung sollte also bis zum achtzehnten Lebensjahr ohne Einschränkung, nach Vollendung des achtzehnten Lebensjahres nur noch in besonderen Fällen erfolgen können. Der Ausschuß verwies auf die in Preußen gemachten Erfahrungen, die dort im Jahre 1884 zu einer Novelle zum preußischen Gesetz vom 13. März 1878 geführt hatten. Während das letzte als obere Altersgrenze, bis zu welcher die Zwangserziehung durchgeführt werden konnte, das sechzehnte Lebensjahr festgesetzt hatte, dehnte die genannte Novelle das Recht der Zwangserziehung bis zum vollendeten achtzehnten Lebensjahre und, in außerordentlichen Fällen durch Beschluß des Vormundschaftsgerichts, selbst bis zur Volljährigkeit aus.

Der Ausschuß begründete seinen Antrag weiterhin mit der Feststellung, daß die Gefahr der Verwahrlosung nicht nur im vorschul- und schulpflichtigen Alter eintrete, sondern in noch höherem Maße in den Jahren nach der Schulentlassung. Noch schwerer als bei der männlichen Jugend müsse bei der weiblichen eine Einschränkung der Zwangserziehung empfunden werden. Nachdem der Staat sich nun einmal zur Anerkennung der Pflicht durchgerungen habe, die heranwachsende weibliche Ju-

49) "Über das achtzehnte Lebensjahr des Minderjährigen hinaus soll die Zwangserziehung nur in besonderen Fällen fortgesetzt werden".

gend wenigstens einigermaßen vor der Gefahr der gewerbsmäßigen Unzucht zu bewahren, und in der Novelle zum Reichsstrafgesetzbuch vom 25. Juni 1900 durch die Bestimmung des § 362⁵⁰⁾ in gesetzlicher Form den Grundsatz anerkannt habe, daß unreife Personen nicht durch gerichtliche Bestrafung, sondern nur durch richtig geleitete Erziehung dem sittlichen Verderben entrissen werden könnten, erscheine es als ein Widerspruch, im Gesetz die Anordnung der Zwangserziehung nur in besonderen Fällen über das sechzehnte Lebensjahr des Minderjährigen hinaus zuzulassen.⁵¹⁾

Der Staatsminister berief sich auf die Regelung des Gegenstandes in den anderen deutschen Bundesstaaten, die in dieser Richtung schon Erfahrungen gesammelt hatten, und legte dar, daß der bayerische Gesetzentwurf hier einen Mittelweg eingeschlagen habe, und zwar im Gegensatz zu dem preussischen, württembergischen, badischen, hessischen und einer Anzahl anderer Gesetze, die das achtzehnte oder gar das sechzehnte Lebensjahr als absolute Grenze aufgestellt hätten. Der Unterschied zwischen der Regierungsvorlage und dem Ausschlußbeschluß liege einfach darin, daß die Regierung von sechzehn Jahren an einen besonderen Fall gegeben haben wolle, welcher die Zwangserziehung veranlasse, der Ausschluß dagegen erst von achtzehn Jahren an. Es komme also lediglich auf die Auslegung des "besonderen Falles" an. Ein solcher sei nach der Anschauung der Regierung dann gegeben, wenn sich der Richter von der Zwangserziehung noch einen Erfolg verspreche; wenn noch der geringste Erfolg für ein Kind zu er-

50) S.o. S. 77 f.

51) Verh.d.K.d.Abg., 1901/02, Sten.Ber. Bd.7
S. 239

hoffen sei, könne die Zwangserziehung nach dem Entwurf noch nach dem sechzehnten Lebensjahre verfügt und sogar bis zur Großjährigkeit fortgesetzt werden, was gleichfalls nicht in allen Ländern zugelassen sei.⁵²⁾

Nach dieser Interpretation der "besonderen Fälle" erklärte man sich in der Kammer der Abgeordneten mit der Beibehaltung der Bestimmung des Entwurfs einverstanden.

In den Ausführungsbestimmungen zum Zwangserziehungsgesetz wurde in § 4 Abs.3 auch noch ausdrücklich vorgeschrieben:

"Bei minderjährigen Mädchen, welche sich der gewerbsmäßigen Unzucht ergeben haben, ist in jedem Falle die Frage der Zwangserziehung zu würdigen und darf vorher eine sittenpolizeiliche Aufsicht (§ 361 Nr.6 StrGB.) nicht angeordnet werden."

Die Artikel 2, 3 und 4 des Zwangserziehungsgesetzes und die §§ 7 bis 19 der Ausführungsbestimmungen betrafen die Anordnung der Zwangserziehung.

Bedeutsam scheint uns hier zu sein, daß die Zwangserziehung nur vom Vormundschaftsgericht angeordnet werden konnte. In dieser Vorschrift kommt zum Ausdruck, daß man bestrebt war, die Zwangserziehung von jedem strafrechtlichen Beigeschmack zu befreien und darzutun, daß es sich bei ihr um ein Institut des bürgerlichen Rechts handle. Diese Absicht ist auch darin zu erkennen, daß im Gesetz die Bezeichnung "Zögling" oder eine ähnliche vermieden und wie im Vormundschaftsrecht das Wort "Minderjähriger" gebraucht wurde.

Vor der Anordnung der Zwangserziehung hatte das Vormundschaftsgericht die Eltern, den ge-

52) Verh.d.K.d.Abg., 1901/02, Sten.Ber. Bd.7
S. 248

setzlichen Vertreter des Minderjährigen, sowie den Minderjährigen selbst, wenn er das vierzehnte Lebensjahr vollendet hatte, ferner das Pfarramt und, sofern der Minderjährige noch eine Schule besuchte, die zuständige Schulbehörde zu hören (Art. 3 Abs. 1 ZWEG.).

Man war sich also darüber klar, daß eine einigermaßen zutreffende Beurteilung des Verhaltens eines Kindes nur dann möglich ist, wenn man das Kind selbst beobachtet, seine Eltern und seine nächste Umgebung kennengelernt und einen Einblick in seine Lebensverhältnisse gewonnen hat.

Als sehr zweckmäßig wurde in der Kammer der Abgeordneten eine Bestimmung des Artikel 4 (Absatz 2) erachtet, die den Vormundschaftsrichter ermächtigte, bei Gefahr im Verzuge eine vorläufige Unterbringung anzuordnen, da es Fälle gab, in denen es dringend geboten erschien, das Kind möglichst rasch seiner verderblichen Umgebung zu entziehen und aus dem Elternhaus zu entfernen.

Artikel 5 des Gesetzes machte von dem Vorbehalt des Artikel 135 Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch Gebrauch und übertrug den Vollzug der gerichtlich angeordneten Zwangserziehung, insbesondere auch die Entscheidung darüber, ob der Minderjährige in einer Familie oder in einer Anstalt unterzubringen sei, der Distriktsverwaltungsbehörde.⁵³⁾ Diese hatte die Aufsicht über den Minderjährigen bis zur Beendigung der Zwangserziehung zu führen.

Eine Vorschrift, welcher der beiden Unterbringungsarten der Vorrang gebühre, wurde in das Gesetz nicht aufgenommen. In § 28 der Ausführungsbestimmungen⁵⁴⁾ wurde jedoch deutlich ausgespro-

53) Eingehende Bestimmungen über die Durchführung der Zwangserziehung im allgemeinen und die Unterbringung in Familien, Anstalten, Dienst- oder Lehrstellen im besonderen enthielten die Ausführungsbestimmungen in den §§ 21 bis 38; s. Anhang III, S. XV f.

54) Anhang III, S. XVI

chen, daß die der Zwangserziehung unterstellten Kinder in erster Linie in Familien untergebracht werden sollten.

In beiden Kammern war man sich völlig darüber im klaren, daß die Erziehung in einer guten Pflegefamilie den natürlichsten Ersatz für die fehlende Erziehung in der eigenen Familie darstellt.

Der Referent in der Kammer der Abgeordneten glaubte den allgemeinen Grundsatz aufstellen zu dürfen, daß Kinder, die noch nicht sittlich verwahrlost sind, aber sittlich verwahrloste Eltern haben, in eine Familie gehören. Solche Kinder könne man auch ohne Gefahr für die Mitschüler die allgemeine Volksschule besuchen lassen. Bereits sittlich verwahrloste Kinder müßten in einer Anstalt untergebracht werden, wo eine Schule speziell für sie einzurichten sei. Eben dahin gehörten auch ältere Kinder, für welche wegen höheren Grades der Verwahrlosung eine festere und strammere Erziehung notwendig sei, als sie die Familie in der Regel geben könne. Was die Anstalten betreffe, so würden sich Privatanstalten mäßiger Größe empfehlen; je kleiner eine Anstalt sei, um so mehr ähnele sie der Familie und desto Besseres könne sie leisten. Staatsanstalten dagegen seien zur Aufnahme einer größeren Zahl von Zöglingen einzurichten.⁵⁵⁾

Die Bestimmung "auf das Glaubensbekenntnis des Minderjährigen muß bei der Auswahl der Familie oder Anstalt Rücksicht genommen werden" (Art. 5 Abs.2), war im Regierungsentwurf nicht enthalten; wohl aber eine diesbezügliche Bemerkung in der amtlichen Begründung des Gesetzentwurfes. In dem von der Kammer der Abgeordneten eingesetzten Ausschuß vertrat man die Ansicht, daß

55) Verh.d.K.d.Abg., 1901/02, Sten.Ber. Bd.7, S. 265

die Religion die sicherste Grundlage der Erziehung bilde und aus diesem Grunde die konfessionell-religiöse Erziehung auch im Gesetz festgelegt werden müsse. Man wies auf den § 9 des preussischen Fürsorgeerziehungsgesetzes hin, in welchem es hieß: "Im Falle der Anstaltserziehung ist der Zögling soweit möglich in einer Anstalt seines Bekenntnisses unterzubringen, im Falle der Familienerziehung muß der Zögling wenigstens bis zum Aufhören der Schulpflicht in einer Familie seines Bekenntnisses untergebracht werden". Im Ausschuß beantragte man die Aufnahme dieser Bestimmung auch in den bayerischen Entwurf. Der Justizminister Freiherr von Leonrod erklärte sich mit der Tendenz des Antrages einverstanden, beanstandete jedoch die Fassung. In der Erwägung, daß die Familienunterbringung möglichst begünstigt und nicht eingeschränkt werden solle, wurde der Antrag in die obige Fassung abgeändert und unter Zustimmung der Staatsregierung angenommen.⁵⁶⁾

Von großem erzieherischen Wert war eine Vorschrift des Artikel 6, die Einführung der wideruflichen und vorläufigen Entlassung aus der Zwangserziehung. Während die endgültige Aufhebung der Zwangserziehung nach Artikel 6 Abs. 1 Satz 1 nur durch Beschluß des Vormundschaftsgerichts erfolgen konnte, wenn die Voraussetzungen der Anordnung weggefallen waren, gab Satz 2 des gleichen Absatzes dem Vormundschaftsgericht die Möglichkeit, die Aufhebung auch unter dem Vorbehalt des Widerrufs zu beschließen. Artikel 6 Abs. 3 berechnete die Distriktsverwaltungsbehörde, auch ohne Anordnung des Vormundschaftsgerichts die vorläufige Entlassung aus der

⁵⁶⁾ Verh. d. bayer. Reichsräte 1901/02, Beil. Bd. 2
Beilage 239, S. 191

Zwangserziehung zu verfügen.

Wo es geboten erschien, den Übergang aus der Zwangserziehung in die volle Freiheit nicht unvermittelt eintreten zu lassen, konnte man den Minderjährigen, der sich als gebessert erwies, vorläufig oder auf Widerruf aus der Zwangserziehung entlassen. Die Behörde, beziehungsweise das Vormundschaftsgericht, führte dann trotz der Entlassung eine gewisse Aufsicht über den Minderjährigen und hatte die Möglichkeit, ohne ein förmliches Verfahren die Entlassung zu widerrufen und den Minderjährigen wieder in Zwangserziehung zu nehmen.

Die Begründung zu Artikel 6 führte aus, daß die vorläufige Entlassung als Probemaßregel anzuwenden sein würde, wenn die Erreichung des Zweckes der Zwangserziehung noch zweifelhaft sei. In der Form einer vorläufigen Entlassung würde unter Umständen namentlich die Erziehung des Minderjährigen in seiner eigenen Familie unter entsprechender Aufsicht zugelassen werden können.⁵⁷⁾

Ein in der Kammer der Abgeordneten gestellter Antrag des Abgeordneten Ehrhart (Soz.Dem.), dem Absatz 4 des Artikel 6 anzufügen: "Die Distriktsverwaltungsbehörde hat für ein angemessenes Unterkommen des Zöglings nach Aufhebung des Zwangserziehungsbeschlusses Sorge zu tragen", wurde abgelehnt, jedoch eine schon in der amtlichen Begründung gegebene diesbezügliche Anregung als Vorschrift in die Ausführungsbestimmungen aufgenommen.⁵⁸⁾

Die Oberaufsicht über die der Zwangserziehung unterworfenen Minderjährigen kam nach Artikel 7

⁵⁷⁾ Begründung, a.a.O. S. 853

⁵⁸⁾ Vergl. § 47 der Ausführungsbestimmungen, im Anhang III, S. XXI

dem Vormundschaftsgericht zu. Dem Gemeindevaisenrat wurde durch Artikel 7 Absatz 2 die Pflicht auferlegt, über die Erziehung und Pflege der in Familien untergebrachten Minderjährigen - auch wenn sie nicht unter Vormundschaft standen - zu wachen und auf Erfordern der Distriktsverwaltungsbehörde Auskunft zu erteilen, sowie dieser auch unaufgefordert etwaige Mängel anzuzeigen.

Große Meinungsverschiedenheiten gab es in den Verhandlungen bei der Beratung des Artikel 8 des Regierungsentwurfes⁵⁹⁾ der die Kostenfrage regelte. Die zu diesem Artikel gestellten Anträge, die alle eine andere Kostenverteilung vorschlugen⁶⁰⁾, wurden jedoch schließlich in der Kammer der Abgeordneten abgelehnt und der Artikel 8 in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen. Die von der Regierung vertretene und in der amtlichen Begründung zu diesem Artikel dargelegte Auffassung muß auch vom pädagogischen Standpunkt aus als die richtige bezeichnet werden. Sie ging von dem Grundsatz aus, daß zur Tragung der Kosten in erster Linie diejenigen Kreise heranzuziehen seien, welchen zunächst die Verantwortung für eine ordentliche Erziehung der Jugend zukomme, nämlich die Familie und die Gemeinde. Hierdurch sollte verhindert werden, daß das Verantwortungsgefühl dieser Kreise gemindert oder ihnen gar ein Antrieb gegeben werde, der Verwilderung der Jugend freien Lauf zu lassen, um alsdann die Erziehung der Kinder auf Kosten der Gesamtheit herbeizuführen. Solchen Bestrebungen mußte um so mehr entgegengewirkt werden,

59) Text dieses Artikels im Anhang Nr. I, S. III

60) Ein Antrag des Abgeordneten Ehrhart (Soz. Dem.) wollte die gesamten Kosten der Zwangserziehung von der Staatskasse getragen haben.

als man davon überzeugt war, daß die Zwangserziehung nur einen Notbehelf darstelle, der eine ordentliche Erziehung in der Familie niemals ersetze.

Die Zwangserziehungsgesetzgebung sollte insbesondere den Gemeinden Anlaß geben, mit allem Nachdruck auf eine gute Erziehung der gemeindeangehörigen Jugend hinzuwirken. Soweit es mit diesem Grundgedanken verträglich erschien, konnte den Gemeinden die Abwälzung der Kosten auf breitere Schultern ermöglicht werden.⁶¹⁾

Durch die Bestimmung des Artikel 11 wurde außer Zweifel gestellt, daß die für Zwecke der Zwangserziehung aufgewendeten öffentlichen Kosten den Charakter polizeilicher Ausgaben hatten und in keiner Weise als Leistungen der Armenpflege zu betrachten waren.

Eine Bestimmung des Artikel 12, die örtliche Zuständigkeit der Distriktsverwaltungsbehörde betreffend, erwies sich später bei der Durchführung des Gesetzes als nicht besonders günstig. Sie wurde - sicher nicht mit Unrecht - für die häufig erst sehr verspätete Durchführung der angeordneten Zwangserziehung verantwortlich gemacht. Schon in der Kammer der Abgeordneten wurde von dem Abgeordneten Ehrhart (Soz.Dem.) der Antrag gestellt, nicht die Distriktsverwaltungsbehörde der Heimatgemeinde, sondern die des Wohn- beziehungsweise Aufenthaltsortes für zuständig zu erklären⁶²⁾. Gegen diesen Antrag wurde jedoch eingewendet, daß als zuständige Distriktsverwaltungsbehörde sich die der Heimatgemeinde am besten empfehle, weil diese am mei-

61) Begründung zu Artikel 8 des Entwurfs, Verh. d.K.d.Abg., 1899/1900, Beil.Bd.2 Beilage 233 S. 253

62) Verh.d.K.d.Abg., 1901/02, Sten.Ber. Bd.7 S. 300

sten bei der Zwangserziehung interessiert sei, und die Interessen der Heimatgemeinde am besten durch den Distriktsverwaltungsbeamten der Heimatgemeinde wahrgenommen würden.⁶³⁾ Von seiten der Regierung wurde erläutert, daß sich der Entwurf auf Gutachten gründe, die von äußeren Behörden zu diesem Punkte eingeholt worden seien. Über den ganzen Entwicklungsgang eines Kindes müsse eine einzige Behörde die Aufsicht haben und das sei eben die Distriktsverwaltungsbehörde der Heimat.⁶⁴⁾

Artikel 13 enthielt strafrechtliche Bestimmungen zum Schutze der Zwangserziehung. Er bedrohte denjenigen, der einen zur Zwangserziehung in einer Familie oder in einer Anstalt untergebrachten Minderjährigen unbefugt aus diesen entfernte oder zur Entfernung verleitete, mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft.

Artikel 14 bestimmte, daß Artikel 13 auch bei Unterbringung von Minderjährigen auf Grund des § 56 und des § 362 Abs.3 Satz 2 des Reichsstrafgesetzbuches Anwendung finden solle.⁶⁵⁾

63) Verh.d.K.d.Abg., 1901/02, Sten.Ber. Bd.7, S. 300

64) ebenda, S. 301

65) Abgesehen von diesem Artikel berührte das Zwangserziehungsgesetz die vom Strafrichter angeordnete Zwangserziehung nicht. Für die Fälle der §§ 56, 362 Abs.3 Satz 2 StrGB. verblieb es bei der bisherigen Regelung. Überhaupt unberührt blieben von dem Zwangserziehungsgesetz die Fälle, in welchen das Vormundschaftsgericht auf Grund der §§ 1666, 1838 BGB. in der Lage war, die Zwangserziehung eines Minderjährigen ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel anzuordnen; desgleichen die Fälle, in welchen die öffentliche Armenpflege gemäß Art.36 Abs.3 des Armengesetzes berechtigt war, gegen den Erziehungsberechtigten einen mittelbaren Zwang in Bezug auf die Art der Erziehung auszuüben. Außerdem war nach wie vor eine anderweitige Unterbringung zum Zwecke der Erziehung auf Kosten des Pflichtigen auf Grund des Art.81 PolStGB. (neue Fassung) möglich.

Artikel 15 bestimmte als Termin für das Inkrafttreten des Gesetzes den 1. Juli 1902.

Daß die Wirkung des Gesetzes wesentlich vom Vollzug abhängt, wurde von verschiedenen Seiten hervorgehoben.

Von der Pfordten schrieb in seinem Kommentar zum bayerischen Zwangserziehungsgesetz vom 10. Mai 1902: "Das Gesetz bringt zweifellos vieles Gute und Zweckmäßige. Vor allem gibt es dem Vormundschaftsrichter vermehrte Befugnisse und beseitigt den unerfreulichen Zustand, daß diesem, wenn er ein Vorgehen auf Grund der §§ 1666, 1838 BGB. für angezeigt und notwendig hielt, durch die Rücksicht auf die Beschaffung der Geldmittel zumeist die Hände gebunden waren, daß er ferner der Verwahrlosung der unter elterlicher Gewalt stehenden Kinder, falls ein Verschulden der Eltern nicht vorlag, oder doch nicht nachweisbar war, untätig zusehen mußte. Es darf jedoch nicht verkannt werden, daß die Stärke des Gesetzes die Schranken nicht wird durchbrechen können, die der Wirkung gesetzgeberischer Maßnahmen überhaupt gezogen sind. Das Gesetz kann wohl anordnen, wann Zwangserziehung einzutreten habe, in welchem Verfahren sie anzuordnen, in welchen Formen sie durchzuführen sei und kann es in seinen Bestimmungen hierüber zur größten technischen Vervollkommenung bringen. Der Erfolg aber hängt von der Pflichttreue, der Erfahrung und dem Verständnis derer ab, denen die Erziehung anvertraut ist".⁶⁶⁾

Wenn man auch keine übertriebenen Hoffnungen an das Gesetz knüpfte, so erwartete man sich doch

66) v.d.Pfordten, a.a.O. S. 16

eine gute Wirkung von demselben.⁶⁷⁾

Von Anfang an rechnete man auf die Mitwirkung der bereits bestehenden humanitären Anstalten und caritativen Vereinigungen. Noch vor dem Erlaß des Gesetzes erklärten sich 48 Anstalten, die sich schon bis dahin mit der Erziehung gefährdeter und verwahrloster Kinder beschäftigt hatten, zur Aufnahme von Zwangszöglingen bereit. Die amtliche Begründung zum Entwurf des Zwangserziehungsgesetzes erwähnte, daß diese Anstalten

67) "...Selbst die in der neuesten Zeit geschaffene Erweiterung des Umfanges der Zwangserziehung kann im Vergleich mit der früheren Zeit nicht als reiner Kulturfortschritt angesehen werden, - handelte es sich ja in der Hauptsache doch nur um den Ausgleich von Schäden, welche die neuzeitliche Entwicklung des Erwerbslebens dem heranwachsenden Geschlecht, namentlich der schulentlassenen Jugend zugefügt hatte. Allein eine entschiedene Verbesserung liegt doch darin, daß fortan der Verwahrlosung entgegengewirkt werden kann, ohne zuerst eine Verletzung der Strafgesetze abwarten zu müssen, und daß zur Durchführung der Zwangserziehung öffentliche Mittel bereitgestellt sind, mangels deren bisher vielfach ein durchaus zulässiger und notwendiger Eingriff unterbleiben mußte. Freilich ist gerade hiermit... eine ernste Gefahr verbunden: die Ausbeutung der Zwangserziehung einerseits durch gewissenlose Altern, welche sie nichts zu verlieren und deshalb keinen Einsatz zu scheuen haben, die Lasten der Kindererziehung loszuwerden suchen, andererseits durch unterstützungspflichtige Verbände, welche Armenlasten abzuwälzen trachten, Mißbräuche, denen durch eine wohlbemessene Gesetzesanwendung zu begegnen sein wird. Auch darf nicht vergessen werden, daß durch eine Erziehung außer der Familie niemals eine ordentliche Erziehung in der Familie ersetzt werden kann. Falls diese (die heilsame Wirkung des Gesetzes) zum Teil auch darin bestehen würde, daß schon die Furcht vor einer Anwendung des Gesetzes und vor den damit verbundenen Kosten hinreichte, das Gefühl der Verantwortlichkeit bei den berufenen Erziehern der Jugend wachzuerhalten und so eine Verwahrlosung der Jugend in vielen Fällen von vornherein nicht aufkommen zu lassen, so wäre dies der beste Erfolg des Gesetzes. Daneben wird aber die Gesetzgebung bestrebt sein müssen, einerseits die Wohlfahrtsverwaltung im Sinne der Jugend-

ohne weiteres etwa 140 katholische und 100 protestantische Knaben, 230 katholische und 80 protestantische Mädchen aufzunehmen imstande seien und ohne außerordentlichen Mehraufwand zur Aufnahme von weiteren 170 Kindern eingerichtet werden könnten.⁶⁸⁾ Auf die Errichtung staatlicher Zwangserziehungsanstalten glaubte man daher zunächst verzichten zu können, zumal ja die Unterbringung der Kinder, deren Zwangserziehung angeordnet war, in erster Linie in guten christlichen Familien erfolgen sollte.

Eine Vorstellung von dem Umfang der Zwangserziehung in Bayern in dem Jahrzehnt 1904 bis 1913 sollen die beiden folgenden Übersichten geben. Die erste zeigt, wieviele Zwangserziehungsangelegenheiten von den Vormundschaftsgerichten zu erledigen waren, die zweite, in welcher Weise die anfallenden Zwangserziehungsangelegenheiten von den Vormundschaftsgerichten erledigt wurden.⁶⁹⁾

pfllege und des Jugendschutzes weiter auszugestalten, andererseits die Behandlung der verbrecherischen Jugend mit dem Rechte der Zwangserziehung in vollkommenen Einklang zu bringen". (Englert, a.a.O. S. 14 f.)

"... Die Welt läßt sich durch Gesetze nicht bessern. Die Wurzel des Übels wird vom Gesetz nicht zu erreichen sein. Das Gesetz ist kein Allheilmittel. Es wird auch manche Enttäuschung nicht ausbleiben. Die Rettungsarbeit an der verirrten Menschheit verspricht aber immerhin noch am meisten Erfolg, wenn sie bei den Jugendlichen einsetzt. Sicher wird man dem zustimmen, was der k.Staatsminister des Innern, Freiherr v. Feilitzsch, in der Abgeordnetenkammer ausgesprochen hat: Wenn auch nur ein kleiner Teil von dem erreicht wird, was wir alle wollen, so ist es der Mühe wert, ein Gesetz zu schaffen, das dieses ermöglicht." (J.Reeb, a.a.O. S. 24).

68) Amtliche Begründung, a.a.O. S. 854

69) Die Angaben sind entnommen: Arnold, Die Zwangserziehung in Bayern in den Jahren 1904/1913, in: Zeitschrift des kgl.bayer.statistischen Landesamtes, 46.Jg., 1914, Heft 3, S. 278 und 279. Über den Vollzug der Zwangserziehung durch die Distriktsverwaltungsbehörden und über die

Anfall von Zwangserziehungsangelegenheiten bei den Vormund- schaftsgerichten

Jahr	Zahl	Zu- oder Abnahme (-) gegen- über dem Vorjahre	
		absolut	v.H.
1904	1443	•	•
1905	1511	68	4,7
1906	1611	100	6,6
1907	1741	130	8,1
1908	2114	373	21,4
1909	2337	223	10,5
1910	2470	133	5,7
1911	2696	226	9,1
1912	2634	-62	-2,3
1913	2723	89	3,4
1904/13	21280		

Erledigung der angefallenen Zwangserziehungsangelegenheiten bei den Vormundschaftsgerichten

Jahr	im Berichtsjahr erledigte Fälle				
	Gesamt- zahl	davon			
		durch Einstellung d. Verf. od. Ableh- nung d. Anordn. d. Zwangserziehung		durch rechtskräf- tige Anordnung d. Zwangserziehung	
		Fälle	v.H.	Fälle	v.H.
1904	1059	572	54,0	487	46,0
1905	1110	659	59,4	451	40,6
1906	1209	641	53,0	568	47,0
1907	1267	709	56,0	558	44,0
1908	1578	875	55,4	703	44,6
1909	1700	821	48,3	879	51,7
1910	1721	770	44,7	951	55,3
1911	2081	854	41,0	1227	59,0
1912	2026	769	38,0	1257	62,0
1913	1950	772	39,6	1178	60,4
1904/13	15701	7442	47,4	8259	52,6

persönlichen Verhältnisse der im Laufe der
einzelnen Jahre der Zwangserziehung unter-
worfenen Minderjährigen bringt Arnold a.a.O.
eine Reihe interessanter Tabellen.

Auf der mit dem Zwangserziehungsgesetz gegebenen gesetzlichen Grundlage wurde in den folgenden Jahren die Jugendfürsorge immer weiter ausgebaut.⁷⁰⁾

Daß sich das Gesetz im großen und ganzen bewährte, war insbesondere der Mithilfe der caritativen Vereine und Verbände und den schon früher errichteten caritativen Anstalten zu verdanken. Die letzteren wurden dem neuen Gesetz angepaßt, dort, wo ein Bedürfnis bestand, neue gegründet.

Die mit dem Zwangserziehungsgesetz erzielten Erfolge bezeichnete die Staatsregierung unter Hinweis auf die diesbezüglichen statistischen Angaben im Jahre 1914 als günstig: Die Hälfte bis zu zwei Drittel der aus der Zwangserziehung entlassenen Minderjährigen glaubte man für dauernd gebessert halten zu dürfen.

Es fehlte indessen auch nicht an Stimmen, die das Gesetz und seine Wirkungen weniger günstig beurteilten. Vielfach wurde die Anschauung vertreten, "daß die an die Erlassung des bayerischen Zwangserziehungsgesetzes vom 10. Mai 1902 geknüpften hohen Erwartungen sich nicht oder doch nur zu einem verhältnismäßig geringen Teil erfüllt hätten und daß die seither mit der Zwangserziehung erzielten Erfolge nicht der schweren finanziellen Belastung entsprächen, welche durch das Gesetz dem Staat und den Gemeinden aufgebürdet werde".⁷¹⁾

Oberamtsrichter Pernerl meinte, dieses in solcher Allgemeinheit zweifellos unbegründete Vorurteil sei zunächst darauf zurückzuführen, daß günstige

70) Vergl. die folgenden Kapitel dieser Arbeit

71) Pernerl, Erfahrungen auf dem Gebiet der Zwangserziehung in Bayern, Anlage II zum Protokoll des Bayerischen Landesausschusses für Jugendfürsorge vom 6. Februar 1912

Erfolge nur selten in die Öffentlichkeit drängen, Mißerfolge und vereinzelt in den Erziehungsanstalten sich ergebende Mißstände - gleichgültig, ob sie in Bayern oder anderswo vorkämen - dagegen sofort besprochen oder in der Presse sensationell aufgebauscht und verallgemeinert würden; weiterhin beruhe das Vorurteil auf der Unterschätzung der großen Schwierigkeiten, welche sich der Zwangserziehung entgegenstellten, auf der Verkenntung der Grenzen der Erziehungsmöglichkeit, vor allem aber darauf, daß viel zu wenig bekannt sei, mit welcher Aufopferung, Geduld und Sorgfalt und mit welchem Pflichteifer die Leiter der zahlreichen Erziehungsanstalten sich ihrer mühe- und verantwortungsvollen Aufgabe unterzögen.⁷²⁾

In weiten Kreisen der Bevölkerung erweckte schon allein der Name "Zwangserziehung" Mißtrauen. Man verband damit die Vorstellung von "Zwangsarbeit" und "Strafanstalt" und stellte sich die "Besserungsanstalten", von denen im Gesetz mehrfach die Rede war, als eine Art "Zucht-" oder "Arbeitshäuser" vor.

Daß eine solche Auffassung die Anordnung und Durchführung der Zwangserziehung, die doch dem Schutze und Wohle der Kinder und Jugendlichen dienen sollten, außerordentlich erschwerten, ist ohne weiteres einleuchtend.

Der schon bei der Beratung des Zwangserziehungsgesetzes im Landtage vorgetragene Wunsch, statt von "Zwangserziehung" von "Fürsorgeerziehung" zu sprechen,⁷³⁾ wurde von den mit der Jugendfürsorge sich befassenden und den an ihr interessier-

⁷²⁾ Pernerl, a.a.O.

⁷³⁾ s. o. S. 87 f.

ten Kreisen schließlich allgemein geäußert.

Die Erfahrungen, die man im Laufe der Jahre hinsichtlich der Behandlung und Erziehung der gefährdeten, verwahrlosten und schwererziehbaren Kinder und Jugendlichen und über die Gründe, welche mitunter den Erfolg der Zwangserziehung beeinträchtigten, sammelte, gaben Veranlassung, auf Mängel des Zwangserziehungsgesetzes hinzuweisen und Abänderungsvorschläge zu unterbreiten.

So wurde z.B. darüber geklagt, daß die Zwangserziehung in der Regel zu spät einsetze. Die Statistik⁷⁴⁾ hatte den zu erwartenden Beweis erbracht, daß die Zwangserziehung um so günstigere Erfolge zeitigt, je mehr sie als vorbeugende Maßnahme zur Anwendung kommt. Erfolgte ihre Anordnung jedoch erst dann, wenn die Verwahrlosung des Kindes bereits einen solchen Grad erreicht hatte, daß die Gefahr des völligen sittlichen Verderbens drohte, - wie Artikel 1 Ziffer 3 des Zwangserziehungsgesetzes voraussetzte - so waren die Erfolgsaussichten gering.

Bei bloßer Gefährdung des sittlichen oder körperlichen Wohles eines Kindes konnte die Zwangserziehung - wie oben dargelegt - nur angeordnet werden, wenn sich die zu befürchtende Verwahrlosung auf ein Verschulden der Eltern zurückführen ließ. Da aber ein solches Verschulden - auch wenn es gegeben war - oft nur schwer nachgewiesen werden konnte, gründete sich die Mehrzahl der Zwangserziehungsbeschlüsse auf Artikel 1 Ziffer 3 des Zwangserziehungsgesetzes.⁷⁵⁾

Neben der zu späten Anordnung der Zwangserziehung machte man die oft zu geringe Dauer der Maßnahme für Mißerfolge verantwortlich.

74) Arnold, a.a.O. S. 296

75) Vergl. Tabelle bei Arnold, a.a.O. S. 279

Es wurde gefordert, daß eine Entlassung aus der Zwangserziehung erst dann erfolgen solle, wenn für ein richtiges Unterkommen des Minderjährigen gesorgt sei.⁷⁶⁾

Man verlangte einen besonderen Hinweis im Gesetz, daß der Zweck der Zwangserziehung nicht schon mit der Besserung des "öglings, sondern erst dann als erreicht anzusehen sei, wenn auch die Gefahr neuerlicher Verwahrlosung nicht mehr zu befürchten stehe.⁷⁷⁾

Zur Sicherung des Erfolges der Zwangserziehung erachtete man es als dringend nötig, daß die Aufsichtsbehörde mit den in Familien und Anstalten untergebrachten Minderjährigen in Fühlung bleibe. Es wurde die Aufstellung eines Fürsorgers für jeden Zwangszögling - sowohl für den in einer Familie als auch für den in einer Anstalt untergebrachten - gefordert. Dieser Fürsorger sollte mit seinem Schützling in steter Verbindung bleiben und der Aufsichtsbehörde in regelmäßigen Abständen über die Führung, die Beschäftigung und die Fortschritte, sowie auch über eventuelle Klagen und Wünsche seines Schützlings berichten; vor allem sollte er auch bei der Ermittlung einer geeigneten Dienst- oder Lehrstelle mitwirken.⁷⁸⁾

Beanstandet wurde auch die im Gesetz festgelegte Trennung des Zwangserziehungsverfahrens in zwei, verschiedenen Behörden zugewiesene Abschnitte: die Anordnung und den Vollzug. Diese Teilung der Zuständigkeit führte vielfach zu Unzuträglichkeiten, vor allem in den Fällen der

76) Arnold in einem Bericht auf dem 2. bayerischen Jugendfürsorgetag am 3. und 4. Juni 1914 in Nürnberg

77) Pernerl, a.a.O.

78) ebenda

vorläufigen Unterbringung, wo ein rascher Vollzug der Anordnung dringend geboten war.

Die Vorschläge zur Lösung der für den Erfolg der Zwangserziehung oft ausschlaggebenden Unterbringungsfrage gingen dahin, mindestens den Vollzug der vorläufigen Unterbringung dem ohnehin mit der Sache befaßten und die Verhältnisse genau kennenden Vormundschaftsrichter oder doch mindestens der Distriktsverwaltungsbehörde des Aufenthaltsortes zu übertragen.

Außerdem sollte dem Vormundschaftsrichter auch die Entscheidung oder wenigstens das Mitbestimmungsrecht darüber eingeräumt werden, ob Familien- oder Anstaltsunterbringung stattfinden solle; denn die nach dem Gesetz zuständige Distriktsverwaltungsbehörde der Heimatgemeinde, deren sichere Feststellung allein schon oft große Schwierigkeiten bereitete, war meist gar nicht in der Lage, aus eigener Anschauung zu beurteilen, welche Unterbringungsart im einzelnen Falle den besten Erfolg versprach.⁷⁹⁾

3. Die Neufassung des Gesetzes: Das bayerische Fürsorgeerziehungsgesetz vom 21. Juli 1915.

Ein Teil der gemachten Vorschläge wurde bei der Neufassung des Gesetzes berücksichtigt. Die Notwendigkeit einer Abänderung des Zwangserziehungsgesetzes von 1902 ergab sich durch die Einführung des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz in Bayern.⁸⁰⁾

79) Pernerl, a.a.O.; vergl. auch den von Amtsgerichtsrat Pernerl auf dem 2. bayerischen Jugendfürsorgetag in Nürnberg gehaltenen Vortrag über "Vorschläge zur Abänderung des bayerischen Zwangserziehungsgesetzes" abgedruckt in dem Bericht über den 2. bayerischen Jugendfürsorgetag in Nürnberg, S. 18 ff.

80) Reichsgesetz über die Einführung des Unterstützungswohnsitzes in Bayern vom 30. Juni 1913 (RGBl. S. 495)

Mit diesem Gesetz kam der Begriff der Heimatgemeinde, der im Zwangserziehungsgesetz eine bedeutende Rolle gespielt hatte⁸¹⁾, in Wegfall.

Der "Entwurf eines Armengesetzes", den die Staatsregierung am 25. März 1914 dem Präsidium der Kammer der Abgeordneten zur verfassungsmäßigen Behandlung übersandte, regelte den der Landesgesetzgebung im Unterstützungswohnsitzgesetz überlassenen Rechtsstoff. Der Entwurf ging jedoch über den Rahmen eines Ausführungsgesetzes erheblich hinaus, indem er auch die übrigen Teile des Armenpflegerechts, mit denen sich das Reichsgesetz überhaupt nicht befaßte und deren selbständige Regelung daher gleichfalls der Landesgesetzgebung zufiel, in den Bereich seiner Regelung zog.⁸²⁾ Jene Maßnahmen, die als Sache die öffentliche Wohlfahrtspflege betrafen, z.B. Säuglings-, Jugend-, Tuberkulosenfürsorge usw., wurden nicht in den Bereich des Armengesetzes einbezogen. Diese Maßnahmen sollten vielmehr wie bis dahin nicht der armenpflegerischen, sondern der übrigen gemeindlichen Tätigkeit überlassen bleiben.⁸³⁾ In der Begründung zum Entwurf eines Armengesetzes wurde nur darauf hingewiesen, daß auch noch einige Änderungen des Zwangserziehungsgesetzes sowie der Vorschriften über den Gemeindewaisenrat sich ergäben. Diese Änderungen blieben einer besonderen Vorlage vorbehalten.⁸⁴⁾

81) Vergl. die Artikel 3, 4, 8, 10, 12 des Zwangserziehungsgesetzes vom 10. Mai 1902 im Anhang II dieser Arbeit

82) Aus diesem Grunde wurde der Entwurf auch nicht als Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Gesetz über den Unterstützungswohnsitz bezeichnet, sondern, entsprechend seiner erweiterten Zweckbestimmung, Entwurf eines Armengesetzes (Verh.d.K.d.Abg. des bayerischen Landtages 1913/14, Beil.Bd.V, Beilage 800

83) Verh.d.besonderen (XVI.) Ausschusses d.K.d. Abg. über den Entwurf eines Armengesetzes, 1913/14 Beil.Bd.VII, Beilage 978, S. 341

Der entsprechende Antrag zum Entwurf eines Armengesetzes wurde mit einer Begründung am 17. Juni 1914 von den Staatsministerien der Justiz und des Innern dem Präsidium der Kammer der Abgeordneten zur verfassungsmäßigen Beratung übersandt.⁸⁵⁾⁸⁶⁾

Er beschränkte sich nicht auf die durch das Unterstützungswohnsitzgesetz notwendig gewordenen Bestimmungen, sondern änderte das Zwangserziehungsgesetz vom 10. Mai 1902 auch noch in einigen anderen, mit dem Unterstützungswohnsitzgesetz nicht in Zusammenhang stehenden Punkten, deren Verbesserung die Staatsregierung auf Grund der gemachten Erfahrungen für angezeigt hielt.

Der XVI. Ausschuß der Kammer der Abgeordneten beriet diesen von der Staatsregierung gestellten Antrag in seiner Sitzung vom 10. Juli 1914⁸⁷⁾ und änderte ihn nur wenig ab⁸⁸⁾.

Die Kammer der Abgeordneten nahm den Entwurf in der vom Ausschuß beschlossenen Fassung an⁸⁹⁾, desgleichen die Kammer der Reichsräte⁹⁰⁾.

Das neugefaßte Gesetz wurde am 21. Juli 1915 als "Bayerisches Fürsorgeerziehungsgesetz" verkündet⁹¹⁾ und trat am 1. Januar 1916 in Kraft⁹²⁾.

84) Verh.d.K.d.Abg. 1913/14 Beil.Bd.V, S.694

85) Verh.d.K.d.Abg. 1913/14 Beil.Bd.VII, Beilage 941, S.1

86) Der das Zwangserziehungsgesetz betreffende Wortlaut des Antrages befindet sich im Anhang IV dieser Arbeit

87) Verh.d.K.d.Abg. 1913/14 Beil.Bd.VII, Beilage 978, S. 556 ff.; Berichterstatter war der Abgeordnete Götz (Zentrum)

88) Verh.d.K.d.Abg. 1913/14 Beil.Bd.VII, Beilage 979 Anlage, S. 596 ff.

89) Beschluß der Kammer der Abgeordneten an die Kammer der Reichsräte vom 23. Juli 1914, Beil. Bd.VII, Beilage 1002, S.865

90) Beschluß der Kammer der Reichsräte an die Kammer der Abgeordneten vom 1. August 1914, Beil. Bd.VII, Beilage 1054, S.1145
Gesamtbeschluß vom 1. August 1914, Beilage 1055, S. 1145

91) Gesetz- und Verordnungsblatt S. 595

92) Wortlaut des Gesetzes s. Anhang V dieser Arbeit

Sehr bezeichnend für die Entwicklung des Jugendfürsorgegedankens erscheint es uns, daß man die mit der Neufassung des Gesetzes sich bietende Gelegenheit dazu benutzte, das Wort "Zwangserziehung" allgemein durch die Bezeichnung "Fürsorgeerziehung" zu ersetzen. Während man in den Verhandlungen im Jahre 1902 noch lange Debatten über die Bezeichnung des Gesetzes geführt und den Ausdruck "Fürsorgeerziehung" als unzutreffend bezeichnet hatte⁹³⁾, wurde dieser nun im Jahre 1914 allgemein begrüßt und einstimmig angenommen. Konnte sich die Staatsregierung im Jahre 1902 darauf berufen, daß mit Ausnahme des preußischen alle diesbezüglichen Landesgesetze den im Artikel 135 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch gebrauchten Ausdruck "Zwangserziehung" übernommen hätten, so hatte wie auch 1914 wieder die Möglichkeit, auf den Vorgang fast aller übrigen Bundesstaaten hinzuweisen.⁹⁴⁾

Die Umbenennung des Gesetzes sollte wohl hauptsächlich dazu beitragen, die noch immer weitverbreiteten Vorurteile gegen das Gesetz zu beseitigen. Den gleichen Zweck verfolgte auch ein im Ausschuß gestellter Antrag, das Wort "Besserungsanstalt" aus dem Entwurf zu entfernen, da es beim Volke eine noch viel schlimmere Deutung erfahre als das Wort "Zwangserziehung".⁹⁵⁾

Der Antrag wurde einstimmig angenommen und im Entwurf⁹⁶⁾ statt "Erziehungs- oder Besserungsanstalt" nur "Erziehungsanstalt" gesetzt.

93) s. o. S. 87 f.

94) So hatten z.B. Waldeck 1902, Württemberg 1905, Braunschweig 1908, Sachsen 1909, Bremen 1912, dem Beispiel Preußens folgend, den Ausdruck "Fürsorgeerziehung" für ihre Gesetze gewählt.

95) Verh.d.Kammer d.Abgt. 1913/14 Beil.Bd.VII, Beilage 978, S.563; Antragsteller war der Abgeordnete Hartmann (Hospitant der Lib.Vereinigung)

96) Artikel 1 und Artikel 5

Die Voraussetzungen für den Eintritt der Fürsorgeerziehung blieben im Gesetz von 1915 die gleichen wie in dem von 1902. Um Mißverständnisse, die sich verschiedentlich in der Praxis ergeben hatten, in Zukunft zu vermeiden, hielt man es jedoch für zweckmäßig, die Einteilung des Zwangserziehungsgesetzes nur für diejenigen Minderjährigen beizubehalten, bei denen die Sorge für die Person dem Vater oder der Mutter zustand. Für diese Minderjährigen wurde das bis dahin geltende Recht auch in der Fassung fast unverändert übernommen, nur wurde nicht mehr auf die Voraussetzungen des Paragraphen 1666 des Bürgerlichen Gesetzbuches verwiesen, sondern diese Voraussetzungen wurden nun im Gesetz selbst angeführt⁹⁷⁾ (Art.2 Abs.I FEG.).

Die Zulässigkeit der Fürsorgeerziehung gegenüber denjenigen Minderjährigen, bei denen nicht ein Elternteil fürsorgeberechtigt war, regelte das Gesetz in einem eigenen Absatz (Art.2 Abs.II), um die freie Stellung des Vormundschaftsgerichts gegenüber diesen Minderjährigen schärfer hervortreten zu lassen. Sachlich besagte diese Fassung nichts anderes als das Zwangserziehungsgesetz von 1902.

Änderungen brachte das Fürsorgeerziehungsgesetz gegenüber dem Zwangserziehungsgesetz bezüglich des Verfahrens in den Artikeln 4, 7 und 8.

Hinweisen möchten wir hier zunächst auf eine Bestimmung in Artikel 4 Abs.II, nach welcher das Vormundschaftsgericht vor der Entscheidung über die Fürsorgeerziehung den Minderjährigen wenn tunlich persönlich - ohne Rücksicht auf sein

⁹⁷⁾ Dies geschah, um das Verhältnis von Fürsorgeerziehung und Armenpflege klarzustellen. (Begründung zum Regierungsantrag S. 7, Verh.d. K.d.Abq. 1913/14, Beil.Bd.VII)

Alter - vernehmen sollte. Nach dem Gesetz von 1902 war nur eine Vernehmung des über 14 Jahre alten Minderjährigen möglich gewesen. Inzwischen hatte man aber erkannt, daß sich der Richter durch persönliche Einvernahme leichter und schneller ein Bild von der Persönlichkeit des Minderjährigen machen und über die Frage, ob eine Verwahrlosung droht oder schon vorliegt unterrichten kann.

Einem vielfach geäußerten Wunsche der Jugendorganisationen wurde durch die neue Bestimmung in Artikel 4 Abs.IV Rechnung getragen, die die Anhörung eines Arztes im gerichtlichen Verfahren vorschrieb.⁹⁸⁾

Der gleiche Artikel gab dem Vormundschaftsgericht die Möglichkeit, einen Minderjährigen durch einen Arzt untersuchen zu lassen, oder auch gegebenenfalls zur Untersuchung und Beobachtung auf die Dauer von höchstens sechs Wochen die Unterbringung in einer Anstalt anzuordnen, wenn dies nach ärztlichem Gutachten zur Feststellung des Geisteszustandes des Minderjährigen geboten und ohne Nachteil für seine Gesundheit ausführbar war.

In diesen letztgenannten Bestimmungen fand die Erkenntnis, daß geisteskranken Kinder nicht in Fürsorgeerziehungsanstalten, sondern in besondere, für Geisteskranken eingerichtete und entsprechend geleitete Anstalten gehören, ihren gesetzlichen Niederschlag.

In Artikel 7 des Fürsorgeerziehungsgesetzes wurde die vorläufige Unterbringung neu geregelt. Ein Fortschritt gegenüber dem Zwangserziehungsgesetz ist darin zu sehen, daß diese Maßnahme

98) Beil.Bd.VII, Beilage 941, S. 8: Begründung zu Nr.II Abs.IV

nun nicht mehr erst bei "Gefahr im Verzuge", sondern schon dann angeordnet werden konnte, wenn sofortiges Einschreiten dringend geboten war.

Wie schon oben erwähnt⁹⁹⁾ hatte die bisherige Regelung die vorläufige Unterbringung sehr erschwert, weil häufig erst längere Nachforschungen nötig waren um die Heimat des Minderjährigen und damit die Zuständigkeit des zur Anordnung der Zwangserziehung berufenen Amtsgerichts zu ermitteln. Im neuen Gesetz wurde nun die Zuständigkeit zur Verhängung der vorläufigen Unterbringung erweitert, indem Artikel 7 Abs.II bestimmte:

"Die vorläufige Unterbringung kann von dem Vormundschaftsgericht, in dessen Bezirk das Bedürfnis hierzu hervortritt, auch dann angeordnet werden, wenn das Gericht nicht für die Anordnung der Fürsorgeerziehung zuständig ist".

Die amtliche Begründung zu diesem Artikel¹⁰⁰⁾ hob hervor, daß diese Vorschrift namentlich dann von Bedeutung sei, wenn der Minderjährige als Landstreicher aufgegriffen werde.

Pädagogisch bedeutsam scheint uns auch eine Bestimmung in Artikel 6 Abs.II FEG. zu sein, der die Zustellung des die Fürsorgeerziehung anordnenden Beschlusses regelte. Während nach Art. 4 Abs.III ZwEG. die die Zwangserziehung anordnende Verfügung auch dem Minderjährigen zuzustellen war, wenn er das 14. Lebensjahr vollendet hatte, wurde das Vormundschaftsgericht in Art. 6 Abs.II FEG. angewiesen, dem über 14 Jahre alten Minderjährigen die Verfügung nur im Aus-

99) Vergl. oben S. 109f.

100) Verh.d.K.d.Abg. 1913/14, Beil.Bd.VII, Beilage 941, S. 9

zuge zuzustellen. Es sollten in dem dem Jugendlichen zugehenden Beschluß die Stellen wegbleiben, welche sich auf das Verhalten seiner Eltern bezogen und dadurch verhütet werden, daß die Eltern bloßgestellt und dem Kind entfremdet würden.¹⁰¹⁾

Der Vollzug der vom Vormundschaftsgericht angeordneten Fürsorgeerziehung blieb Aufgabe der Distriktsverwaltungsbehörde. Zur Zuweisung des Vollzuges an die Vormundschaftsgerichte, die von verschiedenen Kreisen dringend gewünscht wurde, konnte man sich bei der Neufassung des Gesetzes nicht entschließen.

Die Zuständigkeit der Distriktsverwaltungsbehörde wurde jedoch geändert. Sie richtete sich jetzt nicht mehr nach der Heimatgemeinde des Minderjährigen, wie es Artikel 12 des Zwangserziehungsgesetzes vorgeschrieben hatte, sondern - gemäß Artikel 17 Abs.II FEG. - nach dem Ort, welcher für die Zuständigkeit des Vormundschaftsgerichts maßgebend war.

Die Vorschrift des Zwangserziehungsgesetzes hatte sich in der Praxis nicht bewährt, da der Minderjährige meist im Bezirke der zum Vollzuge zuständigen Verwaltungsbehörde weder seinen Wohnsitz noch seinen Aufenthalt hatte, diese Behörde ihm in persönlicher Hinsicht also völlig fernstand. Um das Verfahren zu vereinfachen, erklärte das Gesetz von 1915 nun die Distriktsverwaltungsbehörde des Wohnsitzes oder des Aufenthaltsortes des Minderjährigen für den Vollzug der Fürsorgeerziehung zuständig. Dadurch wurde erreicht, daß stets die Distriktsverwaltungsbehörde zuständig war, die den Verhältnissen des Min-

101) Verh.d.K.d.Abg. 1913/14, Beil.Bd.VII, Beilage 941, S. 9

derjährigen am nächsten stand.¹⁰²⁾

Eine Neuerung brachte das Fürsorgeerziehungsgesetz auch in Artikel 11 Abs.IV.

Hier wurde der Distriktsverwaltungsbehörde die Befugnis erteilt, zur Überwachung der Erziehung und Pflege der in Familien untergebrachten Minderjährigen besondere Fürsorger zu bestellen.¹⁰³⁾ Damit sollte, wie die Begründung hervorhob¹⁰⁴⁾, insbesondere die Möglichkeit eröffnet werden, daß der Vorstand einer Fürsorgeerziehungsanstalt den Ortsgeistlichen oder eine sonstige vertrauenswürdige Person ersuchen konnte, einen aus der Anstalt entlassenen und in einer Lehre oder in einem Dienst untergebrachten Zögling zu beaufsichtigen. Man war der Auffassung, daß die Aufsicht durch einen solchen Fürsorger unauffälliger und wirksamer geübt werden könne als durch den Gemeindegewaisenrat.

Artikel 12 des Fürsorgeerziehungsgesetzes brachte die Einführung der Sammelvormundschaft in Fürsorgeerziehungsanstalten. Bis dahin war die Anstaltsvormundschaft in Bayern nur insoweit eingeführt - durch Artikel 100 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch¹⁰⁵⁾ -, als für Anstalten, in welchen Minderjährige zum Zwecke der Erziehung oder Verpflegung untergebracht waren, durch die zuständigen Ministerien angeordnet werden konnte, daß der Vorstand der Anstalt die Rechte und Pflichten eines Vormundes für die in die Anstalt aufgenommenen Minderjährigen hat. In diesem Falle war der Vorstand

102) Verh.d.K.d.Abg. 1913/14, Beil.Bd.VII, Beilage 941, S. 8

103) In Preußen war diese Möglichkeit schon im Fürsorgeerziehungsgesetz vom Jahre 1900 vorgesehen

104) Verh.d.K.d.Abg. 1913/14 Beil.Bd.VII, Beilage 941, S. 9

105) s. o. S. 83

der Anstalt kraft Gesetzes Vormund aller in der Anstalt untergebrachten Minderjährigen und blieb es auch für die Minderjährigen, die die Anstalt verließen. Es war jedoch nicht möglich, daß der Anstaltsvorstand nur für einzelne Minderjährige die rechtliche Stellung eines Vormundes erhielt. Die Erfahrung hatte gezeigt, daß kaum ein Bedürfnis bestand, den Anstaltsvorstand zum Vormund für alle in der Anstalt untergebrachten Minderjährigen zu bestellen, daß es dagegen häufig sehr zweckmäßig sei, ihn für einzelne in der Anstalt oder von ihm in einer Familie untergebrachte Minderjährige zum Vormund zu bestellen.

Artikel 12 des Fürsorgeerziehungsgesetzes gab nun - von dem Vorbehalt des Artikel 136 Nr.1 EG.z.BGB. Gebrauch machend - dem Anstaltsvorstand die Möglichkeit, sich dann, wenn ein Bedürfnis hierzu bei einzelnen Zöglingen bestand, als Vormund bestellen zu lassen. Im einzelnen wurden die Vorschriften dieses Artikels dem Gesetz vom 23. Februar 1908 über die Berufsvormundschaft¹⁰⁶⁾ nachgebildet.

106) Die reichsrechtliche Grundlage für dieses Gesetz stellte Art.136 EG.z.BGB. dar, der es der Landesgesetzgebung vorbehielt, für Minderjährige, welche in einer unter staatlicher Aufsicht oder Verwaltung stehenden Erziehungs- oder Verpflegungsanstalt oder unter Aufsicht des Vorstandes in einer von ihm ausgewählten Familie oder Anstalt erzogen oder verpflegt wurden, gewisse Abweichungen von den Vorschriften des Vormundschaftsrechts zuzulassen.

Bis zum Inkrafttreten des Gesetzes vom 23. Februar 1908 hatte Bayern von dem Vorbehalt des Art.136 EG.z.BGB. nur in Ansehung des Anstaltsvormundes - durch Art.100 AG.z.BGB. Gebrauch gemacht. Das Gesetz vom 23. Februar 1908 kannte zwei Arten von Berufsvormundschaft: Nach Artikel 1 dieses Gesetzes konnten das Vormundschaftsgericht Beamte einer Gemeinde zu Vormündern für diejenigen Minderjährigen bestellen, welche unter der Aufsicht der Beamten in einer von ihnen ausgewählten Familie oder Anstalt erzogen oder verpflegt wurden. Es konnten ihnen auch nur

Änderungen traten im Gesetz von 1915 dann hauptsächlich in Artikel 13 ein, wo die Kostentragung dem neuen Rechte des Unterstützungswohnsitzes gemäß geregelt und die Kostenteilung anders als bisher vorgenommen wurde.

Auf diese neuen Bestimmungen wollen wir hier nicht näher eingehen, da sie für unsere Betrachtung ohne Bedeutung sind.

Zusammenfassend kann man von dem neuen Gesetz wohl behaupten, daß es deutlich das Bestreben des Gesetzgebers zum Ausdruck bringt, die in der Jugendfürsorgepraxis gemachten Erfahrungen zu verwerten und die gesetzlichen Grundlagen den bestehenden Bedürfnissen anzupassen.

einzelne Rechte und Pflichten eines Vormundes übertragen werden. Hier sprach man dann von bestellter Berufsvormundschaft, weil der Gemeindebeamte in jedem einzelnen Falle besonders zum Vormund bestellt und verpflichtet werden mußte.

Nach Artikel 2 des Gesetzes konnte durch Gemeindestatut bestimmt werden, daß Gemeindebeamte alle oder einzelne Rechte und Pflichten eines Vormundes für solche Minderjährige haben, welche unter der Aufsicht der Beamten in einer von ihnen ausgewählten Familie oder Anstalt erzogen oder verpflegt werden. Hier war der von der Gemeinde bezeichnete Beamte dann kraft Gesetzes Vormund für die unter die Berufsvormundschaft fallenden Minderjährigen (gesetzliche Vormundschaft). (Barthelmeß, Gesetz, betreffend die Berufsvormundschaft, vom 23. Februar 1908, München 1908, S. 16 f.)

Barthelmeß unterschied 1908 vier Gruppen von Kindern, die damals nach dem bayerischen Recht unter die Berufsvormundschaft fallen konnten: 1. Kinder, die im Wege der öffentlichen Armenpflege in einer Anstalt oder in einer fremden Familie erzogen oder verpflegt wurden (Art. 11 Nr. 4 des Armengesetzes); 2. die unehelichen Kinder, die zwar in der eigenen Familie, aber mit Unterstützung der Armenpflege erzogen oder verpflegt wurden (Art. 11 Nr. 4 des Armengesetzes); 3. die Kostkinder (Ziff. 5 der Min. Bekanntm. vom 6. Februar 1906, Just. Min. Bl. 1906 S. 37 ff.); 4. die Zwangserziehungszöglinge (Bekanntm. vom 28. Juni 1902, Ausführungsbestimmungen zum Zwangserziehungsgesetz betreffend, I. M. Bl. 1902 S. 629). Barthelmeß, a. a. O. S. 17

Das bayerische Fürsorgeerziehungsgesetz blieb in der Fassung vom 21. Juli 1915 bis zum 31. Dezember 1925 in Geltung. Das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt vom 9. Juli 1922 brachte dann erstmals auch eine für ganz Deutschland einheitliche Regelung der Fürsorgeerziehung. Es trat in Bayern zusammen mit den zu diesem Gesetz erlassenen landesrechtlichen Ausführungsbestimmungen¹⁰⁷⁾ am 1. Januar 1926 in Kraft. Damit galt das Fürsorgeerziehungsgesetz von 1915, gemäß Artikel 4 des Einführungsgesetzes zum Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt, als aufgehoben.

107) Bayerisches Jugendamtsgesetz vom 20. Juli 1925

III. Die ersten Bemühungen um eine Zusammenfassung aller auf dem Gebiet der Jugendfürsorge tätigen Kräfte nach dem Erlaß des Zwangserziehungsgesetzes vom 10. Mai 1902.

Der Gesetzgeber war sich bei der Schaffung des Zwangserziehungsgesetzes darüber im klaren, daß eine erfolgreiche und durchgreifende Ausführung des Gesetzes nur dann möglich sei, wenn Gerichte und Verwaltungsbehörden mit den auf caritativer Grundlage beruhenden Jugendfürsorgebestrebungen zusammenarbeiteten.

In § 22 der Ausführungsbestimmungen zum Zwangserziehungsgesetz wurde es den Distriktsverwaltungsbehörden daher zur Pflicht gemacht, "sich, um der ihnen obliegenden Aufgaben gerecht werden zu können, der Mitarbeit aller derjenigen, welche für den Schutz der verlassenen, gefährdeten und verwahrlosten Jugend Sinn und Verständnis haben, insbesondere der Geistlichen, Ärzte und Lehrer, der Mitglieder von Vereinen für Jugendschutz und Kindererziehung zu versichern".

Nach § 61 hatten die Distriktsverwaltungsbehörden auch Sorge zu tragen, daß die Bestimmungen des Zwangserziehungsgesetzes den weitesten Kreisen der Bevölkerung, insbesondere den Geistlichen, Ärzten und Lehrern und sonstigen Leitern der Jugend, den Vereinen für Jugendschutz und Kindererziehung bekannt gemacht wurden.

Es gab nun, wie schon gezeigt, zu jener Zeit im ganzen Königreich bereits eine große Anzahl von Vereinen, namentlich von Ortsfürsorgevereinen, die, teils aus humanitären, teils aus religiösen Motiven entstanden, sich die sittliche und materielle Hebung der gefährdeten Jugend zur Aufgabe gemacht hatten und so zu den

Aufgaben und Zielen des Zwangserziehungsgesetzes in einer gewissen inneren Beziehung standen. Sie konnten jedoch in ihrer Tätigkeit nicht diejenige Kraft entfalten, die zu einer erfolgreichen Durchführung des Gesetzes erforderlich war. Es erwies sich als notwendig, einen engeren Zusammenschluß der vielfach zersplitterten Kräfte herbeizuführen, eine Organisation zu schaffen, um in einheitlichem Zusammenwirken in Verbindung mit Staats- und Gemeindebehörden einen durchgreifenden Vollzug des Gesetzes in allen Teilen des Landes zu sichern.

Der Referent des bayerischen Zwangserziehungsgesetzes in der Kammer der Abgeordneten, geistl. Rat Reeb, vertrat in seinem Gesetzeskommentar die folgende Ansicht: "Es ist ... nur notwendig, daß die bestehenden Vereine für Volkswohlfahrt, welchen Namen sie auch führen, einer zu schaffenden Organisation zur Durchführung des Zwangserziehungsgesetzes in der Weise sich anschließen, daß sie ihre Mitglieder mit den Zielen dieses Gesetzes bekannt machen und dieselben zur tätigen Anteilnahme bei der Ausführung anregen und aufmuntern."¹⁾ Die Pflichten eines jeden Mitgliedes dieser neuen Organisation umschrieb Reeb folgendermaßen: "Es verpflichtet sich 1. die Fälle zu ermitteln, beziehungsweise mitzuwirken bei der Ermittlung der Fälle, in welchen die Zwangserziehung eines Minderjährigen erforderlich ist, und alle Fälle, von denen es Kenntnis erlangt, zur Anzeige zu bringen; 2. Familien ausfindig zu machen, welche gewillt und geeignet sind, Minderjährige, welche der Zwangserziehung überwiesen werden, aufzunehmen, und dafür zu sorgen, daß die Namen dieser Familien in

1) Jakob Reeb, Das bayerische Zwangserziehungs-gesetz und seine Durchführung, München 1903, S.68

das der Distriktsverwaltungsbehörde mitzuteilende Verzeichnis eingetragen werden; 3. nach Möglichkeit angemessene Arbeits- und Unterkunftsstellen ausfindig zu machen, in welchen die Zöglinge nach ihrer Entlassung aus der Zwangserziehung ihr ehrliches und gesichertes Fortkommen finden können."2)

Zu einer organisatorischen Ausgestaltung der Jugendfürsorgebestrebungen kam es zuerst in München, wo am 30. April 1903 von Rechtsrat Dr. Menzinger, Oberstleutnant a.D. Schlatter und Fräulein Hochholzner der **M ü n c h n e r J u g e n d f ü r s o r g e v e r b a n d** gegründet wurde. Die Anregung zu dieser Gründung ging von dem Katholischen Caritasverband München aus. Eine Anzahl von Mitgliedern desselben trat schon am 25. Juli 1902 zu einer eingehenden Besprechung über die Ausführung des Zwangserziehungsgesetzes, dessen Wichtigkeit man sogleich erkannt hatte, zusammen. Bei dieser Zusammenkunft berichtete Menzinger von einer Konferenz, die am 16. Juli von den an der Durchführung des Zwangserziehungsgesetzes in München beteiligten Behörden abgehalten worden war. Bei dieser Konferenz sei folgendes besonders betont worden: 1. es komme alles auf ein rasches Einschreiten an, weshalb die vorläufige Unterbringung vorangestellt werden müsse; 2. bei der Anzeigeerstattung über Verwahrlosung bei noch nicht schulpflichtigen Kindern sei vor allem an die Frauenvereine zu denken, die bei ihrer caritativen Tätigkeit Gelegenheit hätten, derartige Wahrnehmungen in Familien usw. zu machen. Gingen die Kinder bereits in die Schule, so werde naturgemäß die Schulbehörde in der Lage sein, die erforderlichen Schrit-

2) Reeb, a.a.O. S.68; er äußerte sich hier auch über die Ausgestaltung und Ausbreitung der geplanten Organisation.

te zu veranlassen. 3. Bei etwaiger Anzeige müsse man aber immer bedenken, daß die Zwangserziehung das äußerste Mittel darstelle. Es sei daher große Vorsicht am Platze und vor allem immer die Aussicht auf Besserung im Auge zu behalten.

4. Großes Gewicht sei auch darauf zu legen, daß geeignete Unterkunftsplätze in Familien gefunden würden; hier solle vor allem die caritative Tätigkeit eingreifen; auch solle eine Zentrale für die Ermittlung von Familien geschaffen werden.³⁾

Menzinger repte in seinem Keferat die Bildung einer eigenen Sektion innerhalb des Münchner Caritasverbandes zur Durchführung des Zwangserziehungsgesetzes an. Die Bildung einer solchen Sektion wurde dann auch sogleich beschlossen. Die Aufgaben, die ihr gestellt wurden, richteten sich vor allem auf die möglichste Verbreitung der Kenntnis des Gesetzes selbst und seiner Absicht, die Ausfindigmachung von geeigneten Unterkunftsplätzen für Zwangszöglinge auf dem Lande, sowie die ständige Fühlungnahme mit Familien und Anstalten.

Im Dienste der ersten Aufgabe standen verschiedene Veröffentlichungen in den Münchner Caritas-Blättern, wo schon damals die Gründung von Diözesan-Jugendfürsorgevereinen angeregt wurde. Der zweiten Aufgabe suchte die Sektion dadurch gerecht zu werden, daß sie von November 1902 bis Februar 1903 an nicht weniger als 500 Pfarrämter die schriftliche Bitte richtete, Familien, die zur Aufnahme von Zwangszöglingen geeignet seien, dem Münchner Caritassekretariat bekannt zu geben. Die Anmeldung von solchen Familien ließ jedoch sehr zu wünschen übrig, da das Zwangserziehungsgesetz nach seinem Inkrafttreten

3) Zum Zwangserziehungsgesetz, in: Münchner Caritas-Blätter 1902, Nr. 10, S. 37

in weiten Kreisen der Bevölkerung nur sehr langsam Anklang und gebührendes Verständnis fand. Dadurch wurden die Arbeiten der Sektion sehr erschwert und gehemmt. Der Münchner Caritasverband leistete aber vor allem durch sein Organ, die Bayerischen Caritas-Blätter, eine ernste und erfolgreiche Aufklärungsarbeit, betonte immer wieder die Notwendigkeit und den Nutzen der Fürsorge an der verwahrlosten Jugend und ließ die vielgestaltige Frage des Jugendfürsorgewesens nicht mehr aus der öffentlichen Diskussion verschwinden.⁴⁾

Nachdem der Gedanke an eine Organisation der bestehenden Vereine zur Fürsorge der gefährdeten und verwahrlosten Jugend schon beim Caritastag 1902 einen wichtigen Beratungspunkt gebildet hatte, fand am 4. Dezember 1902 eine vom Caritasverband München angeregte Vorbesprechung zur Gründung eines Münchner Jugendfürsorgeverbandes statt, zu welcher die Vertreter der in München bestehenden caritativen Vereine für Jugenderziehung und sonstige Freunde der Jugendfürsorge eingeladen worden waren. Die Ziele und Aufgaben des neu zu gründenden Verbandes wurden eingehend erörtert und ein vorbereitendes Komitee gewählt, dem die Abfassung einer Satzung für den Verband übertragen wurde. In zwei weiteren Versammlungen - am 24. März und 30. April 1903 - wurden die vom Komitee entworfenen Satzungen endgültig formuliert, worauf sich der Verband konstituierte.⁵⁾

Nach § 1 seiner Statuten war der "Münchner Jugendfürsorgeverband" eine freiwillige Vereinigung von Vereinen, Anstalten und Stiftungen, de-

4) Philipp Friedrich, Der katholische Caritasverband in Bayern, München 1919, S. 12

5) Der Münchner Jugendfürsorgeverband im ersten Halbjahr seines Bestehens, in: Bayer.Caritas-Blätter 1904, Nr.1, S. 11 ff.

ren Zweck mit der Jugenderziehung und Jugendfürsorge im Zusammenhang stand, sowie von Einzelpersonen, welche als Freunde der Jugend diese Zwecke fördern wollten.

Die Vereine, Anstalten und Stiftungen, welche der Verband umschloß, verpflichteten sich zur Mitwirkung bei der Durchführung der in § 3 näher bezeichneten Aufgaben. Im übrigen blieb denselben ihre volle Selbständigkeit und Freiheit in bezug auf die Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Zwecke gewahrt.

Der Verband hatte nach § 2 der Statuten den Zweck, das Wohl der Jugend in religiös-sittlicher, sowie in körperlicher und wirtschaftlicher Beziehung zu fördern, indem er die zur Jugenderziehung zunächst berufenen Faktoren in ihrer Tätigkeit unterstützte und insbesondere bei der Bekämpfung der Verwilderung und Verwahrlosung der Jugend durch vorbeugende caritative Maßnahmen mitwirkte. Der § 3 nannte die sich aus obigem Zwecke ergebenden Aufgaben des Verbandes.⁶⁾

-
- 6) 1. Die Mitwirkung bei der Ermittlung der Fälle ungenügender häuslicher Pflege und Erziehung der Minderjährigen aller Altersstufen.
2. Die Feststellung der Ursachen und des Umfangs der körperlichen oder sittlichen Verwahrlosung bzw. Gefährdung, sowie die Entscheidung darüber, ob im gegebenen Falle eine Einflußnahme auf die Familie und die Erziehungsverhältnisse durch caritative Maßnahmen möglich ist, oder ob zu diesem Zwecke die Anrufung der Behörden notwendig erscheint.
3. Die sorgfältige Überwachung der Gefährdeten, sowie die Durchführung der sonst noch zu ihrem Schutze geeigneten caritativen Maßnahmen, insbesondere die Unterbringung derselben in geeigneten Pflegefamilien oder Anstalten im Wege freier Vereinbarung mit den betreffenden Eltern und sonstigen Interessenten.
4. Wenn sich nach Lage der Verhältnisse die Notwendigkeit eines Einschreitens der Behörden ergibt, die Anzeigeerstattung bei dem zuständigen Vormundschaftsgericht unter genauer Darlegung des Tatbestandes und gleichzeitiger Vorlage des Beweismaterials.

Organe des Verbandes waren die Vertreterversammlung, der Zentralausschuß, die Bezirksausschüsse und die Geschäftsstelle. Die besonderen Aufgaben dieser letzteren waren:

- a) die Aufstellung und Evidenthaltung einer Übersicht über sämtliche in München und anderwärts in Bayern bestehenden caritativen Einrichtungen, deren Zweck mit der Jugenderziehung und Jugendfürsorge in Zusammenhang stand. Es sollten hierbei die schon bestehenden Einrichtungen dieser Art tunlichst berücksichtigt werden.
 - b) Auskunftserteilung in allen Angelegenheiten der Jugendfürsorge an Behörden, Vereine, Anstalten, Stiftungen, Eltern, Vormünder und sonstige Interessenten;
 - c) die Vermittlung des gesamten geschäftlichen Verkehrs zwischen den vorgenannten Parteien in Erziehungs- und Fürsorgeangelegenheiten.
-
5. Veranlassenfalls die Anregung der bedingten Begnadigung jugendlicher Verurteilter, sowie die Überwachung derselben während der Dauer der Bewährungsfrist.
 6. Die weitere Unterstützung der Behörden bei der Ausführung des Zwangserziehungsgesetzes, und zwar
 - a) bei Ermittlung geeigneter Pflegefamilien und Anstalten zur vorläufigen und dauernden Unterbringung der der Zwangserziehung überwiesenen Minderjährigen;
 - b) bei der Obsorge für das weitere Unterkommen der aus der Zwangserziehung Entlassenen.
 7. Die Förderung von Lehrlingsheimen, Kinderpflegestätten und dergleichen.
 8. Die Fürsorge für die aus der Werktagsschule entlassenen Minderjährigen durch Beratung der Eltern, Pflegeeltern und Vormünder bei der Berufswahl, ferner durch Beihilfe zur Ermittlung geeigneter Lehr- und Dienststellen, sowie durch entsprechende Überwachung während der Lehrzeit, Vermittlung von Stipendien an besonders Begabte usw.
 9. Die Regelung des gesamten geschäftlichen Verkehrs in Jugendfürsorgeangelegenheiten zwischen den Verbandsorganen einerseits und den angeschlossenen Vereinen, Anstalten, Stiftungen sowie Behörden andererseits durch Schaffung einer zentralen Geschäfts- und Auskunftsstelle.

Am Ende des Jahres 1903 gehörten dem Münchner Jugendfürsorgeverband, dessen erster Vorsitzender Rechtsrat Dr. Menzinger und dessen zweiter Vorsitzender Oberstleutnant a.D. Schlatter war, bereits 31 Münchner Vereine und Anstalten und 22 auswärtige Anstalten als ordentliche, sowie 7 Privatpersonen als außerordentliche Mitglieder an.

Der Verband entwickelte sich rasch und entfaltete eine umfangreiche und segensvolle Tätigkeit. Die Zahl der angemeldeten fürsorgebedürftigen Minderjährigen stieg von Jahr zu Jahr. In den zur Zwangserziehung geeigneten Fällen wurde Antrag auf Zwangserziehung gestellt; in der Regel war jedoch eine Fürsorge auf caritativem Wege möglich. Dies kommt in folgenden Zahlen zum Ausdruck⁷⁾:

Jahr	Zahl der angemeldeten Schützlinge	Anträge auf ZWE.	v.H. der Schützlinge
1904	496	22	4,4
1905	449	19	4,2
1906	519	18	3,5
1907	503	10	2,0
1908	797	60	7,5
1909	1389	80	5,8
1910	1611	93	5,8
1911	1813	123	6,8
1912	2721	221	8,1
1913	3857	379	9,8

Die Unterbringung von Kindern im Wege freier Vereinbarung mit den Eltern und sonstigen Interessenten erwies sich als eine sehr wohlthätige Einrichtung. Hierdurch konnte in manchen Fällen armen ordentlichen Eltern die Sorge für die

10. Die Propaganda für die Sache der Jugendfürsorge im allgemeinen, sowie für Gründung weiterer Erziehungs- und Fürsorgevereinigungen in den Städten und Landbezirken des Königreiches.

7) Nach den Jahresberichten des Münchner Jugendfürsorgeverbandes 1904/1913

Erziehung ihrer Kinder abgenommen werden, ohne daß man zu dem äußersten Mittel der Zwangserziehung zu greifen brauchte.

Einem von seiten des Verbandes gleich nach seiner Gründung an das kgl.Staatsministerium des Innern gerichteten Gesuch entsprechend, wies dieses durch Bekanntmachung vom 9. Juli 1903 (Amtsblatt Nr.23, S.277 ff.) die beteiligten Behörden, sowie die vom Staate zur Aufnahme von Zwangszöglingen bestimmten Anstalten an, sich gegebenenfalls mit der Geschäftsstelle des Verbandes in Verbindung zu setzen. Bei der Jahresversammlung der Gemeindewaisenräte 1903 machte Menzinger deren Mitglieder auf den Verband aufmerksam. Dieselben erklärten sich bereit, in geeigneten Fällen den Verband zu unterstützen.⁸⁾

Die ersten Jahresberichte des Verbandes wiesen auf die Schwierigkeiten hin, denen die Unterbringung schulentlassener verwahrloster Knaben immer wieder begegnete, weil es hierfür an den geeigneten Anstalten fehlte. Dieser Mangel machte in vielen Fällen die Durchführung der angeordneten Zwangserziehung unmöglich. Der Verband wandte sich deshalb schon bald nach seiner Gründung an die zuständigen staatlichen Stellen, um die Gründung solcher Anstalten durch die ihm angeschlossenen Vereine - auf katholischer Seite dem Verein zur Erziehung der verwahrlosten Jugend⁹⁾, auf protestantischer Seite dem Landesverein für Innere Mission¹⁰⁾ - mit staatlicher Unterstützung zu ermöglichen.

Am 1. September 1905 konnte dann eine Erziehungsanstalt für protestantische schulentlassene männliche Jugendliche vom Landesverein für

8) Der Münchener Jugendfürsorgeverband im ersten Halbjahr seines Bestehens, a.a.O.

9) s. o. S. 17 ff.

10) s. o. S. 58 ff.

Innere Mission in Rummelsberg eröffnet werden. 1903 hatte der Landesverein den Bauernhof Rummelsberg anekauft, um seine seit 1890 in Nürnberg betriebene Diakonenbildungsanstalt hierher zu verlegen. Auf den Rat des neugewählten Inspektors, Pfarrer Friedrich Eichler, hin wurde dann in Rummelsberg die Erziehungsanstalt gebaut und mit der Diakonenbildungsanstalt verbunden.

Im Jahre 1906 waren im ganzen 52 Zöglinge in der Anstalt; die Höchstzahl der zugleich anwesenden Jungen belief sich auf 40. Am 1. Januar 1907 zählte man 37 Zöglinge; in das Jahr 1908 trat man mit 50, 1909 mit 78, 1910 mit 96, 1911 mit 104 Zöglingen. Vom 1. September 1905 bis zum 31. Dezember 1911 waren der Anstalt 302 Jugendliche anvertraut worden, von denen 197 wieder entlassen werden konnten. Mit 105 Zöglingen begann die Anstalt das Jahr 1912. Da sie ursprünglich nur für 34 Jugendliche berechnet war, wurden bald bauliche Erweiterungen notwendig.

Die Jungen wurden vor allem im landwirtschaftlichen Betrieb beschäftigt und angeleitet. Für den nötigen Eigenbedarf wurde zunächst eine Schneider- und eine Schusterwerkstätte eingerichtet; später kam eine eigene Schreinerei, Bäckerei und Schmiede hinzu. Für solche Zöglinge, die weder in der Landwirtschaft noch in einem der vorgenannten Betriebe beschäftigt werden konnten, wurde eine Bürstenmachererei als Hausindustrie aufgenommen, die von einer Nürnberger Bürstenfabrik Material und Arbeitsaufträge erhielt.

In der Anstalt wurde das Familienprinzip eingeführt: ungefähr 15 Jugendliche bewohnten unter Aufsicht einiger Brüder gemeinsam ein Zimmer.¹¹⁾

11) Eichler, Bericht über die Rummelsberger Anstalten für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1906, in: Blätter für Innere Mission, 22.Jg., Nr.10/11/12, S. 86 f.; ferner: Sammelbericht, a.a.O. S. 29 f.

Für katholische schulentlassene männliche Jugendliche errichtete der "Verein zur Erziehung der verwahrlosten Jugend in München" in Obermühle (Obb.) das Piusheim, welches am 11. Oktober 1906 eröffnet werden konnte.

Dieser Verein, der schon seit dem Jahre 1852 an der gefährdeten und verwahrlosten Jugend gearbeitet hatte, im Jahre 1902 aber nur noch 120 Mitglieder zählte¹²⁾, erlebte durch das Inkrafttreten des Zwangserziehungsgesetzes einen mächtigen Aufschwung.¹³⁾¹⁴⁾

In der Generalversammlung des Vereins vom 23. März 1905 wurde der Ankauf des Gutes "Obermühle" bei Glonn zur Errichtung einer Erziehungsanstalt für schulentlassene Knaben beschlossen. Am 1. November 1905 ging dieses Gut in den Besitz des Vereins über.

12) s. o. S. 18

13) Dieser Aufschwung kommt in den folgenden Zahlen zum Ausdruck:

Jahr	Zahl d. Vereinsmitglieder	Schützlinge	Ausgaben
1902	120		
1903	320	71	2 908 Mk.
1904	1110	136	4 564 Mk.
1905	2000	230	11 293 Mk.
1906	2800		

1906 sah sich der Verein genötigt, vorerst die Unterbringung von weiteren Kindern in fremden Anstalten aufzugeben, doch zählte er am Schlusse des Jahres 1906 noch 192 Kinder zu seinen Schützlingen.

- 14) Papst Pius X. verlieh seiner Anerkennung für die Arbeit des Vereins Ausdruck, indem er ihm sein Bild mit Unterschrift übersandte.

(Bayerische Caritas-Blätter 1905, Nr. 6 S. 108)

Im "Piusheim", das 1906 mit 9 Zöglingen eröffnet wurde und 1922 mehr als 200 Jugendliche beherbergte, wurden die Knaben in den wichtigsten Gewerben (Schusterei, Schneiderei, Schreinerei, Bäckerei, Müllerei, später auch Schlosserei) und insbesondere in allen Zweigen der Landwirtschaft beschäftigt.

Neben dieser Anstalt wurde im gleichen Jahre, am 29. September 1906, eine Heimstätte für schulentlassene Knaben in Bernau am Chiemsee von dem Verein eröffnet, wo 12 Jungen insbesondere Unterricht in der Moorkultur und allen einschlägigen Arbeiten erhalten sollten.¹⁵⁾

Mit der Errichtung der beiden Anstalten - Rummelsberg und Obermühle - war dem dringendsten Bedürfnis nach Unterbringungsmöglichkeiten für die verwahrlosten schulentlassenen Jungen mindestens fürs erste genügt.

Am 5. Juni 1907 richtete der Münchner Jugendfürsorgeverband an das kgl. Staatsministerium der Justiz die Bitte, "es möge angeordnet werden, daß in den größeren Städten des Königreiches die Aburteilung der jugendlichen Personen einem hierfür besonders geeigneten Richter-Beamten - Jugendrichter - übertragen und diesem zugleich die Befugnis erteilt werde, in gewissen Fällen auch die Behandlung der Zwangserziehungssachen sowie die sonstigen, in das Gebiet der Erziehung einschlägigen Verrichtungen des Vormundschaftsrichters wahrzunehmen". Bei der Begründung dieser Bitte ging der Verband von dem Gedanken aus,

15) Die obigen Angaben über den "Verein zur Erziehung der verwahrlosten Jugend" und das "Piusheim in Obermühle" stützen sich auf folgende Literatur: Auracher, Aufgaben und Ziele des Vereins zur Erziehung der verwahrlosten Jugend (e.V.) in München, in: Bayer.Caritas-Blätter, 1906, S. 60ff.; Jahresberichte des Kath.Vereins zur Erziehung der verwahrlosten Jugend (e.V.) in München 1905 und 1906; Rupprecht, Jugendfürsorge und Jugenderziehung der

daß eine Fortbildung der öffentlichen und privaten Fürsorgeeinrichtungen im Interesse der gefährdeten und verwahrlosten Jugend nötig sei, wenn das erstrebte Ziel: die Verminderung der Zahl der jugendlichen Verbrecher, erreicht werden solle. Man bedürfe dazu auch auf dem Gebiete der Strafrechtspflege einer Einrichtung, durch welche es möglich werde, den erzieherischen Gedanken gegenüber jenem der bloßen Bestrafung des Jugendlichen in den Vordergrund zu stellen. Insbesondere erscheine eine einfachere Gestaltung des Straf- beziehungsweise des Zwangserziehungsverfahrens erforderlich, so daß beide in der Hand eines hierfür besonders geeigneten Richters vereinigt und zugleich dessen Zusammenwirken mit den übrigen in der Jugendfürsorge tätigen Organen erleichtert werde.¹⁶⁾

Als dann auf Grund der Bekanntmachung des kgl. Staatsministeriums der Justiz vom 22. Juli 1908 mit dem 1. Januar 1909 das Jugendgerichtsverfahren in Bayern eingeführt wurde, gliederte sich dem Münchner Jugendfürsorgeverband ein Fürsorgeausschuß beim Jugendgericht an, um ein erfolgreiches Zusammenwirken der caritativen Bestrebungen mit dem Jugendgericht zu gewährleisten.

Obwohl der Vertreter des Staatsministeriums des Innern bei einer der ersten Jahresversammlungen des Münchner Jugendfürsorgeverbandes, in Anbetracht der von diesem entfalteten segensreichen Tätigkeit, die Bildung von Bezirksausschüssen für Jugendfürsorge im ganzen Königreich anregte, und ein diesbezügliches Rundschreiben

Ordensgenossenschaften und Klöster Bayerns, München 1922, S. 1ff.; Menzinger, Die Heimstätte Bernau des Kath. Vereins zur Erziehung der verwahrlosten Jugend (e.V.) München, in: Bayer. Caritas-Blätter 1907, Nr.1 S. 10

16) Jahresbericht des Münchner Jugendfürsorgeverbandes pro 1907

des Verbandes bereits geplant war, kam eine weitere Organisation der Jugendfürsorgebestrebungen zunächst nicht zustande. Die langdauernde Krankheit und der frühe Tod (1909) Rechtsrat Dr.Menzingers hielten die Weiterentwicklung auf.

Für die weitere Ausgestaltung und Organisation der in Bayern bestehenden Einrichtungen und Anstalten für Jugendfürsorge wurde die Einführung der Jugendgerichte von entscheidender Bedeutung.

IV. Die Einführung der Jugendgerichte.

Das Ursprungsland der Jugendgerichtsbewegung ist Nordamerika. Da den angelsächsischen Ländern ein Vormundschaftsrecht fehlte, hatte dort auch kein Erziehungsgericht entstehen können, wie die deutsche Rechtsentwicklung ein solches im Vormundschaftsgericht geschaffen hatte. Eine planmäßige Erziehungsfürsorge für die verwahrloste und straffällige Jugend konnte sich daher in diesen Ländern nur aus der Strafrechtspflege entwickeln.

Der Staat Illinois der Vereinigten Staaten von Nordamerika erließ im Jahre 1899 ein Gesetz, welches für alle späteren Jugendgerichtsgesetze grundlegend wurde.

Das erste Jugendgericht (juvenile court) entstand 1899 in Chicago. Von da an fanden die Jugendgerichte in den Vereinigten Staaten rasche Verbreitung.

An diesen Gerichten war es dem freien Ermessen der Richter überlassen, im einzelnen Falle Strafe oder Erziehungsmaßregeln anzuordnen.

"Gerichtsbarkeit und staatliche Erziehungsfürsorge flossen bei ihm (dem Jugendgericht) in eins: es wurde zur staatlichen Erziehungsbehörde. Statt Vergeltung ward seine ausschließliche Aufgabe Erziehung, bessernde Leitung und fördernde Mithilfe. Es erhielt Vollmacht nicht nur über rechtsbrecherische, sondern über die verwahrlosten Kinder insgesamt und hatte für das Erziehungsbedürfnis eines jeden Kindes einzutreten, das eines geordneten Heimes darbot."¹⁾

1) Max Rehm, Das Kind in der Gesellschaft, München 1925, S. 318

Wie in vielen anderen Ländern, so hatte man auch in Deutschland die Reformbedürftigkeit der Behandlung straffälliger Jugendlicher schon länger erkannt, und es hatte nicht an Bestrebungen gefehlt, die darauf abzielten, an die Stelle der strafrechtlichen Behandlung der Jugendlichen Erziehungsmaßregeln zu setzen.

Diese Forderungen nach einer reinlichen Scheidung zwischen Strafrecht und Erziehung fanden jedoch keine Verwirklichung. Man hielt an einer strafrechtlichen Behandlung der Minder- und Jugendlichen fest und nahm für diese lediglich einige Sonderbestimmungen in das allgemeine Strafrecht auf.

Für das Strafverfahren gegen Jugendliche war in Deutschland das Strafgesetzbuch vom 15. Mai 1871, die Strafprozeßordnung vom 1. Februar 1872 und das Gerichtsverfassungsgesetz vom 27. Januar 1877 maßgebend.

Auf den Minderjährigen als Täter bei strafbaren Handlungen bezogen sich die §§ 55, 56 und 57 des Reichsstrafgesetzbuches.²⁾

Die Gerichtsordnung war für Jugendliche durch § 75 Ziffer 14a und § 73 Ziffer 3 des Gerichtsverfassungsgesetzes etwas anders gestaltet als für erwachsene Straffällige.

Nur wenige gesetzliche Vorschriften waren im damals geltenden Strafverfahren dem speziellen Schutz des Minderjährigen gewidmet.³⁾

Auch über die Strafvollstreckung bei Minderjährigen war im Gesetze kaum etwas zu finden.⁴⁾

2) Vergl. oben S. 72 und 74

§ 57 StrGB. bestimmte: Wenn ein Angeschuldigter, welcher zu einer Zeit, als er das 12., aber nicht das 18. Lebensjahr vollendet hatte, eine strafbare Handlung begangen hat, bei Begehung derselben die zur Erkenntnis ihrer Strafbarkeit erforderliche Einsicht besaß, so kommen gegen ihn mildere Strafbestimmungen (sie werden im Gesetz einzeln aufgeführt) zur Anwendung.

3) Diese Bestimmungen sind zusammengestellt bei Köhne, Der Minderjährige im Strafrecht, Strafprozeß und Strafvollzüge, in Handbuch der Jugendpflege, S. 118

Ohne Änderung der Gesetzgebung wurde in den meisten deutschen Bundesstaaten durch landesrechtliche Vorschriften Ende des 19. Jahrhunderts die bedingte Begnadigung eingeführt.⁵⁾

Diese sollte in der Regel nur gegen solche Personen zur Anwendung kommen, die bisher noch keine Freiheitsstrafe verbüßt hatten, also zum ersten Mal straffällig geworden waren, und vor allem gegenüber Jugendlichen unter 18 Jahren, um diese vor den Gefahren des Gefängnisses zu bewahren und durch die Bewilligung einer Bewährungsfrist erzieherisch auf sie einzuwirken.

Da Bestrebungen, ein reichseinheitliches Gesetz zu schaffen, welches die Bestrafung und die Fürsorgeerziehung Jugendlicher regeln sollte, um die Jahrhundertwende noch zu keinem Erfolg führten, wurde der Berliner Juristischen Gesellschaft im Jahre 1905 von Amtsgerichtsrat Dr. Köhne die Einrichtung von Jugendgerichten im Rahmen des geltenden Rechts vorgeschlagen.

Der Vorschlag Köhnes ging nun dahin, "die Vorteile des amerikanischen Systems innerhalb des Rahmens unserer öffentlichen Einrichtungen versuchsweise auf deutschen Boden zu verpflanzen".⁶⁾

Sein Gedanke war: "die Aufgabe des Strafrichters bei Jugendlichen einfach dem Vormundschaftsrichter zu überweisen und diesen kombinierten Vormundschafts- und Strafrichter Jugendrichter zu nennen."⁷⁾

4) In § 57 StrGB. hieß es im letzten Absatz:
"Die Freiheitsstrafe ist in besonderen, zur Verbüßung von Strafen jugendlicher Personen bestimmten Anstalten oder Räumen zu vollziehen".

5) In Preußen durch Allerhöchsten Erlaß vom 23. Oktober 1895, in Bayern durch Allerhöchste Entschluß vom 15. Januar 1896

6) Zusammenstellung des Wissenswerten über die Jugendgerichtsbewegung und den Stand der Entwicklung in Deutschland bis zum heutigen Tage, in: Mitteilungen der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge (e.V.), 3. Jhr., Nr. 2

7) J. Chr. Klumker, Die kriminellen Jugendlichen, in: Jugendfürsorge, herausgeg. von der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge, S. 134

Aber erst im Jahre 1907 ging man - in verschiedenen Bundesstaaten etwa gleichzeitig - an die Verwirklichung dieser Vorschläge heran.

Mit dem Jahre 1908 begannen in Deutschland die ersten Jugendgerichte ihre Tätigkeit und zwar in Frankfurt a.M., Köln, Stuttgart und Breslau. Zahlreiche andere deutsche Städte folgten bald mit ähnlichen Einrichtungen.

Die Einführung der Jugendgerichte war unter der geltenden Strafgesetzgebung, die Sondergerichte für Jugendliche nicht vorsah, nur auf dem Verwaltungswege möglich, durch Änderung der Geschäftsverteilung an den bestehenden Gerichten.⁸⁾

Für die Jugendgerichte in Bayern war die Organisationsform des Frankfurter Jugendgerichts vorbildlich. Das Frankfurter System wurde auch in dem Erlaß des preußischen Justizministeriums über die Jugendgerichte verwendet und hat die weiteste Verbreitung gefunden.

Bei diesem Typ des Jugendgerichts war die Personalunion zwischen Vormundschaftsrichter und Strafrichter in der Weise geregelt, daß ein Jugendrichter, der als Vorsitzender des Schöffengerichts für jugendliche Straffällige die Geschäfte führte, zugleich auch Vormundschaftsrichter für diese Jugendlichen war. Dieser Ordnung stand die Kölner Regelung gegenüber, nach der umgekehrt der Vormundschaftsrichter auch strafrechtliche Befugnisse über alle seine Mündel hatte.⁹⁾

8) Die Justizverwaltungen der einzelnen Bundesstaaten erließen zu diesem Zweck Bekanntmachungen, von denen die wichtigsten hier genannt seien:

Württemberg, Erlaß vom März 1908 und 24. Januar 1911 (JMBL.1911,11),

Preußen, Erlaß vom 1. Juni 1908 und 22. September 1909 (JMBL.1909,355),

Bayern, Erlaß vom 22. Juli 1908, erneuert 8. Juli 1910 (JMBL.1910,650),

Sachsen, Erlaß vom 20. Oktober 1908 und 11. Februar 1910 (JMBL.1908,85 und 1910,22)

(Karl Rupprecht, Handbuch der Jugendfürsorgepraxis in Bayern, M.-Gladbach 1914, S. 29)

Die im Jahre 1907 entstandene Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge in Berlin berief in Anbetracht der raschen und erfolgreichen Ausbreitung der Jugendgerichte in Deutschland alle beim Jugendgericht beteiligten Organe zu einer gemeinsamen Konferenz, einem Jugendgerichtstag, ein, der vom 15. bis 17. März 1909 in Charlottenburg stattfand. Mit dieser Veranstaltung bezweckte die Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge, "einen Austausch der im Bereich der jugendgerichtlichen Rechtspflege gewonnenen Erfahrungen herbeizuführen, die Anschauungen über eine Fortbildung der Gesetzgebung und Rechtsübung im gleichen Rahmen zu klären und die Verwirklichung der Erörterungsergebnisse anzustreben".¹⁰⁾

Schon 1910 fand der zweite Deutsche Jugendgerichtstag vom 29. September bis 1. Oktober in München statt.¹¹⁾

Der äußere Anlaß zu der Einberufung des zweiten Jugendgerichtstages waren die am 26. März 1909 dem Reichstag vorgelegten Entwürfe einer Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz und einer Strafprozeßordnung, die eine Reihe von Vorschriften in Aussicht genommen hatten, die die materielle und prozessuale Behandlung jugendlicher Angeklagter betrafen.¹²⁾¹³⁾

9) Max Rehm, a.a.O. S. 323

10) Kleitner Marie, Erster Deutscher Jugendgerichtstag in Berlin, in: Bayer.Caritas-Blätter 1909, S. 89

11) darüber bei Josef Bernrieder, Der zweite Deutsche Jugendgerichtstag in München, in: Bayer. Caritas-Blätter, 1910, S. 193

12) Paul Köhne, Jugendgerichte und Jugendgerichtstage, in: Zentralblatt für Vormundschaftswesen, Jugendgerichte und Fürsorgeerziehung, 4.Jg., Nr.13, S. 147

13) zu den in den Entwürfen vorgesehenen Neuerungen s. Hermann Kriegsmann, Das Strafverfahren gegen Jugendliche in den Strafprozeßentwürfen, in: Zentralblatt für Vormundschaftswesen, 1.Jg., Nr.13, S. 145 ff.

Obwohl die Entwürfe als ganzes betrachtet, als bedeutsamer Fortschritt auf dem Gebiet der Behandlung straffälliger Jugend gewertet und dankbar begrüßt wurden, gaben mehrere Vorschläge doch zu großen Bedenken Anlaß und forderten eine lebhaftere Kritik heraus. Diese wurde jedoch insofern gegenstandslos, als die dem damaligen Reichstag vorgelegten Regierungsentwürfe nicht zur Verabschiedung gelangten.¹⁴⁾

Die von der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge noch im Jahre 1911 - als es sicher war, daß der Reichstag die Strafprozeßordnung nicht mehr verabschieden würde - an die Regierung gerichtete Bitte, die von der Reichstagskommission angenommenen, dem Schutze der jugendlichen Personen dienenden Bestimmungen als Sondergesetz zur Einführung zu bringen, konnte nicht erfüllt werden.¹⁵⁾

Im Herbst 1912 brachte der Bundesrat den Entwurf eines Sondergesetzes für das Jugendgerichtsverfahren ein, der dasjenige verwirklichen wollte, was schon der Strafprozeßentwurf angestrebt hatte. Die Reichsregierung unterbreitete diesen Sondergesetzentwurf der öffentlichen Kritik.¹⁶⁾

Der von der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge für den 10. bis 12. Oktober 1912 nach Frankfurt a.M. einberufene Dritte Deutsche Jugendgerichtstag, stellte sich die Aufgabe, "die Reichsregierung zu unterstützen und den Inhalt ihres Entwurfs kritischer Prüfung zu unterziehen".¹⁷⁾

14) Hierzu: Becker, Zum Dritten Deutschen Jugendgerichtstag, in: Zentralblatt für Vormundschaftswesen, 4.Jhrg., Nr.13, S. 148

15) Köhne, Jugendgerichte und Jugendgerichtstage, a.a.O. S. 147

16) Wortlaut dieses Entwurfs im Anhang VI dieser Arbeit

17) Köhne, a.a.O. S. 147

Die in ihm vereinigten Kreise, "die durch Amt und Beruf oder durch freiwillige Mitarbeit auf dem Gebiet der Jugendpflege die vorhandenen Bedürfnisse kennen und beurteilen gelernt" hatten, sollten durch "ihre Kundgebung die letzten Bedenken beseitigen helfen, die dem Erlasse eines Jugendgerichtsgesetzes noch entgegen" standen.¹⁸⁾

Am 13. Januar 1913 gelangte der Jugendgerichtsgesetzentwurf im Reichstag zur ersten Lesung.¹⁹⁾

Am 30. Mai 1913 schloß die zur Beratung des Entwurfs eingesetzte Kommission ihre Arbeit in der zweiten Lesung ab. Die Regierungsvorlage erfuhr durch die Kommissionsbeschlüsse einige Änderungen²⁰⁾.

Der von der Kommission angenommene Entwurf kam jedoch im Plenum nicht mehr zur Erledigung. Der Reichstag wurde vertagt und die Beratung des Entwurfs über das Verfahren gegen Jugendliche bis zur nächsten Session zurückgestellt. 1914 verhinderte der Ausbruch des Krieges eine weitere Behandlung des Entwurfs und ließ diese Frage wie die meisten anderen innerpolitischen Fragen zunächst in den Hintergrund treten.

Erst das Jugendgerichtsgesetz vom 16. Februar 1923 brachte dann eine einheitliche Regelung des Jugendstrafrechts und schrieb die Einrichtung von Jugendgerichten für das ganze Reich vor.²¹⁾

18) Becker, a.a.O. S. 149

19) Hierzu: Kuckhoff, Das Jugendgerichtsgesetz vor dem Reichstag, in: Zentralblatt für Vormundschaftswesen, 4.Jhrg., 1913, S.238f.

20) Siehe: Der Gesetzentwurf über das Verfahren gegen Jugendliche nach den Beschlüssen der Kommission, in: Mitteilungen der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge, 8.Jhrg., Nr.4

21) Über dieses Gesetz wird im Schlußkapitel dieser Arbeit noch kurz zu sprechen sein.

V. Die Organisation der Jugendfürsorge in Bayern
nach der Einführung der Jugendgerichte.

1. Bemühungen der Regierung um Zusammenfassung
der Jugendfürsorgearbeit.

a) Die Gründung von Bezirks- und Kreis-
verbänden für Jugendfürsorge.

In Bayern wurden die Jugendgerichte am 1. Januar 1909 eingeführt. Wie überall in Deutschland, so war man sich auch in Bayern darüber im klaren, daß bei dem engen Zusammenhang zwischen Jugendgericht und Jugendfürsorge "eine ersprießliche Wirksamkeit des Jugendgerichts nur bei zielbewußtem Mitwirken aller für die Jugendfürsorge in Betracht kommenden staatlichen und gemeindlichen Behörden, bei tatkräftiger Unterstützung durch die bewährte Fürsorgetätigkeit der vielen privaten Vereine für Jugendschutz und Jugendwohlfahrt und bei persönlicher Mitarbeit zahlreicher Helfer und Helferinnen"¹⁾ zu erwarten war.

Nachdem durch die Entschließung des kgl. Staatsministeriums der Justiz vom 22. Juli 1908 (Just.Min.Bl. S.161) allgemein maßgebende Vorschriften über das Strafverfahren gegen Jugendliche im weitesten Umfang für alle Amtsgerichte und Landgerichte erlassen worden waren, machte sich bald im ganzen Lande das Bedürfnis nach einem Zusammenschluß der Jugendfürsorgetätigkeit bemerkbar.

Daß die Bayerische Staatsregierung zur Durchführung des Jugendgerichtsverfahrens ebenso wie seinerzeit zur Durchführung des Zwangserziehungsgesetzes²⁾ auf die wirksame Mitarbeit der freiwilligen Jugendfürsorgeorgane rechnete, kommt deutlich in Ziffer IV der erwähnten Ent-

1) Pernerl, Jugendgericht und Jugendfürsorge, in: Bayer. Caritas-Blätter, 1911, S.105

2) Vergl. §22 der Ausführungsbestimmungen zum Zwangserziehungsgesetz, Text im Anhang III, S. XV

schließung zum Ausdruck, wo es heißt: "Eine ersprießliche Wirkung der mit der Behandlung straffällig gewordener Jugendlicher betrauten Behörden ist nur möglich, wenn diese Behörden von den der Jugendfürsorge dienenden Einrichtungen ausgiebigen Gebrauch machen. In Betracht kommen namentlich die zahlreichen Anstalten und Vereine, die sich der Jugendfürsorge widmen. Mit ihnen ist daher eine rege Verbindung zu unterhalten."

Dieser Justizministerialentschließung folgte ein Erlass des kgl. Staatsministeriums des Innern an die kgl. Regierungen, Kammern des Innern, vom 9. Dezember 1908 (Nr. 32 186), betreffend das Strafverfahren gegen Jugendliche, der die Bildung von Bezirksverbänden für Jugendfürsorge in allen Amtsgerichtsbezirken anregte.

In diesem Erlass wird zunächst darauf hingewiesen, daß die Bekanntmachung des Justizministeriums vom 22. Juli 1908 bezwecke, dem Strafverfahren gegen Jugendliche einen vorwiegend erzieherischen Charakter zu geben und zur Erreichung dieses Zweckes insbesondere die Mitwirkung der Distriktsverwaltungsbehörden und der Gemeindebehörden erforderlich sei. Weiter heißt es:

"Die Bekanntmachung wird um so besser vollzogen werden können, je eifriger die Organe der Jugendfürsorge sowohl bei der Ermittlung der Lebensverhältnisse der Beschuldigten, als auch insbesondere bei deren Unterbringung und Überwachung mitwirken. Für alle Amtsgerichtsbezirke empfiehlt sich daher die Gründung von rege und zielbewußt arbeitenden Jugendfürsorgeverbänden, d.h. freiwilligen Vereinigungen der Vertreter von Vereinen, Anstalten und Stiftungen, deren Zweck mit der Jugenderziehung und Jugendfürsorge im Zusammenhang steht, und von einzelnen Personen, die als Jugendfreunde diese Zwecke fördern wol-

len (Geistliche, Lehrer, Ärzte, Waisenräte, Waisenspflegerinnen usw.). Die Aufgaben solcher Verbände werden nach dem Muster des Münchner Jugendfürsorgeverbandes zu bestimmen sein. Für ihren Verkehr mit den Jugendgerichten können die Einrichtungen der in Frankfurt a.M. bestehenden "Zentrale für private Fürsorge"³⁾ als Vorbild dienen. Späterhin werden die einzelnen Verbände in Kreisverbände und in einem Landesverband zusammenzufassen sein. Hierauf ist schon jetzt bei der Gründung der Bezirksverbände Rücksicht zu nehmen.

Die Distriktsverwaltungsbehörden werden angewiesen, die Gründung von Jugendfürsorgeverbänden da, wo sie noch nicht eingeleitet ist, in die Hand zu nehmen und dort, wo sie bereits bestehen, auf eine möglichst rege und zielbewußte Tätigkeit hinzuwirken...

Der Bestand von Asylen (Sammelstationen, Beobachtungsstationen) zur vorläufigen Unterbringung ge-

3) "Die Zentrale für private Fürsorge wurde 1898 auf Anregung W. Mertons in Frankfurt a.M. gegründet, um zunächst aus eigener Tätigkeit eine Umgestaltung der freien und öffentlichen Fürsorge anzubahnen und von da aus der Fürsorge des Deutschen Reiches neue Anregungen zu geben". (Klumker, Vom Werden deutscher Jugendfürsorge, Berlin 1931, S. 21). Von großer Bedeutung war die Arbeit der Zentrale auf dem Gebiet der Berufsvormundschaft unter der Leitung von Prof.Dr.Klumker und Dr.Pölligkeit. Nach der Einführung des Jugendgerichts in Frankfurt wurde die Zentrale in mustergültiger Weise ausgebaut. Die ihr angegliederte Abteilung für Jugendgerichtshilfe wirkte in großem Umfang sowohl bei der Vorbereitung der Hauptverhandlung, als auch bei der Ausführung der späteren Erziehungsmaßnahmen mit. Das Hauptarbeitsfeld der Zentrale wurde immer mehr "die zur Unterstützung von Vormundschafts- und Strafergericht wirkende Jugendfürsorge" (Recke, Artikel "Vereine", in: Enzyklopädisches Handbuch des Kinderschutzes und der Jugendfürsorge, Leipzig 1911). Im übrigen wurde die "Zentrale für private Fürsorge" in Frankfurt a.M. eine Art Zentralstelle in Jugendfürsorgefragen für Süddeutschland.

fährdeter oder verwahrloster minderjähriger ist für größere Städte ein dringendes Bedürfnis. Soweit nicht die bestehenden oder demnächst sich bildenden Jugendfürsorgevereine die Errichtung solcher Asyle sich angelegen sein lassen, ist diese bei den betreffenden Stadtverwaltungen anzuregen und zu betreiben.."

Daß die hier gegebenen Anregungen auf fruchtbaren Boden fielen, zeigt sich darin, daß zunächst hauptsächlich in den größeren Städten des Landes nach dem Muster des Münchner Jugendfürsorgeverbandes Zentralstellen für Jugendfürsorge ins Leben gerufen wurden.

In Nürnberg war es vor allem der II. Staatsanwalt, Dr. Kühlewein, der das allgemeine Interesse an der vernachlässigten und verwahrlosten Jugend weckte und die Jugendgerichtshilfe organisierte.

In einem Aufsatz über "Die Notwendigkeit der Errichtung einer Jugendfürsorgezentrale in Nürnberg"⁴⁾ betonte Kühlewein die Wichtigkeit der Mitwirkung der Gesellschaft bei dem Bemühen des Staates, die jugendlichen Rechtsbrecher auf den rechten Weg zurückzuführen und zu brauchbaren Menschen zu erziehen. Die mannigfaltigen Aufgaben einer solchen Zentralstelle faßte Kühlewein in zwei Gruppen zusammen: 1. die Aufgaben, die sich mit dem Ausdruck "Jugendgerichtshilfe" zusammenfassen lassen und auf die bereits kriminell gewordenen Jugendlichen gerichtet sind; - die Jugendgerichtshilfe unterstützt das Gericht bei den vorbereitenden Ermittlungen zur Hauptverhandlung, sie steht dem Jugendlichen während derselben bei und betreut ihn nach dem Urteils-

4) Beiträge für Jugendfürsorge, Nürnberg 1910, S. 12ff.

spruch -; 2. Aufgaben, welche sittlich gefährdete Kinder bewahren helfen und schädliche Einflüsse von ihnen fernzuhalten suchen.⁵⁾ Ferner wies Kühlewein darauf hin, daß die Vielseitigkeit der Wohlfahrtspflege in Nürnberg die Durchführung der Jugendfürsorge erschwere und die Zusammenfassung der vorhandenen Kräfte in einer Zentralstelle dringend geboten sei. Schließlich machte Kühlewein noch auf die moderne Jugendfürsorge in Nordamerika und England aufmerksam und führte Beispiele von deutschen Städten an, in denen bereits der Schritt zur Zentralisation der gesamten Wohlfahrtspflege mit gutem Erfolg gemacht worden war: den Danziger Jugendfürsorgeverband, die Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge in Berlin, die auf Anregung des Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Hollgreven in jeder Stadt des Oberlandesgerichtsbezirks Hamm errichteten Jugendfürsorgeausschüsse und die Zentrale für private Fürsorge in Frankfurt a.M.. Die letztere hielt er für besonders geeignet, der Nürnberger Einrichtung als Vorbild zu dienen. Als naheliegend bezeichnete er den Gedanken an die Schaffung eines Bewahrungshauses für Kinder und Jugendliche, die sofortiger Unterkunft oder ärztlicher Beobachtung bedürfen oder in gerichtlichen Gewahrsam genommen werden müssen.⁶⁾

Am 29. März 1909 wurde unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters von Nürnberg, Dr. v. Schuh, die "Hauptstelle für Jugendfürsorge in Nürnberg" gegründet.⁷⁾ Bei der Gründungsversammlung traten der Hauptstelle gleich 221 Personen bei; am

5) Beiträge für Jugendfürsorge, S.17

6) ebenda S.25ff.

7) Die Satzungen der Hauptstelle für Jugendfürsorge in Nürnberg sind abgedruckt in: Beiträge für Jugendfürsorge, S.130

31. Dezember 1909 gehörten ihr bereits 704 Einzelpersonen und 50 Vereine als Mitglieder an.⁸⁾

Da die Entstehung und die Tätigkeit der Hauptstelle rasch bekannt wurde und bei allen in Nürnberg vertretenen Richtungen, ohne Unterschied des Glaubens oder der politischen Zugehörigkeit, Vertrauen und Entgegenkommen fand, konnte sie bald eine ausgedehnte Wirksamkeit entfalten.

Der Magistrat überließ ihr die Anwesen für ein Knaben- und ein Mädchen- und Kinderheim. Das Knabenheim wurde im Jahre 1910, das Mädchen- und Kinderheim 1911 eröffnet. Die Verwaltung, Einrichtung und die Betriebskosten hatte die Hauptstelle für Jugendfürsorge übernommen. In dem Knabenheim fanden werktagsschulentlassene Jungen Aufnahme, die vom Jugendgericht, Vormundschaftsgericht, der Polizeibehörde, den Distriktsverwaltungsbehörden, von Vereinen oder der Armenpflege eingewiesen wurden oder auch solche, die selbst oder deren Eltern für sie um Aufnahme baten. Die Jugendlichen sollten im Heim durch die Erlernung eines Handwerks an geregelte Arbeit gewöhnt werden und kamen erst zur Entlassung, wenn für ihr weiteres Fortkommen gesorgt war. Im Jahre 1912 wurden insgesamt 421 Pfleglinge in das Heim aufgenommen mit 5 438 Verpflegstagen.⁹⁾ Im Mädchen- und Kinderheim befanden sich im Jahre 1912 147 Jugendliche und zwar 107 Mädchen und 40 Jungen im Alter von 3 bis 19 Jahren. Die Überweisungen erfolgten von den gleichen Stellen wie bei den Einweisungen ins Knabenheim. Die schulentlassenen Mädchen wurden mit Hausarbeiten be-

8) Tätigkeitsbericht der Hauptstelle, in: Beiträge für Jugendfürsorge, S. 33

9) Mitteilungen der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge, 9.Jhrg., Nr.2

schäftigt. Sie blieben so lange im Heim, bis sie entweder heimkehren konnten oder wieder eine geordnete Arbeit gefunden hatten oder ein verpflichteter Verband für sie eingetreten war. Zur Vermittlung von Arbeits- und Dienststellen wurde Verbindung mit dem städtischen Arbeitsamt aufgenommen.¹⁰⁾

Ein wichtiges Arbeitsgebiet der Hauptstelle war von Anfang an die Jugendgerichtshilfe. Sie wurde schon zu Beginn des Jahres 1909, als die Jugendgerichte in Bayern eingeführt wurden, also noch ein Vierteljahr vor der eigentlichen Gründung der Hauptstelle für Jugendfürsorge organisiert.

Als dann am 14. März 1910 der Kreisverband mittelfränkischer Jugendfürsorgevereinigungen gegründet wurde, übertrug dieser seine Geschäftsführung der Hauptstelle für Jugendfürsorge in Nürnberg.

In Augsburg wurde schon Ende 1908 ein Jugendfürsorgeverband gegründet, der seine Tätigkeit aber nicht auf Augsburg beschränkte, sondern auch auf die Vororte ausdehnte, sofern seine Mitwirkung in Anspruch genommen wurde.

Als Zweck des Verbandes geben die Statuten an "die den angeschlossenen Vereinen gemeinsamen Aufgaben zu fördern und eine planmäßige Organisation der Fürsorge für Jugendliche in religiös-sittlicher, sowie in körperlicher und wirtschaftlicher Beziehung einzuleiten und durchzuführen. Er wirkt mit bei der Bekämpfung der Verwilderung und Verwahrlosung der Jugend durch vorbeugende caritative Maßnahmen. Der Verband unterstützt auch die Tätigkeit des Jugendgerichts."¹¹⁾

10) Mitteilungen der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge, 9.Jhrg., Nr.2

11) Zentralblatt für Vormundchaftswesen, 1.Jhrg., Nr. 7, S. 79

In E r l a n g e n kam es am 9. Oktober 1909 zur Gründung eines Jugendfürsorgeverbandes.

In R e g e n s b u r g wurde am 11. Oktober ein Jugendfürsorgeverein ins Leben gerufen.¹²⁾

Auch in W ü r z b u r g , L u d w i g s h a - f e n und anderen Städten des Königreiches entstanden bald Jugendfürsorgeverbände.

Wie in Augsburg, so erstreckte sich in Ludwigs-
hafen die Tätigkeit des Verbandes auch auf den
Landbezirk. Als Mitglieder waren außer Einzelper-
sonen, Vereinen, Anstalten usw. auch Landgemein-
den dem Verband angeschlossen. In Ludwigshafen
bestand außerdem noch bei der Stadtverwaltung
selbst eine eigene Jugendfürsorgestelle. Sie war
aus Zweckmäßigkeitsgründen und im Interesse ei-
ner erfolgreichen Wirksamkeit der Verwaltung der
städtischen Armen- und Waisenpflege eingegliedert.
Diese städtische Jugendfürsorgestelle stand "mit
den privaten Jugendfürsorgeorganisationen, den
ehrenamtlichen Organen der Armen- und Waisen-
pflege, der Berufsvormundschaft, der Polizei
und mit den Schulen in engster Verbindung",¹³⁾
und besorgte die Geschäfte des Bezirksjugend-
fürsorgevereins. Bei ihr liefen alle Jugendfür-
sorgefälle ein und wurden von hier aus einer sach-
gemäßen Erledigung zugeführt.

Aber nicht nur in den großen Städten, son-
dern auch in den größeren Orten und in den mei-
sten Landbezirken entstanden im Laufe des Jah-
res 1909 Bezirksverbände für Jugendfürsorge im
Anschluß an die Jugendgerichte.

12) Zentralblatt für Vormundchaftswesen, 1. Jhrg.,
Nr. 16, S. 189

13) Arnold, Die Zwangserziehung in Bayern in den
Jahren 1904/13, in: Zeitschrift des kgl. bayer.
statistischen Landesamtes, 46. Jhrg., 1914,
Heft 3, S. 289

Das k.Staatsministerium erachtete daher die Voraussetzungen für einen weiteren Ausbau der Organisation als gegeben und beauftragte die kgl.Regierungen, Kammern des Innern, in einer EntschlieBung vom 23. November 1909, betreffend die Zusammenfassung der bestehenden Jugendfürsorgeorganisationen sowie die Errichtung von Asylen zur vorläufigen Aufnahme von bestraften oder der Zwangserziehung anheimgefallenen Minderjährigen (Min.A.Bl. S. 963)¹⁴⁾, "die Zusammenfassung der bestehenden Jugendfürsorgeorganisationen aller Art in Kreisverbänden demnächst in die Hand zu nehmen und über den Erfolg tunlichst bald zu berichten". Außerdem wurde in der EntschlieBung darauf hingewiesen, daß im Benehmen mit den zu bildenden Kreisverbänden auch die auf Errichtung von Asylen gerichteten Bestrebungen fortzusetzen seien, da die Errichtung solcher Anstalten einem dringenden Bedürfnis entspräche.¹⁵⁾

Diese EntschlieBung hatte in kurzer Zeit vollen Erfolg. Im ersten Halbjahr 1910 entstanden in allen acht Regierungsbezirken Kreisverbände für Jugendfürsorge, die den Zweck hatten, die Bezirksverbände und die außerhalb derselben stehenden Vereinigungen "nach tunlichst einheitlichen Gesichtspunkten, jedoch unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse zusammenzuschließen, sie in jeder Richtung mit Rat und Tat und nach Maßgabe der Bedürftigkeit und der vorhandenen Mittel namentlich auch mit Geld

14) Abgedruckt in Zentralblatt für Vormundschaftswesen, 1.Jg., Nr. 20, S. 238

15) ebenda

zu unterstützen und gemeinsam mit ihnen die Einrichtungen zu schaffen und auszubauen, die im Interesse einer wirksamen Jugendfürsorge geboten erscheinen". 16) 17)

Ihren Sitz hatten die Kreisverbände jeweils in der Kreishauptstadt:

der Kreisverband Oberbayern in München,

der Kreisverband Niederbayern in Landshut,

der pfälzische Jugendfürsorgeverband in Ludwigs-
hafen a.Rh.,

der Kreisverband oberpfälzischer Jugendfürsorge-
organisationen in Regensburg,

der Kreisverband Oberfranken in Bayreuth,

der Verband mittelfränkischer Jugendfürsorgever-
einigungen in Nürnberg,

der unterfränkische Kreisverband in Würzburg und
der schwäbische Kreisverband in Augsburg.

16) Mitteilungen der Deutschen Zentrale für Ju-
gendfürsorge, 7.Jhrg., 1912, Nr.5

17) Die wesentlichsten Bestimmungen des Normalsta-
tuts eines solchen Kreisverbandes waren die
folgenden:

"Der Kreisverband umfaßt auf Grund freiwilligen Zu-
sammenschlusses tunlichst alle im Kreise bestehen-
den Bezirksverbände und sonstigen, diesen Verbän-
den nicht angehörigen, organisierten Vereinigungen,
welche sich mit der Jugendfürsorge befassen.
Dem Kreisverband können sich auch Erziehungsanstal-
ten für Jugendfürsorge anschließen. Vereine, wel-
che sich die Jugendfürsorge zur Aufgabe gemacht
haben und mindestens 1 000 Mitglieder zählen, sind
berechtigt, dem Kreisverband selbständig beizutre-
ten, auch wenn sie schon einem Bezirksverband an-
gehören. Den Verbandsmitgliedern bleibt in Bezug
auf ihre satzungsmäßigen Zwecke die volle Selb-
ständigkeit und Freiheit gewahrt."

"Der Kreisverband soll eine, die Wirksamkeit sei-
ner Mitglieder auf dem Gebiet der Fürsorge für
die gefährdete und verwahrloste Jugend, zusammen-
fassende und fördernde Tätigkeit entfalten."

"Die Verwaltung des Kreisverbandes erfolgt durch
einen Ausschuß und durch die Verbandsversammlung.
Der Verbandsausschuß besteht aus 12 von der Ver-
bandsversammlung aus den Mitgliedern der dem Ver-
band angehörigen Vereinigungen oder Vorständen
der angeschlossenen Anstalten gewählten Perso-
nen; er ist ermächtigt, 6 weitere Personen als
Ausschußmitglieder zu kooptieren. Die K.Regie-
rung ist befugt, zu den Sitzungen des Ausschusses
und zu den Verbandsversammlungen einen Vertreter

b) Der Bayerische Landesausschuß für
Jugendfürsorge.

Mit der Gründung des Bayerischen Landesausschusses für Jugendfürsorge, die am 14. Juli 1910 auf Anregung des Staatsministeriums des Innern erfolgte, fand die Organisation der Jugendfürsorge für das ganze Land ihren äußeren Abschluß.

Zur Gründungsversammlung waren aus den acht Kreisverbänden deren Delegierte und Stellvertreter einberufen worden; daneben hatte man noch eine Anzahl von Persönlichkeiten eingeladen, die vom Ministerium des Innern für den zu bildenden Ausschuß als Mitglieder bzw. deren Stellvertreter vorgesehen waren.¹⁸⁾¹⁹⁾ Auch die Ministerien des Kultus, der Justiz und des Äußeren hatten Vertreter zu der Versammlung abgeordnet.

mit beratender Stimme abzuordnen."

"Zur Verbandsversammlung ordnen die Verbandsmitglieder Vertreter ab. Die Verbandsversammlung hat hauptsächlich über interne Angelegenheiten, sodann über Anträge des Ausschusses oder der Verbandsmitglieder zu beraten und zu beschließen". (Vergl. Rupprecht, Die staatliche Organisation der freiwilligen Jugendfürsorge in Bayern, in: Bayer.Caritas-Blätter 1910, S. 170 ff.)

- 18) Die vom kgl.Staatsministerium des Innern berufenen Persönlichkeiten (alle in München wohnhaft) waren: als Vertreter der konfessionellen Jugendfürsorge: Geistl. Rat Reeb und Vereinsgeistlicher für Innere Mission Pfarrer Prieser, ihre Stellvertreter: Domkapitular Degenbeck und Oberstleutnant a.D. Schlatter; als medizinischer Sachverständiger: Universitätsprof. Dr.K.Seitz und als Stellvertreter Hofrat Joseph Meier, prakt.Arzt; für die Volksschulen: Oberstudienrat, Stadtschulrat Kerschensteiner, als Stellvertreter Kreisschulinspektor Lex; als Vertreterinnen der kath. bzw. evangel. Frauenvereine: Frau Dr.Christine List, als deren Stellvertreterin Frau Hofrat Dr.Ellen Ammann, und Frau Oberkonsistorialrat Exzellenz von Schneider, als ihre Stellvertreterin Frau Kreismedizinalrat E.Müller.
(Mitteilungen des Bayerischen Landesausschusses für Jugendfürsorge, Nr.1, S. 1)
- 19) Nachträglich wurden vom Staatsministerium der Justiz in den Landesausschuß abgeordnet: Jugendrichter Oberamtsrichter Pernerl in München und Amtsrichter (später II.Staatsanwalt)

Der Vorsitzende, Staatsminister des Innern, von Brettreich, der die Versammlung eröffnete, wies auf die Notwendigkeit eines geordneten Zusammenwirkens aller berufenen Kräfte in der Jugendfürsorge hin und betonte, daß "die ganze beteiligte Staatsverwaltung... auf dem Gebiet der Jugendfürsorge ganz besonders auf die Mitwirkung der freien Liebestätigkeit angewiesen" sei. Die Aufgaben des zu gründenden Landesausschusses umriß er mit folgenden Worten: "Der Landesausschuß hätte den sämtlichen im Lande wirkenden Jugendfürsorgevereinen, den Bezirks- und Kreisverbänden eine Vermittlungsstelle zum Austausch und zur gemeinsamen Verwertung ihrer Erfahrungen zu sein, wobei er jedoch die Tätigkeit der einzelnen Vereine und Verbände in keiner Weise beengen soll, sondern er hätte allenthalben nur unterstützend und fördernd einzugreifen. Außerdem soll er der Staatsregierung als treuer Berater in Fragen der Jugendfürsorge zur Seite stehen".²⁰⁾

Nach eingehender Beratung nahm dann die Versammlung die von dem Ministerialreferenten, Ministerialrat Dr.v.Englert, entworfenen "Satzungen des Bayerischen Landesausschusses für Jugendfürsorge" an.²¹⁾

Die Geschäftsstelle des Landesausschusses wurde mit der des Münchner Jugendfürsorgeverbandes vereinigt. Vom Jahre 1912 an gab der Landesausschuß in zwangloser Reihenfolge, je nach Bedarf, die "Mitteilungen des Bayerischen Landesausschusses für Jugendfürsorge" heraus, in welche kurze Berichte über wichtige Vorgänge auf dem Gebiet

Plößner in München und deren Stellvertreter Amtsrichter Klein in Nürnberg und Amtsrichter Botzong in München. An Stelle des wegen Erkrankung vom Dienst befreiten II.Staatsanwaltes Plößner wurde der Jugendstaatsanwalt Rupprecht in München in den L.A. abgeordnet. (Mitteilungen Nr.1, S. 3)

20) Mitteilungen des Bayer.Landesausschusses für Jugendfürsorge, Nr.1, S.2

21) Satzungen des Bayerischen Landesausschusses, s. Anhang VII

der Jugendfürsorge in Bayern aufgenommen wurden. Die einzelnen Nummern der "Mitteilungen" vermitteln einen guten Überblick über die ausgedehnte Tätigkeit des Landesausschusses und die in den Beratungen behandelten Fragen.

Besonders förderlich für die Bestrebungen auf dem Gebiet der Jugendfürsorge in Bayern waren auch die beiden vom Landesausschuß für Jugendfürsorge veranstalteten Jugendfürsorge- und Zwangserziehungstage, von denen der erste am 20., 21. und 22. Juni 1911 in München, der zweite am 3. und 4. Juni 1914 in Nürnberg abgehalten wurde.

Auf der Münchner Tagung, die von allen Konfessionen aus dem ganzen Lande, auch aus dem benachbarten Württemberg sehr gut besucht war, stand die Frage der Behandlung und Erziehung der psychopathischen, der schwachsinnigen und der geistig und moralisch minderwertigen Zöglinge im Mittelpunkt der Beratungen. Die Psychiater, Universitätsprofessor Dr.Seitz, Dr.Isserlin und Dr.Rüdin sprachen "über das Entwicklungsalter", "über die Beziehungen der sexuellen Entwicklung zu den psychopathologischen Erscheinungen im Kindes- und Jugendalter", "über die Kriminalpsychologie der Jugend" und "zur ärztlichen Charakterisierung und Behandlung psychopathischer Jugendlicher".

Außerdem tauschten in verschiedenen Versammlungen die mit der Durchführung der Zwangserziehung in bayerischen Anstalten in leitender Stellung betrauten Personen ihre seit Einführung der Zwangserziehung in Bayern gewonnenen Erfahrungen aus, teilten einander ihre Beobachtungen über Erfolge, Hindernisse und Mißerfolge in der Zwangserziehung mit, gaben Anregungen zu Verbesserungen usw.²²⁾

22) Mitteilungen des Bayer.Landesausschusses, Nr.1 S. 5; auch: "Der 1. bayerische Jugendfürsorge- und Zwangserziehungstag, in: Bayer.Caritas-Blätter 1911, S. 135 f.

Ebenso wie der erste Jugendfürsorge- und Zwangserziehungstag in München, fand auch der zweite in Nürnberg großen Anklang im ganzen Lande. "Alle an der Jugendfürsorge interessierten Kreise waren vertreten, besonders zahlreich die Geistlichkeit beider Konfessionen. Das Justizministerium, das Ministerium des Innern und das Kultusministerium hatten Vertreter geschickt, ebenso einige Kreisregierungen und große Städte, der Erzbischof von Bamberg und die protestantische Kirchengemeinde."²³⁾ Vorträge wurden bei dieser Tagung gehalten von dem Psychiater Dr. v. Rad, Oberarzt am städtischen Krankenhaus in Nürnberg, "über psychopathische Jugendliche", von Amtsgerichtsrat Pernerl - München, der "Vorschläge zur Abänderung des bayerischen Zwangserziehungsgesetzes" unterbreitete, und von Universitätsprofessor Dr. F. W. Foerster - München, der über "Autorität und Selbstbetätigung der Jugendlichen" sprach. Der größere Teil der zur Verfügung stehenden Zeit wurde auf die Beratung einer Anzahl aktueller und wichtiger Fragen der Jugendfürsorge verwendet. Auch die Nürnberger Tagung brachte eine Fülle von Anregungen für die mit Jugendfürsorge und Zwangserziehung befaßten Teilnehmer.²⁴⁾

Mit der Gründung des Bayerischen Landesausschusses für Jugendfürsorge hatte Bayern als erster unter den deutschen Bundesstaaten eine das ganze Land umfassende Organisation der Jugendfürsorge zum Abschluß gebracht.

23) Gerbl: Der zweite bayerische Jugendfürsorge- und Zwangserziehungstag, in: Bayer. Caritas-Blätter, 1914, S. 161

24) ebenda, S. 163

1913 schloß sich der Bayerische Landesausschuß für Jugendfürsorge an den am 9. Oktober 1912 in Frankfurt a.M. gegründeten "Bund deutscher Jugendfürsorgeverbände zum Zwecke der Bekämpfung des jugendlichen Bettler- und Landstreichertums" an. Direktor Dr. Polligkeit von der "Zentrale für private Fürsorge" in Frankfurt a.M. hatte in einer Zuschrift an den Bayerischen Landesausschuß die Gründe dargelegt, die zum Zustandekommen dieses Bundes geführt hatten, und den Landesausschuß um eine Beitrittserklärung zu diesem Bunde gebeten.

Polligkeit führte aus, daß das Fehlen einer Verbindung zwischen der Jugendfürsorgeorganisation des Aufenthaltsortes und derjenigen der Heimatgemeinde des Jugendlichen, die in zahlreichen Fällen in einem anderen Bundesstaate gelegen sei, erhebliche Mißstände zur Folge habe. Infolge der Zersplitterung der einzelstaatlich geregelten Fürsorgeerziehungsgesetzgebung finde ein Jugendlicher in einem fremden Bundesstaat oft nicht denjenigen vormundschaftsrechtlichen Schutz, den er in seinem Heimatstaate genießen würde. Auch die Möglichkeit, durch vorläufige Maßnahmen vormundschaftsrechtlicher Art eine unmittelbar drohende Gefahr der Verwahrlosung von dem Jugendlichen abzuwenden, werde durch die völlig ungenügenden Bestimmungen über die örtliche Zuständigkeit der Vormundschaftsgerichte erheblich eingeschränkt. Um so dringlicher sei ein tatkräftiges Eintreten der privaten Jugendfürsorge, die sich jedoch zur Erreichung dieser Zwecke für den interlokalen und interstaatlichen Verkehr besonders organisieren müsse. Entsprechend den wirtschaftsgeographischen Beziehungen im Binnenwanderungsverkehr scheine es zweckmäßig, zunächst

den Zusammenschluß nach Binnenwanderungsgebieten zu versuchen. Es empfehle sich daher, ein einmütiges Zusammengehen der Landesverbände von Bayern, Württemberg, Baden, Elsaß-Lothringen und Hessen zustande zu bringen. Als erster Punkt eines gemeinsamen Arbeitsprogrammes solle die Herstellung einer Liste der an den einzelnen Orten bestehenden Organisationen der privaten Jugendfürsorge, soweit sie sich mit der Anstellung von Ermittlungen, der Ausübung der Schutzaufsicht oder der Unterbringung von gefährdeten und verwahrlosten Jugendlichen befassen, in Angriff genommen werden.²⁵⁾

Im Jahre 1913 stellte das Staatsministerium des Innern Erhebungen über den Stand der Jugendfürsorgeorganisationen in den einzelnen Teilen Bayerns an. Arnold bringt in seinem Bericht eine auf Grund dieser Erhebungen zusammengestellte Übersicht²⁶⁾, welche hier folgen soll, vor allem auch, um den Aufbau und die Zusammensetzung der Bezirksverbände zu veranschaulichen.

25) Die Landesverbände der hier genannten Bundesstaaten gehörten bereits 1914 unter Leitung der Zentrale für private Fürsorge in Frankfurt a.M. dem "Bund deutscher Jugendfürsorgeverbände" an. (Mitteilungen des Bayerischen Landesausschusses für Jugendfürsorge, S. 13)

26) Arnold, a.a.O. S. 290

Die Bezirksverbände für Jugendfürsorge im Jahre 1913

Regierungs- bezirk	Zahl der Bezirksverbände nach										Zahl d. d. Bez. ver. angeschl. Verei- nungen, Anstalten, u. s. f. davon sind									
	d. Bekent- nisgepräge			d. wirtsch. Lage		Ihrer Zusammensetz.														
	kath.	prot.	interkonfes.	ohne Vermögen	mit eigen. Vermögen		nur Einzel- mitglieder	Einzelmitgl. u. s. Mitgl. gruppe	Gem. u. Ortsausgch. Ortsver. u. s. Ver- bindg. m. s. Mitgl. gruppen	sonst. Mitgl. gruppen	ohne Angaben	im ganzen	Jugendfürsorge u. Jugendvereine	allgem. Wohl- tätigk. vereine	Arb., Handw., -Gesel- len u. Lehlr. sch.- Vereine	Lehrervereine u. Lehrerkommis.	Anstalten u. Stiftungen	Gemeinden (es v. ihre Anzahl in Ziffern angegeben)	Vereine, and Kor- por. u. unbestimmt	
Oberbayern	27	1	-	26	19	8	4594	2	4	4	12	5	291	55	16	8	5	21	130	56
Nieder- bayern	15	-	-	15	3	12	15256	12	1	-	2	-	38	1	-	-	-	-	29	8
Pfalz	23	-	-	23	13	10	59412	2	1	1	19	-	147	1	3	-	2	1	76	64
Oberpfalz	25	5	-	20	21	4	4927	-	-	-	16	9	12	6	-	-	2	-	-	4
Oberfranken	25	1	1	23	18	7	11518	-	13	6	6	-	174	3	11	1	3	1	123	32
Mittelfr.	40	2	-	38	40	-	-	1	1	2	25	11	219	4	10	2	3	6	80	114
Unterfrank.	25	-	-	25	13	12	27998	1	2	6	10	6	77	5	19	11	6	6	-	30
Schwaben	21	1	-	20	16	5	3830	-	-	2	9	10	171	6	15	9	5	13	46	77
Königreich	201	10	1	190	143	58	127535	18	22	21	99	41	1129	81	74	31	26	48	484	385

2. Organisation und Zusammenschluß der konfessionellen Jugendfürsorgearbeit.

a) Erste Ansätze

Die staatliche Organisation der Jugendfürsorge in Bayern, die die praktische Einzelarbeit nicht selbst übernehmen, sondern nur anregen, in Fluß bringen, in Fluß erhalten und den weiteren Ausbau fördern sollte²⁷⁾, gab, wenigstens indirekt, den Anstoß zur Gründung der katholischen Diözesanjugendfürsorgevereine und der evangelischen Jugendhilfen.

Die ersten neugegründeten Vereinigungen dieser Art entstanden in der Pfalz.

Im Jahre 1903 wurde dort der pfälzische evangelische Erziehungsverein gegründet, dessen Vorstand Professor Krieg in Speyer war. Nach seinen Satzungen verfolgte dieser Verein den Zweck, "bei der Erziehung der Jugend in evangelisch-christlichem Geiste tätig zu sein, richtige Grundsätze über Erziehung zu verbreiten und insbesondere bei der Ausführung des bayerischen Zwangserziehungsgesetzes mitzuwirken".²⁸⁾

Da der Verein, der seinen Sitz in Speyer hatte, seinen Wirkungskreis in den folgenden Jahren sehr erweiterte, wurde bald die Einstellung eines für den Verein hauptberuflich tätigen Beamten erforderlich. Dieser hatte die Reise- und Kontrollarbeit und die damit verbundenen schriftlichen Arbeiten zu erledigen. Die vielseitige Tätigkeit des Vereins richtete sich hauptsächlich auf die Ermittlung geeigneter Unterkunftsplätze

27) In diesem Sinne hatte sich auch der Minister, von Brettreich, in der Sitzung der Kammer der Abgeordneten am 17. März 1910 ausgesprochen: "Einzelarbeit würde der Landesausschuß und die Kreisverbände (und ebenso die Bezirksverbände) nicht zu leisten haben, sondern die Beschäftigung mit den einzelnen hilfsbedürftigen Kindern müßte naturgemäß den äußeren, meist auf konfessioneller Grundlage beruhenden Vereinen überlassen bleiben, deren Tätigkeit durch die Verbandsorganisation überhaupt

für Zwangszöglinge, die Verbringung der Kinder in die Anstalten oder zu den Pflegefamilien durch Angestellte des Vereins, die mit den Pflegeeltern den Vertrag abzuschließen und diese selbst anzuleiten hatten, die Beaufsichtigung der Zwangszöglinge und die weitere Sorge und Fühlungnahme für und mit den aus der Zwangserziehung Entlassenen.²⁹⁾

b) Das Zustandekommen der katholischen Organisationen.

Von katholischer Seite wurde im September 1905 der Katholische Jugendfürsorgeverein für die Pfalz ins Leben gerufen. Dieser Verein war das Werk des Geistlichen Rates Reeb, der sein ganzes Leben seinen gefallenen Mitmenschen und der Jugend widmete, und dessem literarischen und organisatorischen Arbeiten mit in erster Linie die vorbildliche Organisation der Jugendfürsorge in Bayern in jenen Jahren zu danken ist. Bei seiner langjährigen Tätigkeit als Gefängnisgeistlicher in Zweibrücken (von 1869 bis 1909) hatte Reeb die Not der straffälligen Jugendlichen kennengelernt, die nach dem damaligen Strafrecht, bei dem der Vergeltungsgedanke an erster Stelle stand, mit den erwachsenen Strafgefangenen auf eine Stufe gestellt und mit diesen zusammengesperrt wurden.

Als sich gegen Ende des vorigen Jahrhunderts immer mehr die Erkenntnis von dem prinzipiellen Unterschied zwischen dem jugendlichen und dem erwachsenen Straffälligen Bahn brach, setzte sich

nicht eingeschränkt, sondern im Gegenteil möglichst gefördert werden soll."

(Zitiert in: Mitteilungen des Bayerischen Landesausschusses für Jugendfürsorge, S. 6)

28) Arnold, a.a.O. S. 290 f.

29) ebenda

auch Reeb lebhaft für diese Ideen ein, indem er Material sammelte und als Anwalt für die Jugend in der Presse auftrat.

Nachdem der Wahlkreis St.Ingbert ihn als seinen Vertreter in die bayerische Abgeordnetenversammlung entsandt hatte, wirkte er vor allem bei der Schaffung des bayerischen Zwangserziehungsgesetzes von 1902 mit, dessen Referent er in der Abgeordnetenversammlung war und zu dem er auch einen allgemeinverständlichen Kommentar³⁰⁾ verfaßte.

Zusammen mit dem damaligen Kurat am Gefängnis in Zweibrücken war Reeb zunächst in seiner Heimatdiözese Speyer in Wort und Schrift unermüdlich tätig, "um den Geist des Gesetzes populär zu gestalten und den Boden für einen ausgedehnten Verein vorzubereiten".³¹⁾

Der Erfolg dieser Arbeit ließ nicht lange auf sich warten. Als am 11. September 1905 unter dem Vorsitz Reeb's in Neustadt a.d.H. die Vorbereitung zur Gründung eines katholischen Jugendfürsorgevereins stattfand, zu welcher die Dekane, einige Pfarrer und Lehrer größerer Städte und außerdem einzelne Landtagsabgeordnete eingeladen worden waren, wurde die Gründung des neuen Vereins einstimmig beschlossen.

Bischof Konrad von Busch, der ebenfalls an der Versammlung teilnahm, erklärte sich zur Übernahme des Protektorats über den geplanten Verein bereit und bewies damit auch äußerlich sein volles Einverständnis mit den Zielen des Vereins.³²⁾

30) Jakob Reeb, Das bayerische Zwangserziehungsgesetz und seine Durchführung. Ein Wegweiser für alle zur Mitarbeit Berufenen. München 1903

31) Nikolaus Moll, Werden und gegenwärtiger Stand des Diözesanjugendfürsorgevereins für die Pfalz, in: Bayer.Caritas-Blätter, 1912, Nr.2 S. 28

32) Moll, a.a.O. S. 29

Die endgültige Gründung des Vereins erfolgte am 20. September 1905 in Kaiserslautern. Zum ersten Vorsitzenden wurde Geistlicher Rat Reeb gewählt.

Der Hauptzweck des "Katholischen Jugendfürsorgevereins für die Pfalz" war (nach § 1 seiner Statuten): "im Sinne des bayerischen Zwangserziehungsgesetzes tätig zu sein und zu dessen Durchführung mitzuwirken, zunächst durch Gründung und Unterstützung solcher Anstalten, in welchen in Ermangelung geeigneter Familien minderjährige Knaben und Mädchen (in der Regel vom zwölften Lebensjahre an) entsprechende Unterkunft und Erziehung erhalten sollen".³³⁾

Seinen Sitz hatte der Verein zuerst in Zweibrücken, später wurde er nach Landau-Queichheim verlegt.

Die kgl.Staatsregierung nahm mit großer Freude von der Gründung des neuen Vereins Kenntnis und stellte ihre weitgehendste formelle und materielle Unterstützung in Aussicht. Die Presse richtete immer wieder Aufforderungen an die Bevölkerung, dem neuen Verein beizutreten, und förderte dadurch das Unternehmen. Das bischöfliche Ordinariat machte die ihm unterstehenden Kreise auf die Notwendigkeit einer intensiven Unterstützung des Vereins aufmerksam. Einen treuen Helfer fand Reeb

33) "Weiter soll der Verein mitwirken:

1. bei Ermittlung der Fälle, in welchen die Voraussetzungen zur Herbeiführung der Zwangserziehung vorliegen;
2. bei Ermittlung geeigneter Familien, in welchen die Zöglinge Aufnahme finden;
3. bei der Obsorge für das weitere Fortkommen der aus der Zwangserziehung Entlassenen und
4. überhaupt in der Obsorge für die gefährdete "Jugend."

(Moll, a.a.O. S. 29 f.)

auch in seinem Freunde, dem damaligen Dompfarrer Bettinger. Zahlreiche Geistliche ließen sich sogleich zur Mitarbeit gewinnen und in kurzer Zeit fand der Verein in vielen Pfarreien und Ortschaften Eingang. Es wurden Ortsgruppen gegründet und innerhalb von zwei Jahren war der Verein auf 2 500 Mitglieder angewachsen, die sich aus Privatpersonen, Gemeinden und Distrikten rekrutierten. Bei der ersten Generalversammlung des Vereins, am 23. April 1906 in Neustadt a.d. H. betrug das Vereinsvermögen bereits 8 500 Mark. Auch paritätische Gemeinden überwiesen dem Katholischen Jugendfürsorgeverein Beiträge. Von der Gründung des Vereins bis zum Jahre 1912 waren bereits 60 000 Mark aus Privatmitteln gesammelt worden.³⁴⁾

Der Verein konnte sofort nach seiner Gründung eine segensreiche Wirksamkeit entfalten. Große Schwierigkeiten bereitete jedoch die Lösung der als Hauptzweck des Vereins bezeichneten Aufgabe, die Errichtung von passenden Anstalten, besonders zur Unterbringung von schulentlassenen Jungen.

In der bayerischen Abgeordnetenversammlung war Reeb, wie die Vertreter der anderen Parteien, der Ansicht gewesen, daß der Staat die Pflicht habe, solche Anstalten zu errichten und zu führen. Staatsminister Dr.v.Feilitzsch überzeugte Reeb jedoch davon, "daß es erzieherisch und natürlich auch finanziell richtiger sei, die neuen Anstalten durch private Kreise mit Unterstützung des Staates errichten und leiten zu lassen".³⁵⁾

34) Moll, a.a.O. S. 29

35) Nikolaus Moll, Nachruf für Geistl.Rat Jakob Reeb, in: Bayer. Caritas-Blätter, 1917, S. 115

Bayern hatte im Jahre 1902 mit Ausnahme der St.Nikolaus-Anstalt in Andechs³⁶⁾ keine einzige caritative Anstalt, in welcher werktagsschul-entlassene männliche Zwangszöglinge Aufnahme finden konnten. Die Unterbringung der schulentlassenen weiblichen Zwangszöglinge bereitete keine besonderen Schwierigkeiten; für sie standen die Klöster der Frauen vom Guten Hirten in München³⁷⁾ und Ettmannsdorf³⁸⁾ und die Besserungsanstalt in Würzburg-Oberzell³⁹⁾ der Kongregation der Dienerinnen der hl.Kindheit Jesu zur Verfügung.

Die Notwendigkeit, eine Erziehungsanstalt für schulentlassene Jungen zu errichten, wurde immer dringender, da die Zahl dieser Jugendlichen, die nur schwer oder überhaupt nicht in Familienpflege untergebracht werden konnten, in der Pfalz zunächst ständig zunahm und zur Unterbringung dieser Jugendlichen außerbayerische Anstalten verwendet werden mußten.

Zur selben Zeit, da der Münchner Rechtsrat Dr.Menzinger mit dem Katholischen Verein zur Erziehung der verwahrlosten Jugend seine Ideen durch die Errichtung einer Erziehungsanstalt für schulentlassene männliche Zwangszöglinge in Obermühle bei Glonn verwirklichte⁴⁰⁾, bemühte sich auch Reeb mit dem pfälzischen Jugendfürsorgeverein um die Gründung einer solchen Anstalt.

"Dank der Opferfreudigkeit der pfälzer Katholiken, der Unterstützung des Staates und der weisen Umsicht" Reeb's, konnte in den Jahren 1908

36) s. o. S. 33 f.

37) s. o. S. 26 f.

38) s. o. S. 28

39) s. o. S. 29

40) s. o. S. 132 f.

bis 1910 in Queichheim bei Landau ein Haus zur Aufnahme von ca. 50 Zöglingen gebaut und am 1. Oktober 1910 eröffnet werden. Die Anstalt (Erziehungsanstalt St. Joseph) war bald überfüllt. Um den Anforderungen der Verwaltungsbehörden um Aufnahme von Zöglingen entsprechen zu können, wurden jährliche Zubauten erforderlich, die mit Hilfe der Staatsregierung und des Vereins ausgeführt wurden. 1915 konnte die Anstalt bis zu 200 Zöglinge aufnehmen, 1917 300. 1915 stammte nahezu die Hälfte der Queichheimer Zöglinge aus dem rechtsrheinischen Bayern, davon gegen 50 allein aus München. 1917 waren mehr als die Hälfte der Anstaltszöglinge rechtsrheinische Bayern. Zunächst wurden in der Anstalt Werkstätten für Schreinerei, Schneiderei, Schusterei eingerichtet; später kamen neue Räume für eine Bäckerei, Metzgerei, Sattlerei und Schmiede hinzu. Auch in der Anstaltsgärtnerei und dem zur Anstalt gehörenden landwirtschaftlichen Betrieb wurden die Zöglinge beschäftigt. 1917 wirkten 34 Personen als Erzieher und Meister, teils geistlichen, teils weltlichen Standes, in der Anstalt. Schon 1911 unterhielt die Anstalt eine eigene Fortbildungsschule mit gewerblicher und landwirtschaftlicher Abteilung und eine Hilfsschule für zurückgebliebene Zöglinge.⁴¹⁾

Am 1. März 1912 wurde bei der Erziehungsanstalt St. Joseph auch ein Asyl zur vorübergehenden Aufnahme gefährdeter, verwahrloster oder obdachloser Knaben jeden Alters errichtet. Bis zur Ermittlung eines geeigneten Unterkommens wurden die Jungen hier mit Korbflechterei beschäftigt.

41) Jahresbericht des Katholischen Jugendfürsorgevereins für die Pfalz (e.V.), in: Bayer. Caritas-Blätter, 1912, Nr. 7, S. 162

Nachdem auf dem ersten bayerischen Jugendfürsorge- und Zwangserziehungstag 1911 in München die Wichtigkeit einer nachgehenden Fürsorge betont und die zu ergreifenden Maßnahmen besprochen worden waren, rief der Katholische Jugendfürsorgeverein der Pfalz bereits zum 1. Januar 1912 eine Zentrale für katholische Jugendfürsorge in der Pfalz ins Leben, deren Leitung dem Direktor der St. Joseph-Anstalt, Nikolaus Moll, übertragen wurde. Die Zentrale, die sich "Geschäftsstelle für Familienunterbringung" nannte, sollte einer vermehrten Anwendung der Familienunterbringung von Zwangszöglingen dienen. Es wurden für die männlichen Schützlinge zwei Sekretäre aufgestellt und mit der Aufgabe betraut:

- "1. Die bereits gemeldeten, ermittelten Familien persönlich zu besuchen und auf ihre Eignung gründlich zu prüfen, bevor ihnen ein Zögling zugeführt wird;
2. persönlich die Zöglinge in die geprüften Familien zu bringen;
3. mit den Familien und den bei ihnen untergebrachten Zöglingen durch persönliche Besuche in steter Verbindung zu bleiben."⁴²⁾

Die Kontrolle der weiblichen, in Familien untergebrachten Pfleglinge besorgte zunächst eine dem Sekretariat zur Verfügung stehende Schwester aus dem St. Paulusstift in Herxheim.

Schon im Laufe des Monats Januar wurden 22 Zöglinge in Familien untergebracht, die fast alle von einem der Sekretäre persönlich aufgesucht worden waren. 96 Familien erbaten in dem einen Monat die Zuweisung von Kindern.⁴³⁾ Bis Ende Mai

42) Jakob Reeb, Der gegenwärtige Stand der kath. Jugendfürsorge in Bayern nach den drei Haupterfordernissen, München 1914, S. 15

43) Nikolaus Moll, Werden und gegenwärtiger Stand des Diözesanjugendfürsorgevereins der Pfalz, a.a.O. S. 31

1912 hatte die Geschäftsstelle bei der Unterbringung von 72 Kindern mitgewirkt und die Mehrzahl der Familienpfleglinge besucht.⁴⁴⁾

Ungefähr eineinhalb Jahre nach der Eröffnung der Erziehungsanstalt St. Joseph in Queichheim konnte die bischöfliche Erziehungsanstalt Maria-Rosenberg in der Rheinpfalz für schulentlassene Mädchen eröffnet werden. Die Anstalt ging aus einer Stiftung hervor, die im Jahre 1903 dem bischöflichen Stuhle in Speyer überlassen worden war.

Der damalige Bischof Dr. v. Ehrler hatte den Vorschlag gemacht, ein Erziehungsheim für gefallene Mädchen unter Leitung eines geistlichen Direktors mit neuer Wallfahrtskirche, die zugleich als Anstaltskirche dienen sollte, zu erbauen.⁴⁵⁾

Bischof Dr. v. Busch hatte die Anstalt für männliche und weibliche schulpflichtige Zwangszöglinge bestimmt.

Allmählich setzte sich dann aber die Überzeugung durch, daß für schulpflichtige Zwangszöglinge in der Pfalz vorerst genügend Familien und Anstalten zur Verfügung ständen, eine Anstalt für schulentlassene weibliche Zöglinge in der Diözese Speyer jedoch ein unabweisbares Bedürfnis sei. Diese Änderung des Anstaltszweckes ist vor allem den Bemühungen Keebs zu verdanken, der mündlich und schriftlich für eine Erziehungsanstalt für schulentlassene Mädchen eintrat. Dr. v. Faulhaber, der nächste Bischof von Speyer, vollendete schließlich das Werk, "das die Liebe ersonnen, die Liebe erschaffen und die Liebe vollendet hat".⁴⁶⁾

Am 22. Mai 1912 konnte er die Konsekration der Kirche und die Benediktion der Anstalt vornehmen.

44) Jahresbericht des Kath. Jugendfürsorgevereins für die Pfalz, a.a.O. S. 162

45) Georgens, Das katholische Mädchenerziehungsheim Maria-Rosenberg in der Rheinpfalz, in: Bayer. Caritas-Blätter 1912, Nr. 12, S. 267

46) ebenda

Die Anstalt, die für 66 Mädchen Raum bot und unter die Leitung eines vom Bischof ernannten geistlichen Direktors gestellt wurde, dem 12 Schwestern aus der Kongregation der Armen Franziskanerinnen von Mallersdorf unter eigener Oberin beigegeben waren, verfolgte den Zweck, "schulentlassene Mädchen, die durch irgendwelche Einflüsse in ihrem sittlichen Bestand Schaden gelitten, auch solche, welche vorbestraft und der Landespolizei überwiesen oder der Zwangserziehung unterstellt sind, in Pflege und Erziehung zu nehmen, um sie als rechtschaffene, brauchbare Glieder der menschlichen Gesellschaft zurückzugeben" Die Anstalt sah ihre Aufgabe darin, "die Zöglinge fürs Leben und für die spätere Freiheit, in der sie tätig sein sollen, heranzubilden. Zur freien Betätigung im Guten, zur vollen Selbständigkeit auch nach der beruflichen Seite sollen sie erzogen und herangebildet, als brave, arbeitsfähige und arbeitsfreudige Glieder der Gesellschaft sollen sie entlassen werden."⁴⁷⁾

Nach der Errichtung dieser Anstalt wurde mit ihr die Geschäftsstelle für die katholische weibliche Jugendfürsorge der Pfalz verbunden. Die Unterbringung und Überwachung der schulentlassenen Mädchen in Familienpflege wurde einer in der Anstalt angestellten Schwester übertragen. Die Tätigkeit der Geschäftsstelle in Queichheim erstreckte sich von da an nur noch auf die männlichen Zöglinge.

Für die spätere Familienunterbringung derjenigen Jungen und Mädchen, die zunächst in Anstalten für vorschulpflichtige und werktagschulpflichtige Kinder untergebracht waren, vor allem

47) Georgens, a.a.O. S. 268f.

in den beiden Waisenhäusern Landstuhl und Pirmasens, sorgten diese von Ordensschwwestern geleiteten Anstalten selbst. Da sie durch ihre vieljährige Tätigkeit an den armen, verwahrlosten und verwaisten Kindern der Bevölkerung gut bekannt und mit ihr verwachsen waren, fehlte es ihnen in der Regel nicht an geeigneten Familien zur Unterbringung derjenigen Kinder, die mit dem Überschreiten des werktagsschulpflichtigen Alters die Anstalt verließen. Die Anstalten blieben mit ihren entlassenen Zöglingen in steter Verbindung.

Mit der Errichtung dieser Geschäftsstellen, die mit ihren eigenen Beamten für die Vermittlung von Pflegefamilien und die Überwachung der entlassenen Zöglinge, auch nach Aufhebung der Fürsorgeerziehung, sorgten, wurde "ein Lieblingsgedanke Reeb's" verwirklicht, "der gerade in der sogenannten Nacherziehung den wichtigsten Teil der Jugendfürsorge sah."⁴⁸⁾

Bereits 1914 konnte er feststellen: "Die Erfolge dieser Einrichtung in der Pfalz lassen sich nicht verkennen. Es fehlt jetzt nicht mehr an freiwilligen Anmeldungen geeigneter Familien, welche Zöglinge aufzunehmen bereit sind, nachdem die Bedenken, welche sie früher davon abhielten, durch die Einrichtung der Kontrolle zerstreut sind und nicht mehr als begründet gelten. Jetzt melden sich auch 'bessere' Familien; ja die Familien, welche bereits Zöglinge aufgenommen haben, sind jetzt die eifrigsten Agenten für die Familienermittlung. Die soziale und die sittliche Bedeutung der Zwangserziehung werden eben von der Bevölkerung mehr und mehr beachtet und gewürdigt. Was aber besonders erfreulich ist,

48) Moll, Nachruf, a.a.O.

der Prozentsatz der durch die Zwangserziehung dauernd Gebesserten und Geretteten steigt."49)

Als Reeb, 1905 in der Pfalz den ersten bayerischen Diözesanjugendfürsorgeverein gegründet hatte, ging sein Streben dahin, auch in den übrigen Diözesen Bayerns die Gründung solcher Vereine anzuregen und zu diesem Zweck die Wege zu ebnen. Es vergingen jedoch noch Jahre bis in allen bayerischen Diözesen Jugendfürsorgevereine ins Leben gerufen wurden.

Im rechtsrheinischen Bayern bezogen auf katholischer Seite zunächst eine Reihe der schon lange bestehenden Jugendfürsorgevereine die Mitwirkung beim Vollzug des Zwangserziehungsgesetzes in den Kreis ihrer Aufgaben ein.

So z.B. der Katholische Verein zur Erziehung der verwahrlosten Jugend in München, das Seraphische Liebeswerk, der Katholische Mädchenschutz, der Vinzenzverein, die Frauen vom Guten Hirten, der Münchner Caritasverband und andere.50)

Es entstanden aber auch neue Vereine, die sich der verwahrlosten Jugend annahmen.

Im November 1906 konstituierte sich in München der Katholische Fürsorgeverein für Mädchen, Frauen und Kinder, der es sich zur Aufgabe machte, gefallenen und strafentlassenen Mädchen und Frauen die Rückkehr in geordnete Verhältnisse und somit zu einer besseren Lebensführung zu ermöglichen.51)

Der Münchner Verein, der im Jahre 1956 sein 50jähriges Bestehen feiern konnte, bildet eine Orts-

49) Reeb, Der gegenwärtige Stand der kath. Jugendfürsorge in Bayern, S.16f.

50) Vergl. S. 16ff. dieser Arbeit

51) Kath.Fürsorgeverein für Mädchen, Frauen und Kinder (Sektion München), in: Bayer. Caritas-Blätter, 1907, S. 156

gruppe der Zentrale in Dortmund. Dort hatte Frau Agnes Neuhaus am 19. Juni 1900 den ersten Verein dieser Art ins Leben gerufen, der sich zunächst "Verein vom Guten Hirten" nannte und "die Tätigkeit der Schwestern vom Guten Hirten in der Welt fortsetzen und ergänzen wollte".⁵²⁾

Die Arbeit des Vereins hatte in Dortmund auf der geschlossenen Station für Geschlechtskranke des dortigen städtischen Krankenhauses begonnen. Die Hilfeleistung an dem einzelnen Schützling führte bald zu einer engen Zusammenarbeit mit der Sittenpolizei, die die Mitarbeit des neuen Vereins freudig begrüßte und diesem ihrerseits auch die aufgegriffenen Mädchen zuführte, die nicht krank befunden worden waren, aber auch Hilfe dringend nötig hatten. Nach und nach bezog der Verein noch eine ganze Reihe von Arbeitsgebieten in seine Tätigkeit ein; so z.B. noch im Jahre 1900, angeregt durch das Beispiel von Frau Marie Le Hanne, die sich in Köln bereits seit vielen Jahren im Polizei- und Strafgefängnis der Aufgegriffenen und Strafgefangenen angenommen hatte, die Gefängnisfürsorge.⁵³⁾

52) Jubiläumstagung des Kath. Fürsorgevereins für Mädchen, Frauen und Kinder, Zentrale Dortmund 1925, Vereinsdaten, S. 172

53) 1913 zählte die Satzung bereits 10 Arbeitsgebiete auf:

1. die Sorge für uneheliche Mütter und Kinder;
2. die Gefängnisfürsorge; 3. die Jugendgerichtshilfe; 4. das Zusammenwirken mit der Sittenpolizei in vorbeugender und rettender Arbeit;
5. die Mitarbeit in der staatlichen Fürsorge- (bzw. Zwangs-) erziehung; 6. die freiwillige Übernahme von Vormundschaften, Pflegschaften, Beistandschaften (organisierte Einzelvormundschaft) und die Mitarbeit in der Berufsvormundschaft; 7. die Übernahme des Amtes als Waisenpflegerin und Aufsichts dame im Ziehkinderwesen; 8. die Zusammenarbeit mit Armenverwaltung und Waisenrat zwecks vorbeugender und rettender Arbeit in verwahrlosten Familien;
9. die Mitarbeit in den örtlichen Zentralen für Jugendfürsorge; 10. die Errichtung von Geschäftsstellen, in denen Hilfesuchende Rat

Der Verein blieb nicht lange auf Dortmund beschränkt. Der Not der Zeit entsprechend entstanden in mehreren Städten des Rheinlandes und Westfalens gleiche Vereine. In Köln gründete Frau Marie Le Hanne schon im Dezember 1900 einen solchen; ihre Freundin, die sie in die Arbeit mit hineingezogen hatten, Frau Marita Loersch aus Aachen, zum gleichen Zeitpunkt dort. Im Dezember 1903 bestanden schon 13 Vereine. Das Bedürfnis nach fester Zusammengehörigkeit war im Laufe des Jahres 1903 schon so stark geworden, daß die Beratungen auf dem ersten Vereinstag in Dortmund, der am 3. Dezember 1903 stattfand, zur Gründung eines Verbandes führten, dem alle 13 Vereine beitraten und der hauptsächlich dazu dienen sollte, "den im Interesse der Arbeit erforderlichen Austausch von wertvollen Erfahrungen, auch von Adressen, Telephonnummern etc. zu vermitteln".⁵⁴⁾

Als Mittelpunkt und Zentrale des Verbandes wurde Dortmund gewählt; die einzelnen selbständigen Fürsorgevereine nannten sich Ortsgruppen.

Da der Name "Verein vom Guten Hirten" ständig zu Verwechslungen mit den "Klöstern vom Guten Hirten" Anlaß gab, wurde er bei dieser Tagung aufgegeben und in "Katholischer Fürsorgeverein für Mädchen, Frauen und Kinder" umgewandelt.

Ende 1905 wurde die Vereinsarbeit nach Baden getragen und auch dort mit Begeisterung in Angriff genommen. 1906 erfolgte nicht nur die Gründung von fünf badischen Ortsgruppen, sondern es entstanden solche auch noch in etlichen größeren

und Auskunft finden, und in denen Behörden (z.B. Vormundschaftsgericht, Waisenrat, Armenverwaltung, Polizeibehörde) die gewünschte Mitarbeit geleistet wird.

(Zillken, Die Entwicklung der Arbeitsgebiete des Vereins, in: Jubiläumstagung des Kath. Fürsorgevereins für Mädchen, Frauen und Kinder, Zentrale Dortmund 1925, S. 39 f.)

54) ebenda, Agnes Neuhaus, Aus der Geschichte des Vereins, S. 19

Städten Deutschlands, u.a. auch in München.⁵⁵⁾

Die Notwendigkeit einer Ausbreitung des Vereins über ganz Deutschland trat immer deutlicher in Erscheinung. 1907 wurde aus dem Verband mit selbständigen Vereinen ein Gesamtverein für Deutschland. Bei der Jubiläumstagung in Dortmund im Jahre 1925 konnte Frau Neuhaus berichten, daß der Verein nun über ganz Deutschland ausgebreitet sei.⁵⁶⁾ Er verfügte zu diesem Zeitpunkt über 67 eigene Anstalten mit rund 5 000 Betten. Im Jahre 1924 wurden in diesen Anstalten, in denen Ordensschwestern mit den Frauen des Vereins zusammenarbeiteten, rund 13 000 Schützlinge versorgt.⁵⁷⁾ Am 1. Oktober 1917 wurde der Zentrale in Dortmund die Fürsorgerinnenschule, die erste und damals einzige ihrer Art in Deutschland, angegliedert.⁵⁸⁾

Die Vorarbeiten für die Entstehung der Münchner Ortsgruppe des Katholischen Fürsorgevereins für Mädchen, Frauen und Kinder hatten einige Damen aus dem Münchner Katholischen Frauenbund, der sich am 6. Dezember 1904 konstituiert hatte, geleistet. Sie erhielten vom Staatsministerium der Justiz die Erlaubnis, die weiblichen Gefangenen in Stadelheim zu besuchen, um ihnen nach ihrer Entlassung an die Hand gehen zu können.⁵⁹⁾ Als dann nach der Generalversammlung im November 1906 ein Katholischer Fürsorgeverein für Mädchen, Frauen und Kinder gegründet werden konnte, trat der Frauenbund diesem seine Rechte bei den Gefangenen ab.

55) Agnes Neuhaus, Aus der Geschichte des Vereins, a.a.O. S. 17

56) ebenda S. 26

57) Zillken, Entwicklung der Arbeitsgebiete des Vereins, a.a.O. S. 55

58) Vereinsdaten, a.a.O. S. 174

59) Amélie v. Godin, Zwei Jahre im Münchner Katholischen Frauenbund, in: Bayer.Caritas-Blätter 1907, S. 47

Als die erste Vorsitzende des Münchner Katholischen Frauenbundes, Frau Ellen Ammann, auf der Generalversammlung des Katholischen Frauenbundes in Frankfurt im Jahre 1904 mit Frau Agnes Neuhaus zusammenkam, beriet sie mit dieser die Frage, ob man den zu gründenden Münchener Fürsorgeverein nicht zweckmäßiger an den bestehenden bayerischen "Katholischen Verein zur Erziehung der verwahrlosten Jugend", als an die weitentfernten Zweigvereine und die Dortmunder Zentrale anschließen sollte.⁶⁰⁾ Frau Neuhaus sagte in einem Brief an Frau Ellen Ammann aber schon voraus: "Die Zweigvereine bleiben Ihnen nicht weit entfernt".⁶¹⁾

Da die maßgebenden Persönlichkeiten in München die großen Vorteile einer ganz Deutschland umfassenden Organisation erkannten, schloß sich der Münchner Fürsorgeverein bald nach seiner Gründung an den Gesamtverein an; außerdem auch dem Münchner Katholischen Frauenbund.

Erste Vorsitzende des Münchner Katholischen Fürsorgevereins für Mädchen, Frauen und Kinder war die ersten zehn Jahre hindurch Gräfin Hedwig zu Königsegg-Aulendorf, die zusammen mit Baronin Freytag-Loringhoven den Verein leitete. Die Damen des Vereins gingen in die Kliniken, Krankenhäuser und Gefängnisse und nahmen sich dort der sittlich gefährdeten und gefallenen Mädchen an.

Schon bald nachdem der Verein seine Tätigkeit aufgenommen hatte, machte sich das Bedürfnis nach einer Zufluchtsstätte geltend. Während der ersten sechs Monate des Bestehens des Vereins

60) Paula Linhart, Fünfzig Jahre Fügung und Führung, in: Fünfzig Jahre Kath.Fürsorgeverein für Mädchen, Frauen und Kinder e.V. München, S. 8

61) ebenda

wandten sich schon ungefähr hundert Gefährdete "Schutz und Rettung vor der Welt und sich selbst suchend" vertrauensvoll an ihn.⁶²⁾

Einige wurden in auswärtigen Anstalten untergebracht, andere ihren Familien zurückgegeben; die meisten konnten wieder einem Beruf zugeführt werden.

Im Oktober 1907 konnte in einem gemieteten Haus in der Rosenheimerstraße ein Vorasyl, das sogenannte "Zufluchtsheim" eröffnet werden, das für zwölf Schützlinge eingerichtet war, zu deren Betreuung Schwestern des Dritten Ordens gewonnen worden waren. In dem Heim blieben die gefährdeten und gefallenen Mädchen, die teils aus dem Gefängnis, den Krankenhäusern oder der Frauenklinik kamen, teils von der Polizei und anderen Behörden eingewiesen wurden, solange, bis sie entweder geschlossenen Erziehungsanstalten oder geeigneten Familien zugeführt werden konnten. 1908 konnte das Heim durch eine Mütterabteilung erweitert werden. In diesem Jahre wurden in dem Asyl 260 Fürsorgebedürftige beherbergt. Die räumliche Unzulänglichkeit des Heimes wurde jedoch täglich schmerzlich empfunden. Im Jahre 1915 konnte es dann in eine größere Mietswohnung in der Plinganserstraße verlegt werden.

1909 erwarb der Verein das ehemalige Schwefelbad Gauting und errichtete dort das Herz-Jesu-Haus, das hauptsächlich zur Aufnahme von katholischen Mädchen mit ihren Kindern bestimmt war. 1910 wurde in Tandern (Obb.) ein Heim erworben und für gefallene schulentlassene Mädchen, hauptsächlich für Zwangszöglinge eingerichtet und mit

62) Kath. Fürsorgeverein für Mädchen, Frauen und Kinder, in: Bayer. Caritas-Blätter, 1907, S. 157

land- und gartenwirtschaftlicher Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeit ausgestattet.⁶³⁾

Bald entstanden auch in anderen Städten Bayerns Ortsgruppen des Katholischen Fürsorgevereins für Mädchen, Frauen und Kinder; so 1908 in Würzburg und Bamberg, 1910 in Aschaffenburg und Ludwigshafen. Der Ludwigshafener Zweigverein rief Ortsgruppen in Frankenthal, Neustadt a.d.H., Kaiserslautern, Zweibrücken, Speyer, Dürkheim, Landau und Pirmasens ins Leben und faßte dieselben zu einem Kreisverband zusammen.

1911 entstand eine Ortsgruppe in Nürnberg und Regensburg, 1912 in Augsburg. Bis 1925 wurden dann noch in Coburg, Erlangen, Fürth und Kronach Ortsgruppen eingerichtet.⁶⁴⁾

Die Münchner Ortsgruppe begann bereits 1915 mit der Errichtung von Stützpunkten in der Umgebung Münchens. In 17 Orten, wo die regelrechte Errichtung einer Ortsgruppe vorerst noch nicht möglich war, wurden Vertrauensfrauen gewonnen, um eine Fürsorge für die Schützlinge im ganzen Land zu ermöglichen.⁶⁵⁾

Ogleich nun die katholischen Vereine und Anstalten eine ausgedehnte und erfolgreiche Tätigkeit auf dem Gebiet der Jugendfürsorge übten, forderten die immer schwieriger werdenden Verhältnisse, das ständige Anwachsen des Umfangs und der Bedeutung dieser helfenden und rettenden Arbeit an der Jugend eine gemeinsame Leitung, planmäßige Zusammenfassung und bewußtes Zusammenarbeiten auf konfessioneller Grundlage.

63) Kleine Chronik der Heime, in: 50 Jahre Kath. Fürsorgeverein für Mädchen, Frauen und Kinder e.V. München, S. 28f.

64) Jubiläumstagung des Kath. Fürsorgevereins..., Zentrale Dortmund 1925, Gründungsarbeit der Zentrale, S. 209 und Die Ortsgruppen und Hilfstellen des Vereins in den einzelnen Diözesen, S. 211

65) Linhart, a.a.O. S. 10

Das Ordinariat der Erzdiözese München und Freising erkannte, daß es notwendig war, die Arbeit in der Jugendfürsorge im größeren Umfange und mit einer größeren Organisation aufzunehmen. Es wies in einem Erlaß an die Geistlichen auf die Einführung der Jugendgerichtshöfe und deren Bedeutung nachdrücklich hin und forderte die Seelsorgsgeistlichkeit zur Mitwirkung bei dieser neuen Art der Jugendfürsorge auf.

In einer vom 24. April 1910 datierten Beilage seines Amtsblattes regte das Ordinariat der Erzdiözese die Bildung eines Katholischen Jugendfürsorgevereins an. Am 6. Juni 1910 erging durch das Amtsblatt (Nr. 15) die Einladung zu einer Jugendfürsorgekonferenz. Diese Konferenz, zu der sich ungefähr 200 Geistliche eingefunden hatten, die alle freudig bereit waren, an der Rettung der gefährdeten und verwahrlosten Jugend mitzuarbeiten, fand am 13. Juni 1910 unter dem Vorsitz des Erzbischofs, von Bettinger, statt.

Nach einem Vortrag des damaligen Domkapitulars und jetzigen Bischofs von Regensburg, Dr. Michael Buchberger, der "der eigentliche Erwecker und Vater einer systematischen, das ganze Land Bayern durchdringenden, alle Diözesen und Pfarreien und damit das ganze gläubige Volk erfassenden Jugendfürsorge"⁶⁶⁾ wurde, erfolgte noch am gleichen Tage die Gründung des K a t h o l i s c h e n J u g e n d f ü r s o r g e v e r e i n s d e r E r z d i ö z e s e M ü n c h e n - F r e i s i n g , der nach § 1 seiner Satzungen den Zweck verfolgte, gefährdeten und gefallenen Jugendlichen eine angemessene

66) Franz Haibach, Die Fürsorge für die körperlich und geistig gebrechliche Jugend, in: Michael Buchberger: Eineinhalb Jahrtausend kirchliche Kulturarbeit in Bayern, München 1950, S. 87

Pflege und christliche Erziehung zu sichern. Daneben wollte der Verein auch im Sinne des bayerischen Zwangserziehungsgesetzes und der Jugendgerichtshilfe tätig sein und bei deren Durchführung mitwirken.

Buchberger führte in seinem Vortrag aus⁶⁷⁾, daß der Verein seinen Zweck verfolge besonders durch a) Ermittlung von Fällen ungenügender häuslicher Pflege und Erziehung; b) Aufstellung von Fürsorgern für gefährdete Jugendliche; c) Unterbringung von Gefährdeten und Verwahrlosten in Familien und Anstalten; d) Unterstützung und im Bedarfsfalle Gründung solcher Anstalten; e) Vermittlung von geeigneten Lehr-, Dienst- oder Arbeitsstellen; f) Bereitstellung von Helfern und Fürsorgern beim Jugendgericht; g) Überwachung Gefährdeter und Gefallener während der Bewährungsfrist und sonst nach Bedarf; h) Obsorge für das weitere Fortkommen der aus der Zwangserziehung bzw. Haft Entlassenen.

Buchberger betonte, daß die Gründung eines Diözesanvereins unbedingt notwendig sei und behandelte auch die Frage, welche Stellung dieser zu den Bezirks- und Kreisverbänden einnehmen sollte.

Die Anregung der Regierung Bezirksverbände für Jugendfürsorge zu schaffen⁶⁸⁾, war nämlich vielfach nicht richtig aufgefaßt worden und hatte zur Folge gehabt, daß in zahlreichen Bezirken "Verbände" ins Leben gerufen wurden, die in Wirklichkeit keine solchen waren, weil dort eigentliche Jugendfürsorgevereine, also Vereine von Einzelmitgliedern zur Rettung der gefährdeten und verwahrlosten Jugend, die allein zu einem

67) Michael Buchberger, Katholische Jugendfürsorge, in: Bayer. Caritas-Blätter, 1910, S. 153ff.

68) bei Buchberger, a.a.O.; vgl. auch Anmerkung 27, S. 160f. dieser Arbeit

Verbande hätten zusammengeschlossen werden können, überhaupt noch nicht bestanden. Es entstanden auf diese Weise eine ganze Reihe interkonfessioneller Jugendfürsorgevereine (Bezirksvereine) auch in durchaus katholischen Gegenden.

Daß diese Entwicklung - Gründung von Bezirksvereinen unter Außerachtlassung der bisherigen, meist konfessionellen Organisationen - von der Regierung durchaus nicht beabsichtigt war, geht aus der Rede des Staatsministers des Innern, von Brettreich, in der Kammer der Abgeordneten am 17. März 1910⁶⁹⁾ hervor, in welcher er betonte: "Die Staatsregierung hat bei den Maßnahmen zur Förderung der Jugendfürsorge an die bestehenden Organisationen angeknüpft. Sie sieht in diesen die Hauptgrundlage zu einem Fortschritt auf diesem Gebiet und zu einem intensiven Wirken. Deshalb hat sie mit Ministerialentschließung vom 9. Dezember 1908 angeregt, daß sich die bestehenden Organisationen, Vereine und dergleichen in Bezirks- und Kreisverbänden zusammenschließen".⁷⁰⁾ Der Staatsminister wies ausdrücklich darauf hin, daß die bereits bestehenden Organisationen durch die Verbandsorganisation in keiner Weise beeinträchtigt werden, sondern im Gegenteil möglichst ausgebaut und unterstützt werden sollten. Unter Hinweis auf diese Ausführungen des Staatsministers trat Buchberger den von manchen Seiten geäußerten Bedenken, der Diözesanverein und die Bezirksverbände schlossen sich aus, entgegen. Es stehe den Dekanatsgruppen des Diözesanvereins frei, in den Bezirksverband einzutreten, wo sie es für notwen-

69) Sten.Ber. Bd.X, S. 151

70) s. o. S. 144 f.

dig oder erwünscht erachteten. Der Bezirksverband solle nach dem Ministerialerlaß alle innerhalb des Bezirks bestehenden Vereinigungen für Jugendfürsorge zusammenschließen. Durch einen Beitritt könnten sie ihren Einfluß im Bezirksverband vielleicht besser wahren, als lediglich durch persönliche Mitgliedschaft der Geistlichen im Bezirksverein. Der Diözesanverein schließe die Zugehörigkeit der einzelnen Dekanatsgruppen zum Bezirksverband und den Beitritt des ganzen Vereins zum Kreisverband nicht aus. Der Diözesanverein ermögliche eine geordnete, großzügige Arbeit, bringe in diese Arbeit die Wärme und das Leben christlichen Glaubens und christlicher Liebe und diese großangelegte, von dem religiösen Idealismus getragene Arbeit werde naturgemäß intensiver und erfolgreicher sein, als die nur in der leblosen Schablone eines Bezirks- und Kreisverbandes zusammengeschlossene Arbeit, die sich zunächst mit den einzelnen "Fällen" beschäftigen würde.⁷¹⁾

Der Katholische Jugendfürsorgeverein der Erzdiözese München und Freising entfaltete bald nach seiner Gründung eine segensvolle und ausgedehnte Tätigkeit im Dienste der gefährdeten und verwahrlosten Jugend. Mit den älteren katholischen Jugendfürsorgevereinen arbeitete er von Anfang an eng zusammen, förderte und unterstützte dieselben, soweit ihm dies möglich war. Bei der ersten Generalversammlung des Vereins am 6. Februar in München, an der auch der Erzbischof Dr. v. Bettinger teilnahm und zu welcher die Erzdiözese Bamberg, die Diözesen Augsburg und Eichstätt je einen Vertreter aus dem Domkapitel entsandt hatten, aus Würzburg und Regens-

71) Buchberger, a.a.O.

burg Zustimmungskundgebungen eingetroffen waren, konnte Domkapitular Dr. Buchberger berichten, daß sich bereits 24 Dekanatsgruppen des Vereins mit je einem Obmann an der Spitze gebildet hatten und die Gesamtzahl der Einzelmitglieder 2 250, die der angeschlossenen Vereine 35 betrug.

Rund 400 Geistliche hatte der Verein als Vertrauenspersonen gewonnen. Der Vereinssekretär hatte erfolgreich am Münchner Jugendgericht mitgearbeitet, für viele Gefährdete Lehrstellen oder Arbeitsplätze vermittelt, Vormünder gesucht usw.⁷²⁾

Zwei Monate nach der ersten Generalversammlung mußte die Geschäftsstelle aufgegeben werden, weil der Landesausschuß für Jugendfürsorge vom April 1911 an die Mittel für die Erhaltung eines Sekretariates nicht mehr gewährte. Es drohte die Gefahr, daß damit die ganze Tätigkeit ein Ende finden würde. "Es fehlte der lebendige Mittelpunkt, so kam es, daß die Vereinsbeiträge 1911 zum Teil ausblieben; selbst die Vorstellung von der Existenz des Vereins begann bereits aus dem Bewußtsein der Erzdiözesanen mehr und mehr zu schwinden".⁷³⁾ Nachdem der Verein mehr als dreiviertel Jahre ohne Geschäftsstelle gewesen war, wurde im Januar 1912 der damalige Stiftskaplan und spätere Bischof von Schweden, Dr. Johannes Erik Müller, ehrenamtlich als Geschäftsführer des Vereins vom Erzbischöflichen Ordinariate bestellt. Er übernahm die Geschäftsführung des Vereins, die er "in selbstloser ehrenamtlicher Hingabe und mit zäher Energie und alles besiegendem Gottvertrauen"⁷⁴⁾ rettete, erhielt und ausbaute.

72) Buchberger, Aus der Tätigkeit des Kath. JFV der Erzdiözese München-Freising, in: Bayer. Caritas-Blätter, 1911, S. 62 f.

73) J.E.Müller, Der Katholische Jugendfürsorgeverein der Erzdiözese München-Freising, in: Bayer. Caritas-Blätter, 1912, Nr. 11, S. 245

74) Haibach, a.a.O. S. 87

Nach dem Jahresbericht von 1913 hatte der Diözesanverein zu diesem Zeitpunkt 6 600 Mitglieder und war fast in allen Dekanaten eingeführt.⁷⁵⁾

Von großer Bedeutung war es, daß die übrigen Diözesen des rechtsrheinischen Bayern sehr bald dem Beispiel Münchens folgten und fast alle noch im Jahre 1911 Diözesanjugendfürsorgevereine ins Leben riefen.

Der Würzburger Diözesanverein verdankt seine Entstehung dem damaligen Stadtpfarrer und Geistlichen Rat und späteren Domdekan Dr. Winterstein. Ende 1912 zählte der Verein bereits über 9 500 Mitglieder,⁷⁶⁾ und gliederte sich in zahlreiche Ortsgruppen.

Auch der Katholische Jugendfürsorgeverein der Erzdiözese Bamberg erstreckte seine Tätigkeit auf die ganze Erzdiözese, indem er sich in Dekanats- und Pfarrgruppen ausgliederte.

In Eichstätt wurde ebenfalls im Jahre 1911 ein Diözesanjugendfürsorgeverein gegründet; zahlreiche Pfarrgruppen wurden zur Mitarbeit gewonnen.

In der Diözese Regensburg entstand im Februar 1911 ein "Katholischer Jugendfürsorgeverein Regensburg Stadt und Land", der sofort eine umfangreiche Tätigkeit entfaltete und sich besonders auch um die Gründung von Pfarrgruppen bemühte. Nach dem Bericht, den der erste Vorsitzende des Vereins, Geistl. Rat Schuheder, bei der Jahresversammlung am 15. April 1912 hielt, hatte der Verein zu diesem Zeitpunkt schon über 800 Mitglieder. Am 16. April kam es dann zur Gründung eines Diözesan-

75) Buchberger, Der Kath. Jugendfürsorgeverein der Erzdiözese München-Freising im Jahre 1913, in: Bayer.Caritas-Blätter, 1914, S. 117f.

76) Müller, Der Kath.JFV der Erzdiözese München-Freising, in: Bayer.Caritas-Blätter 1912, Nr.11, S.250

jugendfürsorgevereins.⁷⁷⁾ Die bis dahin entstandenen Pfarrgruppen wurden in ihm zusammengefaßt, und bis zum Ende des ersten Weltkrieges waren in fast allen Pfarreien der Diözese Ortsgruppen entstanden.

In der Diözese P a s s a u wurde die Gründung eines Diözesanvereins für Jugendfürsorge auch schon im Jahre 1911 vorbereitet; endgültig erfolgte sie im Jahre 1912.

Zur Gründung des Diözesanjugendfürsorgevereins A u g s b u r g kam es am 7. November 1911 auf einer sozialen Konferenz, an der viele Geistliche und Laien teilnahmen und zu der der damalige Domvikar Georg Lindermayr als Geschäftsführer des Volksvereins für das katholische Deutschland in Augsburg eingeladen hatte, "um die Bewegung besser in Fluß zu bringen und auftauchende Unklarheiten über die katholische Jugendfürsorge sowie über die Stellung der katholischen Jugendfürsorgevereine zu den interkonfessionellen Verbänden zu beseitigen".⁷⁸⁾

Das bischöfliche Ordinariat Augsburg hatte schon am 27. Mai 1911 in einem oberhirtlichen Erlaß⁷⁹⁾ die Gründung eines Diözesanjugendfürsorgevereines angeregt und die Bildung von Dekanats- und Ortsgruppen empfohlen. Referent bei dieser Tagung war Geistlicher Rat Reeb. Zum ersten Vorsitzenden des Vereins wurde Domvikar Lindermayr gewählt. Ein Aufruf an den Gesamtklerus der Diözese Augsburg, der vor Weihnachten 1911 erging, "um die weitesten Kreise für die Aufgaben des neugegründeten Vereins zu interessieren", hatte großen

77) Jugendfürsorge in der Diözese Regensburg, in: Bayer.Caritas-Blätter 1912, Nr.5, S. 116

78) A.Wagner, Gründung und bisherige Entwicklung des Kath.JFV der Diözese Augsburg, in: Bayer.Caritas-Blätter 1912, Nr.10, S. 217

79) Amtsblatt der Diözese Augsburg Nr. 13

Erfolg: Bis zum 1. Februar 1912 waren bereits 60 Pfarreien mit über 1 400 Mitgliedern bei der Geschäftsstelle des Vereins angemeldet.⁸⁰⁾ Die Mitgliederzahl stieg rasch an: Ende Februar betrug sie schon 5 000, im März erhöhte sie sich auf 6 500 und bis Ende August hatte der Verein einen Mitgliederstand von 10 000 erreicht.⁸¹⁾

Am 29. November 1911 fand in München unter dem Vorsitz von Geistl. Rat Reeb eine Konferenz der Vertreter der bayerischen Diözesanvereine für Jugendfürsorge statt, auf der der Zusammenschluß der Diözesanvereine zu einem Landesverband und dessen Anschluß an die "Vereinigung für katholische caritative Erziehungstätigkeit"⁸²⁾ beraten wurde.⁸³⁾

Auf dem 17. Caritastag, der vom 23. bis 26. September 1912 in Nürnberg abgehalten wurde, beschloß man die Gründung eines Bayerischen Landesverbandes der katholischen Jugendfürsorgevereine und Fürsorgeerziehungsanstalten. Die definitive Gründung dieses Verbandes erfolgte dann bei dem vom Jugendfürsorgeverein der Erzdiözese München-Freising in Verbindung mit dem Münchner Caritasverband veranstalteten Kursus für katholische Fürsorgeanstaltserziehung, der vom 8. bis 9. Oktober 1912 in München im Anschluß an den Diözesanjugendfürsorgetag der Erzdiözese München-Freising (7. Oktober) abgehalten wurde.⁸⁴⁾

80) Wagner, a.a.O. S. 218

81) ebenda

82) Diese Vereinigung war im Jahre 1909 in Limburg entstanden. Als selbständiger Zweig des Caritasverbandes für das katholische Deutschland bezweckte sie "den Zusammenschluß der auf dem Gebiet der caritativen Erziehung tätigen katholischen Vereine, Anstalten, Einzelpersonen zum gemeinsamen Austausch ihrer Erfahrungen, zur gegenseitigen Orientierung und Anregung, ferner die theoretische und praktische Förderung der kath. caritativen Erziehung. Dieser Zweck sollte erreicht werden durch Abhaltung von Konferenzen, Veröffentlichung populärer und wissenschaftlicher Schriften, Auskunftserteilung über einschlägige Fragen und Unterstützung mit Rat und Tat". (Bayer.Caritas-Blätter, 1912

Mit der Gründung des "Bayerischen Landesverbandes der katholischen Jugendfürsorgevereine und Fürsorgeerziehungsanstalten" erhielt die gesamte katholische Jugendfürsorgetätigkeit in Bayern eine starke und festgefügte Organisation. Zum ersten bzw. zweiten Vorsitzenden wurde Domkapitular Dr. Buchberger-München und Stadtpfarrer Dr. Interstein-Würzburg gewählt; die Geschäftsstelle des Verbandes der des Katholischen Jugendfürsorgevereins der Erzdiözese München-Freising angegliedert.⁸⁵⁾

Am 8. Januar 1920 trat dem "Bayerischen Landesverband der katholischen Jugendfürsorgevereine und Fürsorgeerziehungsanstalten" der "Landesverband der katholischen Waisenhäuser und verwandter Erziehungsanstalten in Bayern e.V." zur Seite. Während der erstere "die Arbeit der Diözesanjugendfürsorgevereine in Bayern koordinieren und die Förderung der spezifischen Fürsorgeerziehungsanstalten in wirtschaftlicher und pädagogischer Hinsicht wahrnehmen" sollte, "dehnte der letztere seinen Wirkungskreis auf alle Heime des Landes aus, die Kinder und Jugendliche nach katholischen Grundsätzen erziehen"⁸⁶⁾.

Besonders wertvoll für den Vollzug der Zwangserziehung waren die Auskunftsstellen für katholische Familienerziehung, die von allen Diözesan-

Nr. 4, S. 93).

- 83) Lochner von Hüttenbach, Die katholische Jugendfürsorge in Bayern, in: Bayer. Caritasblätter 1912, Nr. 9, S. 212
- 84) Über den Verlauf der Tagung siehe: Buchberger, Der Kursus für katholische Fürsorgeanstaltserziehung in München, in: Bayer. Caritasblätter, 1912, Nr. 11, S. 241f.
- 85) Bayer. Caritas-Blätter, 1912, Nr. 10, S. 235
- 86) Haibach, a.a.O. S. 102

jugendfürsorgevereinen bei ihren Geschäftsstellen eingerichtet wurden, um die Unterbringung katholischer Kinder in katholischen Familien der Diözese zu ermöglichen.

Eine Auskunftsstelle für katholische Anstaltserziehung war bei der Geschäftsstelle des Bayerischen Landesausschusses für Jugendfürsorge in München für das ganze Königreich eingerichtet worden.

In den folgenden Jahren bauten die einzelnen Diözesanjugendfürsorgevereine ihre Organisation durch die Gründung neuer Dekanats- und Pfarrgruppen noch weiter aus.

Bei der vom 5. bis 7. Juli 1915 in München stattfindenden Tagung katholischer Jugendfürsorgevereine und Fürsorgeerziehungsanstalten Bayerns⁸⁷⁾ konnte Domkapitular Dr. Buchberger feststellen, daß sich die Jugendfürsorgebewegung durchgesetzt habe, trotz des schweren Standes, den die Jugendfürsorgeorganisation in der ersten Zeit gegenüber den alten, in katholischen Kreisen fest eingewurzelten Caritasorganisationen gehabt habe. Dank der Unterstützung und Förderung, welche sie seitens hoher kirchlicher und staatlicher Stellen gefunden habe, und nicht zuletzt auch dank der rastlosen Arbeit weitblickender Pioniere der Jugendfürsorgesache, habe die katholische Jugendfürsorge in Bayern schon manches

87) Ein Beweis für das allgemeine Interesse, welches dem Katholischen Landesverein entgegengebracht wurde, ist darin zu sehen, daß zu dieser Tagung auch Vertreter der Staatsministerien, der Stadt, des Bayerischen Landesausschusses für Jugendfürsorge, der Kreisregierung von Oberbayern, des Caritasverbandes München, des Caritasverbandes für das katholische Deutschland, des Allgemeinen Fürsorgeerziehungstages, der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge u.a. erschienen waren

Nützliche leisten können. Heute reiche dieselbe mit ihrer Organisation über das ganze Königreich hin.⁸⁸⁾

Mit der Gründung der Diözesanvereine für Jugendfürsorge waren die Voraussetzungen gegeben für eine "durchgreifende und nachhaltige Organisation der Katholiken Bayerns für die Lösung der Aufgaben einer intensiven Jugendfürsorge", wie sie Geistl.Rat Reeb in einem Aufsatz "Diözesanvereine für Jugendfürsorge in Bayern"⁸⁹⁾ gefordert hatte, da nach seinen Worten "nur auf fester, bleibender religiöser Grundlage gebildete katholische Jugendfürsorgevereine ein zielbewußtes, erfolgreiches Zusammenarbeiten zur Rettung der gefallenen und verwahrlosten katholischen Jugend verbürgen".

Auch das Arbeitsgebiet der einzelnen Diözesanjugendfürsorgevereine erweiterte sich immer mehr. Die Vereine bezogen die Kinderfürsorge, speziell die Fürsorge für die krüppelhaften und kranken Kinder, die Kindererholungsfürsorge sowie die Fürsorge für die geistig abnormen Kinder in ihren Aufgabenkreis mit ein.⁹⁰⁾

88) Ph.Friedrich, Die Tagung katholischer Jugendfürsorgevereine und Fürsorgeerziehungsanstalten Bayerns in München vom 5. bis 7. Juli 1915, in: Bayer.Caritas-Blätter 1915, S. 176 ff.

89) in: Bayer.Caritas-Blätter 1911, S. 112 ff.

90) Als Beispiel für die Erweiterung der Arbeitsgebiete bei den einzelnen Jugendfürsorgevereinen seien hier noch einige Angaben über die Entwicklung der Arbeit in München angefügt. Es kamen zu den genannten hinzu: 1914: Gewinnung guter Pflegefamilien und Einzelvormünder, 1915: Bildung einer katholischen Vereinigung für Vormundschaft, 1916: Werbung für Kriegspatenschaften, 1917: die Errichtung der Abteilung Sammelvormundschaft und die Organisation der Landunterbringung von Stadtkindern. Im Jahre 1920 umfaßte die Geschäftsstelle des Vereins 11 Abteilungen.

"In den ersten zehn Jahren konnten 37 363 kleine Schützlinge in ihrer körperlichen, erzieherischen und seelischen Not in offener Fürsorge betreut werden, während an die 3 000 durch

Die Ausgestaltung der Organisation der Jugendfürsorge im einzelnen wurde jeweils den Verhältnissen und Bedürfnissen jeder Diözese angepaßt.

Als in den Jahren 1918 bis 1922 die Diözesancaritasverbände gegründet wurden, verloren in den Diözesen Bamberg, Eichstätt und Würzburg die katholischen Jugendfürsorgevereine ihre Selbständigkeit. Die Arbeit ging in Referate der Caritasverbände über. Nur München, Augsburg, Passau und Regensburg behielten ihre selbständigen Jugendfürsorgevereine bei.⁹¹⁾

c) Organisation auf evangelischer Seite.

Auf evangelischer Seite war schon mit der Gründung des "Landesvereins für Innere Mission in der evangelisch-lutherischen Kirche Bayerns" im September 1886 eine Organisation geschaffen worden⁹²⁾, die sich mit ihren Lokalvereinen über das ganze Königreich erstreckte und sich neben anderen Aufgaben vor allem auch die Rettung der gefährdeten und verwahrlosten Kinder und Jugendlichen angelegen sein ließ und für den konfessionellen Charakter der Jugendfürsorge sowie auch der Erziehungs- und Besserungsanstalten eintrat.

Um die Mitarbeit in der Jugendfürsorge im rechtsrheinischen⁹³⁾ Bayern zu organisieren, richtete der Landesverein eine Zentralstelle für kirchliche Jugendfürsorge mit dem Sitz in Nürnberg ein.

Nach dem Inkrafttreten des bayerischen Zwangserziehungsgesetzes wurde der Verein auch im Sinne dieses Gesetzes tätig und stellte seine Anstalten und Einrichtungen zur wirksamen Durch-

eigene Heime Hilfe erhielten". (Haibach, a.a.O. S. 91)

91) Haibach, a.a.O. S. 96

92) Siehe oben S.58ff.

93) In der Pfalz sorgte der schon 1903 entstandene Pfälzische evangelische Erziehungsverein für die gefährdete und verwahrloste Jugend, s.o.S.160

führung desselben zur Verfügung. Da sich jedoch dadurch die Aufgaben der evangelischen Rettungshäuser und Erziehungsanstalten bedeutend erweiterten, machte sich verschiedentlich die ungenügende Fühlung der einzelnen Anstalten miteinander nachteilig bemerkbar. Obgleich es an Versuchen, sie einander näher zu bringen und zu einem Zusammenschluß zu kommen, nicht gefehlt hatte,⁹⁴⁾ waren diese Bemühungen lange Zeit doch ohne Erfolg geblieben.

Im August 1903 erging ein vom Vereinsgeistlichen des Landesvereins für Innere Mission, dem Verwalter der Erziehungsanstalt Veilhof und dem Inspektor der Erziehungs- und Rettungsanstalt Feldkirchen unterzeichneter Aufruf an die Verwaltungen der evangelischen Erziehungsanstalten und Rettungshäuser Bayerns⁹⁵⁾ zur Gründung eines Verbandes, "der die bayerischen Anstalten im Verfolge ihres gemeinsamen Zieles, ihrer gemeinsamen Erziehungsarbeit zu unterstützen und zu fördern geeignet wäre", und die Einladung zu einer Versammlung am 30. September in Nürnberg - im Anschluß an das Jahresfest der Inneren Mission -, in welcher die geplante Gründung beraten und weitere Beschlüsse gefaßt werden sollten.

Zu dieser Versammlung fanden sich vierzehn Vorstände und Hausväter bayerischer Erziehungsanstalten und Rettungshäuser ein, die nach einem Vortrag des Verwalters von Veilhof "Über die Nützlichkeit und die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses der bayerischen Erziehungsanstalten zu einem Verband"⁹⁶⁾ und eingehender

94) Siehe oben S. 48

95) Blätter für Innere Mission in Bayern 18.Jhrg., Nr. 16, S. 128

96) Abgedruckt in Blätter für Innere Mission in Bayern, 18.Jhrg., 1903, S. 146ff.

Besprechung und Beratung des Satzungsentwurfs⁹⁷⁾
die Gründung eines Verbandes bayerischer Erziehungsanstalten beschlossen.

Von der Gründung eines Verbandes versprach man sich u.a. eine erhebliche Verbesserung der finanziellen Lage der einzelnen Anstalten, durch die Festsetzung eines entsprechenden einheitlichen Verpflegsatzes, womit die ungesunde Konkurrenz zwischen den einzelnen Anstalten beseitigt würde. Es wurde eine Scheidung der Zöglinge in ältere und jüngere im Interesse gedeihlicher Arbeit angeregt, da auf Grund des Zwangserziehungsgesetzes ein großer Teil der Zöglinge über die Konfirmation hinaus in den Heimen zu verbleiben hatte, während bisher mit wenigen Ausnahmen die Kinder mit der Konfirmation oder kurze Zeit danach die Anstalt verlassen mußten. Die Scheidung war so gedacht, daß ein Teil der Anstalten nur ältere, ein anderer nur jüngere Zöglinge aufnehmen sollte. In internen Angelegenheiten sollte jede einzelne Anstalt nach wie vor ihre volle Freiheit und Selbständigkeit behalten und durch den Verband in keiner Weise eingeschränkt werden. Die Hauptaufgabe des Verbandes sollte die Wahrung und Förderung der Interessen aller bayerischen Erziehungsanstalten sein; durch die Abhaltung von Versammlungen und durch gegenseitige Aussprachen sollte eine enge Verbindung der einzelnen Anstalten untereinander hergestellt und gepflegt werden zur gegenseitigen Hebung und Förderung. 98)

Die Gründung des geplanten Verbandes kam jedoch zu diesem Zeitpunkt noch nicht zustande.

97) Blätter für Innere Mission in Bayern, 18.Jhrg., Nr. 19, S.150ff.

98) ebenda, S. 146ff.

Einen neuen und endgültigen Anstoß gab dann die 12. Konferenz der deutschen evangelischen Rettungshausverbände und Erziehungsvereine, die vom 24. bis 26. April 1911 in München stattfand, und an der eine große Zahl hoher Staatsbeamter teilnahm.⁹⁹⁾ Die bei dieser Tagung erstatteten Berichte gaben einen Einblick in die erfolgreiche Tätigkeit der in anderen Landeskirchen bereits bestehenden Rettungshausverbände und ließen den Wunsch entstehen, daß endlich auch in Bayern ein solcher Verband gegründet werden möge.¹⁰⁰⁾

Der Landesverein für Innere Mission nahm die Sache in die Hand und berief eine Konferenz der Rettungshausvorsteher nach Nürnberg ein, die am 17. Juli 1911 stattfand und 17 Teilnehmer zählte.¹⁰¹⁾ Der damalige Vereinsgeistliche und spätere Landesbischof Hans Meiser hielt ein Referat über "die Lage unserer Rettungshäuser"¹⁰²⁾, in welchem er u.a. ausführte, daß die bayerischen evangelischen Rettungshäuser und Erziehungsanstalten, die lange Jahre ihre Arbeit ganz in der Stille getrieben hätten und nur wenig bekannt gewesen seien, durch die große Jugendfürsorgebewegung der letzten Zeit in den Vordergrund des Interesses gerückt seien und nun einer ganz neuen Situation gegenüberständen. Der Zugang zu den Anstalten sei durch die Wirkung des Zwangserziehungsgesetzes so groß, daß eine Anstalt nach der anderen der Frage eines Neubaus näher-

99) Blätter für Innere Mission, 26.Jg., 1911
Nr.10, S. 73

100) Hans Meiser, Die Bildung des Rettungshausverbandes für die evangelischen Rettungsanstalten Bayerns, in: Blätter für Innere Mission, 31.Jg., 1916, Nr.7, S. 56

101) Neben den Vertretern von 10 Anstalten nahmen auch Vertreter der Staatsministerien des Innern und des Kultus sowie der Kgl.Regierung von Mittelfranken an den Beratungen teil.

102) abgedruckt in Blätter für Innere Mission, 26.Jg., 1911, Nr.17/18, S. 136 ff.

treten müsse; auch mache sich der Mangel an tüchtig vorgebildetem Erzieherpersonal mit der wachsenden Zahl der Zöglinge immer mehr bemerkbar. Der fühlbarste Notstand sei jedoch die finanzielle Notlage der Anstalten. Allen in Erscheinung getretenen Notständen und Schwierigkeiten sei am ehesten abzuhelpen, wenn sich die einzelnen Anstalten unter voller Wahrung ihrer Selbständigkeit und Eigenart zu einem Verband zusammenschlossen, "um die vielen gemeinsamen Aufgaben, die sie haben, auch gemeinsam zu verfolgen und sich in ihren Interessen gegenseitig zu fördern".¹⁰³⁾ Beim Bestehen eines solchen Verbandes könnten alle Erfahrungen gegenseitig ausgetauscht werden; auch ließen sich viele Fragen überhaupt nur gemeinsam regeln.

Dem Referat Pfarrer Meisers folgte eine eingehende Besprechung, in der die Notwendigkeit einer Verbandsgründung noch von verschiedenen Seiten beleuchtet wurde.¹⁰⁴⁾

Nachdem alle Anwesenden mit der Schaffung eines Verbandes einverstanden waren und die zehn vertretenen Anstalten ihren Beitritt erklärt hatten, galt der Verband bayerischer evangelischer Erziehungsanstalten als begründet. Ein von Pfarrer Meiser vorgelegter Satzungsentwurf wurde einem vorläufig gebildeten Ausschuß zur Weiterbehandlung übergeben.

103) Meiser, Die Lage unserer Rettungshäuser, a.a.O. S. 137

104) Als Aufgaben, die der Verband zu erfüllen habe, wurden besonders betont:
1. die Herstellung eines Verzeichnisses sämtlicher Anstalten; 2. die Schaffung einer Zentralauskunftsstelle für alle freien Plätze in den Anstalten zur Erleichterung der Nachfrage; 3. die Fürsorge für Weiterbildung des Erzieherpersonals; 4. die Herbeiführung einer Verständigung über die Kostgeldfrage. (Die Gründung eines bayerischen Rettungshauses, in: Blätter für Innere Mission, 26.Jg., Nr.17/18, S. 135)

Im Laufe der nächsten Monate erklärte eine Reihe von Anstalten ihren Beitritt zu dem Verband. Im folgenden Jahre fand am 1. Oktober in Augsburg, im Anschluß an das Jahresfest des Landesvereins, die erste Mitgliederversammlung des Verbandes statt, bei der nach eingehender Beratung eine Satzung angenommen wurde, die bald darauf die Genehmigung des Amtsgerichtes fand und der Verband damit die Rechte eines eingetragenen Vereins erwarb.¹⁰⁵⁾

Zum Verbandsvorsitzenden wurde Pfarrer Dorf Müller - Schwarzenbach a.S. - gewählt.

Bei der Augsburger Tagung trat auch Neuendettelsau mit drei seiner Anstalten (Magdalenium, Erziehungsanstalt für werktatsschulpflichtige Fürsorgezöglinge und Erziehungsheim Sandau) dem Verband als ordentliches Mitglied bei.

Ende des Jahres 1912 umfaßte der Verband, der inzwischen dem Deutschen Ausschuß für das Rettungshaus- und Erziehungswesen in Berlin als Mitglied beigetreten war, 30 Anstalten.¹⁰⁶⁾

Der Deutsche Ausschuß für das Rettungshaus- und Erziehungswesen war dem Zentralausschuß für Innere Mission angegliedert.

105) Über Name, Sitz und Zweck des Verbandes geben die beiden ersten Paragraphen der Satzung Auskunft:

§1 Der Verein "Verband bayerischer evangelischer Erziehungsanstalten" hat den Zweck, die evangelischen Erziehungsanstalten Bayerns (Rettungshäuser, Zwangserziehungsanstalten, Asyle, Waisenhäuser und ähnliche Anstalten) zur Verfolgung ihrer gemeinsamen Aufgaben und gegenseitigen Förderung ihrer Interessen zusammenzuschließen.

Er hat seinen Sitz in Nürnberg und ist in das Vereinsregister eingetragen.

§2 Der Verband arbeitet im Anschluß an den Landesverein für Innere Mission in der evangelisch-lutherischen Kirche in Bayern und in Verbindung mit anderen Organisationen innerhalb der Landeskirche auf gleichem Arbeitsgebiet.

Nach §3 der Statuten können alle bayerischen evangelischen Erziehungsanstalten Mitglied des Verbandes werden.

Im Juli 1916 konnte Pfarrer Meiser in einem Aufsatz über "Die Bedeutung des Rettungshausesverbandes für die evangelischen Rettungshäuser Bayerns"¹⁰⁷⁾ feststellen, daß sich der Verband, dem inzwischen 32 Anstalten angehörten, darunter sämtliche (20) Fürsorgeerziehungsanstalten, "mehr und mehr zu einer Arbeitsgemeinschaft entwickelt, die keine Frage, die unsere Anstalten berührt, außer ihrem Bereich läßt und die in vielen Fällen schon wertvolle Anregung, nützlichen Rat und festen Rückhalt gegeben hat".¹⁰⁸⁾

Als erstes praktisches Ergebnis erzielte der Verband bereits auf der Augsburger Tagung eine einheitliche Regelung der Kostgeldfrage bei Fürsorgezöglingen.

Zur Weiterbildung des Erzieherpersonals an den Anstalten hielt der Verband im April 1913 einen ersten Unterweisungskurs in Erlangen ab, der stark besucht war. Neben den Erziehern einer Reihe von Anstalten, nahmen viele Diakonissen aus dem Augsburger und dem Neuendettelsauer Mutterhaus, sowie eine Anzahl Brüder aus der Diakonenanstalt Rummelsberg an dem Kurs teil.¹⁰⁹⁾

Verschiedentlich kam der Verband auch in die Lage, die Interessen der in ihm vereinigten Anstalten den Behörden gegenüber zu vertreten.

Im September 1911 errichtete der Landesverein für Innere Mission in Bayern bei seiner Geschäftsstelle in Nürnberg für die mit der Jugendfürsorge betrauten Behörden und Personen eine

106) Blätter für Innere Mission, 27.Jhrg., 1912, Nr.12, S.94

107) Blätter für Innere Mission, 31.Jhrg., 1916, Nr.7, S. 56ff.

108) ebenda, S. 56

109) Behandelt wurden folgende Themen: "Rettungshausarbeit und Erziehungsgrundsätze", "Psychopathische Konstitution bei Jugendlichen", "Gesetz und Gnade im Leben der Fürsorgeerziehungsanstalten", Blätter für Innere Mission, 28.Jhrg., 1913, Nr.5, S.63; Meiser, Verband ev. Erziehungsanstalten in Bayern, Unterweisungskurs in Erlangen.

Auskunftsstelle über alle evangelischen Erziehungsanstalten und Rettungshäuser innerhalb der protestantischen Landeskirche diesseits des Rheins.¹¹⁰⁾ Die Auskunftsstelle übernahm es, auf Anfrage für Kinder evangelischer Konfession freie Plätze in den Anstalten nachzuweisen und auch sonst Aufschluß über alle die Anstalten und die Anstaltserziehung betreffenden Fragen zu erteilen.

Im April 1912 rief der Landesverein für Innere Mission dann ebenfalls bei seiner Geschäftsstelle in Nürnberg eine Vermittlungsstelle für die Unterbringung von Kindern in Familien ins Leben.

Im Jahre 1912 wurden bei der Zentralstelle 60 Zwangszöglinge zur Unterbringung in Anstalten, 33 zur Unterbringung in Familien angemeldet;¹¹¹⁾ 1916 wurden 164 Kinder zur Aufnahme in Familien oder Anstalten bei dieser Stelle gemeldet. Die Zentralstelle bemühte sich vor allem auch um die Ermittlung gewissenhafter Fürsorger für die von ihr untergebrachten Kinder.¹¹²⁾

Mit dem Landesverein für Innere Mission und dem ihm angeschlossenen Verband bayerischer evangelischer Erziehungsanstalten war also auch auf evangelischer Seite eine durchgreifende konfessionelle Jugendfürsorgeorganisation vorhanden, die die Bestrebungen der Jugendfürsorge in weitere Kreise des Volkes trug und für den Staat im Kampf gegen die Verwahrlosung der Jugend eine wirksame Stütze bedeutete.

110) Für die Pfalz hatte der "Pfälzische evangelische Erziehungsverein" bei seiner Geschäftsstelle in Speyer eine Auskunftsstelle sowohl für die Anstalts- als auch für die Familienerziehung errichtet; siehe oben S. 160

111) Arnold, a.a.O. S. 291f.

112) Blätter für Innere Mission, 32.Jhrg., 1917, Nr. 6, S. 69

3. Die Jugendfürsorge des Bayerischen Lehrervereins.

Neben den konfessionellen Vereinigungen stellten sich auch Berufsgemeinschaften in den Dienst der Jugendfürsorge.

Hier ist vor allem der Bayerische Volksschullehrerverein zu nennen, der in seinem Landesverband für Jugendfürsorge eine das ganze Land umspannende Organisation mit einer Zentrale in München geschaffen hat.

Anfangs des Jahres 1910 zählte der Bayerische Volksschullehrerverein 18 000 Mitglieder, die in 318 Bezirkslehrervereinen über das ganze Land verbreitet waren. Acht Kreisvereinigungen und die Landeszentrale bildeten "natürliche Stützpunkte".¹¹³⁾

Das doppelte Ziel, das die praktische Jugendfürsorge des Bayerischen Lehrervereins verfolgte, war zum einen "Agitation und Organisation durch Aufklärung, Begeisterung und Vermittlung" und insoweit Sache aller Vereinsstellen und Mitglieder, zum anderen "Vorbeugung und Abhilfe durch werktätige Fürsorgearbeit". Diese zweite Aufgabe gliederte sich nach Umfang und Wirkungsbereich der 318 Bezirkslehrervereine des Landes.¹¹⁴⁾

In jedem Bezirkslehrerverein wurde ein Vertrauensmann, in manchen Bezirken und größeren Städten eine Kommission für Jugendfürsorge ernannt, bei denen Behörden, Kollegen und Eltern in allen einschlägigen Fällen Rat und Hilfe finden sollten. Die Lehrerbezirksorganisation bildete einen Teil des Lehrerbezirksvereins. Die Lehrerbezirksvereine traten in der Regel den neu-

113) A.Turtur, Jugendfürsorge und Berufsorganisation, in: Zentralblatt für Vormundschaftswesen, 1.Jhrg., Nr.21, S.243

114) ebenda

tralen Jugendfürsorgeverbänden, wo solche bestanden, als Mitglieder bei oder regten die Gründung von solchen an, wo sie noch fehlten.

Der Bayerische Lehrerverein konnte durch seine Landesorganisation nach dem übereinstimmenden Urteil aller Gerichts- und Amtsstellen über- raschend wertvolle Hilfe leisten.¹¹⁵⁾

Die vielseitigen Bemühungen um Zusammenfassung der an dem gemeinsamen Werk der Jugendfürsorge beteiligten Faktoren trugen wesentlich dazu bei, daß der Gedanke der Notwendigkeit einer solchen Fürsorge immer weitere Kreise der Bevölkerung durchdrang und zur Mitarbeit am Wohl der Jugend veranlaßte. Die von den kgl. Regierungen, Kammern des Innern, auf Grund einer Ministerialentschließung vom 23. Januar 1913 erstatteten Berichte über den Stand der Jugendfürsorge in den einzelnen Regierungsbezirken zeigten, daß vornehmlich in den Städten, aber auch in Landbezirken in zunehmendem Maße eine planmäßige und zielbewußte Jugendfürsorge betrieben wurde. Die Entwicklung war damals freilich noch nicht in allen Regierungsbezirken gleich weit fortgeschritten; während einige Berichte sich sehr befriedigt über die entfaltete Tätigkeit und die erzielten Erfolge äußerten, betonten andere ausdrücklich, daß nennenswerte Erfolge bisher überhaupt noch von keiner Seite zu berichten seien.¹¹⁶⁾

115) Turtur, a.a.O.

116) Akten des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus: Jugendfürsorge im engeren Sinne - Zwangserziehung; Berichte der einzelnen Regierungen, Kammern des Innern, zur Ministerialentschließung vom 23. Januar 1913, Nr. 2102 c 4

VI. Die Neugründung von Anstalten.

1. Die Schwierigkeiten bei der Unterbringung von Zwangszöglingen.

Das Haupthindernis für eine erfolgreiche Durchführung des Zwangserziehungsgesetzes lag in der mangelnden Unterbringungsmöglichkeit. Die Zahl der geeigneten Familie, die sich zur Aufnahme und Erziehung von Zwangszöglingen bereit erklärten, blieb weit hinter dem Bedürfnis zurück, so daß die Vorschrift des § 28 der Ausführungsbestimmungen zum Zwangserziehungsgesetz¹⁾ nur in sehr beschränktem Maße verwirklicht werden konnte und die Anstaltserziehung immer mehr in den Vordergrund trat.²⁾ Die Zahlenverhältnisse sind aus der Übersicht auf der folgenden Seite zu ersehen. Aber auch die bestehenden Anstalten erwiesen sich bald als nicht ausreichend.

Als bei der Beratung des Zwangserziehungsgesetzes im Jahre 1902 die Frage der Errichtung von Zwangserziehungsanstalten durch den Staat erörtert wurde, wies Staatsminister Dr. Freiherr von Feilitzsch auf die große Zahl caritativer Anstalten in Bayern hin, die sich schon bisher der verwaisten, verlassenen und verwahrlosten Kinder angenommen und von welchen sich schon jetzt 48 bereit erklärt hätten, bei dem Vollzuge des Zwangserziehungsgesetzes mitzuwirken. Der Staatsminister erklärte, daß die Staatsregierung daher der Ansicht sei, auf die Errichtung staatlicher Anstalten vorerst verzichten zu können.³⁾

1) Vergl. im Anhang III, S. XVI

2) Zahlen nach Arnold, Die Zwangserziehung in Bayern in den Jahren 1904/1913, in: Zeitschrift des kgl. bayer. Statist. Landesamtes 46. Jhg., 1914, Heft 3, S. 286

3) Verhandlungen der bayerischen Kammer der Abgeordneten, Sten. Ber. Bd. 7, 1901/02, S. 224; vergl. auch oben S. 103f.

Gesamtzahl der am Schlusse des betreffenden Jahres untergebrachten Zöglinge

Jahr	Zw.Z. ins- ges.	Knaben										Mädchen			
		davon in Familien		insgesamt		davon in Familien		insgesamt		davon in Familien		insgesamt		davon in Familien	
		Anstalten		Anstalten		Anstalten		Anstalten		Anstalten		Anstalten		Anstalten	
		Zahl	v.H.	Zahl	v.H.	Zahl	v.H.	Zahl	v.H.	Zahl	v.H.	Zahl	v.H.	Zahl	v.H.
1904	839	313	37,3	526	62,7	535	63,8	222	41,5	313	58,5	304	36,2	91	29,9
1905	1183	444	37,5	739	62,5	750	63,4	308	41,1	442	58,9	433	36,6	136	31,4
1906	1536	575	37,4	961	62,6	1000	65,1	412	41,2	588	58,8	536	34,9	163	30,4
1907	1829	663	36,2	1166	63,8	1213	66,3	485	40,0	728	60,0	616	33,7	178	28,9
1908	2228	834	37,4	1394	62,6	1496	67,1	592	39,6	904	60,4	732	32,9	242	33,1
1909	2683	1007	37,5	1676	62,5	1780	66,3	713	40,1	1067	59,9	909	33,7	294	32,6
1910	3190	1207	37,8	1983	62,2	2083	65,3	844	40,5	1239	59,5	1107	34,7	363	32,8
1911	3742	1439	38,5	2303	61,5	2406	64,3	982	40,8	1424	59,2	1336	35,7	457	34,2
1912	4345	1692	38,9	2653	61,1	2730	62,8	1146	41,9	1584	58,1	1615	37,2	546	33,8
1913	4805	1966	40,9	2839	59,1	3015	62,7	1321	43,8	1694	56,2	1790	37,3	645	36,0

Die steigenden Prozentsätze bei der Familienunterbringung in den letzten Jahren führt Arnold wohl mit Recht auf die Tätigkeit der Jugendfürsorgeorganisationen zurück, die in der Vermittlung von Familien und der Überwachung der Familienzöglinge eine ihrer Hauptaufgaben sahen.

Obwohl nun die Zahl der zur Aufnahme von Zwangszöglingen bereiten und vom Staatsministerium des Innern als hierzu geeignet befundenen Anstalten gleich nach dem Inkrafttreten des Gesetzes auf 62 anstieg und sich später noch weiter erhöhte, ergaben sich bei der Unterbringung der Kinder doch bald große Schwierigkeiten. Diese waren dadurch bedingt, daß weitaus die meisten dieser caritativen Anstalten nur Kinder im vorschul- und schulpflichtigen Alter aufnahmen und die Erziehungsarbeit an den nicht mehr schulpflichtigen männlichen und weiblichen Jugendlichen ablehnten, "wegen der befürchteten sittlichen Ansteckungsgefahr für die weniger Verdorbenen, dann wohl auch, weil für Fluchtgefahr die entsprechenden Einrichtungen in den caritativen Anstalten nicht getroffen werden können".⁴⁾

Mehrere Anstalten schlossen auch die älteren, zwölf- bis vierzehnjährigen noch schulpflichtigen Jungen von der Annahme aus, wenn sie sittlich bereits verwahrt waren. Die größten Schwierigkeiten bereitete aber die Unterbringung der schulentlassenen Zöglinge.

Für die männlichen Zöglinge stand zur Zeit des Inkrafttretens des Zwangserziehungsgesetzes am 1. Juli 1902 als einzige caritative Anstalt die damals räumlich beschränkte St.Nikolaus-Anstalt in Andechs der Benediktinerabtei St.Bonifaz in München zur Verfügung.⁵⁾

Als einzige evangelische Anstalt nahm vor dem Inkrafttreten des Zwangserziehungsgesetzes die in Nürnberg-Veilhof konfirmierte Zöglinge auf. Nach einem Vertrag mit der Staatsregierung vom

4) Abg.Reeb in der 103. öffentlichen Sitzung der Kammer der Abgeordneten, Sten.Ber. 1907/1908 Bd. 3, S. 997

5) Siehe oben S. 34

Jahre 1870 wurden dieser Anstalt die sogenannten "Staatszöglinge" zugewiesen; die konfirmierten Veilhofer Zöglinge konnten daher auch weiterhin in der Anstalt verbleiben und mit den Staatszöglingen zusammen untergebracht werden. Der in den Jahren 1901/1902 erstellte Neubau war jedoch wieder nur für werktagsschulpflichtige Kinder eingerichtet;⁶⁾ die Staatszöglinge kamen von da an nach Speyer.⁷⁾

Die Staatserziehungsanstalt in Speyer, die ursprünglich zur Unterbringung jugendlicher männlicher Personen beider Konfessionen auf Grund des § 56 StrGB. bestimmt war⁸⁾, mußte nach dem Erlaß des Zwangserziehungsgesetzes auch zur Aufnahme von Zöglingen auf Grund dieses Gesetzes dienen.

Jährlich blieben eine Reihe von Zwangserziehungsfällen bei den mit dem Vollzug der Anordnung beauftragten Distriktsverwaltungsbehörden unerledigt, weil es diesen nicht gelang, eine geeignete Unterkunft für die Jugendlichen ausfindig zu machen. Die Verhältnisse besserten sich etwas, als es mit namhaften staatlichen Unterstützungen gelungen war, drei caritative Anstalten für schulentlassene Jugendliche zu errichten. Es waren dies:

1. die im Jahre 1905 vom Landesverein für Innere Mission für zwölf- bis achtzehnjährige protestantische Zwangszöglinge gegründete Erziehungsanstalt Rummelsberg⁹⁾,
2. das vom "Katholischen Verein zur Erziehung der verwahrlosten Jugend in München" 1906 für katholische Jungen von dreizehn bis achtzehn Jahren gegründete Plusheim

6) s.o. S. 38

7) Jugendfürsorge und Erziehungsanstalten mit besonderer Berücksichtigung des Nürnberger Rettungshauses, in: Blätter für Innere Mission, 17.Jg., 1902, Nr.7, S. 49

8) s.o. S. 73, Anmerkung 5

9) s.o. S. 130 f.

Die Notwendigkeit der Errichtung staatlicher Erziehungsanstalten begründete der Abgeordnete Reeb in der Kammer folgendermaßen: "Die caritativen Anstalten reichen für die Unterbringung der schwieriger zu behandelnden schul-entlassenen Zöglinge nicht aus, mit den roheren Elementen werden sie nicht fertig, daher bedürfen wir auch staatlicher Anstalten".¹⁹⁾ Im Ausschuß wurde darauf hingewiesen, daß diese Zöglinge in anderen ähnlichen Anstalten doch nicht so leicht untergebracht werden könnten, weil sonst die übrigen Kinder von ihren Eltern herausgenommen würden, und weil diese Zwangserziehungszöglinge überhaupt eine andere Pflege und Erziehung und Aufsicht als die übrigen besserungsbedürftigen Kinder bräuchten.²⁰⁾

Mit der Errichtung staatlicher Anstalten hoffte man die Durchführung des Zwangserziehungsgesetzes wesentlich zu erleichtern. Von der Möglichkeit, einem verkommenen und unbotmäßigen Jugendlichen als "ultimum refugium" eine Staats-erziehungsanstalt zuzuweisen, in welcher eine strengere Zucht als in den caritativen Anstalten geübt würde, versprach man sich den Erfolg, auch wieder mehr Familien und Anstalten zur Aufnahme von Zwangszöglingen gewinnen zu können, da diese ja dann jederzeit dem Zögling bei schlechter Führung mit der Verbringung in eine staatliche Erziehungsanstalt drohen könnten. Staatsminister von Brettreich sprach sich in der 103. Landtagssitzung im Jahre 1908 über den Zweck der Staatserziehungsanstalten wie folgt aus:

19) Vern.d.K.d.Abg., 1907/1908, Sten.Ber., Bd. 3
S. 997

20) ebenda S. 994

"Die drei Staatserziehungsanstalten sind dazu bestimmt, junge Leute aufzunehmen, die in den anderen Anstalten nicht mehr ordentlich gebessert werden können. Es wird also selbstverständlich strenge, aber auch vollkommen humane Behandlung Platz greifen; aber sie wird immerhin einen anderen Charakter haben als in den caritativen Anstalten. Ich glaube", so fuhr der Minister fort, "daß auf dieser Bahn für die Zukunft genügend Gelegenheit geboten wird, die Minderjährigen unterzubringen und soweit als möglich einem ordentlichen Lebenswandel entgegenzuführen".²¹⁾

Der Abgeordnete Reeb warnte vor einem Mißbrauch der staatlichen Anstalten. Das Ministerium müsse dafür sorgen, daß sich die Verwaltungsbehörden die Aufgabe der Auswahl der Unterbringungsstellen nicht zu einfach machten und die Staatserziehungsanstalten nach Art eines Gefängnisses füllten. Erst wenn der Jugendliche nicht anderswo untergebracht werden könne, solle er in eine Staatserziehungsanstalt eingewiesen werden. Auch sollten die Jugendlichen nicht dauernd und nicht unnötig lange in den staatlichen Anstalten festgehalten werden, sondern sobald sie Spuren der Besserung zeigten, in einer Familie oder in einer caritativen Anstalt untergebracht werden. Es sei nicht zulässig, einen Besserungsfähigen und einen solchen, der Besserungsbestrebungen zeige, bei den Unverbesserlichen zu lassen, wo er längere Zeit das schlechte Beispiel vor Augen habe.²²⁾

Eine konfessionelle Scheidung der Zöglinge hielt man bei der Errichtung der staatlichen Erziehungsanstalten für selbstverständlich.²³⁾

21) Verh.d.K.d.Abg., 1907/1908, Sten.Ber. Bd.3
S. 999 f.

22) ebenda, S. 998

23) ebenda, S. 995

Man vertrat die Ansicht, daß durch richtige religiöse Erziehung noch am ehesten eine Besserung der Jugendlichen möglich sei.

Die Bestimmung der Staatserziehungsanstalt Wasserburg wurde noch vor der Eröffnung der Anstalt geändert.²⁴⁾ Eine Entschlieung des Staatsministeriums des Innern verfügte: "Die Staatserziehungsanstalt Wasserburg dient nunmehr zur Aufnahme von werktageschulpflichtigen Knaben katholischen Bekenntnisses, die auf Grund des Zwangserziehungsgesetzes oder des § 56 des Reichsstrafgesetzbuches in eine Erziehungsanstalt eingewiesen werden".²⁵⁾

Würzburg wurde zur Aufnahme und Erziehung werktageschulentlassener Knaben katholischen Bekenntnisses bestimmt, hauptsächlich zur Aufnahme solcher Zöglinge, die in anderen Anstalten nur schwer oder überhaupt nicht Aufnahme fänden.²⁶⁾

Die Wasserburger Anstalt nahm ihren Betrieb am 16. Dezember 1909 mit der Übernahme von acht katholischen Zöglingen aus der bis dahin simultanen Staatserziehungsanstalt Speyer auf.

Die Anstalt in Würzburg begann ihr Erziehungswerk am 21. Dezember 1909 mit 14 katholischen Zöglingen aus Speyer, einigen bayerischen Zöglingen der St. Josephsanstalt Kleinzimmern in Hessen und einigen Neueingewiesenen.²⁷⁾

Der Zweck der Staatserziehungsanstalt Speyer war - nach der Durchführung der konfessionellen Trennung - die "Aufnahme und Erziehung von Knaben protestantischen Bekenntnisses, die ihr zugewiesen werden: 1. auf Grund des § 56 StrGB., 2. auf Grund des Zwangserziehungsgesetzes".²⁸⁾

24) Sten.Ber. 1910, Bd.10, S. 140

25) Entschlieung des Staatsministeriums des Innern, Min.A.Bl. 1910 S. 983, Min.A.Bl. S. 28; Wasserburger Satzung §1; (nach Müller, a.a.O. S. 15)

26) Würzburger Satzung §1, nach Müller a.a.O.

27) Müller, a.a.O. S. 14

28) nach Müller, a.a.O. S. 15; Anmerkung zum Jahresbericht 1910, auch Satzung §1

Die Verwendung der vorhandenen Anstalten in Würzburg und Speyer war keine glückliche Lösung. Schon bei den Beratungen über die Errichtung von Staatserziehungsanstalten im Jahre 1908 hatte der Abgeordnete Reeb in der Kammer der Abgeordneten den Antrag gestellt, man solle bei günstiger Gelegenheit die Anstaltsgebäude in Speyer und Würzburg verkaufen und die Anstalten aus den Städten hinaus aufs Land verlegen, da durch ausgiebigere Beschäftigung der Zöglinge in der Landwirtschaft ein besserer Erfolg erzielt werden könne.²⁹⁾

In Speyer hatte man sich schon im Jahre 1901 mit dem Plan eines Neubaus beschäftigt.³⁰⁾ In den Jahresberichten von 1905, 1906 und 1907 wird immer wieder die Hoffnung auf Auflösung der Anstalt ausgesprochen. Nachdem die Speyerer Anstalt im Jahre 1909 jedoch nicht durch einen Neubau ersetzt, sondern nur ihre Zweckbestimmung geändert wurde, wurden in den folgenden Jahren immer wieder größere bauliche Veränderungen notwendig, um den Aufgaben der Anstalt auch nur einigermaßen gerecht werden zu können.³¹⁾

In Würzburg wurde das ehemalige weibliche Zuchthaus mit erheblichen Baukosten in zwei Bauperioden 1909 und 1910 dem neuen Zweck entsprechend umgestaltet und alles Zuchthausmäßige so gut wie möglich entfernt. "Dabei blieb die Anstalt ein zusammengestoppelter Bau, ein Geschachtel, ein nichts weniger als modernes und zweckentsprechendes Werk".³²⁾

Die Aufsicht über die drei Staatserziehungsanstalten führten die zuständigen Kreisregierungen,

29) Sten.Ber. 1908 Bd.3, S. 1000

30) bei Müller, a.a.O. S. 28

31) ebenda

32) Sten.Ber. 1912, Bd.3, S.750, Abg.Bühler

Kammern des Innern. Sie hatten jederzeit nach dem Rechten zu sehen und nötigenfalls von Aufsichtswegen einzugreifen.

Die Oberraufsicht über die drei Staatserziehungsanstalten hatte das Staatsministerium des Innern.

Besondere Sorgfalt verwendete man auf die Auswahl des Erziehungs- und Lehrpersonals der Anstalten. Der Abgeordnete Bühler forderte schon 1912 im Landtag: "Die Lehrkräfte dieser Staatserziehungsanstalten müssen die erfahrensten und tüchtigsten Männer sein".³³⁾

Die Aufgaben und Pflichten der Anstaltslehrer beschränkten sich nicht auf den Unterricht. "Sämtlichen Beamten und Angestellten der Anstalt obliegt die Pflicht, den Zweck der Anstalt in erzieherischer Hinsicht unausgesetzt zu fördern und darauf zu achten, daß mit strenger Zucht sich wohlwollende väterliche Behandlung der Zöglinge verbinde. Unter allen Umständen ist die Auffassung auszuschließen, als ob die Aufnahme der Zöglinge in die Anstalt das Gepräge der Strafe an sich trage".³⁴⁾

Auf die schwierige und wichtige Aufgabe der Handwerksmeister und Aufseher und die Notwendigkeit einer entsprechenden Vorschulung derselben wies der Vorstand der Würzburger Anstalt, Dr. Henemann, bei dem ersten bayerischen Jugendfürsorge- und Zwangserziehungstag in München im Jahre 1911 hin: "Wir brauchen Erzieher, nicht bloß Aufseher. Wir müssen erziehen fürs Leben und dazu haben wir Persönlichkeiten, ganze Charaktere, Personen, die Autorität besitzen, nötig. Es müssen Menschen sein, die nicht bloß mit dem sogenannten gesunden Menschenverstand probierend und tastend an die Erziehungsaufgabe heran-

33) Sten.Ber. 1912 Bd.3, S. 749, zitiert bei Müller, a.a.O. S.46

34) Würzburger Vorschriften für das Aufsichtspersonal § 6; auch Satzungen § 15; Speyer §12 bis 12b, zitiert bei Müller, a.a.O. S. 48

gehen, sondern solche, die mit den vorzüglichen Grundsätzen der Pädagogik und den Hauptergebnissen der Psychiatrie einigermaßen vertraut sind oder wenigstens für Belehrung sich nicht ganz ungeeignet erweisen."³⁵⁾

Gegen die Bezeichnung "Aufseher" wandte sich 1914 im Landtag der sozialistische Abgeordnete Profil: "Der Name 'Aufseher' ist meines Erachtens nicht der richtige Ausdruck. Der Mann soll ein Lehrmeister, ein Erzieher der Zöglinge sein, die auf geordnete Bahnen zurückgeführt werden sollen. Unter 'Aufseher' versteht man gewöhnlich eine Person, die mit der Zuchtrute hinter den Zöglingen steht."³⁶⁾

Vor einer Überfüllung der Staatserziehungsanstalten wurde schon bei den Beratungen über ihre Errichtung gewarnt. Staatsminister von Brettreich betonte in der Kammer der Abgeordneten: "Unbedingt wird darauf gesehen werden, daß die staatlichen Anstalten nicht allzu umfangreich werden, weil, wenn eine solche Anstalt zu groß wird, natürlich die Zöglinge nicht mehr entsprechend überwacht werden können."³⁷⁾

Die Wasserburger Anstalt wurde für ungefähr 50 Zöglinge eingerichtet; die Anstalt in Würzburg für 70. Die Aufnahmezahl der Speyerer Anstalt, die bis dahin 80 betragen hatte, wurde auf 60 herabgesetzt; nach und nach sollte sie sogar wegen der sehr bescheidenen Raumverhältnisse auf 45 beschränkt werden.³⁸⁾

Die drei Anstalten hatten die Zöglinge aus ganz Bayern aufzunehmen, die ihnen entweder von der vorgesetzten Kreisregierung auf Grund des

35) Sitzungsbericht des I. bayerischen Jugendfürsorge- und Zwangserziehungstages in München 1911, S. 43

36) bei Müller, a.a.O. S. 53

37) Sten.Ber. 1907/1908 Bd.3 S.1000

38) Müller, a.a.O. S. 62

Zwangserziehungsgesetzes vom 10. Mai 1902³⁹⁾ oder auf Grund des § 56 Reichsstrafgesetzbuch⁴⁰⁾ zugewiesen wurden. Die Anstaltssatzungen schränkten jedoch diesen Zöglingskreis noch in einem gewissen Umfang ein.⁴¹⁾

Die beschränkte Zahl der Zöglinge ermöglichte es dem Lehr- und Aufsichtspersonal jedes einzelne Kind genau kennenzulernen und seiner Eigenart entsprechend zu behandeln. Dies war auch notwendig, da es die Anstalten - ihrem Zweck entsprechend - fast ausschließlich mit Schwererziehbaren zu tun hatten. Die fortgeschrittene Verwahrlosung zeigte sich meist in den begangenen Straftaten, den gerichtlichen Vorstrafen, aber auch in der körperlichen und geistigen Verfassung der Zöglinge.

Die in den Anstalten zur Verfügung stehenden Plätze waren fast immer belegt.

Die Aufnahmeziffern der drei staatlichen Erziehungsanstalten während der Jahre 1910 bis 1920 sind aus der folgenden Zusammenstellung ersichtlich.⁴²⁾

Staats- erzieh. anstalt	1909/ 1910	1911	1912	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919
Wasser- burg	50	19	25	12	22	22	23	15	19	14
Würzburg	55	54	35	40	55	41	27	58	44	39
Speyer	42	48	29	36	31	33	25	23	27	35

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Zöglinge in Würzburg betrug im Jahre:

1914	15 1/4 Monate
1915	10 Monate
1916	18 1/2 Monate
1917	16 2/5 Monate
1918	14 1/2 Monate
1920	20 Monate ⁴³⁾

39) Min.Entschl.vom 29.11.1910, Min.A.Bl. S. 973

40) Min.Entschl.vom 29.11.1910, Min.A.Bl. S. 28

41) Müller, a.a.O. S.60, Wasserburger Satzung VIII, Würzburger Satzung §10, Speyerer Satzung §5

42) Zahlen nach Müller, a.a.O. S. 62

43) Müller, a.a.O. S. 83

Diese Zahlen sprechen gegen die vielfach erhobene Klage, daß die Zöglinge zu lange in den Anstalten zurückgehalten würden. Manche Distriktsverwaltungsbehörden nahmen die Zöglinge aus der Anstalt, ohne vorher den Vorstand derselben gehört zu haben, obwohl diese Anhörung vor der Entscheidung über die Aufhebung der Zwangserziehung der Distriktsverwaltungsbehörde in § 45 der Ausführungsbestimmungen zum Zwangserziehungsgesetz⁴⁴⁾ zur Pflicht gemacht war, und gemäß Bekanntmachung vom 20. August 1919 (M.A.Bl. S.295) der Vorstand der Anstalt auch vor der Entscheidung über die vorläufige Entlassung gehört werden mußte. Ein Erlaß des Staatsministeriums des Innern über die vorläufige Entlassung von Fürsorgezöglingen aus Anstalten vom 14. Dezember 1920 wies nachdrücklich auf diese letztere Bekanntmachung hin.

In der Wasserburger Anstalt blieben die Jungen nur bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres. Verfügte die zuständige Behörde die Fortsetzung der Zwangserziehung in einer Anstalt, so mußten die Zöglinge, die das 14. Lebensjahr vollendet hatten, in eine andere Anstalt gebracht werden.

In den Anstalten Speyer und Würzburg mußten die Zöglinge spätestens mit 21 Jahren entlassen werden, da die Zwangs- bzw. Fürsorgeerziehung mit dem Eintritt der Volljährigkeit des Zöglings kraft Gesetzes endete. In der Regel wurden die Jugendlichen vor der Erreichung des Höchstalters aus den beiden Anstalten entlassen. Die drei staatlichen Erziehungsanstalten galten als sogenannte "geschlossene Anstalten". Da jedoch aus erzieherischen Gründen auf eine völlige Absperrung verzichtet wurde, kamen jedes Jahr auch Entweichungen vor.

44) Vergl. Anhang III, S. XX

Die Errichtung weiterer staatlicher Anstalten zur Unterbringung von Zwangszöglingen wurde nicht für notwendig erachtet. Die drei vorhandenen Staatserziehungsanstalten sollten auch keineswegs den Privatanstalten Konkurrenz machen, sondern lediglich einem dringenden Bedürfnis abhelfen, indem sie sich der Jugendlichen annahmen, die in den offenen caritativen Anstalten keine Aufnahme fanden, sei es wegen ihres vorgeschrittenen Alters, sei es wegen des höheren Grades ihrer Verwahrlosung.

Nachdem noch im Jahre 1910 zwei weitere, von caritativer Seite errichtete Anstalten für männliche schulentlassene Zöglinge eröffnet werden konnten⁴⁵⁾, hielt man allgemein die Zahl der im Königreich für diese Gruppe von Jugendlichen bestehenden Anstalten für völlig ausreichend.⁴⁶⁾

Als im Juni 1911 der Kreisverband der Oberpfalz im Landesausschuß für Jugendfürsorge den Antrag stellte, es solle von Staats wegen eine katholische Erziehungsanstalt für die Oberpfalz errichtet werden, und gleichzeitig auch der Kreisverband Niederbayern die Errichtung einer Erziehungsanstalt für Niederbayern, und zwar auf Staatskosten, beantragte, war die Mehrheit des Landesausschusses der Ansicht, daß ein vordringliches Bedürfnis nach neuen Zwangserziehungsanstalten zur Zeit nicht bestehe. "Wichtiger als die Gründung neuer größerer Anstalten sei

45) Es handelt sich hier um die vom Katholischen Jugendfürsorgeverein für die Pfalz gegründete katholische Erziehungsanstalt St. Joseph in Queichheim (Vgl. oben S. 166) und die den Benediktinern von St. Bonifaz-München gehörende St. Gregoriusanstalt in Rothenfeld bei Andechs in Oberbayern (Vgl. oben S. 34)

46) Jakob Reeb, Der gegenwärtige Stand der kath. Jugendfürsorge in Bayern nach den drei Haupterfordernissen, München 1914, S. 7

die Gründung von Asylen zur vorläufigen Unterbringung und Beobachtung der Zöglinge, ob für dieselben Anstalts- oder Familienunterbringung angezeigt sei".⁴⁷⁾

3. Die Anstalten für weibliche schulentlassene Zwangszöglinge.

Da der Staat auf die Errichtung einer eigenen Anstalt zur Unterbringung der schulentlassenen weiblichen Zwangszöglinge verzichtete und sich in dieser Richtung ganz auf die caritativen Anstalten verließ, wurden in den Jahren 1908 bis 1913 durch caritative Vereine eine Reihe von Erziehungsanstalten für diese Mädchen gegründet, um dem Mangel auf diesem Gebiet abzuhelpfen.

Die Errichtung von entsprechenden Heimen für die katholischen Mädchen ließ sich vor allem der Katholische Fürsorgeverein für Mädchen, Frauen und Kinder angelegen sein. Die Münchner Ortsgruppe dieses Vereins eröffnete 1909 das Herz-Jesu-haus in Gauting⁴⁸⁾ und das St. Anna-Heim in Tandern⁴⁹⁾.

In Augsburg gründete die dortige Ortsgruppe 1912 ein Fürsorgeheim mit 10 Plätzen für vierzehn- bis einundzwanzigjährige katholische Mädchen.

Auch die Ludwigshafener Ortsgruppe errichtete 1913 ein Fürsorgeheim, das 45 Mädchen von 14 bis 21 Jahren aufnehmen konnte.

In der Pfalz entstand 1912 das Katholische Mädchenerziehungsheim Maria Rosenberg, das Eigentum des bischöflichen Stuhles in Speyer ist.⁵⁰⁾

Zur Unterbringung der evangelischen schulentlassenen Mädchen wurde 1908 das Fürsorgeheim Oettingen als Filiale des Neuendettelsauer Mag-

47) Mitteilungen des Bayerischen Landesausschusses für Jugendfürsorge, S. 4

48) siehe oben S.176

49) siehe oben S.176f.

50) siehe oben S.168f.

daleniums gegründet. Es wurden dort durchschnittlich zwölf Mädchen von 13 bis 21 Jahren untergebracht, für die eine eigene Fortbildungsschule eingerichtet war.

Der Landesverein für Innere Mission in der Pfalz eröffnete 1910 in Lachen ein Fürsorgeheim für zwanzig evangelische Mädchen von 14 bis 21 Jahren, das von Diakonissen geleitet wurde.

Eine Fürsorgeerziehungsanstalt für schulentlassene Mädchen, vom Verein für Innere Mission in Nürnberg gegründet, konnte in Schafhof bei Nürnberg 1913 in Betrieb genommen werden. Durch die Hinzunahme weiterer Räume konnte die Zahl der verfügbaren Plätze schon in den ersten Jahren des Bestehens der Anstalt von 40 auf 60, dann sogar auf 65 und 70 erhöht werden.⁵¹⁾

Somit standen also im Jahre 1914 zur Unterbringung der schulentlassenen weiblichen Zwangszöglinge 12 Anstalten zur Verfügung⁵²⁾, die das Bedürfnis für das ganze Königreich befriedigten.

4. Die Errichtung von Asylen und Beobachtungsheimen.

Die Verwirklichung der im Zwangserziehungs-gesetz von 1902 Art.4 Abs.2 vorgesehenen vorläufigen Unterbringung bei Gefahr im Verzuge, stieß bald nach dem Inkrafttreten des Gesetzes ebenfalls auf erhebliche Schwierigkeiten, da es an den entsprechenden Einrichtungen fehlte.

Sehr häufig erwies es sich als unbedingt notwendig, Jugendliche rasch aus ihrer bisherigen, sie gefährdenden Umgebung herauszunehmen und anderweitig unterzubringen. Zu diesem Zwecke mußten vor allem in den größeren Städten eigene Heime, Zufluchtsheime oder Asyle, geschaffen werden,

51) Blätter für Innere Mission in Bayern, 31.Jhrg., 1916, Nr.9 S. 92

52) Zu den hier aufgezählten acht Anstalten kommen noch die vier schon viel früher entstandenen hinzu: die beiden Anstalten der Frauen vom Guten Hirten in München und Ettmannsdorf, die Anstalt in Würzburg-Oberzell und das Magdalenium mit Staatserziehungsanstalt in Neundettelsau.

in welchen gefährdete, verwahrloste oder obdachlose Kinder und Jugendliche sofort Aufnahme finden und bis zur Ermittlung eines geeigneten Unterkommens in einer Familie oder Anstalt bleiben konnten.

1902 bestanden in Bayern nur drei solcher Heime. Es waren:

1. das 1867 vom Evangelischen Magdalenenverein in München gegründete Magdalenenasyl für evangelische Mädchen von der Entlassung aus der Volksschule an;⁵³⁾
2. das Mädchenasyl in Speyerdorf (Pfalz) des Landesvereins für Innere Mission, das im Jahre 1901 gegründet und für evangelische werktagsschulfreie Mädchen bis zum 21. Lebensjahr bestimmt wurde, und
3. das ebenfalls 1901 in Nürnberg gegründete Zufluchtshaus des Vereins für Innere Mission, für schulentlassene evangelische Mädchen.

Für katholische Mädchen im Alter von 15 bis 21 Jahren gründete im Jahre 1906 der Katholische Fürsorgeverein für Mädchen, Frauen und Kinder das Zufluchtsheim in München⁵⁴⁾.

Die Asyle, die ein unentbehrliches Mittellglied im ganzen Vollzug der Zwangserziehung darstellten, indem sie eine rasche Wegnahme des gefährdeten Jugendlichen aus seinen ungünstigen Lebensverhältnissen ermöglichten und zugleich die Gelegenheit boten, auf Grund genauer Beobachtung festzustellen, ob die betreffenden Zöglinge mit Rücksicht auf ihre geistigen Fähigkeiten, ihre körperliche Verfassung und Charakterveranlagung in einer Dienst- oder Lehrstelle, in Familien- oder Anstaltspflege untergebracht werden konnten oder sollten, hatten nach der Ein-

53) siehe oben S. 54f.

54) siehe oben S. 176f.

führung der Jugendgerichte in Bayern eine weitere wichtige Aufgabe zu erfüllen, nämlich die häufig nicht zu entbehrende Untersuchungshaft zu ersetzen.

Auf die Wichtigkeit solcher Asyle wurde immer wieder hingewiesen und von den verschiedensten Seiten die Gründung solcher Heime gefordert.⁵⁵⁾

Die Anregungen blieben nicht ohne Erfolg. In einer Reihe von Städten wurden nach und nach durch die Fürsorgevereinigungen solche Asyle ins Leben gerufen.

In M ü n c h e n richtete der dortige Verein für Innere Mission schon im Jahre 1905 ein evangelisches Knabenheim für verlassene oder in Gefahr der Verwahrlosung stehende Jungen ein, in welchem diese bis zur möglichen Unterbringung in einer Anstalt oder geeigneten Familie Erziehung und Heimat finden sollten.⁵⁶⁾

55) so z.B. in dem Erlaß des Staatsministeriums des Innern vom 9. Dezember 1908 (Nr.32 186), betreffend das Strafverfahren gegen Jugendliche, Absatz II; in der Entschließung des Staatsministeriums des Innern vom 23. November 1909 (Min.A.Bl. 1909 S.963); vom Bayerischen Landesausschuß für Jugendfürsorge bei seiner 2. großen Versammlung am 19. Juni 1911; in einem Beschluß des 1.bayerischen Jugendfürsorge- und Zwangserziehungstages vom Jahre 1911 u.a.

56) Zunächst in der Ligsalzstraße untergebracht, wurde das Knabenheim im Jahre 1912 in die Blütenburgstraße Nr. 71 verlegt. Dort hatte der Münchner Verein für Innere Mission 1890 eine Krippenanstalt eingerichtet und diese etwas über 21 Jahre lang geführt. An dem selben Orte wurde dann das Löhehaus für evangelische Jugendpflege in München errichtet. Hier wurde eine Verbindung von Erziehungsanstalt und Krippe geschaffen. Das Erdgeschoß wurde für den Tagesverkehr der Kinder bestimmt und in Räume für eine Tageskrippe, eine Kinderbewahranstalt und Horte für Knaben und Mädchen eingeteilt, sodaß bis zu 260 Kinder zwischen 0 und 14 Jahren tagsüber dort Aufnahme, Beaufsichtigung und Beschäftigung finden konnten. Im ersten Stockwerk wurde ein Säuglings-

Im Mai 1909 entstand in München ein katholisches Knabenheim zur vorläufigen Unterbringung obdachloser, gefährdeter und straffälliger Jugendlicher. Es wurde vom Seraphischen Liebeswerk, dem Katholischen Verein zur Erziehung der verwahrlosten Jugend und dem Vinzentiusverein in München gegründet. Die Anstalt, die ursprünglich für 15 Jugendliche eingerichtet war, erwies sich schon bald als zu klein und die angegebene Zahl mußte oft weit überschritten werden. Bis Anfang September 1910 waren bereits 350 Jungen in dem Heim aufgenommen worden, täglich durchschnittlich 16.⁵⁷⁾ Im Jahre 1911 waren 248 gefährdete oder verwahrloste Knaben im Heim untergebracht.⁵⁸⁾ Die in das Heim wegen Mangels eines Obdachs oder wegen Gefährdung, zur Beobachtung oder Abwendung der Untersuchungshaft auf Ersuchen der Polizei, des Vormundschaftsgerichts, der mit der Zwangserziehung befaßten Distriktsverwaltungsbehörden, der Armenpflege oder auf Ersuchen von Vereinen und Einzelpersonen, aufgenommenen Jugendlichen blieben so lange dort, bis eine dauernde Unterbringungsmöglichkeit für sie gefunden war. Den älteren Jugendlichen versuchte man möglichst eine Lehr-, Dienst- oder Arbeitsstelle zu verschaffen, die jüngeren versuchte man in Familien-erziehung zu bringen. Die straffälligen Zöglinge blieben in der Regel bis zur Hauptverhandlung im Heim. Die Minderjährigen, die zur vorläufigen

und Kinderheim für 180 Kinder bis zu 6 Jahren eingerichtet und die Leitung Diakonissen von Neuendettelsau übertragen. Das 2. Stockwerk war als Erziehungsanstalt für schulpflichtige Mädchen gedacht. Im 3. Stock wurde ein Erziehungsheim für 60 schulpflichtige evangelische Knaben geschaffen, dessen Leitung Hauseltern übertragen wurde. (Sammelbericht, Die bayerischen evangelischen Rettungshäuser und Erziehungsanstalten, S. 22f.; Radlmaier, Handbuch der Erziehungsanstalten und Jugendheime in Bayern, S. 25)

- 57) Zentralblatt für Vormundschaftswesen, 2. Jhrg., Nr. 16, 1910, S. 189
58) Bayerische Caritas-Blätter, 1912, Nr. 4, S. 90

Zwangserziehung untergebracht waren, wurden beobachtet und auf Grund der Beobachtung entschieden, ob Familien- oder Anstaltunterbringung angezeigt sei. Oft genügte der Aufenthalt im Heim als Vorbereitung für die Familienpflege, nur im äußersten Notfall erfolgte die Überweisung in eine Erziehungsanstalt.

Im September 1913 siedelte die Anstalt als "Münchener Jugendheim" in die Auerfeldstraße über. In diesem Jahre (1913) wurden 280 Jungen zwischen 10 und 18 Jahren aufgenommen.⁵⁹⁾

Da die Zahl der aufzunehmenden Jugendlichen von da an ständig zunahm, wurden im Laufe der Zeit zwei Umzüge in größere Gebäude notwendig.⁶⁰⁾

In der Spixstraße 14 konnten im Münchener Jugendheim dann durchschnittlich 65 obdachlose und gefährdete Jugendliche bis zur Ermittlung eines geeigneten Unterkommens untergebracht werden.

Es wurde für sie eine eigene Volks- und Fortbildungsschule eingerichtet. Die Anstalt war zugleich Beobachtungsstation für zwei- bis dreimonatigen Aufenthalt.⁶¹⁾

1913 wurde von Amtsgerichtsrat Pernerl, der von Rechtsrat Grieser tatkräftig unterstützt wurde, in München ein unter städtischer Verwaltung stehendes Burschenasyl gegründet, das für obdachlose Jugendliche im Alter von 16 bis 20 Jahren bestimmt war. 48 solcher Jugendlicher konnten dort Unterkunft und Verpflegung finden. Nach dem Ausbruch des ersten Weltkrieges mußte der Betrieb des Burschenasyls allerdings wieder

59) Mitteilungen der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge, 9.Jg., 1914, Nr.2

60) J.Müller, Aus der Entwicklung und dem Stand des Bayerischen Landesvereins der kath.Jugendfürsorgevereine und Fürsorgeerziehungsanstalten während des Krieges, in: Bayer. Caritas-Blätter 1917, S. 55 ff.

61) Radlmaier, a.a.O. S. 73; es heißt dort: "Die Zöglinge sind fast ausschließlich schwer- und schwersterziehbare jugendliche Verbrecher".

eingestellt werden.⁶²⁾

Die Not vieler gefährdeter, verwahrloster und verlassener Großstadtkinder gab den Anstoß zur Errichtung eines weiteren Zufluchtsheimes in München, des Klemens-Maria-Kinderheims. Im April des Kriegsjahres 1916 übernahm der Katholische Jugendfürsorgeverein der Erzdiözese München-Freising das schon seit 1913 bestehende Zufluchtsheim, das in einer Wohnung in Miete war. Das Ergebnis einer Sammlung, zu der die oberhirtliche Stelle im Dezember 1916 den gesamten Klerus der Erzdiözese aufgefordert hatte, ermöglichte den Erwerb eines eigenen Häuschens auf einem größeren Grundstück. Im Sommer 1917 konnte das Klemens-Maria-Kinderheim dorthin verlegt werden und bot nun Raum für rund 70 Knaben und Mädchen ohne Unterschied der Konfession vom 1. bis 14. Lebensjahr, die eines vorübergehenden Unterkommens bedurften. Von Franziskanerinnen betreut, verblieben sie so lange im Heim, bis die Verhältnisse geklärt und eine anderweitige Unterbringung in die Wege geleitet war. Als Durchgangsstation und Beobachtungsheim hatte es auch eine eigene Anstaltsschule.⁶³⁾

1923 wurde in München noch ein Zufluchtsheim mit 11 Betten als Auffang- und Beobachtungsstation für schulentlassene männliche Zöglinge eröffnet, das von einer Salesianerin geführt wurde.

Die Stadtgemeinde Augsburg gründete 1909 das Städtische Jugendheim, das als Durchgangsstation Kinder und Jugendliche ohne

62) Jahresberichte des Münchner Jugendfürsorgeverbandes für die Jahre 1913 und 1914

63) 1921 konnte das Heim nach Erwerb des Objektes "Münchner Jugendheim" durch den Kath.JFV in die Spixstraße 14 verlegt werden.

Unterschied der Konfession von 6 bis 16 Jahren vorübergehend aufnahm und für durchschnittlich 20 Zöglinge eingerichtet war.

In Nürnberg eröffnete der dortige Verein für Innere Mission am 19. März 1909 in einem gemieteten Haus ein Stadtmissionsheim und richtete gleichzeitig in demselben ein Asyl mit 15 Plätzen ein, in dem gefährdete Mädchen ohne Unterschied des Bekenntnisses bis zur Ermittlung einer geeigneten Familie oder Anstalt vorübergehend Unterkunft finden sollten.

Von Interesse dürfte in diesem Zusammenhang sein, daß eine Augsburger Diakonisse am 1. Januar 1909 auf den neugeschaffenen Posten der städtischen Polizeipflegerin berufen wurde. Sie war lange Jahre Leiterin des Marthahauses in Nürnberg gewesen und am 20. November 1907 als erste Stadtmissionsschwester Nürnbergs in ihr Amt eingeführt worden. Mit der Berufung dieser Frau zur städtischen Polizeipflegerin bekam die weibliche Jugendfürsorge in Nürnberg einen guten Rückhalt. Die Eröffnung des Stadtmissionsheimes Nürnberg erfolgte in Fühlungnahme mit ihr.⁶⁴⁾

Zu den beiden Asylen des Vereins für Innere Mission in Nürnberg⁶⁵⁾ kamen dann die 1911 und 1912 gegründeten Heime der hauptstelle für Jugendfürsorge in Nürnberg hinzu; das Knabenheim, das evangelische und katholische Knaben von 10 bis 18 Jahren bis zur Ermittlung eines geeigneten dauernden Unterkommens aufnahm, und das Mädchen- und Kinderheim, in welchem Kinder und Mädchen von 1 bis 18 Jahren ohne Unterschied der

64) Scholler, Geschichte des Vereins für Innere Mission in Nürnberg 1885 bis 1910, in: Blätter für Innere Mission, 25. Jg., 1910, Nr. 21 S. 163; Sammelbericht, Die bayerischen evangelischen Rettungshäuser und Erziehungsanstalten, S. 27

65) Zufluchtshaus, gegründet 1901 und Stadtmissionsheim, gegründet 1909

Konfession vorübergehende Aufnahme finden konnten.⁶⁶⁾

In W ü r z b u r g errichtete die dortige Ortsgruppe des Katholischen Jugendfürsorgevereins für Mädchen, Frauen und Kinder im Jahre 1911 ein Fürsorgeheim für obdachlose, sittlich gefährdete oder verwahrloste Mädchen jeden Alters und Bekenntnisses, die bis zur Ermittlung eines geeigneten dauernden Unterkommens dort Aufnahme fanden. Die Anstalt, die unter der Leitung einer Hausmutter stand und durchschnittlich mit 12 bis 16 Mädchen belegt war, war mit einem Mütterheim verbunden.

Ein Asyl für Knaben nahm 1913 der unterfränkische Kreisverband für Jugendfürsorge mit Unterstützung aus Staats-, Kreis- und Stiftungsmitteln gemeinsam mit dem Würzburger Jugendfürsorgeverband in einem von der Stadtgemeinde Würzburg zur Verfügung gestellten Gebäude in Betrieb. Jungen von 5 bis 18 Jahren, ohne Unterschied des Bekenntnisses, konnten in dem unter der Leitung von Hauseltern stehenden Knabenheim eine vorläufige Unterkunft finden.

In der Pfalz gründete 1912 der Katholische Jugendfürsorgeverein ein Asyl zur vorübergehenden Unterbringung schulentlassener Knaben bei der katholischen Erziehungsanstalt St. Joseph in Queichheim.⁶⁷⁾

Für evangelische konfirmierte Mädchen von 14 bis 21 Jahren gründete der Landesverein für Innere Mission in der Pfalz 1910 das Fürsorgeheim Lachen, das von Diakonissen geleitet wurde und 20 Mädchen aufnehmen konnte.

66) siehe oben S. 148f.

67) siehe oben S. 166

In Oberfranken traf der Kreisverband für Jugendfürsorge mit verschiedenen Rettungshäusern und Anstalten Abmachungen, wonach diese unter bestimmten Voraussetzungen bereit waren, Jugendliche ohne weitere Vorverhandlungen aufzunehmen und bis zur endgültigen Unterbringung zu behalten.⁶⁸⁾

Das bayerische Staatsministerium des Innern veröffentlichte in den Amtsblättern (I.M.Bl. 1911 S. 1ff.) ein nach Regierungsbezirken geordnetes Verzeichnis der Erziehungsanstalten Bayerns, in denen Zwangszöglinge Aufnahme finden konnten. Außer den drei Staatserziehungsanstalten Wasserburg, Würzburg und Speyer nannte das Verzeichnis 102 Erziehungsanstalten, die den mit der Durchführung der Zwangserziehung betrauten Behörden zur Unterbringung von Minderjährigen zu diesem Zeitpunkt zur Verfügung standen.

Arnold spricht 1914 in seinem Bericht⁶⁹⁾ von 123 bayerischen Anstalten, die zur Unterbringung von Minderjährigen zur Verfügung stehen. Er stellt in einer Tabelle die Zahlennachweise für diese 123 Anstalten im einzelnen zusammen und zeigt auch, wie sich die Anstalten auf die einzelnen Regierungsbezirke verteilen. Diese Übersicht sei hier angeführt.⁷⁰⁾

68) Aus einem Bericht des k.Regierung von Oberfranken, Kammer des Innern, vom 23. Mai 1913 an das K.Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten, Betreff: Jugendfürsorge, zur Min.Entschl. vom 23. Januar 1913, Nr. 2102 c 41

69) Arnold, Die Zwangserziehung in Bayern in den Jahren 1904 bis 1913

70) Nach Arnold, Die Zwangserziehung in Bayern in den Jahren 1904 bis 1913, in: Zeitschrift des kgl.Bayer.Stat.Landesamtes, 46.Jhrg. 1914 Heft 3, S. 287

	Davon befinden sich im Eigentum										im Regierungsbezirk									
	Gesamtz. d. Anstalten	d. Staates	Gemeind. von Orts-	Gem. von Distr. -	Gem. von Kreise -	von Kirchen u. Gesell- schaften	von Stift. u. stiftähnli. Fonds	von Verei- nen	von Privä- ten	Obern- bayern	Nieder- bayern	Pfalz	Ober- palz	Ober- franken	Mittel- franken	Unter- franken	Schwaben			
Anstalten überhaupt	123	3	10	3	1	19	16	69	2	28	6	16	7	7	21	20	18			
Anstalten, die aufnehmen																				
nur Knaben	27	3	-	-	1	5	1	17	-	9	2	3	1	1	4	5	2			
nur Mädchen	42	-	-	2	-	12	4	23	1	11	1	5	2	-	8	10	5			
Knaben und Mädchen	54	-	10	1	-	2	11	29	1	8	3	8	4	6	9	5	11			
nur Katholiken	66	2	6	3	1	18	4	31	1	21	5	7	6	1	1	15	10			
nur Protestanten	31	1	2	-	-	1	8	18	1	3	-	9	-	4	8	3	4			
nur Israeliten	1	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	1	-	-			
ohne Untersch. d. Konfession	25	-	2	-	-	-	4	19	-	4	1	-	1	2	11	2	4			
Vorschulpflichtige	3	-	-	-	-	-	-	3	-	3	-	-	-	-	-	-	-			
Werktagsschulpflicht.	13	1	-	-	1	1	-	10	-	2	1	1	1	1	4	2	1			
Schulentlassene	1	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	1			
Vor-u. Werktagsschulpflicht.	29	-	2	2	-	5	6	13	1	4	4	4	4	1	3	6	3			
Werkst. u. Sonntag schulpflicht.	12	-	1	1	-	1	2	7	-	4	-	-	-	3	1	2	2			
Sonnt. schulpflicht. u. Schul- Entlassene	16	1	-	-	-	3	-	12	-	5	-	5	-	-	4	2	-			
Vor-, Werkst. u. Sonntags- Schulpflicht.	26	-	6	-	-	6	3	11	-	5	1	1	1	1	3	4	10			
Werkst.-, Sonnt.-Schulpflicht. und Schulentlassene	8	1	-	-	-	3	1	3	-	1	-	3	1	-	1	2	-			
Vor-, Werkst.-, Sonnt.-Schul- pflicht. u. Schulentlassene ohne Altersangabe	10	-	1	-	-	-	4	5	-	1	-	2	-	1	4	2	-			
Anstalten mit weltl. Er- ziehungspers.	5	-	-	-	-	-	-	5	-	3	-	-	-	-	1	-	1			
geistl. Erziehungspers.	27	-	2	-	-	-	4	21	-	7	-	3	-	4	4	5	4			
gemischt. Erziehungspers.	82	1	8	3	1	18	10	39	2	18	6	12	7	2	11	13	13			
	14	2	-	-	-	1	2	9	-	3	-	-	-	1	6	2	1			

5. Erste Ansätze zu einer Spezialisierung der Anstalten.

Eine Frage, die etwa vom Jahre 1910 an ständig an Bedeutung gewann, war die der psychiatrischen Jugendfürsorge.

Der Jahresbericht des Münchner Jugendfürsorgeverbandes für 1910 klagt über den "sich immer fühlbarer bemerkbar" machenden "Mangel an besonderen Erziehungsanstalten für....jene Psychopathen, welche nur unter großen Schwierigkeiten zu beeinflussen sind". Schon hier wird gefordert: Diese schweren Psychopathen sollten mit normalen verwahrlosten Jugendlichen und mit leichten Psychopathen nicht in den gleichen Anstalten untergebracht werden, a) weil sie einer ganz anderen Disziplin bedürfen, b) weil sie erfahrungsgemäß auf die gesunden Elemente ungünstig einwirken.⁷¹⁾

Auch im Landesausschuß für Jugendfürsorge war schon 1912 das Bedürfnis nach Schaffung einer Anstalt für schwere Psychopathen ausgesprochen worden; desgleichen auf dem ersten bayerischen Jugendfürsorge- und Zwangserziehungstag in München im Juni 1911.⁷²⁾

Über die Frage, auf welche Weise hier am besten Abhilfe zu schaffen sei, konnte jedoch zunächst noch keine Einigung erzielt werden. Daß man sich aber auch in der Folgezeit eingehend mit dieser Frage beschäftigte, geht aus dem Bericht über die 5. Sitzung des großen Landesausschusses für Jugendfürsorge im Juni 1914 hervor.⁷³⁾

Der Jahresbericht des Münchner Jugendfürsor-

71) Jahresbericht des Münchner Jugendfürsorgewerbandes pro 1910

72) Vergl. die Themen dieser Tagung S. 155 dieser Arbeit

73) Mitteilungen des Bayerischen Landesausschusses für Jugendfürsorge, S. 24

geverbandes für 1911 wies darauf hin, daß die erste Anstalt zur Aufnahme schwererziehbarer Psychopathen für protestantische Mädchen in Neuendettelsaus geplant sei.

Das Vorasyl für Schwererziehbare, das als Zweiganstalt des Magdaleniums und der Staatserziehungsanstalt Neuendettelsaus im Sommer 1914 fast fertiggestellt war, konnte erst am 17. Mai 1916 in Betrieb genommen werden, da die Vollendung dieses Heimes des Krieges wegen zunächst aufgeschoben werden mußte. ⁷⁴⁾

Die Anstalt hatte Raum für 30 protestantische, auch nichtkonfirmierte Mädchen vom 14. bis 21. Lebensjahr und besaß eine eigene Fortbildungsschule. Die Leitung des Vorasyls wurde dem Vorstand des Magdaleniums übertragen, die Erziehung der Mädchen Diakonissen anvertraut. ⁷⁵⁾

Diese Anstalt blieb zunächst die einzige ihrer Art in Bayern; doch war sie der Anfang einer später stark einsetzenden Differenzierung der Heime.

74) Blätter für Innere Mission in Bayern, 31.Jg., 1916, Nr.6, S.49

75) Kahlmaier, a.a.O. S.83

C. Die Reichsgesetze zur einheitlichen Regelung der Jugendfürsorge.

Das langjährige Bemühen um Erziehung der gefährdeten, Schutz der gesunden und Beistand für die straffällige Jugend gipfelte schließlich in zwei Gesetzen, dem Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt (RJWG) vom 9. Juli 1922 und dem Jugendgerichtsgesetz vom 16. Februar 1923 (JGG).

I. Das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt vom 9. Juli 1922.

Das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt ist somit Ende und Anfang zugleich. Ende insofern, als die besten Fürsprecher und Anwälte der Jugend aus allen deutschen Ländern es erreichten, dies Gesetz einheitlich für ganz Deutschland zu schaffen. Denn so wie die vorliegende Arbeit es für Bayern beschreibt, so gab es in ganz Deutschland Bemühungen, Versuche und Ansätze auf dem Gebiet der Jugendfürsorge.

Um zu verdeutlichen, wie vielseitig diese Bemühungen waren, seien hier noch einige bedeutendere Einrichtungen der öffentlichen und privaten Jugendfürsorge genannt, deren Entstehung ebenso wie das Zustandekommen der Fürsorgeerziehungsgesetze in den einzelnen Ländern Ausdruck einer großen und starken Bewegung war, die um die Jahrhundertwende einsetzte.

Im Jahre 1900 wurde in Berlin der Deutsche Zentralverein für Jugendfürsorge gegründet; 1901 in Berlin die Zentralstelle für Jugendfürsorge;

1907 wurden beide zu der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge verschmolzen.

1904 entstand in Frankfurt a.M. die Abteilung Kinderschutz der 1898 gegründeten Zentrale für private Fürsorge und aus dieser Abteilung dann der Verein "Kinderschutz".

Um das Jahr 1905 setzte die Jugendgerichtsbe-
wegung ein, die 1908 zur Einführung der ersten
Jugendgerichte führte.

1907 bis 1910 begann die Hauptentwicklung in der
Säuglings- und Kleinkinderfürsorge.

1906 wurde in Frankfurt a.M. durch Professor
Klumper das "Archiv Deutscher Berufsvormünder"
gegründet.

1916 setzte die Bewegung in der Gefährdetenfür-
sorge ein.

Die Vielgestaltigkeit der Bestrebungen hatte na-
turgemäß eine Zersplitterung der Kräfte zur Fol-
ge, die mehr und mehr nach Vereinheitlichung
und Planmäßigkeit verlangten.

Auf einer Tagung des Deutschen Vereins für Ar-
menpflege und Wohltätigkeit im Jahre 1910 wurde
deshalb schon die Errichtung städtischer Zen-
tralen für Jugendfürsorge gefordert.¹⁾

Das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt brachte die-
se Entwicklung nun zu einem gewissen Abschluß.
Es brachte diese Zentralstellen durch die städti-
schen Jugendämter als Träger der behördlichen
Jugendfürsorgeeinrichtungen, Einheitlichkeit
in der Jugendfürsorgegesetzgebung, Einheitlich-
keit in der behördlichen Arbeit und Planmäßigkeit
im Zusammenwirken mit der freien Liebestätigkeit.

Man bemühte sich, die Erfahrungen, welche
in langer Zeit ohne gesetzlichen Rückhalt in
der Jugendfürsorgearbeit gesammelt worden waren,
im Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt zu verankern,
ebenso wie man aus den Erfahrungen, welche der
Vollzug bereits bestehender Gesetze auf jugend-

1) Zillken, Entwicklung der Arbeitsgebiete des
Vereins; in: Jubiläumstagung des Kath.Fürsor-
gevereins für Mädchen, Frauen und Kinder, Zen-
trale Dortmund 1925, S. 40 f.

fürsorgerischem Gebiet in den einzelnen deutschen Ländern gebracht hatte, für das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt zu lernen suchte.

Gewiß kann ein Gesetz gerade im erzieherischen und fürsorgerischen Bereich nichts Vollkommenes, Endgültiges sein. Mängel erwiesen und erweisen sich in der Praxis; Verbesserungen wurden durch Novellen angestrebt.

Doch hat man für die damaligen Verhältnisse das Bestmögliche geschaffen, eine gute Hilfe für den Gefährdeten und seinen Helfer.

Das RJWG ist ein Rahmengesetz. Es regelt: das Recht jedes deutschen Kindes auf Erziehung; Jugendwohlfahrtsbehörden und ihre Aufgaben der Jugendpflege und Jugendfürsorge; Schutz der Pflegekinder; Stellung des Jugendamtes im Vormundschaftswesen, vor allem für uneheliche Kinder; Schutzaufsicht und Fürsorgeerziehung.²⁾

Die Ausgestaltung der einzelnen Fürsorgeaufgaben und die Regelung ihrer Erledigung ist dem Ermessen der Länder überlassen. Die jeweiligen Verhältnisse und Gegebenheiten sollen an Ort und Stelle und nicht schematisch "von oben" geregelt werden..

Die einzelnen deutschen Länder erließen daher Ausführungsbestimmungen zum RJWG, Bayern das Jugendamtsgesetz vom 20. Juli 1925.³⁾

Daß ein Gesetz niemals natürliche, menschliche Bindungen ersetzen kann, geht schon aus dem einleitenden Paragraphen des RJWG hervor, welcher von den Eltern als den allein zur Erziehung Berechtigten und Verpflichteten spricht.

2) Fachwörterverzeichnis für Jugendwohlfahrtspflege und Jugendrecht, Teil I, Hannover 1953, S. 42

3) GVB1. Nr. 22 S. 211 ff.

Das Gesetz berührt also das Recht der Eltern nicht und befreit diese auch nicht von ihren Pflichten. Nur dann, wenn die Familie die Erziehungsansprüche des Kindes nicht erfüllt oder nicht erfüllen kann, tritt die öffentliche Jugendhilfe in Tätigkeit.

Ein weiterer Beweis für das Bestreben, schon vorhandene Erfahrungen zu verwerten und die bestehenden Einrichtungen der freien Liebestätigkeit ungestört fortwirken zu lassen, ist der in der Präambel des Gesetzes ausdrücklich ausgesprochene Grundsatz der Subsidiarität.

Wenn auch weltanschauliche und politische Gründe, Fragen der Tradition, der Gewohnheit und Arbeitsweise immer wieder zu Diskussionen über das Verhältnis zwischen öffentlicher und privater Jugendhilfe geführt haben, so wollte man doch grundsätzlich der freien Liebestätigkeit ein ungestörtes Wirkungsfeld überlassen.

H.Wollasch benutzt in seiner Vorlesung über Jugendwohlfahrtsrecht an der Freiburger Wohlfahrtsschule folgendes aufschlußreiches Schema über die Delegation von Aufgaben durch das Jugendamt⁴⁾ an freie Verbände.

	Überlassung § 4 RJWG	Übertragung § 11 RJWG	Heranziehung § 6 RJWG
Verantwortung	selbständig	unselbständig	unselbständig
Durchführung	selbständig	selbständig	unselbständig

Die zentrale Stelle, welche durch das RJWG verpflichtet ist, die Angelegenheiten der Jugendwohlfahrt wahrzunehmen, ist das Jugendamt. Es ist durchaus nicht gleichgültig, von welcher

4) s. unten

Behörde die Belange der Jugendhilfe vertreten werden. Im Interesse einer wirksamen und vernünftigen Jugendarbeit ist es unbedingt erforderlich, daß nur eine Stelle alle im Gesetze besprochenen Aufgaben erfüllt bzw. sie zwecks Erfüllung delegiert.

Im Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt stellt sich uns ein Gesetz dar, welches die Familie schützt und ihr hilft, dem Kinde und Jugendlichen die bestmögliche Erziehung zu gewähren.

II. Das Jugendgerichtsgesetz vom 16. Februar 1923.

Die Reformbestrebungen auf dem Gebiet der Jugendstrafrechtspflege, die schon in den Jahren 1907 und 1912¹⁾ zu entsprechenden Regierungsentwürfen geführt hatten, fanden ihren Abschluß im Jugendgerichtsgesetz vom 16. Februar 1923, das eine für das ganze Reich einheitliche Regelung des Jugendstrafrechts brachte, in welcher erstmals in Deutschland der Erziehungsgedanke in den Vordergrund gestellt wurde.

Die wichtigsten Neuerungen, die das Jugendgerichtsgesetz gegenüber dem früheren Rechtszustand brachte, waren folgende:

1. Heraufsetzung des strafmündigen Alters von 12 Jahren (StrGB. § 55) auf 14 Jahre (§2 JGG);
2. Beurteilung der Strafbarkeit nicht nur nach der geistigen, sondern auch nach der sittlichen Reife (§3 JGG);
3. Zulassung von Erziehungsmaßregeln an Stelle der Strafe, neben der Strafe und bei Freispruch wegen mangelnder Reife (§§ 5,6,35 JGG);
4. Absehen von Strafe in besonders leichten Fällen, Verbot der Überweisung an die Landes-

1) s. Anhang VI dieser Arbeit

- polizeibehörde (§9JGG);
5. Bedingte Aussetzung des Strafvollzuges (§§10-15,34 JGG);
 6. Vorrang des Erziehungsgedankens im Strafvollzug (§§16,36,37 JGG);
 7. Zuweisung aller Jugendstrafsachen an die Schöffengerichte (§17 JGG);
 8. Ausschluß der Öffentlichkeit von der Verhandlung (§ 23 JGG);
 9. Beiziehung der Organe der Jugendgerichtshilfe zur Mitarbeit (§§ 8,12,16,20,22,23,27,28,29,30,31,32,34 JGG);
 10. Begründung der Zuständigkeit durch den Aufenthalt oder durch die Befassung des Vormundschaftsgerichts mit der Sache (§25 JGG);
 11. Erweiterung der Verteidigung (§29,30 JGG);
 12. Einschränkung des Verfolgungszwanges (§32 JGG);
 13. Verhandlung in Abwesenheit des Angeklagten (§33 JGG);
 14. Einschränkung der Rechtsmittel (§ 35 JGG);
 15. Ausschluß der Privatklage und des vereinfachten Verfahrens (§38 JGG).²⁾

2) Riß-Weitpert-Richter, Jugendgerichtsgesetz, München 1926, S. 6

D. Zusammenfassende Betrachtung der dargestellten Jugendfürsorgeentwicklung.

Die erste Aufgabe, welche der Verfasserin vorliegender Arbeit gestellt war, bestand darin, die in Bayern stattgehabten Jugendfürsorgebestrebungen zusammenfassend darzustellen. Die Gründe dafür, daß die Wahl auf Bayern fiel, sind bereits im Vorwort eingehend dargelegt. Abgesehen davon, daß eine geordnete Zusammenstellung der Jugendfürsorgebestrebungen von historischem Interesse ist, ist sie auch zum Verständnis der heutigen Situation der Jugendfürsorgearbeit unerläßlich. Wieviel altes Gedankengut in den heutigen die Jugend betreffenden Gesetzen und der gesamten Jugendarbeit enthalten ist, ergibt sich erst beim eingehenden Studium der Geschichte der Jugendfürsorge. Darüber hinaus lehrt solches Studium aber auch, welche Werte durch Schematisierung und Routinearbeit verloren gehen können.

Diese Erkenntnis leitet schon über zu der zweiten Aufgabe, welche durch die vorliegende Arbeit gelöst werden sollte. Aus dem Aufzeigen der geschichtlichen Entwicklung war der Beweis zu erbringen, daß eine positive und folgerichtige Weiterentwicklung des Jugendfürsorgegedankens stattgefunden hat.

Die Verfasserin hat sich bemüht, aus der Fülle des Materials das Wesentliche herauszufinden und so zu ordnen, daß schon aus der Reihenfolge und Anordnung der historischen Tatbestände die Entwicklung und Weiterentwicklung des Jugendfürsorgegedankens zum Ausdruck kommt.

Was erläuternd und zusammenfassend während der Darlegungen zur Entwicklung des Jugendfürsorgegedankens schon gesagt wurde, soll hier nochmals kurz zusammengefaßt werden.

Bei den Klöstern des Mittelalters, welche neben unermesslichen Kulturschätzen auch den Beginn einer Armen- und dabei Jugendfürsorge brachten, ist alles Tun eine Befolgung der Worte Christi: "Was ihr einem der Geringsten meiner Brüder getan habt, das habt ihr mir getan", (Math.25,40) und auf die Kinder bezogen: "Wer ein solches Kind in meinem Namen aufnimmt, der nimmt mich auf" (Math.18,5).

Auch bei den Einzelstiftungen, welche vor dem dreißigjährigen Krieg noch zahlreich waren, herrscht im Wesentlichen der religiöse Gesichtspunkt vor. Man sah die Not der Waisen- und Findelkinder und errichtete Stätten, in welchen sie aufgenommen werden konnten. Daß bei den Stiftungen durch angesehene Einzelpersonen auch dann und wann schon ein gewisses Geltungsbedürfnis mitschwang, ist leicht verständlich.

Die Fürsorge der mittelalterlichen Städte für gefährdete und verwahrloste Jugendliche war mehr von Zweckmäßigkeitserwägungen abhängig. Durch Auffangen und Bewahren solcher Kinder und Jugendlicher schützte man die Bürgerschaft vor verdorbenen und schädlichen Gliedern und verhinderte das lästige Bettelunwesen. Man wollte zwar durch Erziehung das Kind zu einem nützlichen Glied der Gesellschaft machen, doch tat man dies eben weniger des Kindes selbst als der Allgemeinheit wegen.

In den nachfolgenden Jahrhunderten, vor allem mit dem Einsetzen der Industrialisierung, steigerten sich die Erziehungsanforderungen in einem solchen Maße, daß der Einzelne der zunehmenden Not der Jugendlichen nicht mehr gerecht werden konnte.

So schlossen sich verantwortungsbewußte Menschen zu Vereinen zusammen, um gemeinsam wirksamere Hilfe leisten zu können. Konfessionelle Vereine standen immer an der Spitze. Geistliche beider christlichen Konfessionen leisteten meist die Pionierarbeiten, unter ihnen vor allem Persönlichkeiten, die später zu hohen kirchlichen Würden gelangten.

Das Zusammenwirken all dieser mit der Not der Jugend ringenden Kräfte brachte dann in Bayern das sogenannte Zwangserziehungsgesetz zustande.

Nach der Schaffung dieses Gesetzes begann dann eine bewußte Erziehung des Jugendlichen um seiner selbst willen. Der Staat gründete einige Anstalten, in welchen Kinder und Jugendliche, die schon ganz verwahrlost waren, Aufnahme finden sollten. Damit sollte erreicht werden, daß das Erziehungsziel in den konfessionellen Heimen, wo sich doch meist besserungsfähige oder doch nur gefährdete Zöglinge befanden, nicht in Frage gestellt würde. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Auswahl und Schulung der Anstaltserzieher gewidmet.

Da sich die bestehenden Anstalten vor dem Erlaß des Zwangserziehungsgesetzes hauptsächlich um schulpflichtige (nicht konfirmierte) Kinder gekümmert hatten, machte sich nach dem Erlaß des Gesetzes ein großer Mangel an Häusern für schul-

entlassene Zöglinge bemerkbar. Ihnen wurde in eigens errichteten Anstalten eine solide und fachlich gute Berufsausbildung gewährt. Als Meister kamen nur Personen in Frage, die nicht nur fachlich, sondern insbesondere auch menschlich hervorragend qualifiziert waren.

Waren zuvor die älteren, aus den Heimen entlassenen Jugendlichen mehr oder weniger sich selbst überlassen worden, so begann nun eine ausgedehnte nachgehende Fürsorge, Stellenvermittlung und Familienunterbringung.

Man versuchte die sogenannte "vorläufige Entlassung" aus der Zwangserziehung: Entlassungen aus dem Heim auf Probe. Bewährte sich der Jugendliche bei diesem Versuch nicht, so wurde er nochmals zurückgenommen.

Die große Bedeutung der Familienerziehung wurde immer mehr erkannt. Ihr wurde mehr und mehr der Vorrang vor der Anstaltserziehung eingeräumt. Verhielt man sich auch anfangs zurückhaltend mit Meldungen von Familien, welche zur Aufnahme von Zwangszöglingen bereit waren, so war es wiederum dem Einfluß namhafter Persönlichkeiten zu danken, daß das Mißtrauen solchen Kindern und Jugendlichen gegenüber nach und nach schwand. Die Bedeutung und Größe des Anliegens wurde im Bewußtsein der Öffentlichkeit immer stärker und bald hatten die einzelnen Erziehungsanstalten immer eine Reihe guter Familien, welche zur Aufnahme dieser Kinder bereit waren.

Als neuer und letzter Ansatz vor dem Zustandekommen des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt begann in Bayern die Spezialisierung der Heime. Der Anfang wurde mit einem Heim für schwererziehbare Psychopathen gemacht. Im Hinblick auf das Erziehungsziel war dies eine dop-

pelt wichtige Neuerung. Einmal von den geistig gesunden, noch erziehbaren und besserungsfähigen Jugendlichen her gesehen, deren Erziehung bislang dadurch behindert war, daß man notgedrungen Psychopathen mit in den Anstalten unterbrachte. Auch von den Psychopathen aus betrachtet bildete diese Neuerung einen hoffnungsvollen Anfang; denn man hatte vorher kaum einen Versuch gemacht, solche Kinder überhaupt zu erziehen.

Abschließend sei noch einer Reaktion der freien Wohlfahrtsverbände auf die Beeinflussung der Jugendfürsorge durch Obrigkeit und Gesetze gedacht.

Um ganz bewußt einer Nivellierung der Fürsorgearbeit entgegenzuwirken - und die Gefahr wächst ja, je mehr Fürsorge "von oben" betrieben wird - begann man, die in der Fürsorge Tätigen durch Tagungen und Fortbildungskurse gründlich zu schulen; die Neuanfänger in Spezialausbildungsstätten auf ihr schwieriges Amt vorzubereiten. Neben einer guten Kenntnis aller Hilfswege und -möglichkeiten wird dort besonderer Wert auf Formung und Festigung der Persönlichkeit gelegt.

Auch heute ist die Begegnung einzelner Helfer mit einzelnen Hilfsbedürftigen der einzige Weg zum Erfolg. Je ausgewogener die Persönlichkeit des Helfenden ist, desto näher ist die Jugendfürsorge ihrem tiefsten Sinn - die Hilfe soll eine persönliche Antwort auf eine persönliche Not sein!

Welche hervorragenden Eigenschaften der Erzieherpersönlichkeit eignen sollen und von welchen Grundgedanken ausgehend der Helfer seine Aufgabe sehen lernen muß, lehrt ihn nicht zuletzt das aufmerksame Studium der Geschichte der Jugendfürsorge und ihrer hervorragendsten Repräsentanten.

Literaturverzeichnis.

1. Bücher und selbständige Veröffentlichungen.

- Bärlechner Franz Xaver, Die Entwicklung der caritativen Wohlfahrtspflege in Bayern; Nürnberg 1927.
- Barthelmeß R., Gesetz, betreffend die Berufsvormundschaft, vom 23. Februar 1908; München 1908.
- Bayerle J.N., Erziehungsanstalten und Wohltätigkeitseinrichtungen - Verzeichnis der im Regierungsbezirk Schwaben-Neuburg bestehenden Erziehungsanstalten, Rettungs- und Waisenhäuser, Knaben- und Mädchenhorte, Kinderbewahranstalten und sonstigen Einrichtungen, sowie der in den übrigen Regierungsbezirken Bayerns befindlichen Erziehungsanstalten für Jugendliche; Augsburg 1914.
- Beeking Joseph, Grundriß der Kinder- und Jugendfürsorge; Freiburg i. Br. 1929.
- Beiträge zur Jugendfürsorge; Nürnberg 1910.
- Bericht über die Verhandlungen des ersten bayerischen Jugendfürsorge- und Zwangserziehungstages; München 1911.
- Bericht über die Verhandlungen des zweiten bayerischen Jugendfürsorge- und Zwangserziehungstages; München 1914.
- Blätter für Innere Mission; Heft 7/8, Jhg. 1958, Nürnberg; 1948-1958 Landesverband für Innere Mission in Bayern.
- Buchberger Michael, Die Jugendfürsorge; Kempten-München 1916.
- Buchberger Michael, Kirchliche Kulturarbeit in Bayern; München 1920.
- Buchberger Michael, Eineinhalb Jahrtausend kirchliche Kulturarbeit in Bayern; München 1950.
- Dennler Wilhelm, Der Gemeindewaisenrat in Bayern, ein Leitfaden für die bayerischen Waisenräte; Erlangen 1906.
- Destouches Ernst v., Säcularbilder aus Münchens Vergangenheit; München 1884.
- Englert Ferdinand, Das Zwangserziehungsgesetz vom 10. Mai 1902 nebst Ausführungsbestimmungen; München 1902.
- Enzyklopädisches Handbuch des Kinderschutzes und der Jugendfürsorge; hrsgb. von Heller, Schiller, Taube; Leipzig 1911.
- Fachwörterverzeichnis für Jugendwohlfahrtspflege und Jugendrecht, Teil I - Veröffentlichung des Allgemeinen Fürsorgeerziehungstages e.V.; Hannover 1953.
- Festschriften:
- Deutsche Illustrierte Rundschau - Sonderheft Jugendfürsorge; Nr. 21/22, Jhg. 1926.
- München unter dem Einfluß der öffentlichen Wohlfahrtspflege - Festschrift der 27. Versammlung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege; München 1902.

- 40 Jahre Katholische Jugendfürsorgevereine in Bayern; hrsgb. vom Bayerischen Landesverband der Katholischen Jugendfürsorgevereine; 1951.
- 100 Jahre Fürsorge an der weiblichen Jugend; zur Hundertjahrfeier der Kongregation unserer Frau von der Liebe des Guten Hirten 1829 - 1929; hrsgb. von den deutschen Provinzen; München 1929.
- Jubiläumstagung des Katholischen Fürsorgevereins für Mädchen, Frauen und Kinder, Zentrale Dortmund 1925.
- 50 Jahre Katholischer Fürsorgeverein für Mädchen, Frauen und Kinder e.V. München; München 1956.
- Katholischer Mädchenschutz 1895 - 1955; hrsgb. vom Deutschen Nationalverband der Katholischen Mädchenschutzvereine; Freiburg i.Br. 1955.
- 25 Jahre christliche Jugendfürsorge in München - Festschrift zum 25jährigen Jubiläum des Christlichen Vereins Junger Männer München: 1886 - 1911; E. Stöckle.
- Francke Herbert, Das Jugendgerichtsgesetz vom 16. Februar 1923; Berlin und München 1923.
- Frauenthiener Fritz, Gestaltwandel der staatlichen Jugendfürsorge; Berlin 1937.
- Friedrich Philipp, Der Katholische Caritasverband für Bayern - sein Werden, Wesen und Wollen auf Grund der Quellen dargestellt; München 1919.
- Handbuch der Jugendpflege; hrsgb. von der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge Berlin; Langensalza 1913.
- Handbuch der Jugendwohlfahrt; hrsgb. von Lades, Scheck, Stippel; München-Düsseldorf 1949.
- Hennig D.M., Quellenbuch zur Geschichte der Inneren Mission; Hamburg 1912.
- Hopmann Maria Victoria, Agnes Neuhaus, Leben und Werk; Mainz 1949.
- Isserlin M./Gudden H., Psychiatrische Jugendfürsorge (mit besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Bayern); Berlin 1912.
- Jahresberichte des Katholischen Jugendfürsorgevereins der Erzdiözese München und Freising e.V., 1912 - 1926.
- Jahresberichte des Katholischen Vereins zur Erziehung der verwahrlosten Jugend e.V. in München, 1905 und 1906.
- Jahresberichte des Münchner Jugendfürsorgeverbandes 1904 - 1919.
- Jugendwohlfahrtsrecht; hrsgb. vom Landesjugendamt der Rheinprovinz; 7. Aufl. Düsseldorf 1948.
- Klein F. und Mann G.v., Jugendgerichtsgesetz vom 4. August 1953 mit kurzen Erläuterungen; Sonderheft 9 der Caritas Korrespondenz.

- Klunker Chr.J., Vom Werden deutscher Jugendfürsorge; zugleich eine Geschichte der deutschen Berufsvormundschaft; Berlin 1931.
- Körbling Ignaz, Handbuch der öffentlichen Armenpflege im Königreich Bayern; 2. Aufl. München 1903.
- Lipowsky Felix Joseph, Urgeschichte von München; I. Teil, München 1814, II. Teil, München 1815.
- Marschall/Ehrhardt, Das bayerische Fürsorgeerziehungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Juli 1915; München 1917.
- Mayer Joseph Maria, Münchener Stadtbuch. Geschichtliche Bilder aus dem alten München; München 1868.
- Das missionarische Erbe Wilhelm Löhes - Die Geschichte für innere und äußere Mission im Sinne der lutherischen Kirche in Geschichte und Gegenwart; Neuendettelsau 1934.
- Mitteilungen des Bayerischen Landesausschusses für Jugendfürsorge; München 1912 - 1920.
- Mitteilungen der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge e.V. Berlin; 1908 - 1915.
- Müller Ulrich Alois Simpert, Die bayerischen Staatserziehungsanstalten Wasserburg, Würzburg, Speyer - ihre Geschichte und ihr Betrieb; Diss. München 1923 (Schreibmaschinenexemplar).
- Nachbauer Kurt, Über den pädagogischen Gehalt der Jugendwohlfahrtspflege; Freiburg i. Br. 1959.
- Panzer A., Die ersten Kleinkinderbewahranstalten in München, zugleich Geschichte des "Vereins für Kleinkinderbewahranstalten in München l. d. I."; München 1918.
- Petersen Johann, Jugendfürsorge; hrsgb. von der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge; Berlin 1915.
- Pfordten Th. v.d., Das bayerische Gesetz, betreffend die Zwangserziehung, vom 10. Mai 1902 nebst Ausführungsbestimmungen; München 1902.
- Kadlmaier Lorenz, Handbuch der Erziehungsanstalten und Jugendheime in Bayern; Donauwörth 1919.
- Reeb Jakob, Das bayerische Zwangserziehungsgesetz und seine Durchführung; München 1903.
- Reeb Jakob, Der gegenwärtige Stand der katholischen Jugendfürsorge in Bayern nach den drei Haupterfordernissen; München 1914.
- Rehm Max, Das Kind in der Gesellschaft, München 1925.
- Reicher Heinrich, Die Fürsorge für die verwahrloste Jugend, Wien 1908.
- Riß/Weitpert/Richter, Jugendwohlfahrtsrecht, Band 2: Jugendgerichtsgesetz; München 1926.
- Rupprecht Karl, Handbuch der Jugendfürsorgepraxis in Bayern unter besonderer Berücksichtigung der Jugendgerichtshilfe; M.-Gladbach 1914.
- Rupprecht Karl, Jugendfürsorge und Jugenderziehung der Ordensgenossenschaften und Klöster Bayerns; München 1922.

- Ruth Karl, Die Pädagogik der süddeutschen Rettungshausbewegung; Berlin 1927.
- Sammelbericht des Landesvereins für Innere Mission in der evangelisch-lutherischen Kirche in Bayern: Die bayerischen evangelischen Rettungshäuser und Erziehungsanstalten; Nürnberg o. J. (1912).
- Satzungen des Landesvereins für Innere Mission in der evangelisch-lutherischen Kirche in Bayern; Nürnberg 1913.
- Satzungen des Münchner Jugendfürsorgeverbandes; München 1903.
- Schmitz Ludwig, Die Fürsorgeerziehung Minderjähriger; 5. Aufl. Düsseldorf 1917.
- Schnabel Franz, Die deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert; IV. Band: Die religiösen Kräfte; 2. Aufl. 1951.
- Schuster Heribert, Das bayerische Jugendamtsgesetz vom 20. Juli 1925 (Ausführungsgesetz zum Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt) mit Erläuterungen; Nürnberg 1926.
- Seiffert P., Deutsche Fürsorgeerziehungsanstalten in Wort und Bild; Halle a.S. 1912.
- Statuten für die Kleinkinderbewahranstalten in der Haupt- und Residenzstadt München; München 1852.
- Steinbacher J., Die Jugendfürsorge auf dem Lande; München 1919.
- Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten des bayerischen Landtags:
- 1885/1886 Sten.Ber. Bd. 5
 - 1898/1899 Beil.Bd. 20
 - 1898/1899 Sten.Ber. Bd. 4
 - 1899/1900 Beil.Bd. 2
 - 1901/1902 Sten.Ber. Bd. 7
 - 1901/1902 Beil.Bd. 7
 - 1901/1902 Beil.Bd. 8
 - 1907/1908 Sten.Ber. Bd. 3
 - 1910 Sten.Ber. Bd. 10
 - 1912 Sten.Ber. Bd. 3
 - 1913/1914 Beil.Bd. 5
 - 1913/1914 Beil.Bd. 7
- Verhandlungen der bayerischen Reichsräte:
- 1901/1902 Sten.Ber. Bd. 2
 - 1901/1902 Beil.Bd. 2
- Weber Heinrich, Jugendfürsorge im Deutschen Reich - Einführung in Wesen und Aufgaben der Jugendfürsorge und das neue Reichsjugendwohlfahrtsgesetz; Schriften zur deutschen Politik 6. und 7. Heft, Freiburg i.Br. 1923.
- Wolfbauer J., Darstellung der Zwangserziehung in Bayern; München 1909.

2. Zeitschriftenaufsätze.

- Arnold Philipp, Die Zwangserziehung in Bayern 1904 bis 1913; Zeitschrift des kgl. bayer. Statistischen Landesamtes 46. Jhg. 1914, Heft 3.
- Auracher Benno, Aufgaben und Ziele des Vereins zur Erziehung der verwahrlosten Jugend (e.V.) in München; Bayerische Caritas-Blätter 1906, Nr. 3.
- Baum Karl, Aus der Geschichte des evangelischen Magdalenenvereins in München zu seinem 50jährigen Jubiläum; Blätter für Innere Mission in Bayern, 32. Jhg. Nr. 5.
- Becker, Zum Dritten Deutschen Jugendgerichtstag; Zentralblatt für Vormundchaftswesen, Jugendgerichte und Fürsorgeerziehung, 4. Jhg. Nr. 13
- Bernrieder Josef, Der Zweite Deutsche Jugendgerichtstag in München; Bayer. Caritas-Blätter 1910, S. 193ff.
- Bloch Wilhelm, Erster Deutscher Jugendgerichtstag; Zentralblatt für Vormundchaftswesen, 1. Jhg. Nr. 4.
- Buchberger Michael, Katholische Jugendfürsorge; Bayer. Caritas-Blätter 1910, S. 153ff.
- Buchberger Michael, Aus der Tätigkeit des Kath. Jugendfürsorgevereins der Erzdiözese München-Freising; Bayer. Caritas-Blätter 1911, S. 62f.
- Buchberger Michael, Der Kath. Jugendfürsorgeverein der Erzdiözese München-Freising im Jahre 1913; Bayer. Caritas-Blätter 1914, S. 177ff.
- Buchberger Michael, Der Kursus für katholische Fürsorgeanstaltserziehung in München; Bayer. Caritas-Blätter 1912, Nr. 11
- Deppich, Jugendfürsorge auf dem Lande; Bayer. Caritas-Blätter 1912, S. 223ff.
- Eichler, Bericht über die Rummelsberger Anstalten für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1906; Blätter für Innere Mission in Bayern, 22. Jhg. Nr. 10/11/12.
- Eichner Karl, Zur Geschichte der Inneren Mission in Bayern; Blätter für Innere Mission in Bayern, 27. Jhg. Nr. 7
- Fogt Luise, Zwanzig Jahre Marianischer Mädchenschutz in Bayern; Bayer. Caritas-Blätter 1915, S. 122ff.
- Friedrich Philipp, Die Tagung kath. Jugendfürsorgevereine und Fürsorgeerziehungsanstalten Bayerns; Bayer. Caritas-Blätter 1915, S. 176ff.
- Georgens L., Das Kath. Mädchenerziehungsheim Maria Rosenberg in der Rheinpfalz; Bayer. Caritas-Blätter 1912, Nr. 12.
- Gerbl, Der zweite bayerische Jugendfürsorge- und Zwangserziehungstag; Bayer. Caritas-Blätter 1914, S. 161f.
- Godin Amélie, Zwei Jahre im Münchner Kath. Frauenbund; Bayer. Caritas-Blätter 1907, S. 41ff.

- Kleitner Marie, Erster deutscher Jugendgerichtstag in Berlin; in: Bayer.Caritas-Blätter 1909, S. 89 ff.
- Kleitner Marie, Zur Einführung der Jugendgerichte in Bayern; in: Bayer.Caritas-Blätter 1908, S. 242 ff.
- Köhne Paul, Jugendgerichte und Jugendgerichtstage; in: Zentralblatt für Vormundchaftswesen, 4.Jg., Nr.13.
- Kriegsmann Hermann, Das Strafverfahren gegen Jugendliche in den Strafprozeßentwürfen; in: Zentralblatt für Vormundchaftswesen, 1.Jg., Nr.13
- Auckhoff, Das Jugendgerichtsgesetz vor dem Reichstag; in: Zentralblatt für Vormundchaftswesen, 4.Jg., Nr.20.
- Lersch, Die Erziehungs- und Rettungsanstalt Feldkirchen bei München; Beilage zu Nr. 8/9 der Blätter für Innere Mission in Bayern 1917.
- Lochner von Hüttenbach, Die katholische Jugendfürsorge in Bayern; in: Bayer.Caritas-Blätter 1912, Nr.9.
- Marschall J., Die Fürsorgeerziehung Minderjähriger; in: Bayer.Caritas-Blätter 1917, S.169 ff.
- Meiser Hans, Die Bedeutung des Rettungshausverbandes für die evangelischen Rettungsanstalten Bayerns; in: Blätter für Innere Mission in Bayern, 31.Jg., Nr.7.
- Meiser Hans, Die 12. Konferenz der deutschen evangelischen Rettungshausverbände und Erziehungsvereine vom 24. bis 26. April 1911 in München; Blätter für Innere Mission in Bayern, 26.Jg., Nr.10.
- Meiser Hans, Die Lage unserer Rettungshäuser; Blätter für Innere Mission, 26.Jg., Nr.17/18.
- Meiser Hans, Verband evangelischer Erziehungsanstalten in Bayern "Unterweiskurs in Erlangen"; in: Blätter für Innere Mission, 28.Jg., Nr.5.
- Menzinger Leopold/Schlatter Ludwig, Der Münchner Jugendfürsorgeverband im ersten Halbjahr seines Bestehens; in: Bayer.Caritas-Blätter 1904, Nr.1.
- Menzinger Leopold, Die Heimstätte Bernau des Kath. Vereins zur Erziehung der verwahrlosten Jugend (e.V.) München; in: Bayer.Caritas-Blätter 1907, Nr.1.
- Michel, Das Rettungshaus Puckenhof; in: Blätter für Innere Mission in Bayern, 15.Jg., Nr.16.
- Moll Nikolaus, Werden und gegenwärtiger Stand des Diözesanjugendfürsorgevereins für die Pfalz; in: Bayer.Caritas-Blätter 1912, Nr.2.
- Moll Nikolaus, Die kath.Erziehungsanstalt St.Josef in Landau-Queichheim (Rheinpfalz); in: Bayer.Caritas-Blätter 1910, S.196 ff.
- Moll Nikolaus, Nachruf für Geistlichen Rat Jakob Reeb; in: Bayer.Caritas-Blätter 1917, S.115 ff.
- Müller Joh.Erik, Erster Kursus für kath.Fürsorgeanstaltserziehung in Bayern; in: Bayer.Caritas-Blätter 1912, S. 193 f.

- Müller Joh. Erik, Der Kath. Jugendfürsorgeverein der Erzdiözese München-Freising; Bayer. Caritas-Blätter 1912, Nr. 11
- Müller Joh. Erik, Aus der Entwicklung und dem Stand des Bayerischen Landesverbandes der kath. Jugendfürsorgevereine und Fürsorgeerziehungsanstalten während des Krieges; Bayer. Caritas-Blätter 1917, S. 55ff.
- Oblinger L., Wohltätigkeitsanstalten Alt-Münchens; Bayer. Caritas-Blätter 1903, Nr. 9.
- Pemerl, Jugendgerichte und Jugendfürsorge; Bayer. Caritas-Blätter 1911, S. 105ff.
- Prieser, Staat und Jugendfürsorge; Blätter für Innere Mission in Bayern 25. Jhg., Nr. 16.
- Raesfeld Karoline, Notwendigkeit und Ziele des Münchner Jugendfürsorgeverbandes; Bayer. Caritas-Blätter 1903, S. 57f.
- Reeb Jakob, Diözesanvereine für Jugendfürsorge in Bayern; Bayer. Caritas-Blätter 1911, S. 112ff.
- Rupprecht (Dekan), Zum 75jährigen Jubiläum der Erziehungsanstalt Jean-Paul-Stift in Bayreuth; Blätter für Innere Mission in Bayern, 31. Jhg. Nr. 11.
- Rupprecht Karl, Die staatliche Organisierung der freiwilligen Jugendfürsorge in Bayern; Bayer. Caritas-Blätter 1910, S. 170ff.
- Rupprecht Karl, Landesorganisation der Jugendfürsorge und Jugendgerichtshilfe im rechtsrheinischen Bayern; Bayer. Caritas-Blätter 1911.
- Rupprecht Karl, Das bayerische Fürsorgeerziehungsgesetz in seiner neuen Fassung; Bayer. Caritas-Blätter 1915, S. 238ff.
- Schneider, Jugendfürsorge und Erziehungsanstalten mit besonderer Berücksichtigung des Nürnberger Rettungshauses; Blätter für Innere Mission in Bayern, 17. Jhg., Nr. 7.
- Schneider, Über die Nützlichkeit und Notwendigkeit eines Zusammenschlusses der bayerischen Erziehungsanstalten zu einem Verbands; Blätter für Innere Mission in Bayern, 18. Jhg., Nr. 19.
- Scholler Heinrich, Die Innere Mission in Bayern im 19. Jahrhundert; Blätter für Innere Mission in Bayern, 15. Jhg., Nr. 19.
- Scholler Heinrich, Die Geschichte des Vereins für Innere Mission in Nürnberg 1885 - 1910; Blätter für Innere Mission, 25. Jhg., Nr. 21.
- Scholler Heinrich (zusammen mit Schneider und Krämer) Aufruf an die Verwaltungen der evangelischen Erziehungsanstalten und Rettungshäuser Bayerns; Blätter für Innere Mission in Bayern, 18. Jhg., Nr. 16.
- Schweitzer Peter, Der Kath. Jugendfürsorgeverein für die Pfalz e.V.; Bayer. Caritas-Blätter 1906, S. 124ff.
- Schweitzer Peter, Generalversammlung des Kath. Jugendfürsorgevereins für die Pfalz e.V.; Bayer. Caritas-Blätter 1906, S. 137ff.

- Schweyer Franz, Zum Vollzug des bayerischen Zwangserziehungsgesetzes; Bayer. Caritas-Blätter 1903, S. 45ff.
- Sch. H., Zur Geschichte der Inneren Mission in Bayern; Blätter für Innere Mission in Bayern, 1. Jhg., Nr. 10/11.
- Turtur A., Jugendfürsorge und Berufsorganisation; Zentralblatt für Vormundchaftswesen, 1. Jhg. Nr. 21.
- Wagner Alois, Gründung und bisherige Entwicklung des Kath. Jugendfürsorgevereins der Diözese Augsburg; Bayer. Caritas-Blätter 1912, Nr. 10
- Werner Joh. Nep., Rückschau auf die katholischen Wohltätigkeitsvereine Münchens im 19. Jahrhundert; Bayer. Caritas-Blätter 1903, Nr. 4 und Nr. 7.
- Wirth Konrad, Die Fürsorgeerziehungsanstalt für schulentlassene Mädchen in Schafhof bei Nürnberg; Blätter für Innere Mission in Bayern, 31. Jhg., Nr. 9.

3. Akten.

- Akten des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, betreffend Jugendfürsorge (1923 - 1926).
- Akten des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus:
- Jugendfürsorge im engeren Sinne. Zwangserziehung. Vol. I. 1910 - 1927.
 - Jugendfürsorge; Der Bayerische Landesausschuß für Jugendfürsorge. Vol. I. 1912 - 1922.
 - Jugendfürsorgeverband Fürth 1914 - 1925.
 - Kath. Jugendfürsorgeverein der Diözese Augsburg 1911 - 1930.
 - Kath. Jugendfürsorgeverein der Erzdiözese München - Freising 1913 - 1932.
- Akten des Kath. Jugendfürsorgevereins der Erzdiözese München - Freising:
- Statistisches Material,
 - Geschichte des Vereins,
 - Anerkennungsschreiben, Berichte und Zeitungen,
 - Protokollbücher.

A n h a n g

I

Entwurf eines Gesetzes, die Zwangserziehung betreffend.

Im Namen Seiner Majestät des Königs.

Seine Königliche Hoheit Prinz Luitpold, des Königreichs Bayern Verweser, haben nach Vernehmung des Staatsrates mit Beirat und Zustimmung der Kammer der Reichsräte und der Kammer der Abgeordneten beschlossen und verordnen, was folgt:

Artikel 1

Das Vormundschaftsgericht kann zum Zwecke der Erziehung eines Minderjährigen dessen Unterbringung in einer geeigneten Familie oder in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt auf öffentliche Kosten (Zwangserziehung) anordnen,

- 1) Wenn die Voraussetzungen des § 1666 oder des § 1838 des Bürgerlichen Gesetzbuches vorliegen und die Zwangserziehung erforderlich ist, um die sittliche Verwahrlosung des Minderjährigen zu verhüten;
- 2) wenn der Minderjährige eine strafbare Handlung begangen hat, wofür deren er in Anbetracht seines jugendlichen Alters strafrechtlich nicht verfolgt werden kann, und mit Rücksicht auf die Beschaffenheit der Handlung, die Persönlichkeit der Eltern oder sonstigen Erzieher und die übrigen Lebensverhältnisse des Minderjährigen seiner weiteren sittlichen Verwahrlosung nur durch die Zwangserziehung vorgebeugt werden kann;
- 3) wenn die Zwangserziehung zur Verhütung des völligen sittlichen Verderbens des Minderjährigen notwendig ist.

Die Zwangserziehung soll nach Vollendung des sechzehnten Lebensjahres eines Minderjährigen nur in besonderen Fällen angeordnet werden.

Artikel 2

Die Staatsanwaltschaften, die Polizeibehörden und die Schulbehörden sind verpflichtet, die zu ihrer Kenntnis gelangenden Tatsachen, welche die Zulässigkeit der Zwangserziehung begründen, dem Vormundschaftsgericht mitzuteilen.

Artikel 3

Vor der Anordnung der Zwangserziehung hat das Vormundschaftsgericht, wenn es ohne erhebliche Verzögerung und ohne unverhältnismäßige Kosten geschehen kann, die Eltern und den gesetzlichen Vertreter des Minderjährigen, sowie den Minderjährigen selbst, wenn er das vierzehnte Lebensjahr vollendet hat, ferner das zuständige Pfarramt und die Ortsschulbehörde, sofern der Minderjährige noch schulpflichtig ist, zu hören.

Die Akten sind dann der Distriktsverwaltungsbehörde zur Äußerung mitzuteilen. Die Distriktsverwaltungsbehörde hat der Heimatgemeinde und, wenn der Minderjährige in Bayern eine Heimat nicht besitzt, dem Kreisfiskalate Gelegenheit zu geben, sich über die Anordnung und die Art der Zwangserziehung zu äußern.

Artikel 4

Das Vormundschaftsgericht hat über die Anordnung der Zwangserziehung einen förmlichen Beschluß zu fassen, in welchem der Eintritt der gesetzlichen Voraussetzungen unter Bezeichnung der für erwiesen erachteten Tatsachen festzustellen ist.

Bei Gefahr auf Verzug kann das Vormundschaftsgericht, auch bevor das Verfahren abgeschlossen ist, durch einen schriftlichen, mit Gründen versehenen Bescheid eine vorläufige Unterbringung anordnen.

Die Verfügung des Vormundschaftsgerichts, durch welche die Zwangserziehung oder die vorläufige Unterbringung angeordnet wird, ist den Eltern und dem gesetzlichen Vertreter des Minderjährigen, dem Minderjährigen selbst, wenn er das 14. Lebensjahr vollendet hat und der Distriktsverwaltungsbehörde zuzustellen und kann von ihnen mit sofortiger Beschwerde angefochten werden. Die Beschwerde gegen die die Zwangserziehung anordnende Verfügung hat aufschiebende Wirkung.

Artikel 5

Der Vollzug der gerichtlichen Anordnung, insbesondere die Entscheidung darüber, ob der Minderjährige in einer Familie oder in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt unterzubringen ist, obliegt der Distriktsverwaltungsbehörde.

Artikel 6

Die Aufhebung der Zwangserziehung erfolgt durch Beschluß des Vormundschaftsgerichts. Das Vormundschaftsgericht hat die Zwangserziehung aufzuheben, wenn die Voraussetzungen der Anordnung weggefallen sind. Die Aufhebung kann unter dem Vorbehalt des Widerrufs beschlossen werden. Vor der Entscheidung ist die Distriktsverwaltungsbehörde zu hören.

Der die Zwangserziehung aufhebende Beschluß ist der Distriktsverwaltungsbehörde bekannt zu machen. Dieser steht die sofortige Beschwerde mit aufschiebender Wirkung zu.

Auch ohne Anordnung des Vormundschaftsgerichts ist die Distriktsverwaltungsbehörde berechtigt, die vorläufige Entlassung aus der Zwangserziehung zu verfügen. Über das 18. Lebensjahr des Minderjährigen hinaus soll die Zwangserziehung nur in besonderen Fällen fortgesetzt werden.

Artikel 7

Die Distriktsverwaltungsbehörde hat von der Unterbringung und der vorläufigen Entlassung dem Vormundschaftsgericht und von der Unterbringung in einer Familie auch

dem Gemeindewaisenrat Kenntnis zu geben.

Der Gemeindewaisenrat hat über die Erziehung der in Familien untergebrachten Minderjährigen, auch wenn sie nicht unter Vormundschaft stehen, zu wachen und auf Erfordern der Distriktsverwaltungsbehörde Auskunft zu erteilen, sowie dieser auch unaufgefordert etwaige Mängel anzuzeigen.

Der Gemeindewaisenrat kann zu diesem Zwecke die Mitwirkung der Waisenpflegerinnen in Anspruch nehmen.

Artikel 8

Die Kosten der Zwangserziehung sind vorläufig von der Heimatgemeinde des Minderjährigen oder, wenn dieser in Bayern eine Heimat nicht besitzt, von der Staatskasse zu bestreiten.

Besitzt der Minderjährige Vermögen oder erwirbt er binnen zehn Jahren nach der Aufhebung der Zwangserziehung ein Vermögen, welches ihm unbeschadet der Sicherstellung des Lebensunterhaltes die Ersatzleistung ermöglicht, so ist er zum Ersatz der Kosten der Zwangserziehung verpflichtet. Desgleichen haben diejenigen, welche dem Minderjährigen gegenüber nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches während der Dauer der Zwangserziehung unterhaltspflichtig sind, Ersatz der Kosten zu leisten.

In Ermangelung zahlungsfähiger Verpflichteter kann die Heimatgemeinde beanspruchen, daß ihr ein Fünftel der Kosten von der Distriktskommune und zwei Fünftel der Kosten von der Staatskasse ersetzt werden.

Die Kosten einer vorläufigen Unterbringung sind, wenn die Zwangserziehung demnächst nicht angeordnet wird, von der Staatskasse zu tragen und, soweit dieselben von dem Minderjährigen oder einem Unterhaltspflichtigen, von der Heimatgemeinde oder der Distriktskommune bestritten worden sind, zu ersetzen.

Artikel 9

Streitigkeiten über die in Artikel 8 Absatz 1,3,4 begründeten Ansprüche und Verbindlichkeiten werden von der Distriktsverwaltungsbehörde in erster und von den kgl. Regierungen, Kammern des Innern, in der zweiten Instanz entschieden.

Gegen die Entscheidungen der kgl. Regierungen, Kammern des Innern, ist Beschwerde nach Artikel 45 des Gesetzes vom 8. August 1878, betreffend die Errichtung eines Verwaltungsgereichtshofes und das Verfahren in Verwaltungsrechtssachen, zulässig.

Artikel 10

Auf Antrag der Heimatgemeinde oder des Kreisfiskalates können die Eltern und Großeltern des Minderjährigen durch Beschluß der Distriktsverwaltungsbehörde angehalten werden, nach Maßgabe ihrer Unterhaltspflicht die Kosten der Zwangserziehung zu bestreiten und die hierfür gemachten Aufwendungen zu ersetzen. Das gleiche gilt

in Ansehung eines unehelichen Kindes von dem Vater, sofern er seine Vaterschaft nach § 1718 des BGB. anerkannt hat, oder seine Unterhaltspflicht in einem vollstreckbaren Titel festgestellt ist.

Gegen den Beschluß der Distriktsverwaltungsbehörde kann binnen vierzehn Tagen Beschwerde zur kgl. Regierung, Kammer des Innern, ergriffen werden, welche vorbehaltslich des Rechtsweges endgültig entscheidet.

Die Entscheidung der Verwaltungsbehörde ist vorläufig vollstreckbar.

Erfolgt durch rechtskräftiges Urteil eine abändernde Entscheidung, so hat die Heimatgemeinde oder, wenn der Minderjährige in Bayern eine Heimat nicht besitzt, die Staatskasse dem in Anspruch genommenen Angehörigen das bis dahin Geleistete beziehungsweise das zuviel Geleistete und die Prozeßkosten, soweit diese nicht ihm selbst auferlegt sind, zu ersetzen. Im Weigerungsfall ist die Heimatgemeinde hierzu im Aufsichtswege anzuhalten. Die Heimatgemeinde kann ihrerseits Ersatz nach Maßgabe des Art. 8 Abs. 3 beanspruchen.

Artikel 11

Die den Gemeinden und den Distriktsgemeinden, sowie dem Staat durch die Zwangserziehung minderjähriger erwachsenden Kosten gelten in keiner Hinsicht als Armenunterstützungen.

Artikel 12

Soweit nicht in diesem Gesetz ein anderes vorgeschrieben ist, sind für die Zuständigkeit und das Verfahren in Angelegenheiten der Zwangserziehung die allgemeinen gesetzlichen Vorschriften, insbesondere für die Zuständigkeit und das Verfahren der Gerichte die für Vormundtschaftssachen geltenden Vorschriften maßgebend.

Die örtliche Zuständigkeit der Distriktsverwaltungsbehörde bestimmt sich nach der Heimat des Minderjährigen oder, wenn dieser in Bayern eine Heimat nicht besitzt, nach demjenigen Orte, in welchem die Zuständigkeit des Vormundschaftsgerichts begründet ist, in München ist die kgl. Polizeidirektion zuständig.

Für die Verhandlungen in Angelegenheiten der Zwangserziehung kommen Gebühren und Porti nicht in Ansatz. Die baren Auslagen werden aus der Staatskasse bestritten. Die durch unbegründete Anträge und Einwendungen verursachten Kosten können den Beteiligten überbürdet werden.

Artikel 13

Mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft wird bestraft, wer einen zur Zwangserziehung in einer Familie oder in einer Anstalt untergebrachten Minderjährigen unbefugt entfernt oder zur Entfernung verleitet.

Artikel 14

Vorstehender Artikel findet auch bei Unterbringung von Minderjährigen auf Grund des § 56 des Reichsstrafgesetzes

buches Anwendung.

Im übrigen sind für solche Fälle die zum Vollzuge des § 56 des Reichsstrafgesetzbuches erlassenen oder künftig zu erlassenden Ministerialvorschriften maßgebend. Die Kosten der Unterbringung trägt in diesen Fällen die Staatskasse.

Artikel 15

Gegenwärtiges Gesetz tritt am in Kraft.

Für den Entwurf

(gez.)

(gez.)

Dr. Freiherr von Feilitzsch

Dr. Freiherr von Leonrod

II

Das bayerische Zwangserziehungsgesetz vom 10. Mai 1902

(Ges.- u. Verordn.-Blatt 1902 Seite 180)

Im Namen Seiner Majestät des Königs

Luitpold,

von Gottes Gnaden Königlicher Prinz von Bayern, Regent.

Wir haben nach Vernehmung des Staatsrates mit Beirat und Zustimmung der Kammer der Reichsräte und der Kammer der Abgeordneten beschlossen und verordnen, was folgt:

Artikel 1

Das Vormundschaftsgericht kann zum Zwecke der Erziehung eines Minderjährigen dessen Unterbringung in einer geeigneten Familie oder in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt auf öffentliche Kosten (Zwangserziehung) anordnen,

1. wenn die Voraussetzungen des § 1666 oder des § 1838 des Bürgerlichen Gesetzbuches vorliegen und die Zwangserziehung erforderlich ist, um die sittliche oder körperliche Verwahrlosung des Minderjährigen zu verhüten;
2. wenn der Minderjährige eine strafbare Handlung begangen hat, wegen deren er in Anbetracht seines jugendlichen Alters strafrechtlich nicht verfolgt werden kann, und mit Rücksicht auf die Beschaffenheit der Handlung, die Persönlichkeit der Eltern oder sonstigen Erzieher und die übrigen Lebensverhältnisse des Minderjährigen seiner weiteren sittlichen Verwahrlosung nur durch die Zwangserziehung vorgebeugt werden kann;
3. wenn die Zwangserziehung zur Verhütung des völligen sittlichen Verderbens des Minderjährigen notwendig ist.

Die Zwangserziehung soll nach Vollendung des 16. Lebensjahres des Minderjährigen nur in besonderen Fällen angeordnet werden.

Artikel 2

Die Staatsanwaltschaften, die Polizeibehörden und die Schulbehörden sind verpflichtet, die zu ihrer Kenntnis gelangenden Tatsachen, welche die Zulässigkeit der Zwangserziehung begründen, dem Vormundschaftsgericht mitzuteilen.

Artikel 3

Vor der Anordnung der Zwangserziehung hat das Vormundschaftsgericht, wenn es ohne erhebliche Verzögerung und ohne unverhältnismäßige Kosten geschehen kann, die Eltern und den gesetzlichen Vertreter des Minderjährigen, sowie den Minderjährigen selbst, wenn er das vierzehnte Lebensjahr vollendet hat, ferner das Pfarramt und, sofern der Minderjährige noch eine Schule besucht, die zuständige Schulbehörde zu hören.

Die Akten sind sodann der Distriktsverwaltungsbehörde zur Äußerung mitzuteilen. Die Distriktsverwaltungsbehörde hat der Heimatgemeinde und, wenn der Minderjährige in Bayern eine Heimat nicht besitzt, dem Kreisfiskalate Gelegenheit zu geben, sich über die Anordnung und die Art der Zwangserziehung zu äußern.

Artikel 4

Das Vormundschaftsgericht hat über die Anordnung der Zwangserziehung einen förmlichen Beschluß zu fassen, in welchem der Eintritt der gesetzlichen Voraussetzungen unter Bezeichnung der für erwiesen erachteten Tatsachen festzustellen ist.

Bei Gefahr im Verzuge kann das Vormundschaftsgericht, auch bevor das Verfahren abgeschlossen ist, durch einen schriftlichen, mit Gründen versehenen Bescheid eine vorläufige Unterbringung anordnen.

Die Verfügung des Vormundschaftsgerichts, durch welche die Zwangserziehung oder die vorläufige Unterbringung angeordnet wird, ist den Eltern und dem gesetzlichen Vertreter des Minderjährigen, dem Minderjährigen selbst, wenn er das vierzehnte Lebensjahr vollendet hat, der Distriktsverwaltungsbehörde und der Heimatgemeinde zuzustellen und kann von ihnen mit sofortiger Beschwerde angefochten werden. Die Beschwerde gegen die die Zwangserziehung anordnende Verfügung hat aufschiebende Wirkung.

Artikel 5

Der Vollzug der gerichtlichen Anordnung, insbesondere die Entscheidung darüber, ob der Minderjährige in einer Familie oder in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt unterzubringen ist, obliegt der Distriktsverwaltungsbehörde.

Auf das Glaubensbekenntnis des Minderjährigen muß bei der Auswahl der Familie oder der Anstalt Rücksicht genommen werden.

Artikel 6

Die Aufhebung der Zwangserziehung erfolgt durch Beschluß des Vormundschaftsgerichts. Das Vormundschaftsgericht hat die Zwangserziehung aufzuheben, wenn die Voraussetzungen der Anordnung weggefallen sind. Die Aufhebung kann unter dem Vorbehalt des Widerrufs beschlossen werden. Vor der Entscheidung ist die Distriktsverwaltungsbehörde zu hören.

Der die Zwangserziehung aufhebende Beschluß ist der Distriktsverwaltungsbehörde bekannt zu machen. Dieser steht die sofortige Beschwerde mit aufschiebender Wirkung zu.

Auch ohne Anordnung des Vormundschaftsgerichts ist die Distriktsverwaltungsbehörde berechtigt, die vorläufige Entlassung aus der Zwangserziehung zu verfügen.

Über das 18. Lebensjahr des Minderjährigen hinaus soll die Zwangserziehung nur in besonderen Fällen fortgesetzt werden.

Artikel 7

Die Distriktsverwaltungsbehörde hat von der Unterbringung und von der vorläufigen Entlassung dem Vormundschaftsgericht und von der Unterbringung in einer Familie auch dem Gemeindewaisenrat Kenntnis zu geben.

Der Gemeindewaisenrat hat über die Erziehung der in Familien untergebrachten Minderjährigen, auch wenn sie nicht unter Vormundschaft stehen, zu wachen, und auf Erfordern der Distriktsverwaltungsbehörde Auskunft zu erteilen, sowie dieser auch unaufgefordert etwaige Mängel anzuzeigen.

Der Gemeindewaisenrat kann zu diesem Zwecke die Mitwirkung der Waisenpflegerinnen in Anspruch nehmen.

Artikel 8

Die Kosten der Zwangserziehung sind vorläufig von der Heimatgemeinde des Minderjährigen oder, wenn dieser in Bayern eine Heimat nicht besitzt, von der Staatskasse zu bestreiten.

Besitzt der Minderjährige Vermögen oder erwirbt er binnen zehn Jahren nach der Aufhebung der Zwangserziehung ein Vermögen, welches ihm unbeschadet der Sicherstellung des Lebensunterhaltes die Ersatzleistung ermöglicht, so ist er zum Ersatze der Kosten der Zwangserziehung verpflichtet. Desgleichen haben diejenigen, welche dem Minderjährigen gegenüber nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches während der Dauer der Zwangserziehung unterhaltspflichtig sind, Ersatz der Kosten zu leisten.

In Ermangelung zahlungsfähiger Verpflichteter kann die Heimatgemeinde beanspruchen, daß ihr ein Fünftel der Kosten von der Distriktsgemeinde und zwei Fünftel der Kosten von der Staatskasse ersetzt werden.

Die Kosten einer vorläufigen Unterbringung sind, wenn die Zwangserziehung demnächst nicht angeordnet wird,

von der Staatskasse zu tragen und, wenn dieselben von dem Minderjährigen oder einem Unterhaltspflichtigen, von der Heimatgemeinde oder der Distriktsgemeinde bestritten worden sind, zu ersetzen.

Artikel 9

Streitigkeiten über die in Artikel 8 Abs. 1,3,4 begründeten Ansprüche und Verbindlichkeiten werden von der Distriktsverwaltungsbehörde in erster und von den Kgl. Regierungen, Kammern des Innern, in zweiter Instanz entschieden.

Gegen die Entscheidungen der Kgl. Regierungen, Kammern des Innern, ist Beschwerde nach Artikel 45 des Gesetzes vom 8. August 1878, betreffend die Errichtung eines Verwaltungsgerichtshofes und das Verfahren in Vormundschaftsachen, zulässig.

Artikel 10

Auf Antrag der Heimatgemeinde oder des Kreisfiskalats können die Eltern und Großeltern des Minderjährigen durch Beschluß der Distriktsverwaltungsbehörde angehalten werden, nach Maßgabe ihrer Unterhaltspflicht, die Kosten der Zwangserziehung zu bestreiten und die hierfür gemachten Aufwendungen zu ersetzen. Das gleiche gilt in Ansehung eines unehelichen Kindes von dem Vater, sofern er seine Vaterschaft nach § 1718 des Bürgerlichen Gesetzbuches anerkannt hat, oder seine Unterhaltspflicht in einem vollstreckbaren Titel festgestellt ist.

Gegen den Beschluß der Distriktsverwaltungsbehörde kann binnen 14 Tagen Beschwerde zur Kgl. Regierung, Kammer des Innern, ergriffen werden, welche vorbehaltlich des Rechtsweges endgültig entscheidet.

Die Entscheidung der Verwaltungsbehörde ist vorläufig vollstreckbar.

Erfolgt durch rechtskräftiges Urteil eine abändernde Entscheidung, so hat die Heimatgemeinde oder, wenn der Minderjährige in Bayern eine Heimat nicht besitzt, die Staatskasse, dem in Anspruch genommenen Angehörigen das bis dahin Geleistete beziehungsweise das zuviel Geleistete und die Prozeßkosten, soweit diese nicht ihm selbst auferlegt sind, zu ersetzen.

Im Weigerungsfalle ist die Heimatgemeinde hierzu im Aufsichtswege anzuhalten. Die Heimatgemeinde kann ihrerseits Ersatz nach Maßgabe des Art. 8 Abs. 3 beanspruchen.

Artikel 11

Die den Gemeinden und den Distriktsgemeinden, sowie dem Staate durch die Zwangserziehung Minderjähriger erwachsenden Kosten gelten in keiner Hinsicht als Armenunterstützungen.

Artikel 12

Soweit nicht in diesem Gesetz ein anderes vorgeschrieben ist, sind für die Zuständigkeit und das Verfahren in Angelegenheiten der Zwangserziehung die allgemeinen

gesetzlichen Vorschriften, insbesondere für die Zuständigkeit und das Verfahren der Gerichte, die für Vormundschaftssachen geltenden Vorschriften maßgebend. Die örtliche Zuständigkeit der Distriktsverwaltungsbehörde bestimmt sich nach der Heimat des Minderjährigen oder, wenn dieser in Bayern eine Heimat nicht besitzt, nach demjenigen Orte, an welchem die Zuständigkeit des Vormundschaftsgerichts begründet ist. In München ist die Kgl. Polizeidirektion zuständig. Für die Verhandlungen in Angelegenheiten der Zwangserziehung kommen Gebühren und Porti nicht in Ansatz. Die baren Auslagen werden aus der Staatskasse bestritten. Die durch unbegründete Anträge und Einwendungen verursachten Kosten können den Beteiligten überbürdet werden.

Artikel 13

Mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft wird bestraft, wer einen zur Zwangserziehung in einer Familie oder in einer Anstalt untergebrachten Minderjährigen unbefugt entfernt oder zur Entfernung verleitet.

Artikel 14

Vorstehender Artikel findet auch bei Unterbringung von Minderjährigen auf Grund des § 56 und des § 362 Abs. 3 Satz 2 des Reichsstrafgesetzbuches Anwendung. Im übrigen sind für solche Fälle die zum Vollzuge dieser Bestimmungen erlassenen oder künftig zu erlassenden Ministerialvorschriften maßgebend. Die Kosten der Unterbringung trägt in diesen Fällen die Staatskasse.

Artikel 15

Gegenwärtiges Gesetz tritt am 1. Juli 1902 in Kraft.

Gegeben zu München, den 10. Mai 1902

Luitpold,
Prinz von Bayern,
des Königreichs Bayern Verweser.

III

Die Ausführungsbestimmungen zum Zwangserziehungsgesetz vom 28. Juni 1902.

Bekanntmachung.

K. Staatsministerien der Justiz, des Innern beider Abteilungen und der Finanzen.

Zum Vollzuge des Gesetzes vom 10. Mai 1902, die Zwangserziehung betreffend (Ges.- u. Verordn.-Blatt S.180), wird Nachstehendes verfügt:

I. Voraussetzungen der Zwangserziehung.

§ 1

Zwangserziehung im Sinne des Zwangserziehungsgesetzes und dieser Ausführungsbestimmungen ist die Unterbringung eines Minderjährigen in einer Familie oder in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt auf öffentliche Kosten zum Zwecke der Erziehung.

§ 2

Die Zwangserziehung ist zulässig:

1. wenn sie erforderlich ist, um die sittliche oder körperliche Verwahrlosung des Minderjährigen zu verhüten. Steht jedoch das Erziehungsrecht dem Vater oder der ehelichen oder unehelichen Mutter zu - gleichgiltig ob der Minderjährige unter elterlicher Gewalt steht oder bevormundet ist, - so ist weitere Voraussetzung, daß die Gefahr der Verwahrlosung durch ein schuldhaftes Verhalten des erziehungsberechtigten Elternteiles herbeigeführt worden ist. Ein schuldhaftes Verhalten des erziehungsberechtigten Elternteiles liegt vor, wenn das geistige oder leibliche Wohl des Minderjährigen dadurch gefährdet erscheint, daß der erziehungsberechtigte Elternteil das Recht der Sorge für die Person des Minderjährigen mißbraucht, den Minderjährigen vernachlässigt oder sich eines ehrlösen oder unsittlichen Verhaltens schuldig macht.
2. wenn der Minderjährige eine strafbare Handlung begangen hat, wegen deren er in Anbetracht seines jugendlichen Alters gemäß § 55 des Strafgesetzbuches strafrechtlich nicht verfolgt werden kann, und mit Rücksicht auf die Beschaffenheit der Handlung, die Persönlichkeit der Eltern oder sonstigen Erzieher und die übrigen Lebensverhältnisse des Minderjährigen seiner weiteren sittlichen Verwahrlosung nur durch die Zwangserziehung vorgebeugt werden kann.
3. wenn die Zwangserziehung zur Verhütung des völligen sittlichen Verderbens des Minderjährigen notwendig ist. In diesem Falle kommt es weder darauf an, ob der Erziehungsberechtigte die Verwahrlosung verschuldet hat, noch darauf, ob sich die Verwahrlosung bereits in einer strafbaren Handlung des Minderjährigen geäußert hat.

§ 3

Die Zwangserziehung soll das letzte Auskunftsmittel sein; sie greift so tief in die Verhältnisse des Minderjährigen und seiner Angehörigen ein, daß sie nur angeordnet werden darf, wenn auf anderem Wege eine geordnete Erziehung nicht zu erreichen ist.

Hat die Verwahrlosung des Minderjährigen ihren Grund in wirtschaftlicher Not der Eltern oder sonstigen Erzieher oder in mangelhafter Fürsorge für ein verwaistes Kind, so ist zunächst darauf zu achten, ob nicht durch Maßnahmen der Armenpflege Abhilfe geschaffen werden kann.

Die Zwangserziehung darf nicht dazu benützt werden, um Armenlasten abzuwälzen.

§ 4

Eine untere Altersgrenze für die Anordnung der Zwangserziehung besteht nicht. Es können ihr also auch Kinder überwiesen werden, die das schulpflichtige Alter noch nicht erreicht haben; bei diesen ist aber mit besonderer Sorgfalt zu prüfen, ob nicht durch andere Maßnahmen dem Bedürfnis genügt werden kann.

Hat der Minderjährige das 16. Lebensjahr vollendet, so soll die Zwangserziehung nur in besonderen Fällen angeordnet werden, d.h. nur, wenn begründete Aussicht besteht, daß durch die Zwangserziehung eine Besserung erreicht wird.

Bei minderjährigen Mädchen, welche sich der gewerbsmäßigen Unzucht ergeben haben, ist in jedem Falle die Frage der Zwangserziehung zu würdigen und darf vorher eine sittenpolizeiliche Aufsicht (§ 361 Nr.6 StGB.) nicht angeordnet werden.

§ 5

Die Anwendbarkeit des Zwangserziehungsgesetzes wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß der Minderjährige, hinsichtlich dessen die Voraussetzungen des § 2 vorliegen, oder seine unterhaltspflichtigen Verwandten hinreichendes Vermögen besitzen, um die Kosten der Unterbringung in einer Familie oder in einer Erziehungs- und Besserungsanstalt zu bestreiten.

Das Vormundschaftsgericht ist aber in einem solchen Falle, sofern die Voraussetzungen des § 1666 oder des § 1838 des Bürgerlichen Gesetzbuches gegeben sind, auch berechtigt, die Unterbringung in einer Familie oder Anstalt ohne Mitwirkung der Distriktsverwaltungsbehörde anzuordnen und die Anordnung selbst zu vollziehen. Die in den §§ 10,11, 13,22,24-28,30-38 für die Zwangserziehung getroffenen Ausführungsbestimmungen werden indessen dem Vormundschaftsgericht auch für den Fall, daß es selbst die Unterbringung in die Hand nimmt, zur Richtschnur zu dienen haben.

Es wird sich übrigens empfehlen, daß das Vormundschaftsgericht von dieser Befugnis nur dann Gebrauch macht, wenn von Anfang an unzweifelhaft ist, daß die sämtlichen Kosten von dem Minderjährigen oder dessen unterhaltspflichtigen Verwandten gedeckt werden.

§ 6

Das Zwangserziehungsgesetz findet, sofern nur die Voraussetzungen des § 2 gegeben sind, auch dann Anwendung, wenn der Erziehungsberechtigte gemäß § 1631 Abs.2 Satz 2, §§ 1686,1800 des Bürgerlichen Gesetzbuches die Zwangserziehung selbst beantragt.

II. Anordnung der Zwangserziehung.

§ 7

Die Zwangserziehung kann nur vom Vormundschaftsgericht angeordnet werden. Das Vormundschaftsgericht muß die Zwangserziehung anordnen, wenn ihm, sei es durch eigene Wahrnehmungen oder infolge der Anzeige eines Dritten, Tatsachen bekannt werden, welche die Zulässigkeit der Zwangserziehung begründen.

§ 8

Die Staatsanwaltschaften, die Polizeibehörden und die Schulbehörden sind nach Artikel 2 des Zwangserziehungsgesetzes, die Gemeindewaisenräte sind nach den §§ 1675, 1686, 1850 des Bürgerlichen Gesetzbuches verpflichtet, die zu ihrer Kenntnis gelangenden Tatsachen, welche die Zulässigkeit der Zwangserziehung begründen, dem Vormundschaftsgericht mitzuteilen.

Die Staatsanwaltschaften haben nicht nur die Fälle mitzuteilen, in denen ein Minderjähriger sich einer strafbaren Handlung schuldig gemacht hat, welche im Zusammenhalte mit den sonstigen Verhältnissen des Minderjährigen die Zwangserziehung erforderlich erscheinen läßt, sondern auch die Fälle, in welchen durch Handlungen anderer Personen, z.B. durch Mißhandlungen seitens der Eltern, Vornahme unzuchtiger Handlungen, Kuppelei, nach den Umständen des Falles die Besorgnis der Verwahrlosung des Minderjährigen begründet erscheint.

Die Polizeibehörden werden insbesondere auch dann, wenn ein Minderjähriger der Landespolizeibehörde überwiesen worden ist, die Frage zur Erörterung bringen, ob nicht dem Vollzuge der Überweisung die Einleitung der Zwangserziehung vorzuziehen sei.

Den Amtsärzten hat das Zwangserziehungsgesetz eine Anzeigepflicht nicht auferlegt. Die Amtsärzte sind schon vermöge ihrer allgemeinen Dienstpflicht zur Mitwirkung beim Vollzuge des Zwangserziehungsgesetzes berufen und haben deshalb dem Vormundschaftsgericht oder der Polizeibehörde die zur Zwangserziehung geeigneten Fälle, welche zu ihrer Kenntnis gelangen, mitzuteilen, soweit nicht ihre Verpflichtung zur Wahrung des Berufsgeheimnisses entgegensteht.

Auch die Verwaltungen der Strafanstalten haben, wenn sie die Einleitung der Zwangserziehung gegen einen jugendlichen Gefangenen nach verbüßter Strafe für notwendig erachten, hiervon nach Anhörung des Anstaltsgeistlichen und des Lehrers dem Vormundschaftsgericht Mitteilung zu machen.

§ 9

Das Vormundschaftsgericht hat nach Maßgabe der Vorschriften des Zwangserziehungsgesetzes und der für Vormundschaftssachen allgemein geltenden Vorschriften zu prüfen, ob die Voraussetzungen der Zwangserziehung vorliegen. Insbesondere hat es von Amtswegen die zur Feststellung der Tatsachen erforderlichen Ermittlungen zu veranstalten und die geeignet erscheinenden Beweise aufzunehmen.

§ 10

Vor der Entscheidung über die Zwangserziehung hat das Vormundschaftsgericht die Eltern, den gesetzlichen Vertreter des Minderjährigen, dem die Sorge für die Person zusteht, und den Minderjährigen selbst, sofern er das 14. Lebensjahr vollendet hat zu hören. Die Mutter ist auch dann zu hören, wenn sie die elterliche Gewalt nicht hat.

Das Vormundschaftsgericht soll auch sonstige Verwandte oder Verschwägerte des Minderjährigen hören. Die Anhörung bestimmt sich nach § 1673 Abs. 2, §§ 1686, 1874 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Ist der Mutter ein Beistand bestellt oder ist ein Gegenvormund vorhanden, so empfiehlt es sich auch diesen zu hören.

Die Anhörung darf unterbleiben, wenn sie eine erhebliche Verzögerung oder unverhältnismäßige Kosten verursachen würde.

§ 11

Das Vormundschaftsgericht muß ferner dem Pfarramt und, sofern der Minderjährige noch eine Schule besucht, der Schulbehörde Gelegenheit geben, sich zu äußern. Bei Minderjährigen, welche einer privaten Religionsgesellschaft angehören, ist der zuständige Geistliche einzuvernehmen. Es ist zweckmäßig, die Schulbehörde auch dann einzuvernehmen, wenn der Minderjährige eine Schule erst kurze Zeit vorher verlassen hat.

Als Schulbehörden kommen die Lokal- und Stadtbezirksschulinspektionen, in der Pfalz die Ortsschulkommissionen in Betracht, und zwar gleichviel ob der Minderjährige die Volksschule oder eine dieselbe ersetzende Unterrichtsanstalt besucht; bei Minderjährigen, welche eine höhere Lehranstalt besuchen, ist der Vorsteher der Anstalt zu hören.

Die Schulbehörde hat vor Abgabe ihrer Äußerung stets den Klassenlehrer des Minderjährigen einzuvernehmen.

Je nach Umständen wird es geboten sein auch den Amtsarzt zu hören.

§ 12

Nach Anhörung der in den §§ 10, 11 bezeichneten Personen und Behörden sind die Akten der Distriktsverwaltungsbehörde (§ 21) zur Äußerung mitzuteilen.

Die Distriktsverwaltungsbehörde hat der Heimatgemeinde und, wenn der Minderjährige in Bayern eine Heimat nicht besitzt, dem Kreisfiskalate Gelegenheit zu geben, sich über die Anordnung und die Art der Zwangserziehung zu äußern.

Steht die Heimat des Minderjährigen nicht fest, so darf durch die Erhebungen über die Heimat das Verfahren über die Anordnung der Zwangserziehung nicht verzögert werden. Das Vormundschaftsgericht hat daher in diesem Falle die Akten derjenigen Distriktsverwaltungsbehörde mitzuteilen, zu deren Bezirk der Ort gehört, durch welchen die Zuständigkeit des Vormundschaftsgerichts begründet ist.

§ 13

Das Vormundschaftsgericht hat über die Anordnung der Zwangserziehung einen mit Gründen versehenen Beschluß zu fassen.

Der Beschluß hat zu enthalten:

1. Die Bezeichnung des Minderjährigen nach Namen, Religion, Beruf, Geburtsort, Geburtszeit und Wohnort;
2. Die Bezeichnung der Eltern nach Namen, Beruf und Wohnort; wenn ein Elternteil gestorben ist, ist dies anzugeben;

3. die Bezeichnung des gesetzlichen Vertreters, dem die Sorge für die Person zusteht, nach Namen, Beruf und Wohnort;
4. die Feststellung des Eintritts der gesetzlichen Voraussetzungen unter Bezeichnung der für erwiesen erachteten Tatsachen; insbesondere ist zum Ausdruck zu bringen, auf welche der unter Ziff. 1 bis 3 des Art. 1 des Zwangserziehungsgesetzes aufgestellten Voraussetzungen die Entscheidung sich gründe%.

Der Inhalt des Beschlusses ist so zu fassen, daß er ein klares Bild von den Verhältnissen des Minderjährigen und den Tatsachen, die zu seiner Unterbringung führten, gibt. Die genaue Kenntnis der Tatsachen und Erwägungen, auf die das Vormundschaftsgericht seine Entscheidung gestützt hat, ist auch für die von der Distriktsverwaltungsbehörde zur Ausführung zu ergreifenden Maßnahmen von Bedeutung.

§ 14

Der Beschluß, durch den die Zwangserziehung angeordnet wird, ist dem Vater, der ehelichen oder unehelichen Mutter und dem gesetzlichen Vertreter des Minderjährigen, dem die Sorge für die Person zusteht, ferner dem Minderjährigen selbst, wenn er das 14. Lebensjahr vollendet hat, der Distriktsverwaltungsbehörde und der Heimatgemeinde zuzustellen.

§ 15

Ist der die Zwangserziehung anordnende Beschluß rechtskräftig geworden, so hat das Vormundschaftsgericht der Distriktsverwaltungsbehörde von dem Eintritte der Vollstreckbarkeit Mitteilung zu machen.

§ 16

Das Vormundschaftsgericht hat auch den die Zwangserziehung ablehnenden Beschluß der Distriktsverwaltungsbehörde zuzustellen, wenn es dieser gemäß § 12 die Akten zur Äußerung mitgeteilt hat.

§ 17

Das Vormundschaftsgericht hat der Distriktsverwaltungsbehörde auch von der auf Beschwerde eines Beteiligten ergangenen Entscheidung des Landgerichts oder des Obersten Landesgerichts Mitteilung zu machen, sofern nicht das Beschwerdegericht seinen Beschluß der Distriktsverwaltungsbehörde bereits zugestellt hat.

§ 18

Der Distriktsverwaltungsbehörde ist der die Zwangserziehung anordnende Beschluß des Vormundschaftsgerichts und, wenn die Zwangserziehung vom Beschwerdegericht angeordnet wird, der Beschluß des Beschwerdegerichts mit Rücksicht auf die Vorschrift des § 37 Abs. 3 in zwei Ausfertigungen oder Abschriften zuzustellen.

§ 19

Durch die vorstehenden Vorschriften werden die Bestimmungen nicht berührt, nach denen die auf Grund des Zwangserziehungsgesetzes ergehenden gerichtlichen Be-

schlüsse auch noch anderen Personen zuzustellen sind.
(Vgl. § 16 G.F.G.)

III. Vorläufige Unterbringung.

§ 20

Das Vormundschaftsgericht kann, wenn mit dem Aufschube Gefahr verbunden ist, auch vor Abschluß des Verfahrens die vorläufige Unterbringung des Minderjährigen anordnen (Art.4 Abs.2 ZwEG.). Die vorläufige Unterbringung kann sich insbesondere dann empfehlen, wenn gegen den die Zwangserziehung anordnenden Beschluß von den Eltern oder dem Minderjährigen oder dessen gesetzlichem Vertreter Beschwerde eingelegt ist. Der die Anordnung enthaltende Beschluß ist mit Gründen zu versehen und muß die gleichen Angaben wie die die Zwangserziehung anordnende Verfügung (§ 13), sowie die Feststellung enthalten, daß mit dem Aufschube Gefahr verbunden ist. Die Vorschriften der §§ 14, 17 - 19 finden Anwendung.

IV. Durchführung der Zwangserziehung.

a) Im allgemeinen

§ 21

Die Durchführung der Zwangserziehung obliegt der Distriktsverwaltungsbehörde. Sie bestimmt darüber, ob der Minderjährige in einer Familie oder in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt untergebracht werden soll; sie führt über den Minderjährigen die Aufsicht bis zur Beendigung der Zwangserziehung. Die örtliche Zuständigkeit der Distriktsverwaltungsbehörde bestimmt sich nach der Heimat des Minderjährigen oder, wenn dieser in Bayern eine Heimat nicht besitzt, nach demjenigen Orte, an welchem die Zuständigkeit des Vormundschaftsgerichtes begründet ist (Art.12 Abs.2 ZwEG.). Nach letzterer Norm ist vorläufig auch dann zu verfahren, wenn die Heimat des Minderjährigen nicht feststeht. In München sind die auf die Zwangserziehung bezüglichen Geschäfte von den Polizeiamttern wahrzunehmen.

§ 22

Um der ihnen obliegenden Aufgabe gerecht werden zu können, haben sich die Distriktsverwaltungsbehörden der Mitarbeit aller derjenigen, welche für den Schutz der verlassenen, gefährdeten und verwahrlosten Jugend Sinn und Verständnis haben, insbesondere der Geistlichen, Ärzte und Lehrer, der Mitglieder von Vereinen für Jugendschutz und Kindererziehung zu versichern.

§ 23

Im Benehmen mit den vorbezeichneten Personen haben die Distriktsverwaltungsbehörden schon dann, wenn sie von den Vormundschaftsgerichten um Äußerung über die Anordnung der Zwangserziehung angegangen werden (§ 12), - vorausgesetzt, daß nach Lage der Verhältnisse die Anordnung der Zwangserziehung zu erwarten ist -, die geeigneten

Einleitungen zu treffen, damit gegebenen Falls der Vollzug der gerichtlichen Anordnung unverzüglich erfolgen kann.

§ 24

Die Distriktsverwaltungsbehörde hat vor allem darauf zu sehen, daß der Minderjährige, der Verwahrlosung entnommen, liebevoll, nach religiös-sittlichen Grundsätzen erzogen und zu tüchtiger Berufsarbeit ausgebildet wird.

§ 25

Bei der Auswahl der Familie oder Anstalt muß auf das Glaubensbekenntnis des Minderjährigen Rücksicht genommen werden (Art. 5 Abs. 2 ZWEG.). Wo besondere Verhältnisse es ausnahmsweise untunlich erscheinen lassen, den Minderjährigen in einer Familie oder Anstalt seines Bekenntnisses unterzubringen, muß wenigstens die Teilnahme an dem Religionsunterrichte und an dem Gottesdienst seines Bekenntnisses sichergestellt werden.

§ 26

Um die seitherigen verderblichen Einflüsse auf den Minderjährigen möglichst auszuschließen, wird es sich in der Regel empfehlen, denselben entfernt von dem Heimatsorte und dem seitherigen Aufenthaltsorte unterzubringen.

§ 27

Ist der Minderjährige mit einer Krankheit behaftet, so ist für seine Heilung in geeigneter Weise Sorge zu tragen; die Unterbringung darf erst erfolgen, wenn nach ärztlichem Zeugnis kein Bedenken dagegen obwaltet.

§ 28

Die Entscheidung über die Art der Unterbringung ist nach sorgfältigster Erwägung aller in Betracht kommenden Verhältnisse zu treffen. Die Unterbringung hat zunächst in Familien zu geschehen und nur, wo dies durchaus untunlich ist, in Anstalten.

§ 29

Der Beschluß der Distriktsverwaltungsbehörde ist der Heimatgemeinde zuzustellen. Gegen denselben findet Beschwerde im Verwaltungsverfahren statt.

§ 30

Die Verbringung der Minderjährigen in die Familien oder Anstalten haben die Distriktsverwaltungsbehörden durch geeignete Personen, je nach Umständen durch Frauen, ausführen zu lassen. Im Falle der Flucht hat die Zurückführung nötigen Falls mittels polizeilichen Zwanges zu geschehen.

b) Unterbringung in Familien

§ 31

Bei Auswahl der Familien ist darauf zu sehen, daß dieselben durch Unbescholtenheit für eine religiös-sittliche Erziehung Gewähr bieten, ein eigenen Haushalt

sicherndes Einkommen, eine geordnete Haushaltung und eine gesunde, geräumige Wohnung haben. Familien in weniger dicht bewohnten Orten, sowie Familien, welche die Minderjährigen mit Land- und Gartenwirtschaft beschäftigen, sind besonders zu bevorzugen.

§ 32

Die mittelbaren Gemeindebehörden haben zur Ausfindigmachung geeigneter Familien mitzuwirken.

Erklärt sich eine Familie bereit, Minderjährige zur Zwangserziehung aufzunehmen, so hat die Gemeindebehörde über die Verhältnisse der Familie mit Benützung des in der Anlage 1 enthaltenen Fragebogens dem Bezirksamte zu berichten. Der Bericht ist vor der Vorlage dem Pfarramte, der Ortsschulbehörde und dem Gemeindewaisenrate zur etwaigen Erinnerung mitzuteilen.

In entsprechender Weise haben sich die unmittelbaren Stadtmagistrate, in München die Polizeiämter durch ihre Organe Aufschluß zu verschaffen.

§ 33

Soweit veranlaßt haben sich die Distriktsverwaltungsbehörden über die in ihren Bezirken ansässigen, zur Unterbringung von Minderjährigen geeigneten Familien gegenseitig Mitteilung zu machen.

§ 34

Mit dem Familienoberhaupt ist im einzelnen Falle ein schriftlicher Vertrag abzuschließen, worin sich dasselbe gegen eine festzusetzende Pauschvergütung verpflichtet, den Minderjährigen für die Dauer der Unterbringung in die Familie aufzunehmen, ihn in religiös-sittlichem Geiste zu erziehen, zum regelmäßigen Besuche des Gottesdienstes und zur gehörigen Erfüllung der Schulpflicht, sowie zur Ordnung, Reinlichkeit und Arbeitsamkeit anzuhalten, ihm eine angemessene Unterkunft mit besonderem Bett, gesunde ausreichende Kost, eine den Verhältnissen angemessene reinliche Kleidung, in Krankheitsfällen Pflege und ärztliche Hilfe zu gewähren, bei den für sein Alter und Geschlecht passenden häuslichen und ländlichen Arbeiten anzuleiten und zu verwenden, soweit dies ohne Beeinträchtigung der Gesundheit und des Schulunterrichts geschehen kann.

Für die Verwendung des Minderjährigen zu gewerblichen Zwecken ist besondere Genehmigung der Distriktsverwaltungsbehörde vorzubehalten.

§ 35

Jede Unterbringung in einer Familie ist außer dem Vormundschaftsgericht und dem Gemeindewaisenrate (Art. 7 ZWEG.) auch dem zuständigen Geistlichen (§ 11 Abs. 1) und bei schulpflichtigen Kindern der Schulbehörde mitzuteilen.

c) Unterbringung in Anstalten

§ 36

Für die Anstaltserziehung sind diejenigen Anstalten zu benützen, welche vom K. Staatsministerium des Innern im

Benehmen mit den K.Staatsministerien der Justiz und des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten als hierzu geeignet erklärt sind.

Bis auf weiteres können Minderjährige in denjenigen Anstalten, welche in der Anlage 2 aufgeführt sind, unter den dort angegebenen Bedingungen untergebracht werden.

Beantragt eine in das Verzeichnis nicht aufgenommene Anstalt die Überweisung von Minderjährigen zur Zwangserziehung, so hat die zuständige K.Regierung, Kammer des Innern, den Antrag mit Benützung des in der Anlage 3 enthaltenen Fragebogens zu instruieren und dem K.Staatsministerium des Innern mit Gutachten vorzulegen.

Wo sich beim Gesetzesvollzug ein Mangel an Erziehungs- und Besserungsanstalten bemerkbar macht, ist auf die Gründung gemeindlicher Anstalten, namentlich in den größeren Städten beziehungsweise distriktiver oder Kreisanstalten hinzuwirken.

§ 37

Mit dem Anstaltvorstand ist im einzelnen Falle ein schriftlicher Vertrag abzuschließen, welcher die beiderseitigen Rechte und Pflichten bestimmt.

Der Vorstand ist insbesondere zu verpflichten über die Führung und die Fortschritte des Minderjährigen, sowie über dessen Gesundheitszustand mindestens einmal jährlich der Distriktsverwaltungsbehörde zu berichten. Dem Vorstand ist eine Abschrift des die Zwangserziehung anordnenden Beschlusses zuzustellen.

d) Unterbringung in Dienst- oder Lehrstellen

§ 38

Bei Ablauf des schulpflichtigen Alters ist rechtzeitig für eine den Fähigkeiten und Verhältnissen des Minderjährigen, tunlich auch seinen Neigungen entsprechende Dienst- oder Lehrstelle zu sorgen. Auf die Unterbringung finden die §§ 31 - 35 entsprechend Anwendung.

Beim Abschluß von Lehrverträgen ist die tüchtige Ausbildung im Handwerk innerhalb einer bestimmten Zeit sicherzustellen. Im übrigen sind die §§ 126 - 132a der Gewerbeordnung (Reichsgesetzblatt 1900 S.950) zu beachten.

e) Überwachung der Zwangserziehung

§ 39

Der Gemeindewaisenrat hat die Erziehung und Behandlung der in Familien untergebrachten Minderjährigen, sowie die Führung derselben zu überwachen. Zu diesem Zwecke sind ihm Abschriften der über die Unterbringung der Minderjährigen abgeschlossenen Verträge auszuhändigen.

Die noch nicht schulentlassenen Minderjährigen hat der Gemeindewaisenrat von Zeit zu Zeit persönlich in der Familie aufzusuchen, sich von der Art der Unterkunft, Pflege, Erziehung und Beschäftigung, sowie im Benehmen mit dem Ortsgeistlichen und der Schulbehörde von der Regelmäßigkeit des Kirchen- und Schulbesuchs zu überzeugen, auch sich zu vergewissern, ob die vertragsmäßigen Bestimmungen erfüllt werden, und für Abstellung etwaiger Mängel zu sorgen.

Bei den in Dienst oder Lehre stehenden Minderjährigen hat der Gemeindewaisenrat insbesondere darauf zu sehen, daß der Dienst- oder Lehrvertrag gehalten wird, und sich von Zeit zu Zeit von der Führung, den Fortschritten und den Leistungen des Minderjährigen an Ort und Stelle zu überzeugen.

Der Gemeindewaisenrat wird sich namentlich hinsichtlich der Mädchen und der im Kindesalter stehenden Knaben mit Nutzen der Mitwirkung der Waisenpflegerinnen bedienen.

§ 40

Steht die Sorge für die Person des Minderjährigen einem Pfleger oder einem Vormund zu, so wird dessen Pflicht für die Erziehung und körperliche Pflege des Minderjährigen zu sorgen, nicht durch die dem Gemeindewaisenrate nach § 39 obliegende Überwachungspflicht beseitigt.

Es hat vielmehr auch der Pfleger oder Vormund an der Überwachung des Minderjährigen teilzunehmen und wahrgenommene Gebrechen dem Gemeindewaisenrate oder der Distriktsverwaltungsbehörde anzuzeigen.

Den Vormundschaftsgerichten wird anempfohlen, als Vormund und, sofern für den Minderjährigen ein Pfleger aufgestellt werden muß, als Pfleger eine Person aufzustellen, die in der selben Gemeinde wohnt, wie die Familie, bei welcher der Minderjährige untergebracht ist.

§ 41

Der Gemeindewaisenrat hat der Distriktsverwaltungsbehörde auf Erfordern Auskunft zu erteilen und auch unaufgefordert etwaige Mängel anzuzeigen.

Die Distriktsverwaltungsbehörde hat von dem Gemeindewaisenrat alljährlich mindestens einmal einen kurzen Bericht anzufordern.

§ 42

Erhält das Vormundschaftsgericht Kenntnis von Mängeln in der Erziehung oder der körperlichen Pflege eines in Zwangserziehung genommenen Minderjährigen, so hat es hiervon der Distriktsverwaltungsbehörde Mitteilung zu machen.

Während der Dauer der Zwangserziehung entfällt die in § 26 der Vormundschaftsordnung (Just.-Min. Bl. 1900 S. 181) dem Vormundschaftsgericht auferlegte Verpflichtung, sich von Zeit zu Zeit über das persönliche Ergehen und das Verhalten des Mündels oder Pfleglings zu erkundigen.

f) Vollzug der vorläufigen Unterbringung

§ 43

Auf den Vollzug der vorläufigen Unterbringung finden die Bestimmungen des gegenwärtigen Abschnitts (§§ 21 ff.) entsprechend Anwendung.

V. Beendigung der Zwangserziehung

§ 44

Die Zwangserziehung endigt mit der Minderjährigkeit.

§ 45

Die Zwangserziehung ist aufzuheben, wenn die Voraussetzungen der Anordnung weggefallen sind. Dies ist der Fall,

wenn der Zweck der Zwangserziehung erreicht oder die Erreichung des Zweckes in anderer Weise sichergestellt ist. Die Aufhebung kann unter dem Vorbehalte des Widerrufs erfolgen; hiervon wird insbesondere dann Gebrauch zu machen sein, wenn es zweifelhaft ist, ob die die Aufhebung rechtfertigenden Verhältnisse von Dauer sind.

Die Aufhebung erfolgt durch Beschluß des Vormundschaftsgerichts von Amtswegen oder auf Antrag. Vor der Entscheidung muß der Distriktsverwaltungsbehörde Gelegenheit zur Äußerung gegeben werden; die Distriktsverwaltungsbehörde hat den Gemeindewaisenrat und, wenn der Minderjährige in einer Anstalt untergebracht ist, den Vorstand der Anstalt zu hören. Die Bestimmungen des § 11 finden entsprechend Anwendung.

Der die Zwangserziehung aufhebende Beschluß ist vom Vormundschaftsgericht der Distriktsverwaltungsbehörde, den Eltern des Minderjährigen, dem gesetzlichen Vertreter des Minderjährigen, welchem die Sorge für die Person zusteht, und sofern der Minderjährige das 14. Lebensjahr vollendet hat, auch dem Minderjährigen selbst zuzustellen. Von dem Eintritt der Rechtskraft ist der Distriktsverwaltungsbehörde Mitteilung zu machen.

Im Falle der Aufhebung unter Vorbehalt des Widerrufs hat sich das Vormundschaftsgericht nach Ablauf einer angemessenen Zeit davon zu überzeugen, ob nicht von dem Widerruf Gebrauch zu machen ist.

Die Erhebungen sind regelmäßig durch den Gemeindewaisenrat pflegen zu lassen; die Mitwirkung polizeilicher Organe darf hierzu nicht in Anspruch genommen werden.

§ 46

Die Distriktsverwaltungsbehörde kann die vorläufige Entlassung des Minderjährigen aus der Zwangserziehung verfügen. Hiervon kann insbesondere auch zu dem Zwecke Gebrauch gemacht werden, um den Minderjährigen seiner eigenen Familie zu überweisen, wenn der Minderjährige durch Erziehung in einer fremden Familie oder in einer Anstalt sittlich gebessert ist und die Verhältnisse in der eigenen Familie die Gefahr der Verwahrlosung nicht mehr besorgen lassen. Die vorherige Anhörung des Vormundschaftsgerichts ist nicht erforderlich; dem Vormundschaftsgericht ist aber von der Entlassung Kenntnis zu geben.

Die Distriktsverwaltungsbehörde hat auch nach der Entlassung für geeignete Überwachung des Minderjährigen Sorge zu tragen. Die Überwachung ist regelmäßig dem Gemeindewaisenrate aufzutragen; sie darf nicht durch polizeiliche Organe ausgeübt werden.

Ergibt sich, daß die Voraussetzungen, unter denen die Entlassung erfolgt ist, nicht mehr zutreffen, oder entzieht sich der Minderjährige der angeordneten Überwachung, so hat die Distriktsverwaltungsbehörde die Entlassung zu widerrufen und die Unterbringung des Minderjährigen in einer Familie oder Anstalt anzuordnen. Von dem Widerruf der Entlassung und von der Unterbringung ist dem Vormundschaftsgericht seitens der Distrikts-

verwaltungsbehörde Mitteilung zu machen.

§ 47

Vor Beendigung oder Aufhebung der Zwangserziehung soll die Distriktsverwaltungsbehörde tunlichst für ein gesichertes Unterkommen des Minderjährigen, entsprechend seinen persönlichen Verhältnissen und seiner Beschäftigungsweise, Sorge tragen.

§ 48

Über das achtzehnte Lebensjahr hinaus soll die Zwangserziehung nur in besonderen Fällen fortgesetzt werden (Art.6 Abs.4 ZWEG.).

Die Fortsetzung ist zulässig, wenn aus besonderen Gründen anzunehmen ist, daß hierdurch die Besserung des Minderjährigen erzielt wird.

Die Fortsetzung wird von der Distriktsverwaltungsbehörde nach Anhörung des Vormundschaftsgerichtes verfügt. Von der Fortsetzung ist dem Vormundschaftsgericht Mitteilung zu machen.

Erachtet die Distriktsverwaltungsbehörde die Fortsetzung nicht für geboten, so entläßt sie den Minderjährigen vorläufig aus der Zwangserziehung oder sie beantragt die Aufhebung der Zwangserziehung beim Vormundschaftsgericht.

§ 49

Das Vormundschaftsgericht hat durch Eintrag in den Terminskalender (§ 65 der Vormundschaftsordnung, Just.-Min. Bl. 1900 S.181), dafür zu sorgen, daß die Prüfung der Frage, ob die Zwangserziehung nach der Vollendung des 18. Lebensjahres noch fortgesetzt werden soll, sowie die Beendigung der Zwangserziehung durch Erreichung der Volljährigkeit nicht übersehen werden.

VI. Kosten der Zwangserziehung

§ 50

Kosten der Zwangserziehung sind die von der Distriktsverwaltungsbehörde im Vollzuge der gerichtlichen Anordnung unmittelbar veranlaßten Kosten der Unterbringung in einer Familie oder Anstalt, einschließlich der Kosten der Hin- und Rückreise, einer den Anstaltsordnungen entsprechenden Ausstattung, sowie der Vermittlung eines geeigneten Unterkommens nach Beendigung oder Aufhebung der Zwangserziehung (§47), wogegen die Kosten dieses Unterkommens selber nicht mehr zu den Kosten der Zwangserziehung gehören.

§ 51

Die Kosten der Zwangserziehung eines in Bayern beheimateten Minderjährigen hat vorläufig die Heimatgemeinde zu bestreiten. Soweit die Kosten nicht durch Ersatzleistung des Minderjährigen oder eines Unterhaltspflichtigen gedeckt werden (§ 58), kann die Heimatgemeinde den Ersatz von zwei Fünfteln seitens des Staates beanspruchen; mittelbare Gemeinden können überdies den Ersatz eines Fünftels seitens der Distriktsgemeinde beanspruchen (Art.8 Abs.1 - 3 ZWEG.).

In den Gemeinderechnungen sind die Kosten der Zwangserziehung bei den Ausgaben "für Erziehung und Bildung" unter gesonderter Ziffer zu verrechnen; in entsprechender Weise sind die einschlägigen Einnahmen (Rückersatz der Minderjährigen, der Unterhaltspflichtigen, des Staates, der Distriktsgemeinden) bei der Einnahme-Position "Erziehung und Bildung" zu verrechnen.

§ 52

Die Geltendmachung der gegen die Staatskasse und die Distriktsgemeinde begründeten Ersatzansprüche geschieht ganz-, halb- oder vierteljährig mittels eines Kostenverzeichnisses, welches sämtliche während des betreffenden Zeitraumes angefallenen Ausgaben für Zwangserziehung nebst den etwaigen Rückersätzen der Beteiligten zu enthalten hat und samt den zugehörigen Rechnungsbelegen seitens des Stadtmagistrats München bei dem zuständigen Polizeiamte, seitens der übrigen unmittelbaren Stadtmagistrate unter Beifügung der einschlägigen Akten bei der vorgesetzten K. Regierung, Kammer des Innern, seitens der mittelbaren Gemeindebehörden bei dem vorgesetzten Bezirksamt zu bringen ist.

§ 53

Die Kosten einer vorläufigen Unterbringung sind, wenn die Zwangserziehung demnächst angeordnet wird, als Kosten der Zwangserziehung anzusehen. Andernfalls sind dieselben von der Staatskasse zu tragen und, soweit sie von dem Minderjährigen oder einem Unterhaltspflichtigen, von der Heimatgemeinde oder der Distriktsgemeinde bestritten worden sind, zu ersetzen (Art. 8 Abs. 4 ZwEG.); in diesem Falle findet auf die Geltendmachung der Ersatzansprüche § 52 Anwendung mit der Maßgabe, daß diese Ersatzansprüche gesondert zu behandeln sind.

§ 54

Die in § 52 bezeichneten Staatsverwaltungsbehörden prüfen die Kostenverzeichnisse an der Hand der Belege und auf Grund der Akten und setzen jeweils am 20. Januar, 20. April, 20. Juli und 20. Oktober die seitens der Staatskasse und der Distriktsgemeinden zu erstattenden Beträge vorbehaltlich der seiner Zeit auf Grund der Gemeinderechnungen vorzunehmenden Nachprüfung (§ 56) fest. Die Festsetzungsbescheide müssen den auf jeden Minderjährigen treffenden Betrag ersehen lassen. Die Prüfung bei den K. Regierungen, Kammern des Innern, hat sich auch auf die Zulässigkeit der von den unmittelbaren Stadtmagistraten getroffenen Anordnungen, insbesondere auf die Beobachtung des § 36 Abs. 1 zu erstrecken. Ausfertigung der Festsetzungsbescheide ist den zuständigen Rentämtern und Distriktskassen sowie unter Rückgabe der Rechnungsbelege den beteiligten Gemeindebehörden zuzustellen. Die seitens der K. Polizeiamter in München ergehenden Festsetzungsbescheide sind in Abschrift samt den Urschriften der Kostenverzeichnisse der K. Regierung von Oberbayern, Kammer des Innern, vorzulegen.

§ 55

Die Rentämter sind ermächtigt, auf Grund der ihnen gemäß § 54 Abs.3 zugehenden Bescheide die zu Lasten der Staatskasse festgesetzten Beträge ohne weitere Zahlungsanweisung nach Anfall auszubezahlen und auf Staatsfonds zu verrechnen.

Die Etatsposition, auf welche die betreffenden Ausgaben zu verrechnen sind, wird durch das Rechnungsschema für die XXVI. Finanzperiode bekanntgegeben werden.

§ 56

Sämtliche Kostenverzeichnisse eines Kalenderjahres sind gelegentlich der Revision der Gemeinderechnungen bei den K. Regierungen, Kammern des Innern, beziehungsweise bei den Bezirksamtern einer Nachprüfung in der Richtung zu unterstellen, ob die verrechneten Ausgaben auch in den Gemeinderechnungen gehörig vorgetragen und ob alle in letzteren verrechneten Rückersätze auch in den Kostenverzeichnissen entsprechend in Abzug gebracht worden sind.

Das Ergebnis der Nachprüfung ist aktenkundig zu machen.

§ 57

Die Kosten für Zwangserziehung derjenigen Minderjährigen, welche in Bayern keine Heimat besitzen, sind nach Analogie der Ziff.8 der Min.Entschl. vom 28.12.1899, den Vollzug des Gesetzes über Heimat, Verhehlchung und Aufenthalt betreffend (Min.-Amtsbl. S.803), zu behandeln, jedoch in den bezüglichen Nachweisungen ausgeschieden vorzutragen. Die Behandlung obliegt der zur Durchführung der Zwangserziehung berufenen Distriktsverwaltungsbehörde; eine Mitwirkung des Armenpflegschaftsrates findet nicht statt.

§ 58

Die Einrichtung der Zwangserziehung als einer Erziehung auf öffentliche Kosten darf nicht dazu führen, daß denjenigen, welche zunächst für die Erziehung der Jugend verantwortlich sind, das Gefühl der Verantwortlichkeit gemindert oder sogar ein Antriebs gegeben wird, der Verwilderung der Jugend freien Lauf zu lassen, um sodann die Erziehung der Kinder auf Kosten der Gesamtheit herbeizuführen.

Die Geltendmachung der in Art.8 Abs.2 ZwEG. begründeten Ersatzverbindlichkeiten erscheint besonders geeignet, den Beteiligten das Gefühl der Verantwortlichkeit zu erhalten. Die Distriktsverwaltungsbehörde hat deshalb in jedem Falle festzustellen:

1. ob der Minderjährige selbst ein Vermögen besitzt oder zu erhoffen hat, welches ihm unbeschadet der Sicherstellung des Lebensunterhaltes die Ersatzleistung ermöglicht;
2. ob andere unterhaltspflichtige Personen (§§ 1601 ff; insbesondere § 1603 BGB.) vorhanden sind.

Je nach Umständen ist in angemessenen Zeiträumen wiederholt Erhebung zu pflegen.

Die Rückforderung der Kosten von den Unterhaltspflichti-

gen ist mit aller Strenge zu betreiben; wo nicht vollständiger Ersatz möglich ist, ist wenigstens teilweiser Ersatz zu betreiben.
 Gegenüber den Eltern und den Großeltern sowie gegen den unehelichen Vater, der seine Vaterschaft nach § 1718 BGB. anerkannt hat oder dessen Unterhaltspflicht in einem vollstreckbaren Titel festgestellt ist, kann zu dem fraglichen Zwecke auch im Wege des Art. 10 des ZWEG. vorgegangen werden. Im übrigen gehören Streitigkeiten über die Ersatzpflicht des Minderjährigen und seiner unterhaltspflichtigen Verwandten zur Zuständigkeit der bürgerlichen Gerichte.
 Soweit den Einnahmen einer Gemeinde aus Rückersätzen in einem Kalenderjahre nicht Ausgaben für Zwecke der Zwangserziehung in gleicher Höhe gegenüberstehen, sind hierüber Einnahme-Verzeichnisse zu fertigen; auf die Vorlage, Prüfung und Festsetzung dieser Verzeichnisse finden die §§. 52 ff. entsprechend Anwendung.

VII. Schlußbestimmungen

§ 59

Nach Art. 12 Abs. 3 ZWEG. kommen für die Verhandlungen in Angelegenheiten der Zwangserziehung Gebühren und Porti nicht in Ansatz.
 Als portofrei sind hiernach der Schriftwechsel der Behörden, einschließlich der Versendung der Akten, zu behandeln. Insoweit gemäß § 11 der Allerh. Verordn. vom 23. Juni 1829, die Postportofreiheit in Amtssachen betreffend (Reg.-Bl. S. 521), auch eine portofreie Versendung von Geldern stattfindet, behält es hierbei sein Bewenden.
 Bei allen portofreien Sendungen sind die in der vorstehend angeführten Verordnung vorgeschriebenen Formlichkeiten zu beachten.
 Hinsichtlich der Portobehandlung des Verkehrs mit den Gemeindewaisenräten ist die Bekanntmachung vom 31. März 1902 (Just.-Min.-Bl. S. 524) maßgebend.

§ 60

Hinsichtlich der Unterbringung jugendlicher Personen auf Grund des § 56 StGB. ist im allgemeinen die Ministerialentschließung vom 31. Dezember 1871 (Just.-Min.-Bl. 1872 S. 16) maßgebend. Nach den inzwischen erfolgten Änderungen der Ziffer VI dieser Entschließung sind zur Unterbringung nunmehr folgende Anstalten bestimmt:

1. Für Knaben aller Konfessionen: K. Staatserziehungsanstalt Speyer.
 Ausgenommen sind katholische Knaben auch Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz und Schwaben; für diese ist die St. Nikolauspflge in Andechs, Bezirksamts München II, bestimmt.
2. für Mädchen
 - a) aus dem rechtsrheinischen Bayern, und zwar
 für katholische: Rettungshaus Ettmannsdorf, Bezirksamts Burglengenfeld;
 für protestantische: Diakonissenanstalt Neuendettelsau, Bezirksamts Ansbach;
 - b) aus der Pfalz, und zwar

für katholische: Armenkinderhaus Frankenthal; sittlich unverdorbene Mädchen können auch in das Waisenhaus Landstuhl, Bezirksamts Homburg, verbracht werden;

für protestantische: Rettungshaus Haßloch, Bezirksamts Neustadt a.d.H.

Ziffer VII der angeführten Entschliebung ist durch Entschliebung vom 27. Januar 1898 dahin abgeändert, daß die bezüglichen Anzeigen jeweils nach Schluß eines Jahres zu erstatten sind, und hierbei neben dem Bevölkerungsstand am Jahresschluß auch der durchschnittliche Bevölkerungsstand im abgelaufenen Jahre anzugeben ist. Zu Ziffer X ist die Min.-Entschl. vom 25. Mai 1893, Min.A.Bl. S. 135, zu vergleichen. Hinsichtlich der Unterbringung von Minderjährigen auf Grund des § 362 Abs.3 Satz 2 StGB. ist die Min.Bek. vom 5. April 1901, Min.A.Bl. S. 169, maßgebend.

§ 61

Die Distriktsverwaltungsbehörden haben Sorge zu tragen, daß die Bestimmungen des Zwangserziehungsgesetzes den weitesten Kreisen der Bevölkerung, insbesondere den Geistlichen, Ärzten, Lehrern und sonstigen Leitern der Jugend, den Vereinen für Jugendschutz und Kindererziehung bekannt gemacht werden.

München, den 28. Juni 1902

Dr.Frhr.v.Riedel

Dr.Frhr.v.Feilitzsch

Dr.Frhr.v.Leonrod

Dr.v.Landmann

IV

Antrag der K.Staatsregierung zum Entwurf eines Armen- gesetzes.

In den Entwurf eines Armengesetzes sollen

A.

als Art. 95a bis 95d folgende Vorschriften eingestellt werden:

Art. 95a

.....

Art. 95b

Das Gesetz vom 10. Mai 1902, die Zwangserziehung betreffend, wird dahin geändert:

I. An die Stelle des Artikel 1 treten folgende Vorschriften:

Artikel 1

Das Vormundschaftsgericht kann unter den Voraussetzungen des Artikel 2 anordnen, daß ein Minderjähriger zum Zwecke seiner Erziehung in einer geeigneten Familie oder in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt auf öffentliche Kosten (Fürsorgeerziehung) untergebracht wird.

Artikel 1a

Steht die Sorge für die Person eines Minderjährigen dessen Vater oder Mutter zu, so ist die Fürsorgeerziehung zulässig

1. wenn das geistige oder leibliche Wohl des Minderjährigen dadurch gefährdet wird, daß der Vater oder, sofern die Sorge für die Person des Minderjährigen der Mutter zusteht, die Mutter, das Recht der Sorge für die Person des Minderjährigen mißbraucht, den Minderjährigen vernachlässigt oder sich eines ehrlosen oder unsittlichen Verhaltens schuldig macht und die Fürsorgeerziehung erforderlich ist, um die sittliche oder körperliche Verwahrlosung des Minderjährigen zu verhüten;
2. wenn der Minderjährige eine strafbare Handlung begangen hat, wegen deren er in Anbetracht seines jugendlichen Alters strafrechtlich nicht verfolgt werden kann, und mit Rücksicht auf die Beschaffenheit der Handlung, die Persönlichkeit der Eltern und die übrigen Lebensverhältnisse des Minderjährigen seiner weiteren sittlichen Verwahrlosung nur durch die Fürsorgeerziehung vorgebeugt werden kann;
3. wenn sonstige Tatsachen vorliegen, welche die Fürsorgeerziehung zur Verhütung des völligen sittlichen Verderbens des Minderjährigen notwendig machen.

Steht die Sorge für die Person des Minderjährigen nicht dessen Vater oder Mutter zu, so ist die Fürsorgeerziehung zulässig, wenn die Entfernung des Minderjährigen aus seiner bisherigen Umgebung zur Verhütung seiner geistigen oder körperlichen Verwahrlosung erforderlich ist.

Die Fürsorgeerziehung eines Minderjährigen, der das sechzehnte Lebensjahr vollendet hat, soll nur in besonderen Fällen angeordnet werden.

II. Die Artikel 3 und 4 werden durch folgende Vorschriften ersetzt:

Artikel 3

Das Vormundschaftsgericht hat von Amtswegen die zur Feststellung der Tatsachen erforderlichen Ermittlungen zu veranstalten und die geeignet erscheinenden Beweise aufzunehmen.

Vor der Entscheidung über die Fürsorgeerziehung hat das Vormundschaftsgericht den Minderjährigen, wenn tunlich, persönlich zu vernehmen. Es hat auch die Eltern und, wenn der Minderjährige unter Vormundschaft steht oder ihm ein Pfleger zur Sorge für die Person bestellt ist, auch den Vormund oder Pfleger zu hören, es sei denn, daß die Anhörung untunlich ist.

Vor der Entscheidung sollen ferner Verwandte und Ver Schwägernte des Minderjährigen gehört werden, wenn es ohne erhebliche Verzögerung und ohne unverhältnismäßige Kosten geschehen kann.

In allen Fällen sind das Pfarramt, ein Arzt und, wenn der Minderjährige noch eine Schule besucht, die Schulbehörde um Äußerung zu ersuchen, wenn sich nicht eine solche schon bei den Akten befindet.

Das Vormundschaftsgericht kann anordnen, daß der Minder-

jährige durch einen Arzt untersucht wird. Es kann auch anordnen, daß der Minderjährige auf die Dauer von höchstens sechs Wochen in eine Anstalt, die von der Staatsregierung als geeignet erklärt ist, zur Untersuchung und Beobachtung gebracht wird, wenn dies nach ärztlichem Gutachten zur Feststellung seines Geisteszustandes geboten und ohne Nachteile für seine Gesundheit ausführbar ist. Vor den im Satz 1 und 2 bezeichneten Anordnungen sind die in Abs.II Satz 2 bezeichneten Personen zu hören. Gegen die Anordnung steht dem gesetzlichen Vertreter des Minderjährigen und binnen der für ihn laufenden Frist auch den übrigen im Abs.II bezeichneten Personen, sowie dem Minderjährigen selbst, wenn er das vierzehnte Lebensjahr vollendet hat, die sofortige Beschwerde zu; die Beschwerde hat aufschiebende Wirkung.

Artikel 3a

Nach dem Abschluß der Ermittlungen teilt das Vormundschaftsgericht die Akten der Distriktsverwaltungsbehörde zur Äußerung mit. Die Distriktsverwaltungsbehörde gibt, wenn der Minderjährige in Bayern einen Unterstützungswohnsitz hat, dem Ortsarmenverband des Unterstützungswohnsitzes, andernfalls dem Landarmenverband, in dem die Distriktsverwaltungsbehörde ihren Sitz hat, Gelegenheit, sich über die Notwendigkeit und die Art der Fürsorgeerziehung zu äußern.

Artikel 4

Die Verfügung des Vormundschaftsgerichtes ist mit Gründen zu versehen und muß, wenn die Fürsorgeerziehung angeordnet wird, den Eintritt der gesetzlichen Voraussetzungen unter Bezeichnung der für erwiesen erachteten Tatsachen feststellen.

Die Verfügung, durch welche die Fürsorgeerziehung angeordnet wird, ist den Eltern des Minderjährigen und, wenn der Minderjährige unter Vormundschaft steht oder ihm ein Pfleger zur Sorge für die Person bestellt ist, auch dem Vormund oder Pfleger, ferner dem Minderjährigen selbst, wenn er das vierzehnte Lebensjahr vollendet hat, der Distriktsverwaltungsbehörde und dem Ortsarmenverband oder dem Landarmenverband (Art.3a) zuzustellen. Dem Minderjährigen wird die Verfügung nur im Auszug zugestellt.

Die Verfügung, durch welche die Fürsorgeerziehung abgelehnt wird, ist außer dem etwaigen Antragsteller den im Abs.II Bezeichneten zuzustellen, diesen jedoch nur, wenn sie in dem Verfahren bereits gehört worden sind.

Gegen die Anordnung der Fürsorgeerziehung steht nur den im Abs.II Bezeichneten die Beschwerde zu. Die Beschwerde ist die sofortige; sie hat aufschiebende Wirkung.

Gegen die Ablehnung der Fürsorgeerziehung findet die einfache Beschwerde statt. Sie steht jedem zu, der ein berechtigtes Interesse an der Sorge für die Person des Minderjährigen hat.

Artikel 4a

Ist sofortiges Einschreiten dringend geboten, so kann das Vormundschaftsgericht, wenn ihm die Voraussetzungen für die Anordnung der Fürsorgeerziehung glaubhaft gemacht erscheinen, durch eine schriftliche, mit Gründen versehene Verfügung die vorläufige Unterbringung anordnen. Für die Ausstellung und die Anfechtung der die vorläufige Unterbringung anordnenden oder ablehnenden Verfügung gelten die Vorschriften des Art. 4 Abs. II, IV, V entsprechend. Die ablehnende Verfügung wird nur dem etwaigen Antragsteller zugestellt. Die Beschwerde gegen die Anordnung der vorläufigen Unterbringung hat keine aufschiebende Wirkung.

Die vorläufige Unterbringung kann von dem Vormundschaftsgericht, in dessen Bezirk das Bedürfnis hierzu hervortritt, auch dann angeordnet werden, wenn das Gericht nicht das für die Anordnung der Fürsorgeerziehung zuständige ist. Das Gericht hat in diesen Fällen von der getroffenen Anordnung dem für die Anordnung der Fürsorgeerziehung zuständigen Vormundschaftsgericht Mitteilung zu machen. Diesem kommt die Entscheidung darüber zu, ob die getroffene Maßregel aufrecht zu erhalten ist.

Artikel 4b

Die Beschwerde gegen eine Verfügung des Vormundschaftsgerichts kann bei diesem, bei dem Beschwerdegericht und bei jedem Amtsgericht zu Protokoll oder durch Einreichung einer Beschwerdeschrift eingelegt werden. Die weitere Beschwerde kann bei einem dieser Gerichte sowie bei dem obersten Landesgericht eingelegt werden; wird sie durch Einreichung einer Beschwerdeschrift eingelegt, so muß diese durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

III. Dem Artikel 7 wird folgender vierter Absatz beigelegt:

Die Distriktsverwaltungsbehörde ist befugt, für die in Familien untergebrachten Minderjährigen zur Überwachung der Erziehung und Pflege besondere Fürsorger zu bestellen. Hierzu können auch Frauen bestellt werden. Im übrigen kann als Fürsorger nur bestellt werden, wer zum Gemeindewaisenrate gewählt werden kann. Auf einen Minderjährigen, für den ein Fürsorger bestellt ist, erstreckt sich die Überwachung des Gemeindewaisensrates nicht. Der Fürsorger hat der Distriktsverwaltungsbehörde und dem Vormundschaftsgericht auf Erfordern über das persönliche Ergehen und das Verhalten des Minderjährigen Auskunft zu erteilen.

IV. Als Artikel 7a wird folgende Vorschrift eingestellt:

Für eine Anstalt, in der Minderjährige zum Zwecke der Erziehung untergebracht sind, kann von den Staatsministerien der Justiz und des Innern angeordnet werden, daß der Vorstand der Anstalt auf seinen Antrag vom Vormundschaftsgericht zum Vormund für die in der Anstalt zum Zwecke der Fürsorgeerziehung untergebrachten Minder-

jährigen bestellt wird, oder daß ihm auf seinen Antrag einzelne Rechte und Pflichten eines Vormundes übertragen werden. Die Befugnis des Vormundschaftsgerichts, einen anderen Vormund zu bestellen, oder, sofern dem Anstaltsvorstand nur einzelne Rechte und Pflichten eines Vormundes zustehen, diese dem Vormund zu übertragen, bleibt unberührt.

Der Vorstand behält die Rechte und Pflichten eines Vormundes auch nach der Entlassung aus der Anstalt oder der Beendigung der Erziehung oder Verpflegung bis zur Volljährigkeit des Minderjährigen.

Dem Vorstand stehen die nach dem § 1852 Abs.2 des Bürgerlichen Gesetzbuches zulässigen Befreiungen zu. Ein Gegenvormund ist nicht zu bestellen.

Das Vormundschaftsgericht hat den Vormund auf seinen Antrag als Vormund zu entlassen und, sofern ihm nur einzelne Rechte und Pflichten eines Vormundes übertragen sind, ihn von diesen zu entbinden.

V. Der Artikel 8 erhält folgende Fassung:

Die Kosten der Fürsorgeerziehung sind vorläufig von dem Ortsarmenverband zu bestreiten, in dem der Minderjährige den Unterstützungswohnsitz hat und, wenn er in Bayern keinen Unterstützungswohnsitz hat, von dem Landarmenverband, in dem die zuständige Distriktsverwaltungsbehörde ihren Sitz hat.

Besitzt der Minderjährige Vermögen oder erwirbt er binnen 10 Jahren nach der Aufhebung der Fürsorgeerziehung Vermögen, so ist er zum Ersatz der Kosten der Fürsorgeerziehung verpflichtet, soweit ihm der Ersatz unbeschadet der Sicherstellung des Lebensunterhaltes möglich ist. Desgleichen haben diejenigen, welche dem Minderjährigen gegenüber nach dem bürgerlichen Rechte während der Dauer der Fürsorgeerziehung unterhaltspflichtig sind, Ersatz der Kosten zu leisten.

Können die Kosten, welche auf die Fürsorgeerziehung des Minderjährigen erwachsen sind, dadurch nicht oder nur teilweise gedeckt werden, so kann der Ortsarmenverband des Unterstützungswohnsitzes beanspruchen, daß ihm ein Viertel der Kosten vom Landarmenverband, zu dessen Bezirk er gehört, und zwei Viertel vom Staat ersetzt werden. Hat der Minderjährige in Bayern keinen Unterstützungswohnsitz, so ersetzt der Staat dem Landarmenverband (Abs.II) zwei Viertel der Kosten.

Die Kosten einer vorläufigen Unterbringung gelten, wenn die Fürsorgeerziehung angeordnet wird, als Kosten der Fürsorgeerziehung, andernfalls sind sie vom Staate zu tragen und, soweit sie von dem Minderjährigen, einem Unterhaltspflichtigen oder einem Armenverband bestritten worden sind, diesen zu ersetzen.

VI. Der Artikel 10 erhält folgende Fassung:

Auf Antrag des Armenverbandes (Art.8 Abs.I) können die Eltern und Großeltern des Minderjährigen durch Beschluß der Distriktsverwaltungsbehörde ihres Wohnsitzes ange-

halten werden, nach Maßgabe ihrer gesetzlichen Unterhaltspflicht, die Kosten der Fürsorgeerziehung zu bestreiten und die hierfür gemachten Aufwendungen zu ersetzen. Das gleiche gilt bei einem unehelichen Kinde von dem Vater, wenn er seine Vaterschaft nach § 1718 des Bürgerlichen Gesetzbuches anerkannt oder sich zur Leistung des Unterhalts in einer vor dem Vormundschaftsgericht oder einem Notar aufgenommenen Urkunde verpflichtet hat oder wenn seine Unterhaltspflicht vollstreckbar feststeht. Die Distriktsverwaltungsbehörden entscheiden endgültig vorbehaltlich des Rechtsweges. Ihr Beschluß ist vorläufig vollstreckbar. Weicht das rechtskräftige gerichtliche Urteil von der Entscheidung der Distriktsverwaltungsbehörde ab, so hat der Armenverband dem in Anspruch Genommenen seine Leistungen oder Mehrleistungen und die Kosten des Rechtsstreites, soweit sie nicht diesem selbst auferlegt sind, zu ersetzen; im Weigerungsfalle ist er hierzu staatsaufsichtlich anzuhalten. Der Armenverband kann nach Maßgabe des Artikel 8 Abs. III Ersatz beanspruchen.

VII. Im Artikel 11 werden die Worte "Gemeinden und Distriktsgemeinden" ersetzt durch das Wort "Armenverbänden".

VIII. Im Artikel 12 werden der zweite und der dritte Absatz durch folgende Vorschriften ersetzt:

Die örtliche Zuständigkeit der Distriktsverwaltungsbehörde bestimmt sich nach dem Orte, der die Zuständigkeit des Vormundschaftsgerichtes begründet. In München ist der Stadtmagistrat zuständig. Das gerichtliche Verfahren und die Verhandlungen der Verwaltungsbehörden in Angelegenheiten der Fürsorgeerziehung sind gebühren-, kosten- und stempelfrei. Die baren Auslagen werden vom Staate bestritten. Die durch unbegründete Anträge und Einwendungen verursachten Kosten können den Beteiligten überbürdet werden. Die im Artikel 3 Abs. III bezeichneten Personen können im Falle ihrer Vernehmung vor Gericht Ersatz ihrer Auslagen nach den für Zeugen geltenden Vorschriften vom Staate verlangen. Verträge über die Unterbringung von Minderjährigen sind stempelfrei.

IX. Die Bezeichnung "Zwangserziehung" wird an allen Stellen durch die Bezeichnung "Fürsorgeerziehung" ersetzt.

Art. 95c

.....
Art. 95d

Die Staatsregierung ist ermächtigt, den Text des Zwangserziehungsgesetzes, wie er sich aus dem Art. 95b ergibt, durch das Gesetz- und Verordnungsblatt bekannt zu machen, hierbei die Artikel mit fortlaufenden Zahlen zu versehen, die Verweisungen richtig zu stellen und den Art. 15 wegzulassen.

B.

.....
C
.....

V

Das bayerische Fürsorgeerziehungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Juli 1915 (GVBl.S.595).

Artikel 1

Das Vormundschaftsgericht kann unter den Voraussetzungen des Artikel 2 anordnen, daß ein Minderjähriger zum Zwecke seiner Erziehung in einer geeigneten Familie oder in einer Erziehungsanstalt auf öffentliche Kosten untergebracht wird (Fürsorgeerziehung).

Artikel 2

Steht die Sorge für die Person des Minderjährigen dessen Vater oder Mutter zu, so ist die Fürsorgeerziehung zulässig,

1. wenn das geistige oder leibliche Wohl des Minderjährigen dadurch gefährdet wird, daß der Vater oder, sofern die Sorge für die Person des Minderjährigen der Mutter zusteht, die Mutter das Recht der Sorge für die Person mißbraucht, den Minderjährigen vernachlässigt oder sich eines ehrlosen oder unsittlichen Verhaltens schuldig macht und die Fürsorgeerziehung erforderlich ist, um die sittliche oder körperliche Verwahrlosung des Minderjährigen zu verhüten;
2. wenn der Minderjährige eine strafbare Handlung begangen hat, wegen deren er in Anbetracht seines jugendlichen Alters strafrechtlich nicht verfolgt werden kann, und mit Rücksicht auf die Beschaffenheit der Handlung, die Persönlichkeit der Eltern und die übrigen Lebensverhältnisse des Minderjährigen seiner weiteren sittlichen Verwahrlosung nur durch die Fürsorgeerziehung vorgebeugt werden kann;
3. wenn sonstige Tatsachen vorliegen, welche die Fürsorgeerziehung zur Verhütung des völligen sittlichen Verderbens des Minderjährigen notwendig machen.

Steht die Sorge für die Person des Minderjährigen nicht dessen Vater oder Mutter zu, so ist die Fürsorgeerziehung zulässig, wenn die Entfernung des Minderjährigen aus seiner bisherigen Umgebung zur Verhütung seiner geistigen oder körperlichen Verwahrlosung erforderlich ist.

Die Fürsorgeerziehung eines Minderjährigen, der das sechzehnte Lebensjahr vollendet hat, soll nur in besonderen Fällen angeordnet werden.

Artikel 3

Die Staatsanwaltschaften, die Polizeibehörden und die Schulbehörden sind verpflichtet, die zu ihrer Kenntnis gelangenden Tatsachen, welche die Zulässigkeit der Fürsorgeerziehung begründen, dem Vormundschaftsgericht mitzuteilen.

Artikel 4

Das Vormundschaftsgericht hat von Amtswegen die zur Feststellung der Tatsachen erforderlichen Ermittlungen zu veranstalten und die geeignet erscheinenden Beweise aufzunehmen.

Vor der Entscheidung über die Fürsorgeerziehung hat das Vormundschaftsgericht den Minderjährigen, wenn tunlich, persönlich zu vernehmen. Es hat auch die Eltern und, wenn der Minderjährige unter Vormundschaft steht, oder ihm ein Pfleger zur Sorge für die Person bestellt ist, auch den Vormund oder Pfleger zu hören, es sei denn, daß die Anhörung untunlich ist.

Vor der Entscheidung sollen ferner Verwandte und Ver schwägerte des Minderjährigen gehört werden, wenn es ohne erhebliche Verzögerung und ohne unverhältnismä-ßige Kosten geschehen kann..

In allen Fällen sind das Pfarramt, ein Arzt und, wenn der Minderjährige noch eine Schule besucht, die Schulbehörde um Äußerung zu ersuchen, wenn sich nicht eine solche schon bei den Akten befindet.

Das Vormundschaftsgericht kann anordnen, daß der Min derjährige durch einen Arzt untersucht wird. Es kann auch anordnen, daß der Minderjährige auf die Dauer von höchstens sechs Wochen in eine Anstalt, die von der Staatsregierung als geeignet erklärt ist, zur Un tersuchung und Beobachtung gebracht wird, wenn dies nach ärztlichem Gutachten zur Feststellung seines Gei steszustandes geboten und ohne Nachteil für seine Ge sundheit ausführbar ist. Vor den im Satz 1 und 2 be zeichneten Anordnungen sind die im Abs.II Satz 2 be zeichneten Personen zu hören. Gegen die Anordnung steht dem gesetzlichen Vertreter des Minderjährigen und bin nen der für ihn laufenden Frist auch den übrigen im Abs.II Satz 2 bezeichneten Personen sowie dem Min der jährigen selbst, wenn er das vierzehnte Lebensjahr vollendet hat, die sofortige Beschwerde zu; die Be schwerde hat aufschiebende Wirkung.

Artikel 5

Nach dem Abschluß der Ermittlungen teilt das Vormund schaftsgericht die Akten der Distriktsverwaltungsbe hörde zur Äußerung mit. Die Distriktsverwaltungsbe hörde gibt, wenn der Minderjährige in Bayern einen Unter stützungswohnsitz hat, dem Ortsarmenverband des Unter stützungswohnsitzes, andernfalls dem Landarmenverband, in dem die Distriktsverwaltungsbehörde ihren Sitz hat, Gelegenheit, sich über die Notwendigkeit und die Art der Fürsorgeerziehung zu äußern.

Artikel 6

Die Verfügung des Vormundschaftsgerichts ist mit Grün den zu versehen und muß, wenn die Fürsorgeerziehung an geordnet wird, den Eintritt der gesetzlichen Voraus setzungen unter Bezeichnung der für erwiesen erachte ten Tatsachen feststellen.

Die Verfügung, durch welche die Fürsorgeerziehung ange ordnet wird, ist den Eltern des Minderjährigen und, wenn der Minderjährige unter Vormundschaft steht oder ihm ein Pfleger zur Sorge für die Person bestellt ist, auch dem Vormund oder Pfleger, ferner dem Minderjährigen selbst, wenn er das vierzehnte Lebensjahr vollendet hat, der Distriktsverwaltungsbehörde und dem Ortsarmenverband oder

dem Landarmenverband (Art.5) zuzustellen. Dem Minderjährigen wird die Verfügung nur im Auszuge zugestellt.

Die Verfügung, durch welche die Fürsorgeerziehung abgelehnt wird, ist außer dem etwaigen Antragsteller den im Abs.II Bezeichneten zuzustellen, diesen jedoch nur, wenn sie in dem Verfahren bereits gehört worden sind.

Gegen die Anordnung der Fürsorgeerziehung steht nur den im Abs.II Bezeichneten die Beschwerde zu. Die Beschwerde ist die sofortige; sie hat aufschiebende Wirkung.

Gegen die Ablehnung der Fürsorgeerziehung findet die einfache Beschwerde statt. Sie steht jedem zu, der ein berechtigtes Interesse an der Sorge für die Person des Minderjährigen hat.

Artikel 7

Ist sofortiges Einschreiten dringend geboten, so kann das Vormundschaftsgericht, wenn ihm die Voraussetzungen für die Anordnung der Fürsorgeerziehung glaubhaft erscheinen, durch eine schriftliche, mit Gründen versehene Verfügung die vorläufige Unterbringung anordnen. Für die Zustellung und die Anfechtung der die vorläufige Unterbringung anordnenden oder ablehnenden Verfügung gelten die Vorschriften des Art.6 Abs.II,IV,V entsprechend. Die ablehnende Verfügung wird nur dem etwaigen Antragsteller zugestellt. Die Beschwerde gegen die Anordnung der vorläufigen Unterbringung hat keine aufschiebende Wirkung.

Die vorläufige Unterbringung kann von dem Vormundschaftsgericht, in dessen Bezirk das Bedürfnis hierzu hervortritt, auch dann angeordnet werden, wenn das Gericht nicht für die Anordnung der Fürsorgeerziehung zuständig ist. Das Gericht hat in diesem Falle von der getroffenen Anordnung dem für die Anordnung der Fürsorgeerziehung zuständigen Vormundschaftsgericht Mitteilung zu machen. Diesem kommt die Entscheidung darüber zu, ob die getroffene Maßregel aufrecht zu erhalten ist.

Artikel 8

Die Beschwerde gegen eine Verfügung des Vormundschaftsgerichts kann bei diesem, bei dem Beschwerdegericht und bei jedem Amtsgericht zu Protokoll oder durch Einreichung einer Beschwerdeschrift eingelegt werden. Die weitere Beschwerde kann bei einem dieser Gerichte sowie bei dem Obersten Landesgericht eingelegt werden; wird sie durch Einreichung einer Beschwerdeschrift eingelegt, so muß diese durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Artikel 9

Der Vollzug der gerichtlichen Anordnung, insbesondere die Entscheidung darüber, ob der Minderjährige in einer Familie oder in einer Erziehungsanstalt unterzubringen ist, obliegt der Distriktsverwaltungsbehörde. Auf das Glaubensbekenntnis des Minderjährigen muß bei der Auswahl der Familie oder der Anstalt Rücksicht genommen werden.

Artikel 10

Die Aufhebung der Fürsorgeerziehung erfolgt durch Beschluß des Vormundschaftsgerichts. Das Vormundschaftsgericht hat die Fürsorgeerziehung aufzuheben, wenn die Voraussetzungen der Anordnung weggefallen sind. Die Aufhebung kann unter dem Vorbehalte des Widerrufs beschlossen werden. Vor der Entscheidung ist die Distriktsverwaltungsbehörde zu hören.

Der die Fürsorgeerziehung aufhebende Beschluß ist der Distriktsverwaltungsbehörde bekannt zu machen. Dieser steht die sofortige Beschwerde mit aufschiebender Wirkung zu.

Auch ohne Anordnung des Vormundschaftsgerichts ist die Distriktsverwaltungsbehörde berechtigt, die vorläufige Entlassung aus der Fürsorgeerziehung zu verfügen.

Über das 18. Lebensjahr des Minderjährigen hinaus soll die Fürsorgeerziehung nur in besonderen Fällen fortgesetzt werden.

Artikel 11

Die Distriktsverwaltungsbehörde hat von der Unterbringung und von der vorläufigen Entlassung dem Vormundschaftsgericht und von der Unterbringung in einer Familie auch dem Gemeindewaisenrat Kenntnis zu geben.

Der Gemeindewaisenrat hat über die Erziehung der in Familien untergebrachten Minderjährigen, auch wenn sie nicht unter Vormundschaft stehen, zu wachen und auf Erfordern der Distriktsverwaltungsbehörde Auskunft zu erteilen sowie dieser auch unaufgefordert etwaige Mängel anzuzeigen.

Der Gemeindewaisenrat kann zu diesem Zweck die Mitwirkung der Waisenflegerinnen in Anspruch nehmen.

Die Distriktsverwaltungsbehörde ist befugt, für die in Familien untergebrachten Minderjährigen zur Überwachung der Erziehung und Pflege besondere Fürsorger zu bestellen. Hierzu können auch Frauen bestellt werden. Im übrigen kann als Fürsorger nur bestellt werden, wer zum Gemeindewaisenrate gewählt werden kann. Auf einen Minderjährigen, für den ein Fürsorger bestellt ist, erstreckt sich die Überwachung des Gemeindewaisenrates nicht. Der Fürsorger hat der Distriktsverwaltungsbehörde oder dem Vormundschaftsgericht auf Erfordern über das persönliche Ergehen und das Verhalten des Minderjährigen Auskunft zu erteilen.

Artikel 12

Für eine Anstalt, in der Minderjährige zum Zwecke der Fürsorgeerziehung untergebracht sind, kann von den Staatsministerien der Justiz und des Innern angeordnet werden, daß der Vorstand der Anstalt auf seinen Antrag vom Vormundschaftsgericht zum Vormund für die in der Anstalt zum Zwecke der Fürsorgeerziehung untergebrachten Minderjährigen bestellt wird oder daß ihm auf seinen Antrag einzelne Rechte und Pflichten eines Vormundes übertragen werden. Die Befugnis des Vormundschaftsgerichts, einen anderen Vormund zu bestellen oder, sofern dem Anstaltsvormund nur einzelne Rechte und

Pflichten eines Vormundes zustehen, diese dem Vormund zu übertragen, bleibt unberührt.

Der Vorstand behält die Rechte und Pflichten eines Vormundes auch nach der Entlassung aus der Anstalt oder der Beendigung der Erziehung oder Verpflegung bis zur Volljährigkeit des Minderjährigen.

Dem Vorstand stehen die nach dem § 1852 Abs.II des Bürgerlichen Gesetzbuches zulässigen Befreiungen zu.

Ein Gegenvormund ist nicht zu bestellen.

Das Vormundschaftsgericht hat den Vormund auf seinen Antrag zu entlassen und, sofern ihm nur einzelne Rechte und Pflichten eines Vormundes übertragen sind, ihn von diesen zu entbinden.

Artikel 13

Die Kosten der Fürsorgeerziehung sind vorläufig von dem Ortsarmenverband zu bestreiten, in dem der Minderjährige den Unterstützungswohnsitz hat und, wenn er in Bayern keinen Unterstützungswohnsitz hat, von dem Landarmenverband, in dem die zuständige Distriktsverwaltungsbehörde ihren Sitz hat.

Besitzt der Minderjährige Vermögen oder erwirbt er binnen zehn Jahren nach der Aufhebung der Fürsorgeerziehung Vermögen, so ist er zum Ersatze der Kosten der Fürsorgeerziehung zu verpflichten, soweit ihm der Ersatz unbeschadet der Sicherstellung des Lebensunterhaltes möglich ist. Desgleichen haben diejenigen, welche dem Minderjährigen gegenüber nach dem bürgerlichen Recht während der Dauer der Fürsorgeerziehung unterhaltspflichtig sind, Ersatz der Kosten zu leisten.

Können die Kosten, welche auf die Fürsorgeerziehung des Minderjährigen erwachsen sind, dadurch nicht oder nur teilweise gedeckt werden, so kann der Ortsarmenverband des Unterstützungswohnsitzes beanspruchen, daß ihm drei Zehntel der Kosten von dem Landarmenverband, zu dessen Bezirk er gehört, und fünf Zehntel vom Staate ersetzt werden. Hat der Minderjährige in Bayern keinen Unterstützungswohnsitz, so ersetzt der Staat dem Landarmenverband (Abs.I) fünf Zehntel der Kosten.

Die Kosten einer vorläufigen Unterbringung gelten, wenn die Fürsorgeerziehung angeordnet wird, als Kosten der Fürsorgeerziehung, andernfalls sind sie vom Staate zu tragen und, soweit sie von dem Minderjährigen, einem Unterhaltspflichtigen oder einem Armenverband bestritten worden sind, diesen zu ersetzen.

Artikel 14

Streitigkeiten über die in Art.13 Abs.I,III,IV begründeten Ansprüche und Verbindlichkeiten werden von den Distriktsverwaltungsbehörden in erster und von den K. Regierungen, Kammern des Innern, in zweiter Instanz entschieden.

Gegen die Entscheidungen der K. Regierungen, Kammern des Innern, ist Beschwerde nach Art.45 des Gesetzes vom 28. August 1878, betreffend die Errichtung eines Verwaltungsgerichtshofes und das Verfahren in Verwaltungsrechtssachen, zulässig.

Artikel 15

Auf Antrag des Armenverbandes (Art.13 Abs.I) können die Eltern und Großeltern des Minderjährigen durch Beschluß der Distriktsverwaltungsbehörde ihres Wohnsitzes gehalten werden, nach Maßgabe ihrer gesetzlichen Unterhaltspflicht die Kosten der Fürsorgeerziehung zu bestreiten und die hierfür gemachten Aufwendungen zu ersetzen. Das gleiche gilt bei einem unehelichen Kind von dem Vater, wenn er seine Vaterschaft nach § 1718 des Bürgerlichen Gesetzbuches anerkannt oder sich zur Leistung des Unterhalts in einer vor dem Vormundschaftsgericht oder einem Notar aufgenommenen Urkunde verpflichtet hat oder wenn seine Unterhaltspflicht vollstreckbar feststeht.

Die Distriktsverwaltungsbehörde entscheidet endgültig vorbehaltlich des Rechtsweges. Ihr Entschluß ist vorläufig vollstreckbar. Weicht das rechtskräftige gerichtliche Urteil von der Entscheidung der Distriktsverwaltungsbehörde ab, so hat der Armenverband dem in Anspruch Genommenen seine Leistungen oder Mehrleistungen und die Kosten des Rechtsstreites, soweit sie nicht diesem selbst auferlegt sind, zu ersetzen; im Weigerungsfalle ist er hierzu staatsaufsichtlich anzuhalten. Der Armenverband kann nach Maßgabe des Art.13 Abs.III Ersatz beanspruchen.

Artikel 16

Die den Armenverbänden sowie dem Staate durch die Fürsorgeerziehung Minderjähriger erwachsenden Kosten gelten in keiner Hinsicht als Armenunterstützungen.

Artikel 17

Soweit nicht in diesem Gesetz ein anderes vorgeschrieben ist, sind für die Zuständigkeit und das Verfahren in Angelegenheiten der Fürsorgeerziehung die allgemeinen gesetzlichen Vorschriften, insbesondere über die Zuständigkeit und das Verfahren der Gerichte die für Vormundschaftssachen geltenden Vorschriften maßgebend. Die örtliche Zuständigkeit der Distriktsverwaltungsbehörde bestimmt sich nach dem Orte, der die Zuständigkeit des Vormundschaftsgerichtes begründet. In München ist der Stadtmagistrat zuständig. Das gerichtliche Verfahren und die Verhandlungen der Verwaltungsbehörden in Angelegenheiten der Fürsorgeerziehung sind kostenfrei. Die baren Auslagen werden vom Staate bestritten. Die durch unbegründete Anträge und Einwendungen verursachten Kosten können den Beteiligten überbürdet werden.

Die im Art.4 Abs.III bezeichneten Personen können im Falle ihrer Vernehmung vor Gericht Ersatz ihrer Auslagen nach den für Zeugen geltenden Vorschriften vom Staate verlangen.

Artikel 18

Mit Geldstrafe bis 150 Mark oder mit Haft wird bestraft, wer einen zur Fürsorgeerziehung in einer Familie oder in

einer Anstalt untergebrachten Minderjährigen unbefugt entfernt oder zur Entfernung verleitet.

Artikel 19

Vorstehender Artikel findet auch bei Unterbringung von Minderjährigen auf Grund des § 56 und des § 362 Abs.3 Satz 2 des Reichsstrafgesetzbuches Anwendung. Im übrigen sind für solche Fälle die zum Vollzuge dieser Bestimmungen erlassenen oder künftig zu erlassenden Ministerialvorschriften maßgebend. Die Kosten der Unterbringung trägt in diesen Fällen die Staatskasse. Unterbringung gemäß § 56 und § 362 Abs.3 Satz 2 RStrGB.

Eine Bekanntmachung zum Vollzuge des Fürsorgeerziehungsgesetzes erging von den k. Staatsministerien der Justiz, des Innern und der Finanzen am 24. Dezember 1915. Unter Ziffer 6 wird die Neufassung der Ausführungsbestimmungen zum Zwangserziehungsgesetz vom 28. Juni 1902 vorbehalten.

Die Bekanntmachung des k. Staatsministeriums der Justiz vom 21. März 1916, den Vollzug des Fürsorgeerziehungsgesetzes betreffend, nennt die für die Unterbringung von Minderjährigen auf Grund des Art.4 Abs.V des FEG. zur Untersuchung und Beobachtung ihres Geisteszustandes zur Verfügung stehenden Anstalten.

Dies sind:

1. Die Heil- und Pflegeanstalt Haar, Reg.Bez. Oberbayern, Mainkofen, Reg.Bez. Niederbayern, Frankenthal (Kreis-, Kranken- und Pflegeanstalt der Pfalz), Reg.Bez. Pfalz, Wöllershof, Reg.Bez. Oberpfalz und Regensburg, Kutzenberg, Reg.Bez. Oberfranken, Ansbach, Reg.Bez. Mittelfranken, Lohr, Reg.Bez. Unterfranken, Kaufbeuren (ohne Irsee), Reg.Bez. Schwaben und Neuburg;
 2. die Psychiatrischen Universitätskliniken München und Würzburg und die klinische Abteilung der Heil- und Pflegeanstalt Erlangen.
- (Juristische Beilage der Blätter für Innere Mission in Bayern, Nr.2 1917 S.10).

VI

Entwurf eines Sondergesetzes für das Jugendgerichts- verfahren (Herbst 1912)

Der auf dem Frankfurter Jugendgerichtstag zur Erörterung stehende Entwurf eines Jugendgerichtsgesetzes hatte nach einer halbamtlichen Veröffentlichung der "Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" folgenden, im Zentralblatt für Vormundchaftswesen (Nr.13, 10.Oktober 1912, S.154ff.) abgedruckten Wortlaut:

§ 1 Für das Verfahren gegen Jugendliche gelten die Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes und der

Strafprozeßordnung nur, soweit nicht dieses Gesetz etwas anderes bestimmt.
Jugendlich im Sinne dieses Gesetzes ist, wer noch nicht 18 Jahre alt ist.

- § 2 Für Strafsachen gegen Jugendliche werden von der Landesjustizverwaltung, soweit ein Bedürfnis besteht, bei den Amtsgerichten besondere Abteilungen (Jugendgerichte) gebildet.
Zu Schöffen bei den Jugendgerichten sind Personen zu berufen, die in der Jugenderziehung besonders erfahren sind. Auch Volksschullehrer dürfen zu Jugendschöffen berufen werden.
Die Landesjustizverwaltung bestimmt die Zahl der erforderlichen Haupt- und Hilfsschöffen. Bei Bildung der Urliste sind die Volksschullehrer in ein besonderes Verzeichnis aufzunehmen. Die Namen der Personen, die der Ausschuß zu Jugendschöffen gewählt hat, werden in besonderen Jahreslisten eingetragen.
- § 3 Öffentliche Klage soll gegen einen Jugendlichen nicht erhoben werden, wenn Erziehungs- und Besserungsmaßregeln einer Bestrafung vorzuziehen sind; dabei sind namentlich die Beschaffenheit der Tat, sowie der Charakter und die bisherige Führung des Jugendlichen zu berücksichtigen. Ergibt sich nach Erhebung einer Klage, daß Erziehungs- und Besserungsmaßregeln einer Bestrafung vorzuziehen sind, so kann das Gericht das Verfahren gegen den Jugendlichen einstellen. Der Beschluß kann nicht angefochten werden. Außerhalb der Hauptverhandlung darf das Verfahren nur eingestellt werden, wenn die Staatsanwaltschaft zustimmt.
- § 4 Wird nach § 3 keine Klage erhoben, oder das Verfahren eingestellt, so ist die Sache an die Vormundschaftsbehörde abzugeben.
Hat die Staatsanwaltschaft die Sache abgegeben, so kann Klage nur noch erhoben werden, wenn die Vormundschaftsbehörde zustimmt.
- § 5 Erachtet die Vormundschaftsbehörde den Jugendlichen für schuldig, so hat sie ihn entweder zu vermahnen oder der Zucht des gesetzlichen Vertreters oder der Schulbehörde zu überantworten; oder sie hat auf Grund der reichsgesetzlichen oder landesgesetzlichen Vorschriften die Fürsorgeerziehung (Zwangserziehung) anzuordnen oder, wenn der Jugendliche schon unter Fürsorgeerziehung steht, ihn der Zucht der Erziehungsbehörde zu übergeben.
Die Vormundschaftsbehörde kann zunächst den Jugendlichen für eine bestimmte Frist unter die Aufsicht eines Fürsorgers stellen und sich die Auswahl unter den Maßregeln vorbehalten. Als Fürsorger sind Personen zu wählen, die in der Jugenderziehung erfahren sind; auch Frauen können gewählt werden.

Die Entscheidungen der Vormundschaftsbehörde sind der Staatsanwaltschaft mitzuteilen. Diese kann die Rechtsmittel einlegen, die einem Beteiligten zustehen.

- § 6 Dem Jugendlichen ist von Amtswegen ein Verteidiger zu bestellen, sobald eine Voruntersuchung eröffnet oder die Eröffnung des Hauptverfahrens vorder Strafkammer beantragt ist.
- § 7 Für den Jugendlichen, der keinen Verteidiger hat, soll ein Beistand zur Hauptverhandlung zugezogen werden. Der Beistand hat die Rechte eines Verteidigers; hierauf soll er in der Ladung zur Hauptverhandlung hingewiesen werden. Spätestens bei der Ladung ist ihm der Beschluß, durch den das Hauptverfahren eröffnet worden ist, mitzuteilen. Bleibt der geladene Beistand in der Hauptverhandlung aus, so wird ein anderer bestellt. Ist dies nicht möglich, so kann ohne einen Beistand verhandelt werden, falls daraus kein Nachteil für die Sache entsteht; andernfalls ist die Verhandlung auszusetzen.
- § 8 Als Beistand soll in der Regel der gesetzliche Vertreter zugezogen werden; doch kann stattdessen der Vorsitzende einen besonderen Beistand bestellen. Die Wahl des besonderen Beistandes soll auf Angehörige des Jugendlichen oder geeignete andere Personen gerichtet werden, die zur Übernahme bereit sind. Auch Frauen können gewählt werden. Der Beistand soll so zeitig bestellt werden, daß er vor der Hauptverhandlung Erkundigungen über den Jugendlichen einziehen kann. Er kann selbständig Rechtsmittel einlegen wie ein gesetzlicher Vertreter.
- § 9 Dem gesetzlichen Vertreter des Jugendlichen sollen Ort und Zeit der Hauptverhandlung rechtzeitig mitgeteilt werden. Der Beschluß, durch den das Hauptverfahren eröffnet wird, soll ihm bekannt gemacht werden; das gleiche gilt von Urteilen, Strafbefehlen, Strafbescheiden sowie von Beschlüssen, durch die das Verfahren nach § 3 eingestellt wird. Die Vorschriften des § 149 StPO bleiben unberührt, auch wenn ein besonderer Beistand bestellt ist.
- § 10 Die Untersuchungshaft wird gegen Jugendliche nicht vollzogen, wenn sie durch andere Maßregeln, insbesondere durch vorläufige Unterbringung in einer Erziehungsanstalt ersetzt werden kann. Wird ein Jugendlicher verhaftet oder die Haft durch andere Maßregeln ersetzt, so sollen der gesetzliche Vertreter, der etwa bestellte Beistand und die Vormundschaftsbehörde bald benachrichtigt werden. Jugendliche, die in Untersuchungshaft genommen werden, sollen in einem Raum mit erwachsenen Gefangenen nur vorübergehend und nur dann untergebracht werden, wenn es ihr körperlicher oder geistiger Zustand erfordert.

- §11 Die Hauptverhandlungen gegen Jugendliche sollen von anderen derart gesondert werden, daß eine Berührung mit erwachsenen Angeklagten vermieden wird. Richtet sich ein Verfahren gegen Jugendliche und gegen Erwachsene, so sollen die Sachen getrennt werden, soweit es ohne Nachteile für die Verhandlung und Entscheidung geschehen kann.
- Für die Verhandlung gegen einen Jugendlichen kann das Gericht die Öffentlichkeit ganz oder teilweise ausschließen. Das Urteil wird öffentlich verkündet; doch kann, soweit für die Verhandlung die Öffentlichkeit ausgeschlossen war, das Gericht durch besonderen Beschluß anordnen, daß die Begründung des Urteils in nichtöffentlicher Sitzung verkündet wird. Einer Verhandlung über den Ausschluß der Öffentlichkeit bedarf es nicht; der Beschluß, der die Öffentlichkeit ausschließt, wird öffentlich verkündet. Auch soweit die Öffentlichkeit nicht ausgeschlossen wird, soll Jugendlichen, die bei der Sache nicht beteiligt sind, der Zutritt zur Verhandlung versagt werden. Ist von einzelnen Erörterungen ein nachteiliger Einfluß auf den Angeklagten zu befürchten, so kann das Gericht, wenn der Verteidiger oder Beistand zustimmt, anordnen, daß der Angeklagte für die Dauer der Erörterung das Sitzungszimmer verläßt.
- §12 Ein Strafbefehl darf gegen einen Jugendlichen nur wegen Übertretung erlassen werden.
- §13 Hat der Beschuldigte das achtzehnte Lebensjahr vollendet, die Tat aber vorher begangen, so kann die Staatsanwaltschaft von Erhebung der Klage absehen, wenn die Verschuldung und die Folgen der Tat geringfügig sind, oder wenn besondere Umstände anderer Art es rechtfertigen. Unter den gleichen Voraussetzungen kann nach Erhebung einer öffentlichen Klage das Gericht mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft das Verfahren einstellen.
- §14 Im §75 Abs.1 des Gerichtsverfassungsgesetzes wird die Vorschrift unter Nr.14a durch folgende Vorschrift ersetzt:
"wegen Verbrechen und Vergehen der Personen, die zur Zeit der Tat noch nicht achtzehn Jahre alt waren".
- §15 Im §140 Abs.2 Nr.1 StPO werden die Worte: "oder das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hat" gestrichen. Der §268 StPO wird aufgehoben.
-

VII

Satzungen des Bayerischen Landesausschusses für Jugend-
fürsorge.

- §1 Der Bayerische Landesausschuß für Jugendfürsorge bezweckt, die Wirksamkeit der auf dem Gebiete der Ju-

gendfürsorge tätigen Vereinigungen und Anstalten zusammenzufassen und zu fördern.

- §2 Der Landesausschuß besteht aus sechzehn Mitgliedern. Jeder Kreisverband für Jugendfürsorge wählt ein Mitglied, die Staatsregierung acht Mitglieder jeweils auf drei Jahre.
- §3 Der Landesausschuß wählt aus seiner Mitte mit einfacher Mehrheit der Anwesenden auf die Dauer der Wahlperiode einen ersten und zweiten Vorsitzenden sowie einen Schriftführer und nach Bedarf Bevollmächtigte. Die Vorsitzenden, der Schriftführer und die Bevollmächtigten bilden den engeren Ausschuß; diesem obliegt die Erledigung der laufenden Geschäfte einschließlich des Rechnungswesens. Er führt den Schriftverkehr mit den Behörden, den Vereinigungen usw. Durch Beschluß des Landesausschusses können ihm weitere Aufgaben übertragen werden.
- §4 Für jedes Mitglied des Landesausschusses und des engeren Ausschusses ist ein Stellvertreter zu wählen, der bei Verhinderung oder beim Ausscheiden des Mitgliedes für dieses eintritt, im letzteren Falle für den Rest der Wahlperiode.
- §5 Der erste Vorsitzende hat den Landesausschuß nach außen zu vertreten, die Geschäfte zu leiten, die Versammlungen des Landesausschusses und des engeren Ausschusses zu berufen, in diesen den Vorsitz zu führen und für den Vollzug der Beschlüsse zu sorgen. Bei Verhinderung des ersten Vorsitzenden ist zunächst der zweite Vorsitzende, dann die Stellvertreter des ersten und des zweiten Vorsitzenden zu den vorbezeichneten Aufgaben zu berufen. Bis zur Neuwahl des engeren Ausschusses besorgt jeweils der oberbayerische Kreisvertreter die Geschäfte des Vorsitzenden.
- §6 Die Versammlungen des Landesausschusses und des engeren Ausschusses werden unter Mitteilung der Tagesordnung berufen. Der Landesausschuß soll sich alljährlich mindestens einmal versammeln; außerdem ist er zu berufen, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder unter Bekanntgabe des Beratungsgegenstandes dies beantragt. Zu den Versammlungen des Landesausschusses und des engeren Ausschusses sind die in Betracht kommenden Stellen und Behörden unter Mitteilung der Tagesordnung einzuladen. Die von diesen abgeordneten Vertreter nehmen an den Sitzungen mit beratender Stimme teil und müssen jederzeit gehört werden. Behufs Vorbereitung der Beschlußfassung kann der erste Vorsitzende im Einverständnis mit dem zweiten Vorsitzenden Referenten und Korreferenten bestellen. Als solche können auch außerhalb des Landesausschusses stehende Sachverständige zugezogen werden.

Die Beschlüsse des Landesausschusses und des engeren Ausschusses werden mit einfacher Stimmenmehrheit der Anwesenden gefaßt. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

In Fällen, die einer Beratung nicht bedürfen, kann die Beschlußfassung auch im Wege des Rundschreibens erfolgen.

(Mitteilungen des Bayerischen Landesausschusses für Jugendfürsorge, Nr.1 S. 2)

L e b e n s l a u f

Am 7. Oktober 1931 wurde ich, Ortrud Bülow, als zweites Kind des Chemikers Dr. Wolfgang Bülow und seiner Ehefrau Josephine, geborene Schreiber, in Ludwigshafen am Rhein geboren.

Nach vierjährigem Besuch der Volksschule in Ludwigshafen trat ich im Herbst 1942 in die dortige städtische Mädchenoberrealschule über, an welcher ich im Sommer 1951 die Reifeprüfung ablegte.

Vom Wintersemester 1951/52 bis Sommersemester 1956 studierte ich an der Ludwig-Maximilians-Universität zu München Pädagogik, Psychologie und Moraltheologie. Hauptsächlich hörte ich: für Pädagogik Prof. Dr. Friedrich Schneider, Prof. Dr. Martin Keilhacker, Prof. Dr. Ludwig Englert; für Psychologie Prof. Dr. Philipp Lersch, Prof. Dr. August Vetter; für Moraltheologie Prof. Dr. Richard Egenter.

Am 22. Dezember 1958 bestand ich am Pädagogischen Seminar der Philosophischen Fakultät der Universität München die "Erziehungswissenschaftliche Prüfung".

